

Familienbericht Gütersloh 2008

Lebenslage und Zufriedenheit von Familien

Familienbericht Gütersloh 2008

Lebenslage und Zufriedenheit von Familien

in Kooperation mit der Stadt Gütersloh

Faktor Familie GmbH – Lokale Familienforschung und Familienpolitik

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier (wissenschaftlicher Direktor)

Dipl. Soz.Wiss. Silvia Bader
Dipl. Soz.Wiss. Stefanie Klein
stud. Soz.Wiss. Philipp Lersch
stud. Soz.Wiss. Benjamin Melzer
Dipl. Soz. Annett Schultz
Dipl. Soz.Wiss. Holger Wunderlich

Faktor Familie GmbH
Lokale Familienforschung und Familienpolitik
Im Lottental 38
44801 Bochum
Telefon: 0234/32 28727
Telefax: 0234/32 14969
info@faktor-familie.de
www.faktor-familie.de

Sitz in Bochum, AG Bochum, HRB 11345
Geschäftsführung: Annett Schultz/Holger Wunderlich

Oktober 2008

Vorwort	7
1 Kommunale Familienpolitik und Familienberichterstattung	10
1.1 Familien in der Stadt	10
1.1.1 Familien sind wichtige Leistungsträger	10
1.1.2 Kommunale Familienpolitik: Pflicht oder Kür?	11
1.2 Warum kommunale Familienberichterstattung?	12
1.3 Die Projektfamilie „Kommunale Familienberichterstattung“	15
2 Konzept und Methode	18
2.1 System kommunaler Familienberichterstattung	18
2.2 Datenbasis des Familienberichtes	19
2.2.1 Daten der Kommunalstatistik	19
2.2.2 Schriftliche Familienbefragung	19
2.3 Grundlegende Definitionen	21
3 Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsprognose	26
3.1 Weniger, älter und bunter? Die Bevölkerungsstruktur der Stadt Gütersloh von 1975 bis 2006	26
3.2 Ein Blick in die Zukunft: Bevölkerungsprognose 2006 bis 2020	33
4 Kleinräumige Bevölkerungs- und Familienstrukturen in der Stadt Gütersloh	44
4.1 Soziodemografische und sozioökonomische Basisdaten	46
4.1.1 Bevölkerungsstruktur in Gütersloh und seinen Sozialräumen	47
4.1.2 Sozioökonomischer Status der Gütersloher Sozialräume	55
4.2 Die Sozialräume im Überblick	61
4.3 Exkurs: Segregation in Gütersloh – Besonderheit des Sozialraums Blankenhagen	63
5 Die wirtschaftliche Lage von Familien in Gütersloh	66
5.1 Einkommenssituation Gütersloher Familien	66
5.2 Einkommensarmut und Hintergründe der Armut von Familien	68
5.3 Einkommenszusammensetzung und „Working poor“-Familien in Gütersloh	71
5.4 Reicht das Geld zum Leben?	74
5.4.1 Subjektive Einschätzung der finanziellen Situation und Armutsempfinden	76
5.5 Lebenslagen von armen, armutsnahen und nicht armen Familien	79
6 Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf	82
6.1 Besonderer Unterstützungsbedarf – was heißt das?	82
6.1.1 Armutsbetroffenheit und Kumulation der Gruppenzugehörigkeit	83
6.1.2 Erwerbsbeteiligung, Bildungsstatus und berufliche Stellung von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf	86
6.2 Alltagsbewältigung in Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf	88
6.2.1 Das Auskommen mit dem Einkommen	88
6.2.2 Alltagsprobleme und Problemkumulationen	91
6.3 Institutionelle Unterstützungsangebote	94
6.3.1 Kenntnis und Nutzung institutioneller Unterstützungsangebote	94
6.3.2 Einschätzung des Angebots und der Hilfe	98

7	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	102
7.1	Erwerbstätigkeit in unterschiedlichen Familienkonstellationen	102
7.1.1	Erwerbseinbindung von Paaren und Alleinerziehenden	102
7.1.2	Müttererwerbstätigkeit	104
7.2	Familienarbeit	106
7.2.1	Arbeitsteilung im Haushalt und Arbeitsentlastungen bei der Hausarbeit	106
7.2.2	Alltägliche Betreuungs- und Hilfeleistungen zu Hause	109
7.3	Außerhäusliche Kinderbetreuung	112
7.3.1	Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen	112
7.3.2	Betreuung an Grundschulen	116
7.4	Aus Sicht der Familien: Wie lassen sich Familie und Beruf vereinbaren?	118
8	Lebensraum Stadt	122
8.1	So wohnen Familien in Gütersloh	122
8.1.1	Größe der Wohnung und Eigentumsstatus	122
8.1.2	Miethöhe und Mietbelastung	123
8.1.3	Zufriedenheit mit der Wohnung	124
8.2	Das Wohnumfeld von Familien	126
8.2.1	Ist das Wohnumfeld kindgerecht und „alltagstauglich“?	126
8.2.2	Einschätzung des Wohnumfelds und allgemeine Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld	130
8.3	Bewertung der Kinderfreundlichkeit der Stadt Gütersloh und der Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche	131
8.4	Wohndauer und Umzugsabsichten von Familien in Gütersloh	133
8.4.1	Wohndauer in Stadt, Sozialraum und Wohnung	133
8.4.2	Umzüge in Gütersloh: Absichten, Wünsche, Motive und Ziele	133
9	Lebenssituation von Kindern in Gütersloh	138
9.1	Bewertung der Kinderfreundlichkeit und der Freizeitangebote für Kinder in den Sozialräumen der Stadt Gütersloh	138
9.2	Gemeinsame Freizeitaktivitäten mit Kindern und Freizeitausgaben	139
9.3	Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen in Gütersloh	143
9.3.1	Übergangsquoten auf weiterführende Schulen	143
9.3.2	Bildungsabschlüsse an weiterführenden Schulen	146
9.3.3	Bildungsbeteiligung und Familiensituation	148
9.4	Kinderarmut – auch in Gütersloh ein Problem?	149
10	Zusammenfassung	154
10.1	Ausgewählte Ergebnisse des Familienberichts Gütersloh	154
10.2	Familienförderung als örtliche Familienpolitik	159
	Literatur	162

Gütersloh versteht sich als Stadt für alle Generationen, mit einem besonderen Akzent auf der Sorge für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Familien sind Leistungsträger in unserer Gesellschaft: Sie stellen die Basis für unser Fortbestehen, für sozialen Zusammenhalt, für Erziehung und Bildung, ja, sie gewährleisten Wohlstand und Wachstum für unsere Stadt. Deshalb erfährt die Familienpolitik nicht nur auf der Ebene von Bund und Ländern, sondern auch in der Kommune vor Ort einen ebenso erheblichen wie notwendigen Bedeutungszuwachs.

Um mehr über die Familien in Gütersloh und ihre Lebenssituation zu erfahren, wurden ab September 2007 etwa 2.000 Familien befragt, in denen mindestens ein Kind unter 18 Jahren lebt. Fast 1.000 Familien haben geantwortet und ihre Lebensverhältnisse für Dokumentations- und Forschungszwecke offengelegt. Allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen danke ich an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement und ihre Auskunftsbereitschaft.

Die Faktor Familie GmbH hat die Ergebnisse zusammengefasst und wissenschaftlich aufbereitet. Der „Familienbericht Gütersloh 2008 – Lebenslage und Zufriedenheit von Familien“ steht nun bereit, um öffentlich diskutiert und ausgewertet zu werden. Er ist auch im Internet unter www.guetersloh.de abrufbar. Auf der Basis des Familienberichts und der Diskussionsergebnisse sollen Chancen und Risiken analysiert und konkrete Handlungsansätze ermittelt werden. Positive wie negative Entwicklungen für Gütersloh lassen sich auf diese Weise früher und besser einschätzen, so dass Politik und Verwaltung, Bürger und Bürgerinnen wirksamer handeln können. Die Familienberichterstattung dient somit als Grundlage einer stärker präventiv orientierten Familienpolitik.

Sowohl der Bericht als auch die erstmals in dieser Breite gesammelten Daten sollen in Zukunft fortgeschrieben werden, damit die eingeleiteten Maßnahmen überprüft und gesellschaftliche Entwicklungen verfolgt werden können.

Ich gebe den „Familienbericht Gütersloh 2008“ nun in die öffentliche Diskussion und habe die sichere Erwartung, dass es uns gemeinsam gelingen wird, noch mehr als bisher für unsere Familien zu erreichen.

Gütersloh, im Oktober 2008

Herzlichst



Maria Unger
Bürgermeisterin



1 Kommunale Familienpolitik und Familienberichterstattung

Über alle politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen hinweg nimmt Familienpolitik in den gesellschaftspolitischen Debatten in Deutschland derzeit einen hohen Stellenwert ein. Dabei wird der lokalen Ebene (im Gegensatz zur Vergangenheit) mittlerweile eine große Bedeutung beigemessen. Die Akteure vor Ort in den Kreisen und Städten wissen aber oftmals wenig über ihre „Zielgruppe“: Welche Familien leben vor Ort? Welche Veränderungen bezüglich der Lebenslage und der Familienstrukturen lassen sich in den letzten Jahren beobachten? Welche Alltagsprobleme und Alltagsbedürfnisse haben die Familien(-mitglieder)? Wo sehen Familien(-mitglieder) Defizite? Wie kann die Alltagsorganisation durch familienpolitische Angebote unterstützt werden?

Zwischen dem, was Familien für eine bessere Organisierbarkeit des Alltags brauchen und dem, was ihnen durch kommunale Familienpolitik angeboten bzw. zugestimmt wird, gibt es in der Regel bisher nur wenig Abstimmung. Vor diesem Hintergrund erweist sich die konkrete Ausgestaltung kommunaler Familienpolitik häufig als problematisch. Eine zusätzliche Schwierigkeit besteht darin, kommunale Familienpolitik nachhaltig auszurichten. Kommunale Familienberichterstattung kann in diesem Prozess ein Instrument sein, um diese Informationsdefizite aufzuarbeiten und Entscheidungen vorzubereiten. Die hoch aggregierten Daten und Analysen von Familienforschung und -berichterstattung auf Bundes- und Landesebene, wie sie beispielsweise auch der aktuelle „Familienatlas 2007“ des Bundesfamilienministeriums präsentiert, helfen nämlich nur wenig, die konkrete Situation vor Ort zu beschreiben. Deren Kenntnis ist für die Gestaltung einer zielgenauen Familienförderung vor Ort jedoch unerlässlich. Nur dann kann Familienpolitik als Querschnittspolitik gewinnbringend für Familien und damit gewinnbringend für die Kommune sein.

1.1 Familien in der Stadt

In der öffentlichen Berichterstattung und Diskussion der letzten Jahrzehnte wurden Familien nicht selten ausschließlich als Hilfeempfänger wahrgenommen. Dabei wurde in der Regel vergessen, dass Familien auch Leistungen erbringen, und zwar nicht nur für sich selbst bzw. ihre Mitglieder, sondern auch für die Kommune und die Gesellschaft. Erst sinkende Geburtenzahlen und schrumpfende Städte und Gemeinden haben dafür gesorgt, dass die Leistungen der Familien auch auf örtlicher Ebene eine größere Aufmerksamkeit erhalten. Erst jetzt entsteht bei kommunalen Akteuren (langsam zwar, aber unaufhaltsam) ein Bild von Familien als Leistungserbringer und unersetzliche Ressource kommunaler Entwicklungen.

1.1.1 Familien sind wichtige Leistungsträger

Zu den wichtigsten von Familien erbrachten Leistungen gehören – so fasst der Familienforscher Max Wingen (1997: 40) zusammen – die „Sicherung der Generationenfolge durch Weitergabe des Lebens“ (generative Funktion), das „Auf- und Erziehen der Kinder“ (Sozialisationsfunktion), die „Sorge um die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse nach Ernährung, Wohnung und Kleidung und sonstiger Grundversorgung“ (hauswirtschaftliche Funktion), „Basisleistungen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit“ (Regenerationsfunktion), „Leistungen des Ausgleichs gegenüber vielfältigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationsformen“ (Ausgleichsfunktion) und „Wirkungen zur Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen“ (Solidaritätssicherungsfunktion). Mit der Erfüllung dieser Leistungen tragen Familien zur Bildung, zum Erhalt und zur Pflege des Humanvermögens (eine Art Elementarausstattung des gesellschaftlichen „Personals“ mit sozialen Motiven und Kompetenzen) bei und gewinnen daraus ihre besondere Bedeutung für die Gesellschaft (vgl. BMFSFJ 2001: 103).

Familien erbringen die Leistungen aber nicht nur abstrakt für die Gesellschaft insgesamt, sondern diese werden ganz konkret für das örtliche Gemeinwesen wirksam. Aus kommunalpolitischer Sicht ist die Entwicklung einer Stadt oder Gemeinde dann erfolgreich, wenn zu gleicher Zeit die ansässige Wirtschaft wächst, die öffentliche Infrastruktur und der Städtebau modernen Anforderungen genügen, die Bürgerinnen und Bürger gut ausgebildet, leistungsfähig und gemeinschaftsorientiert sind, die demografische Entwicklung und die sozialen Strukturen ausgewogen sind und die demokratisch verfasste kommunale Selbstverwaltung funktioniert, sowie die kommunalen Finanzen ausgeglichen sind (vgl. Feith o.A.: 3). Dieses Zielsystem kann aber nur erreicht werden, wenn alle Teilziele gleichzeitig verfolgt und aufeinander abgestimmt werden und keines der Teilziele Vorrang erhält. Daraus folgt, dass ausgewogene Sozialstrukturen für die kommunale Entwicklung genau so wichtig sind wie eine konkurrenzfähige Wirtschaftsstruktur. Die örtlichen Familienstrukturen sind in diesem Zusammenhang eine wesentliche Komponente der Sozialstrukturen und beeinflussen ihre Entwicklungstrends maßgeblich.

Familien und ihre gesellschaftlichen Leistungen spielen in diesem Prozess daher eine wichtige Rolle. So sind Familien mit Kindern „die Basis einer leistungsfähigen örtlichen und regionalen Sozialstruktur, in der gegenseitige Leistungsanforderungen der verschiedenen Generationen in einem tragfähigen Verhältnis zueinander stehen“ (vgl. IES 1996: 22). Sozialisationsleistungen der Familien und der Erhalt des Humanvermögens bedeuten

auch, dass den nachwachsenden Generationen in Familien die Fähigkeiten für ein solidarisches Leben in Gemeinschaft vermittelt werden. Familien bilden „als soziale Netzwerke zusammen mit Nachbarschaften, Freundschaften, Initiativen und Vereinsstrukturen das Grundgerüst für Hilfe, Geselligkeit und Teilhabe“ in den Städten und Gemeinden. „Dies wirkt sich positiv aus auf die Hausgemeinschaft und Nachbarschaft, in örtlichen Vereinen, am Arbeitsplatz, in der Schule usw.“ (ebenda: 22). Zudem entlasten Familien auf örtlicher Ebene das Gemeinwesen von erheblichen finanziellen Belastungen, z.B. bei der Pflege kranker oder älterer Menschen. Nicht zuletzt sind Familien in den Städten und Gemeinden wichtige wirtschaftliche Akteure: „Sie bilden Vermögen, treffen Konsumententscheidungen, gehen z.T. große wirtschaftliche Risiken ein und tragen erheblich zum Steueraufkommen bei“ (ebenda: 22). Familien sind damit, genau wie leistungsfähige Betriebe und öffentliche Infrastrukturen, „Motoren“ kommunaler Entwicklungen (IES 1996: 27).

Die Leistungen, die Familien für „die Gesellschaft“ bzw. das örtliche Gemeinwesen erzielen, erbringen sie aber in erster Linie für die einzelnen Familienmitglieder und für sich selbst. Niemand bekommt Kinder für die Rentenversicherung oder um das Schrumpfen der Städte aufzuhalten. „Leistungen der Familie“ sind nach wie vor der Grund, warum Menschen Partnerschaften eingehen, Kinder bekommen und sich ihren Angehörigen gegenüber liebevoll und solidarisch verhalten. Leistungen der Familie für „die Gesellschaft“ entstehen demnach nicht direkt, sondern sozusagen als „Nebeneffekt“ des familialen Zusammenlebens. In den letzten Jahrzehnten hat sich aber die Art und Weise, wie diese Leistungen in den Familien erbracht werden, nachhaltig verändert, denn die Anforderungen und Erwartungen der Familienmitglieder an das familiale Zusammenleben haben sich gewandelt (vgl. Strohmeier/Schultz 2005). Das betrifft besonders die Veränderung im Geschlechterverhältnis und die daraus erwachsenen Anforderungen an eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bis heute verlassen sich Politik, Gesellschaft und Wirtschaft aber darauf, dass die Familie die von ihr erwarteten Leistungen in der traditionell verlässlichen Quantität und Qualität erfüllt. Die gelebten familialen Realitäten, ihre Wandlungen und die gewandelten Randbedingungen des Familienlebens wurden so lange nicht zur Kenntnis genommen, wie sich keine spürbaren negativen Auswirkungen auf das örtliche Gemeinwesen ergaben. Das gilt sowohl für die Produktion des „Humanvermögens“, für die „quantitative Nachwuchssicherung“ als auch die Fähigkeit von Familien zur Selbst- bzw. Gemeinschaftshilfe, z.B. bei der Pflege von Familienangehörigen. Erst in den letzten Jahren, vor dem Hintergrund der Bevölkerungsschrumpfung und einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft, „lernen“ poli-

tische Akteure zunehmend auf veränderte Lebenswirklichkeiten und -planungen von Familien sowie auf die gewandelten Bedürfnisse und Ansprüche einzugehen.

Zwar haben Familien grundsätzlich „ein Interesse am Standort, an dem sie leben und in den sie eingebunden sind, an dem sie arbeiten, wirtschaften und Eigentum bilden“ (Feith o.A.: 8), dennoch werden die Leistungen der Familien für das örtliche Gemeinwesen auch in Zukunft nur „Nebeneffekt“ familialen Lebens bleiben. Die Zielsetzungen kommunaler Entwicklungen sollten daher das veränderte Familienleben und die geänderten Bedingungen, unter denen Familien heute leben, bewusst berücksichtigen. Dabei kommt der kommunalen Politik eine wichtige Rolle zu, denn nur auf kommunaler Ebene können die alltäglichen „Rücksichtslosigkeiten“ abgebaut werden, die die Leistungsfähigkeit der Familien beeinträchtigen können. Möglicherweise sind Instrumente einer auf die Verbesserung der Lebenslage der Familien abzielenden kommunalen Familienpolitik auch die „bevölkerungspolitisch“ wirksamsten, weil zwischen Angebot, Nachfrage und „Wirkung“ die kürzesten Wirkungsketten lägen (vgl. Strohmeier 1994: 13). Mit der Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien in den Städten und Gemeinden werden diese nicht nur für bereits ansässige Familien attraktiver, sondern auch für Familien in anderen Kommunen bzw. prospektive Eltern. Denn die äußeren Bedingungen, die Familienleben heute für die „Eltern von morgen“ riskant und hinderlich machen, sind vor allem solche auf der lokalen Ebene. Familien leben und erleben Familie vor Ort, in den Städten, Kreisen und Gemeinden. Hier fallen auch die Entscheidungen für oder gegen Familie und genau hier muss Familienfreundlichkeit konkret gestaltet werden.

1.1.2 Kommunale Familienpolitik: Pflicht oder Kür?

Durch Artikel 6 des Grundgesetzes sind Bund, Länder und Gemeinden dazu verpflichtet, Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung zu stellen. Die grundsätzliche Orientierung von Familienpolitik wird durch gesetzliche Regelungen auf der Bundesebene (Familienrecht, Familienleistungsausgleich etc.) vorgegeben. Die Bundesländer haben darüber hinaus die Möglichkeit, diese bundespolitischen Vorgaben durch eigene gesetzliche Leistungen zu ergänzen (Landeserziehungsgeld, Familiengründungsdarlehen etc.). Außerdem treffen sie Vorgaben für die Ausgestaltung von Ausführungsgesetzen (bspw. Kinder- und Jugendhilfegesetz).

Durch die Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung (Artikel 28 Grundgesetz) und die ebenfalls verfassungsrechtliche Auffangkompetenz der Kreise sind neben Bund und Ländern auch die Gemeinden, Städte und Kreise originäre Träger von

Familienpolitik. Der Rahmen für kommunale Familienpolitik ist durch die Regelungen auf Bundes- und Landesebene allerdings relativ klar vorgegeben. Allgemein wird bei den Aufgaben der kommunalen Sozial- und Familienpolitik zwischen Aufgaben im übertragenen und im eigenen Wirkungsbereich der Städte und Kreise unterschieden. Der Bereich der Aufgaben im übertrage-

nen Wirkungsbereich besteht aus Auftragsangelegenheiten, die Kommunen aufgrund staatlicher Weisung erfüllen, und Pflichtaufgaben, die Kommunen auf der Basis gesetzlicher Regelungen wahrnehmen. Die Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich der Kommunen und Kreise werden differenziert in pflichtige und freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheiten.

Übersicht 1.1: Aufgaben der Kommunen mit Familienbezug

Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich		Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich	
Auftragsangelegenheiten	Pflichtaufgaben	Pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheiten	Freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheiten
z.B. - Bauaufsicht - Melderecht	z.B. - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - Jugendhilfe - kommunale Leistungen nach dem SGB II (im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende)	z.B. - Betreuungsangebote (Kindergartenplätze) - Beratungsangebote (Erziehungsberatung)	z.B. - Förderung familien-gerechten Wohnens - familiengerechte Ausgestaltung der kommunalen Infrastruktur - Kommunale Familienberichterstattung

Eigene Zusammenstellung

Der Schwerpunkt kommunaler Familienpolitik liegt in der Ausführung von Pflichtaufgaben im übertragenen Wirkungsbereich (Kinder- und Jugendhilfe, Sozialhilfe, kommunale Leistungen nach dem SGB II) und in der Bereitstellung Familien unterstützender sowie Familien ergänzender Angebote im Rahmen der pflichtigen Selbstverwaltungsangelegenheiten, welche vornehmlich Betreuungs- und Beratungsangebote (Kindergartenplätze, Erziehungsberatung) sind. Darüber hinaus besteht für die Kommunen und Kreise im Rahmen ihrer Allzuständigkeit die Möglichkeit, aus eigenem Antrieb Aufgaben zu ergreifen und nach eigenem Ermessen zu gestalten. Streng genommen kann erst mit der Wahrnehmung dieser freiwilligen Leistungen von aktiv gestaltender kommunaler Familienpolitik gesprochen werden. Zu diesen freiwilligen Aufgaben zählen beispielsweise die Förderung von familienfreundlichem Wohnen oder die familiengerechte Ausgestaltung der kommunalen Infrastruktur.

1.2 Warum kommunale Familienberichterstattung?

Die familienpolitische Diskussion auf kommunaler Ebene wird aktuell stark durch die Veröffentlichung des „Familienatlas 2007 – Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder“ durch das Bundesfamilienministerium bestimmt. Der Familienatlas stellt sich das recht anspruchsvolle Ziel für alle kreisfreien Städte und Kreise sowohl die Attraktivität von Regionen für Familien darzustellen als auch Stärken und Schwächen der Regionen aufzudecken, um Ansatzpunkte für kommunalpolitisches Handeln aufzuzeigen (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2007). Eine solche Veröffentlichung kann sicherlich familienpolitische Diskussionen in der Öffentlichkeit, besonders aber in der Kommunalpolitik, befruchten und das Thema Familienpolitik weiter aufwerten. Dem formulierten Ziel kann der Familienatlas aber nur unzureichend entsprechen. Zwar wird mit dem umfangreichen Datenmaterial nachdrücklich verdeutlicht, dass sich die familialen

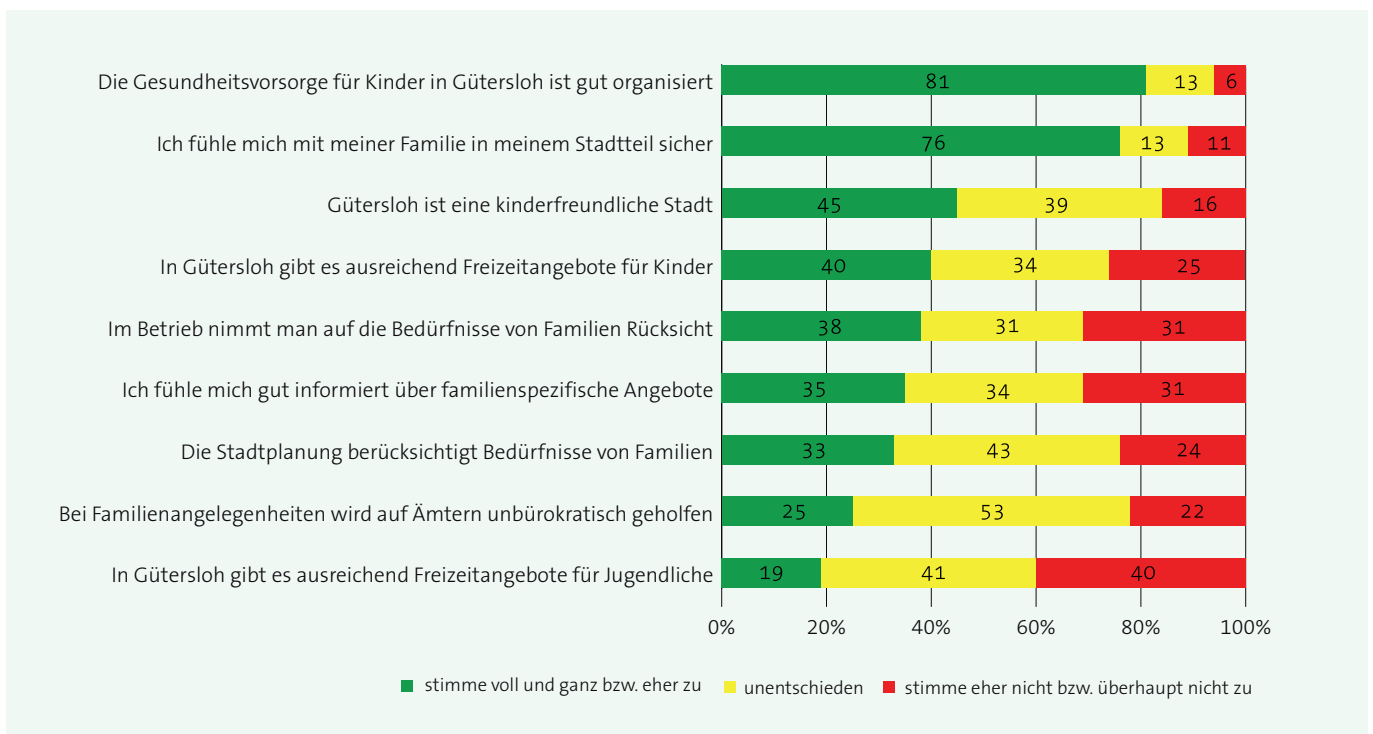
Lebensbedingungen erheblich zwischen den einzelnen Regionen in Deutschland unterscheiden. Nirgendwo ist es so wie im (Bundes-)Durchschnitt! Zugleich bleibt die Ebene der kreisfreien Städte und Kreise aber zu grob, um tatsächlich Ansatzpunkt für kommunales Handeln zu begründen.

Familienfreundlichkeit und Familienpolitik muss sich an den Familien orientieren, die sie vor Ort erreichen will. Die Tatsache, dass es nirgends so wie im Durchschnitt ist und es *die* Familie nicht (mehr) gibt, muss konsequenterweise zu der Schlussfolgerung führen, dass Familienfreundlichkeit viele Ausprägungen hat und es auch *die* Familienfreundlichkeit nicht geben kann. Entsprechend muss lokale Familienpolitik im Umland und in den Kernstädten, im Süden oder im Norden der großen Städte unterschiedliche Ziele verfolgen und unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Die vergleichende Typisierung des Familienatlas auf der Ebene der kreisfreien Städte und Kreise kann diesem Anspruch nicht genügen. Die kreisangehörige Stadt Gütersloh findet in der Typisierung des Familienatlas nur als Bestandteil des Kreises Gütersloh Berücksichtigung. Der Kreis Gütersloh insgesamt wird hinsichtlich der Attraktivität der Region für Familien zwar als „Potenzial-Region“ eingeordnet, allerdings erfolgt diese positive Bewertung ausschließlich auf Basis der Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt und Demografie. Bezogen auf die im

Familienatlas berücksichtigten Handlungsfelder Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wohnen, Bildung und Ausbildung sowie Freizeit wird der Kreis Gütersloh jedoch lediglich im unteren Drittel der Regionen eingeordnet. In diesem Zusammenhang muss zudem angemerkt werden, dass bei dieser Einordnung die familienpolitischen Aktivitäten der einzelnen Kommunen überhaupt nicht berücksichtigt werden (vgl. ZEFIR 2008).

Für die Stadt Gütersloh wird die ausgesprochen negative Einordnung bei den Handlungsfeldern durch die Ergebnisse der Familienbefragung 2007 widerlegt (vgl. Kapitel 5 bis 9). Im Rahmen dieser Befragung wurden Gütersloher Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren dazu befragt, wie sie verschiedene Rahmenbedingungen des Alltagslebens von Familien in Gütersloh bewerten. Die Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, das Sicherheitsgefühl im Stadtteil oder die Organisation der Gesundheitsvorsorge für Kinder wurden durch die Familien ebenso bewertet, wie die Kinderfreundlichkeit der Stadt Gütersloh insgesamt (vgl. Abbildung 1.1). Die verschiedenen Dimensionen werden durch die Gütersloher Familien keineswegs unkritisch bewertet, allerdings fallen die Bewertungen im Vergleich mit den anderen Kommunen der Projektfamilie positiv aus und widersprechen damit der Einordnung des Familienatlas.

Abbildung 1.1: Einschätzung der Rahmenbedingungen für Familien in Gütersloh 2007



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Da aber eine übergreifende Bewertung aller Dimensionen durch die Familien von besonderem Interesse ist, haben wir zum einen die Familien gezählt, die für mindestens fünf der neun genannten Statements (also bei mehr als der Hälfte) eine positive Bewertung (stimme voll und ganz bzw. eher zu) angeben und zum anderen die Familien, die für mindestens fünf der neun genannten Statements eine negative Bewertung (stimme

eher nicht bzw. überhaupt nicht zu) angeben. Danach geben die Familien in Gütersloh ein für die Stadt und die Lebensbedingungen in der Stadt ausgesprochen positives Urteil ab (vgl. Übersicht 1.2). Fast ein Drittel der Familien kommt zu einer überwiegend positiven Einschätzung, während der Anteil der Familien mit überwiegend negativen Bewertungen mit 16 Prozent recht klein ist.

Übersicht 1.2: Einschätzung der Lebensbedingungen von Familien in Gütersloh 2007



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Auch wenn diese Ergebnisse nicht bedeuten, dass in Gütersloh bezüglich Familienfreundlichkeit oder Kinderfreundlichkeit nichts mehr verbessert werden könnte, ergeben die subjektiven Einschätzungen der Familien dennoch ein ganz anderes Bild als die negative Kategorisierung des bundesweiten Familienatlas. Die sehr grobe vergleichende Typisierung des Familienatlas bietet insofern keinerlei Ansatzpunkte für kommunalpolitisches Handeln in Gütersloh und ist auch nicht in der Lage, Stärken oder Schwächen der Kommunen ausreichend differenziert dar-

zustellen.

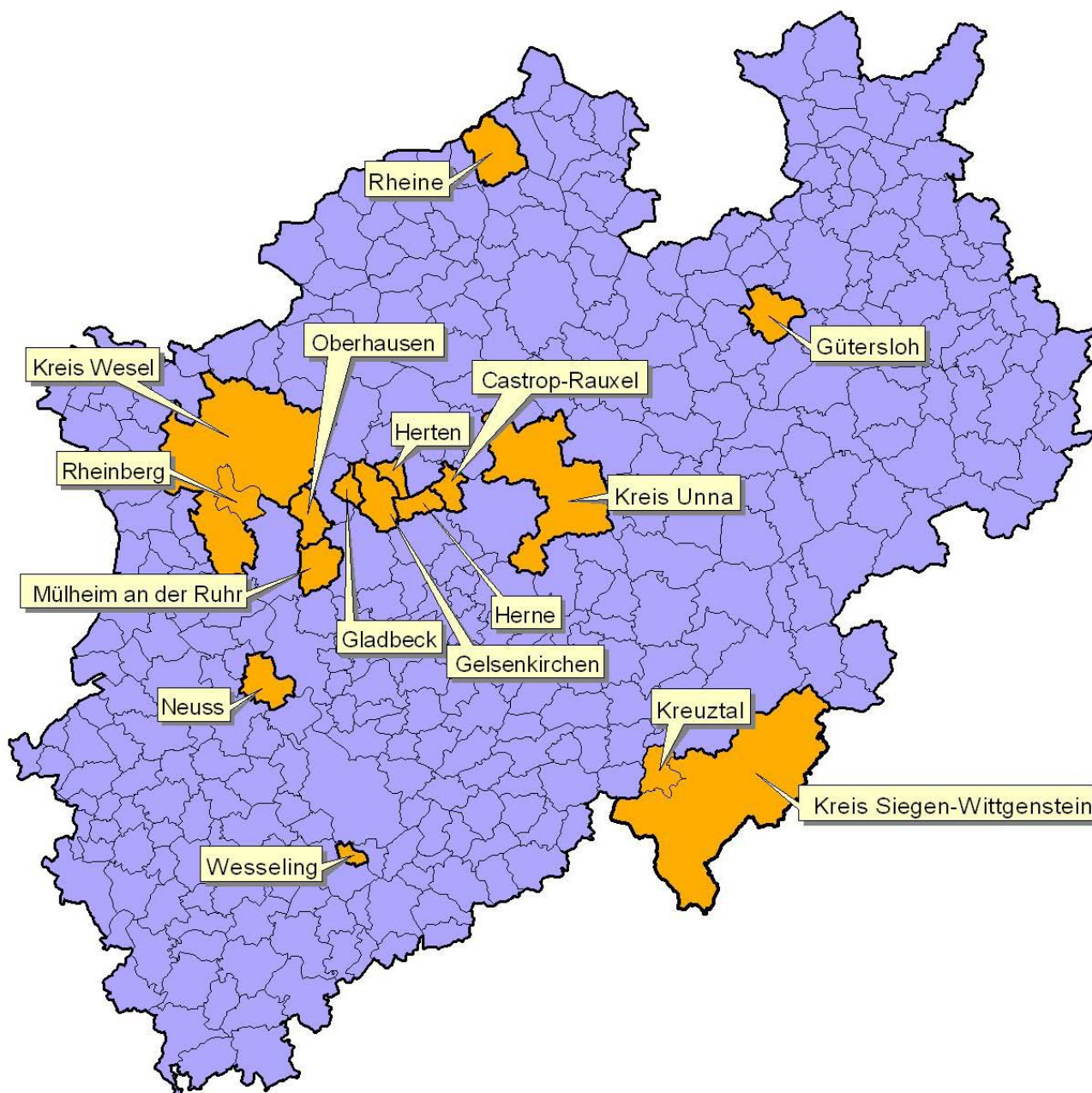
Wissen über die Lebenslage von Familien, ihre Alltagprobleme und Unterstützungsbedarfe, aber auch über die subjektive Bewertung der Lebensbedingungen durch die Familien selbst ist demnach unerlässliche Voraussetzung für eine fundierte, flexible und familienfreundliche Kommunalpolitik in jeder Stadt. Der folgende Familienbericht soll für die Stadt Gütersloh hierzu eine Ist-Analyse der Lebenslage und Zufriedenheit von Familien mit Kindern unter 18 Jahren liefern.

1.3 Die Projektfamilie „Kommunale Familienberichterstattung“

Der vorliegende Familienbericht basiert auf einem Berichtssystem, welches in einem vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen 2001 bis 2006 geförderten Modellprojekt „Kommunales Management für Familien“ entwickelt wurde. An dem Modell-

projekt waren die Städte Herten, Gelsenkirchen und Oberhausen sowie der Kreis Unna beteiligt. Mittlerweile ist es interessierten Kommunen möglich, in das Projekt einzusteigen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Familienberichts Gütersloh beteiligten sich bereits 13 Städte sowie die Kreise Unna, Siegen-Wittgenstein und Wesel (vgl. Karte 1.1).

Karte 1.1: Kommunen und Kreise der Projektfamilie „Kommunale Familienberichterstattung“



Das entstandene einheitliche Berichtssystem bietet wesentliche Vorteile für eine kommunale Familienberichterstattung. Es erfasst kleinräumig handlungsrelevante Informationen zu den Lebensbedingungen und der Lebenslage von Familien in Kommunen mittels Verwaltungsdaten und einer zusätzlichen Familienbefragung. Darüber hinaus ermöglicht das Berichtssystem durch die integrierte Familienbefragung auch die Darstellung der subjektiven Bewertung der Lebensbedingungen durch Familien selbst. Kleinräumigkeit, inter- und intrakommunale Vergleichbarkeit und Aktualisierbarkeit der Indikatoren waren wesentliche Kriterien für die Auswahl der Indikatoren für das Berichtsformat. Die Vereinheitlichung der Indikatoren und der standardisierte einheitliche Fragebogen ermöglichen den Vergleich zwischen den Städten und Kreisen der Projektfamilie. Zudem wurden ausgewählte Indikatoren der bundes- und landesweit etablierten Sozial- und Armutsberichterstattung integriert, die einen Vergleich wesentlicher Indikatoren mit der Landesebene gestatten und in der Praxis bereits mehrfach erfolgreich erprobt sind.¹ Ein weiterer Vorteil der Projektfamilie ist der Informationsaustausch und die Diskussion zwischen den Kooperationskommunen über den Prozess der Berichterstellung, beispielsweise über Datenbeschaffung und -aufbereitung, die Vermittlung von Ergebnissen vor Ort und das Ableiten von Handlungsschwerpunkten. Das Berichtssystem fördert insofern Vernetzungen und Kooperationen zwischen den Kommunen der Projektfamilie.

1 Weitere Informationen zum Berichtskonzept finden sich in Kapitel 2 des Familienberichtes.

2 Konzept und Methode

Voraussetzung für effektives politisches Handeln für Familien auf kommunaler Ebene ist die systematische und umfassende Information über die Lebensformen und Lebenslagen von Familien und Kindern sowie deren subjektive Bewertung durch Familien. Erst vor diesem Hintergrund ist die Identifikation von Handlungs- und Gestaltungsbedarfen möglich. Gefragt ist also ein Berichtsformat mit kleinräumigen, handlungsrelevanten sowie aktuellen und möglichst aktualisierbaren Informationen, die

- intrakommunale Disparitäten der Lebensverhältnisse erfassen und damit präzise, ortsteilsspezifische Problembeschreibungen ermöglichen,
- die Entwicklung entsprechend teilraumspezifischer, „ortsnaher“ Handlungs- und Lösungsansätze erleichtern und schließlich,
- eine Wirkungskontrolle von Handlungen und Maßnahmen ermöglichen (vgl. ZEFIR 2003: 11ff).

2.1 System kommunaler Familienberichterstattung

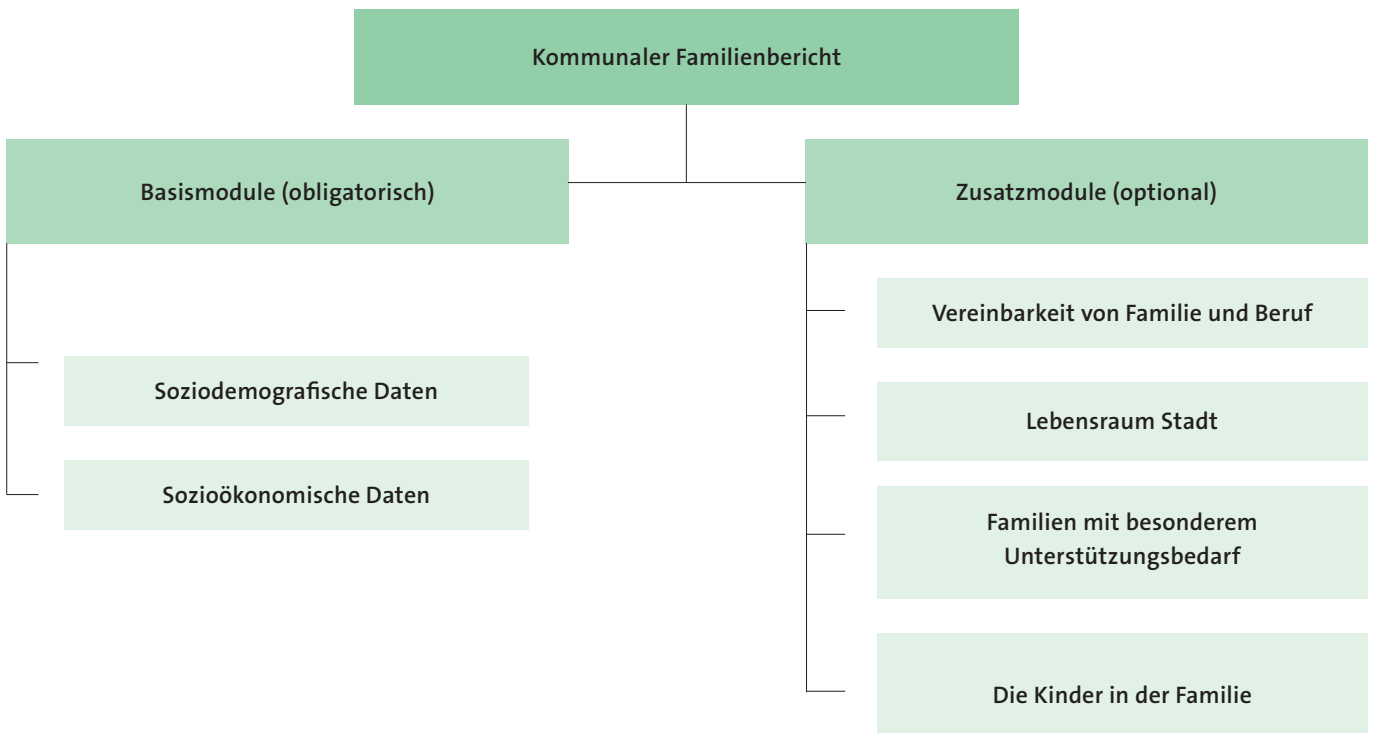
Das einheitliche System kommunaler Familienberichterstattung, das dem vorliegenden Bericht zugrunde liegt, besteht aus zwei „Informationsbausteinen“: einem internetgestützten Familienstatistischen Informationssystem (FIS) mit amtlichen und prozessproduzierten Daten (vgl. Kapitel 2.2.1) und einer

Familienbefragung (vgl. Kapitel 2.2.2). Diese “Bausteine“ sind auf die Etablierung einer dauerhaften Familienberichterstattung gerichtet.

Der vorliegende Familienbericht stellt Ergebnisse der ersten Erhebungsphase 2007 dar, die eine breite, ressortübergreifende und kleinräumige Beschreibung der Lebenslage von Familien in Gütersloh ermöglichen. Die inhaltliche Grundlage des Familienberichtes bilden zwei Basismodule, die soziodemografische und sozioökonomische Daten beinhalten. Darüber hinaus unterscheiden wir vier thematische Zusatzmodule, die die Themenfelder „Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Lebensraum Stadt“ und „Kinder in der Familie“ abdecken.

Die Grundüberlegung dieser modularen Konzeption ist, dass die Kooperationspartner bei einer Fortschreibung der Berichterstattung in Zukunft die Option haben, nicht (immer) umfassende (und damit arbeits- und kostenintensive) Familienberichte erstellen zu müssen, sondern „lediglich“ bestimmte Module auswählen können. Dies ermöglicht eine flexible und „passgenaue“ Reaktion auf die (Informations-)Bedürfnisse vor Ort. Die Vereinheitlichung wichtiger Indikatoren und die Integration standardisierter Analysebausteine ermöglichen darüber hinaus den interkommunalen Vergleich mit den Ergebnissen der Familienberichterstattung in anderen Projektkommunen.

Übersicht 2.1: Themen und Module der kommunalen Familienberichterstattung



Weitere Informationen zum Projekt und den einzelnen Projektbestandteilen finden Sie im Internet unter www.faktor-familie.de.

2.2 Datenbasis des Familienberichtes

Die vorliegenden Analysen zur Lebenslage und zur Zufriedenheit von Familien in Gütersloh basieren auf familienrelevanten Daten der Kommunalstatistik (vgl. Kapitel 2.2.1) und der Befragung Gütersloher Familien mit minderjährigen, d.h. unter 18-jährigen Kindern (vgl. Kapitel 2.2.2).

2.2.1 Daten der Kommunalstatistik

Eine Datenbasis des vorliegenden Familienberichtes sind die quantitativen Daten der amtlichen bzw. prozessproduzierten Kommunalstatistik, die kleinräumig aufbereitet und in das „Familienstatistische Informationssystem (FIS) Gütersloh“ eingestellt wurden. „Prozessproduzierte“ Daten sind Daten, die im Verwaltungsvollzug entstehen und sozusagen für Verwaltungszwecke erhoben werden. Dazu zählen die verschiedensten Arten der Kommunalstatistik, z.B. die Einwohner-, Sozialhilfe- und Jugendhilfestatistik, aber auch Daten des Schul-, Gesundheits- und Wohnungsamtes oder der Bundesagentur für Arbeit. Die für Gütersloh erhobenen und verwendeten Daten lassen sich den folgenden Themenbereichen zuordnen:

- Bevölkerung/Demografie
- Wanderungsbewegung/Mobilität
- Bildung
- Kinderbetreuung
- Kinderspielplätze und offene Kinder- und Jugendarbeit sowie
- Intervention und Beratung.

2.2.2 Schriftliche Familienbefragung

In Ergänzung zu den erhobenen Verwaltungsdaten wurde zu ausgewählten familienpolitisch relevanten Themenbereichen eine schriftliche Familienbefragung von Haushalten mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren durchgeführt.

Da es für die Stadt Gütersloh keine kommunalstatistischen Angaben zu Familien- und Haushaltsstrukturen für Familien mit Kindern gibt, die für eine Haushaltsstichprobe erforderlich sind, wurde die Stichprobe abweichend von anderen Kommunen der Projektfamilie gezogen. Aus dem Einwohnermelderegister wurden 2.000 Adressen von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren nach dem statistischen Zufallsprinzip ausgewählt. Die Fragebögen wurden an die Erziehungsberechtigten dieser Kinder und Jugendlichen versendet, wobei nur ein Frage-

bogen je Familie verschickt wurde. Daher stellen die Gütersloher Ergebnisse, wie in anderen Kommunen der Projektfamilie, die Lebenssituation von Familien mit mindestens einem im Haushalt lebenden minderjährigen Kind dar. Die zufällige Auswahl der Adressen sichert darüber hinaus die Repräsentativität der Befragung.

Gegenstand der Befragungen waren vor allem Aspekte der sozialen und ökonomischen Lebenssituation sowie der Zufriedenheit von Familien, die mit den Daten der Kommunalstatistik nicht oder nur sehr unzureichend abgebildet werden können. Für Gütersloh liefert die Familienbefragung darüber hinaus Verteilungsinformationen zu kleinräumigen Familienstrukturen. Der Fragebogen umfasst auf 20 Seiten insgesamt 70 Einzelfragen zur Lage von Familien, die von jeweils einem Elternteil beantwortet werden sollten und sich – analog zu den oben genannten Modulen – zu folgenden Themenbereichen gruppieren lassen:

- „Standarddemografie“
- Wirtschaftliche Lage von Familien in Gütersloh
- Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Lebensraum Stadt
- Kinder in der Familie.

Die Organisation der Familienbefragung erfolgte nach einem in den anderen Kommunen der Projektfamilie bereits mehrfach erfolgreich durchgeführten Ablaufschema. Um die Bevölkerung über die Befragung zu informieren und um ihre Mitarbeit zu bitten, wurde unmittelbar vor dem Versand der Fragebögen eine Pressekonferenz durchgeführt und die örtliche Presse informiert. Zur Erhöhung des Fragebogenrücklaufes wurde darüber hinaus nach Ablauf einer ersten Rücksendefrist ein Erinnerungsschreiben an die gesamte Stichprobe geschickt, in dem die Familien – sofern noch nicht geschehen – nochmals um Beteiligung an der Befragung gebeten wurden. Im Anschreiben wurde zusätzlich jeweils ein Ansprechpartner der Stadt Gütersloh und der Faktor Familie GmbH mit Telefonnummer angegeben, an die sich die Familien bei Rückfragen wenden konnten. Diese „Telefonhotline“ fand erfahrungsgemäß regen Anklang. Gegenstand der Anrufe waren insbesondere Fragen zur Anonymität der Daten und zur Veröffentlichung der Ergebnisse. Fragebögen, Anschreiben und Rückumschläge wurden im September 2007 an die Gütersloher Familien versandt; die erste Rücklauffrist endete am 12. Oktober 2007, die zweite Rücksendefrist nach dem Erinnerungsschreiben am 02. November 2007.

Tabelle 2.1 gibt einen Überblick über die Eckwerte der Stichprobenzusammensetzung. Insgesamt konnte ein Rücklauf von

49 Prozent erzielt werden, was eine recht hohe Rücklaufquote für eine schriftliche Befragung darstellt. Das sind 977 der angeschriebenen 2.000 Familien. Gut drei Viertel der Fragebögen wurden von Müttern ausgefüllt, die sich offenbar für familiäre Themen stärker verantwortlich fühlen als Väter bzw. dies tatsächlich sind.

Für kleinräumige Analysen beziehen wir uns auf die Ebene der zehn Gütersloher Sozialräume, wobei die Sozialräume Innenstadt und Miele sowie Nord und Blankenhagen zusammengefasst wurden, um valide Aussagen auf der Sozialraumebene treffen zu können. Mit dem Fragebogen wurde eine Karte ver-

sandt, damit Familien ihren Wohnort besser bestimmen konnten. Es wurde bereits darauf verwiesen, dass es für Gütersloh leider keine Daten der Kommunalstatistik zur Verteilung der Familienanteile in den Sozialräumen gibt. Zur Bewertung der kleinräumigen Qualität der Stichprobe kann daher lediglich die Verteilung der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in den Sozialräumen herangezogen werden. Der Rücklauf der Familienbefragung entspricht in den Sozialräumen relativ gut der Verteilung der Kinder und Jugendlichen in der Stadt. Allerdings gibt es einige Sozialräume, die in der Stichprobe etwas überrepräsentiert (Kattenstroth, Avenwedde-Mitte/West) bzw. leicht unterrepräsentiert (Innenstadt/Miele, Nord/Blankenhagen, Sundern) sind.

Tabelle 2.1: Zusammensetzung der Stichprobe

Familien in der Befragung		
versendete Fragebögen	2.000	
Rücklauf (absolut)	977	
Rücklauf (in Prozent)	49	
Stadtteile	Anteil der Familien in der Befragung	Anteil der Kinder unter 18 Jahren in der Kommunalstatistik
Angaben in Prozent		
Innenstadt/Miele	11,2	12,6
Nord/Blankenhagen	11,4	14,4
Sundern	6,3	7,8
Kattenstroth	17,5	15,9
Pavenstädt	9,9	10,1
Isselhorst	7,3	6,9
Avenwedde-Bahnhof	5,6	6,0
Friedrichsdorf	8,4	7,6
Avenwedde-Mitte/West	12,8	9,3
Spexard	9,6	9,5
	Anteil der Familien in der Befragung	
Mutter Bezugsperson	77	
mindestens ein Elternteil keine deutsche Staatsangehörigkeit	15	
mindestens ein Elternteil Migrationshintergrund	30	
Alleinerziehende	12	
Kinderreiche Familien (drei und mehr Kinder unter 18 Jahren)	21	

Anmerkung: Die Bezugsperson ist der Elternteil, der den Fragebogen ausgefüllt hat.
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 und Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

Bei der Interpretation und Einordnung der kleinräumigen Ergebnisse des Familienberichtes sind die sehr unterschiedlichen Größen der einzelnen Sozialräume zu beachten. So wohnen nur sechs Prozent der Gütersloher Familien bzw. Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Avenwedde-Bahnhof, aber fast 16 Prozent in Kattenstroth. Aussagen auf der Sozialraumebene betreffen demnach immer sehr unterschiedlich große Gruppen von Familien, d.h. ein gleicher Anteilswert in zwei Sozialräumen (beispielsweise bezüglich der Arbeitsteilung im Haushalt) betrifft absolut gesehen im Sozialraum Kattenstroth mehr als doppelt so viele Familien wie in Avenwedde-Bahnhof.

Unter den Familien in der Befragung hat in 15 Prozent der Familien mindestens ein Elternteil keine deutsche Staatsangehörigkeit und in 30 Prozent der Familien hat mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund. Der Anteil der Alleinerziehenden liegt bei 12 Prozent, der Anteil der kinderreichen Familien (mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren) bei 21 Prozent der Familien. Da es sich um eine statistisch repräsentative Stichprobe handelt, kann mit diesen Angaben die Familienstruktur der Stadt Gütersloh insgesamt abgebildet werden.

Bei der Bewertung der Analyseergebnisse der Familienbefragung sind die Fallzahlen für Detailauswertungen zu beachten.² In der empirischen Sozialforschung wird bei Fallzahlen über 30 von hinreichend validen Ergebnissen für Verteilungen ausgegangen. Diesem Grundsatz folgend präsentieren wir ausschließlich Analyseergebnisse für Gruppen über 30 Fälle. Sind einzelne Ergebnisse wegen zu geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen, werden diese Tabellenzellen mit (-) gekennzeichnet. Eine 0 hingegen steht tatsächlich für den Wert Null.

2.3 Grundlegende Definitionen

Familie, Migrationshintergrund, Äquivalenzeinkommen sowie Bildungs- und Erwerbsstatus sind Begriffe, die in den weiteren Kapiteln häufiger vorkommen. Um diese nicht jedes Mal ausführlich erklären zu müssen und damit den Lesefluss zu behindern, wird im Folgenden erläutert, was wir darunter verstehen. Die folgenden Definitionen liegen auch den Analysen und Darstellungen in den Familienberichten der Projektfamilie zugrunde, so dass die interkommunale Vergleichbarkeit gesichert ist.

Familie

Der vorliegende Familienbericht für die Stadt Gütersloh betrachtet das familiäre Leben in einem gemeinsamen Haushalt und beschränkt sich auf die Analyse der gemeinsamen Haushaltsführung von Eltern und minderjährigen Kindern. Es muss aber angemerkt werden, dass diese Sichtweise „nur“ Familien im

engeren Sinne im Blick hat. Die Familienforschung spricht daher von „Kernfamilien“, da sich die Betrachtung auf die Betreuungs- und Erziehungsphase von Kindern beschränkt. Im Grunde ist dies aber nur eine Lebensphase des gesamten Familienlebens. Denn Familie konstituiert sich zwar mit der Geburt oder der Adoption von Kindern, besteht aber lebenslang (Familie im weiteren Sinne), auch wenn die Kinder das Haus verlassen und erwachsen werden (vgl. Strohmeier/Schultz 2005: 49ff.). Die enge Definition von Familie für diesen Familienbericht ergab sich zum einen aus den inhaltlichen Fragestellungen und war zum anderen notwendig, um die Befragung durchzuführen und eine valide Stichprobe zu ziehen.

Migrationshintergrund

Als Familien mit Migrationshintergrund können wir auf Basis der Familienbefragung eine breitere Gruppe von Familien betrachten als dies mit Daten der öffentlichen Statistik möglich ist. Nicht nur Familien mit mindestens einem nichtdeutschen Elternteil werden berücksichtigt, sondern darüber hinaus auch Familien mit mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund. Das heißt, mindestens ein Elternteil hat eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, neben der deutschen eine zweite Staatsangehörigkeit oder aber mindestens ein Elternteil ist außerhalb Deutschlands geboren. Dadurch werden z.B. russlanddeutsche Familien ebenfalls als Migrantenfamilien erfasst.

Äquivalenzeinkommen und Armutsgrenzen auf Basis bedarfsgewichteter Einkommensdaten

Man kann die Einkommen von Haushalten und Familien unterschiedlicher Größe und Zusammensetzungen nicht direkt miteinander vergleichen und nicht an einem für alle Haushalte einheitlichen Einkommensbetrag als Armutsschwelle messen. Für einen Ein-Personen-Haushalt sind 2.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen etwas anderes als für einen Acht-Personen-Haushalt. Um diese beiden Haushalte hinsichtlich ihres Einkommens vergleichen zu können, muss man die Haushaltsgröße berücksichtigen. Die einfachste Möglichkeit wäre, das Haushaltseinkommen durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder zu teilen. Dabei entstehen Pro-Kopf-Einkommen. Der hier genannte Ein-Personen-Haushalt mit 2.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen hätte danach auch ein „tatsächliches“ Pro-Kopf-Einkommen von 2.000 Euro, der Acht-Personen-Haushalt lediglich von 250 Euro.

² Grundsätzlich muss man berücksichtigen, dass Stichprobenergebnisse nicht den gleichen Genauigkeitsgrad wie Totalerhebungen oder amtliche Statistiken erreichen können.

Nun kann man aber davon ausgehen, dass größere Haushalte durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen realisieren können, die kleineren Haushalten nicht möglich sind. Darüber hinaus haben Kinder noch einen geringeren Unterhaltsbedarf als Erwachsene. Konkret heißt das: Der Haushalt mit acht Familienmitgliedern benötigt nicht eine achtmal so große Wohnung wie der Ein-Personen-Haushalt und er benötigt nicht acht Autos. Auch Stromkosten für das Fernsehgerät, das Radio, die Beleuchtung steigen nicht auf das Achtfache der Kosten des Ein-Personen-Haushaltes usw. Das heißt also, der Bedarf an Einkommen in größeren Familien steigt zwar mit der Zahl der Familienmitglieder, aber keinesfalls proportional. Dies würden wir aber voraussetzen, wenn wir eine Armutsgrenze auf Basis von tatsächlichen Pro-Kopf-Einkommen betrachten würden. Deshalb werden in der Armutsforschung so genannte bedarfs- bzw. äquivalenzgewichtete Pro-Kopf-Einkommen betrachtet, die zum einen die unterschiedlichen Haushaltsgrößen vergleichbar machen und gleichzeitig die Einsparungen in größeren Familien berücksichtigen. Hierfür wird eine theoretische „bedarfsgewichtete Familiengröße“ ermittelt, die bei größeren Haushalten immer unter der tatsächlichen Größe des Haushaltes liegt und durch diese theoretische Haushaltsgröße wird dann das tatsächliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen geteilt. Diese bedarfsgewichteten Einkommen werden als „Äquivalenzeinkommen“ bezeichnet. Wir greifen auf die alte OECD-Skala zurück, die auch in der Sozialberichterstattung des Landes NRW Anwendung findet.

Nach der alten OECD-Skala wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Gewicht 1 zugewiesen. Jede weitere Person im Haushalt im Alter von 14 Jahren und älter erhält das Gewicht 0,7; jüngere Haushaltsmitglieder unter 14 Jahren wird ein Gewicht von 0,5 zugewiesen. Somit ergibt sich für einen Ein-Personen-Haushalt ein Gewicht von 1. Um das gleiche Wohlstandsniveau wie ein Single zu haben, benötigt also eine Paar ohne Kinder ein Haushaltseinkommen, welches 1,7 mal so hoch ist (1+0,7); für ein Ehepaar mit zwei Kindern unter 14 Jahren wird ein 2,7 (1+0,7+0,5+0,5) mal so großes Haushaltseinkommen benötigt, um den gleichen Lebensstandard zu erhalten.

Einkommensarmut von Familien definieren wir in Abhängigkeit vom aktuellen Durchschnittseinkommen. Analog zum Sozialbericht NRW 2007 (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 2007) legen wir das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen, welches über den Mikrozensus erhoben wird, zu Grunde und errechnen das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen). Als arm gelten Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens in NRW beträgt.

2005 lag das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen bei 1.229 Euro. Als einkommensarm gelten demnach Haushalte, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 615 Euro beträgt.

Tabelle 2.2: Äquivalenzeinkommen und Einkommensarmut

Haushaltstyp	Faktor der Bedarfsgewichtung nach alter OECD-Skala	50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens	Die Haushaltsmitglieder gelten als einkommensarm, wenn das Haushaltsnettoeinkommen niedriger ist als...
Ein-Personen-Haushalt	1	x615 € =	615 €
Paare ohne Kinder	1,7	x615 € =	1.046 €
Paare			
mit einem Kind unter 14 Jahren	2,2	x615 € =	1.353 €
mit einem Kind unter 14 Jahren und einem Kind von 14 Jahren und älter	2,9	x615 € =	1.784 €
Alleinerziehende			
mit einem Kind unter 14 Jahren	1,5	x615 € =	923 €
mit einem Kind im Alter von 14 Jahren und älter	1,7	x615 € =	1.046 €

Datenquelle: Zusammengestellt nach MAGS 2007: 19.

Die Mitglieder einer Familie mit zwei Erwachsenen und einem Kind unter 14 Jahren gelten als einkommensarm, wenn das Haushaltseinkommen niedriger ist als 1.353 Euro. Ein Alleinerziehendenhaushalt mit einem unter 14-jährigen Kind wird als einkommensarm bezeichnet, wenn das Einkommen weniger als 923 Euro beträgt (vgl. Tabelle 2.2).

Bildungsstatus der Eltern

Für den Bildungsstatus von Mutter und Vater wurde ein Indikator gebildet, der eine Kombination aus höchstem Schulabschluss und Ausbildungsniveau darstellt. Die vier Bildungsgruppen reichen von „niedriger Qualifikation“, über „mittlere“ und „höhere“

bis zur „höchsten Qualifikation“. So zählt z.B. ein Vater, der einen Hauptschulabschluss besitzt und eine Lehre abgeschlossen hat zur „niedrigsten Qualifikation“. Hat er neben dem Hauptschulabschluss auch eine Ausbildung an einer Fach-, Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Bildungsakademie abgeschlossen, wird er in die Kategorie „mittlere Qualifikation“ eingeordnet. Zur „höchsten Qualifikation“ gehören nur die Personen, die entweder einen Fachhochschul- oder einen Hochschulabschluss besitzen. Der Bildungsstatus des Familienhaushalts ergibt sich aus dem höchsten Abschluss der Elternteile. Wenn wir also der Mutter die „höchste Qualifikation“ zuordnen und dem Vater die „höhere Qualifikation“, zählt der Haushalt insgesamt zur „höchsten Qualifikation“.

Tabelle 2.3: Schulabschluss und Ausbildungsniveau

Bildungsgruppe	Schulabschluss	Ausbildungsniveau
Niedrige Qualifikation	kein Abschluss Volks-/ Hauptschulabschluss Realschule/ POS*	Lehre/ (noch) kein Abschluss/ keine Angabe (noch) kein Abschluss/ keine Angabe
Mittlere Qualifikation	Volks-/ Hauptschulabschluss Realschule/ POS*	Fach-, Meister-, oder Technikerschule Lehre/ anderer Abschluss
Höhere Qualifikation	Keine Angabe/ anderer Abschluss Realschule/ POS* (Fach-)Hochschulreife	Lehre/ Fach-, Meister- oder Technikerschule Fach-, Meister-, oder Technikerschule Lehre/ Fach-, Meister- oder Technikerschule/ noch in Ausbildung
Höchste Qualifikation		Fachhochschule- oder Hochschulabschluss
Nicht berücksichtigt	(Fach-) Hochschulreife	Keine Lehre/ Anlernzeit mit Zeugnis/ keine Angabe

* Allgemeiner Schulabschluss in der DDR (10 Klassen).

Berufliche Stellung der Eltern

Ähnlich dem Bildungsstatus von Mutter und Vater wurde eine weitere Variable gebildet, die die berufliche Stellung der Eltern abbildet. Die Zuweisung zu den vier Gruppen „niedrige berufliche Stellung“, „mittlere“, „höhere“ und „höchste berufliche Stellung“ erfolgt aufgrund der derzeitigen bzw. – falls der jeweilige Elternteil zurzeit nicht erwerbstätig ist – aufgrund der letzten Art der Erwerbstätigkeit. Die berufliche Stellung des Familienhaushaltes ergibt sich aus der höchsten beruflichen Stellung der Elternteile. Wenn wir also dem Vater die „höchste berufliche Stellung“ zuordnen und der Mutter die „höhere berufliche Stellung“, zählt der Haushalt insgesamt zur „höchsten beruflichen Stellung“.

Erwerbsstatus der Eltern

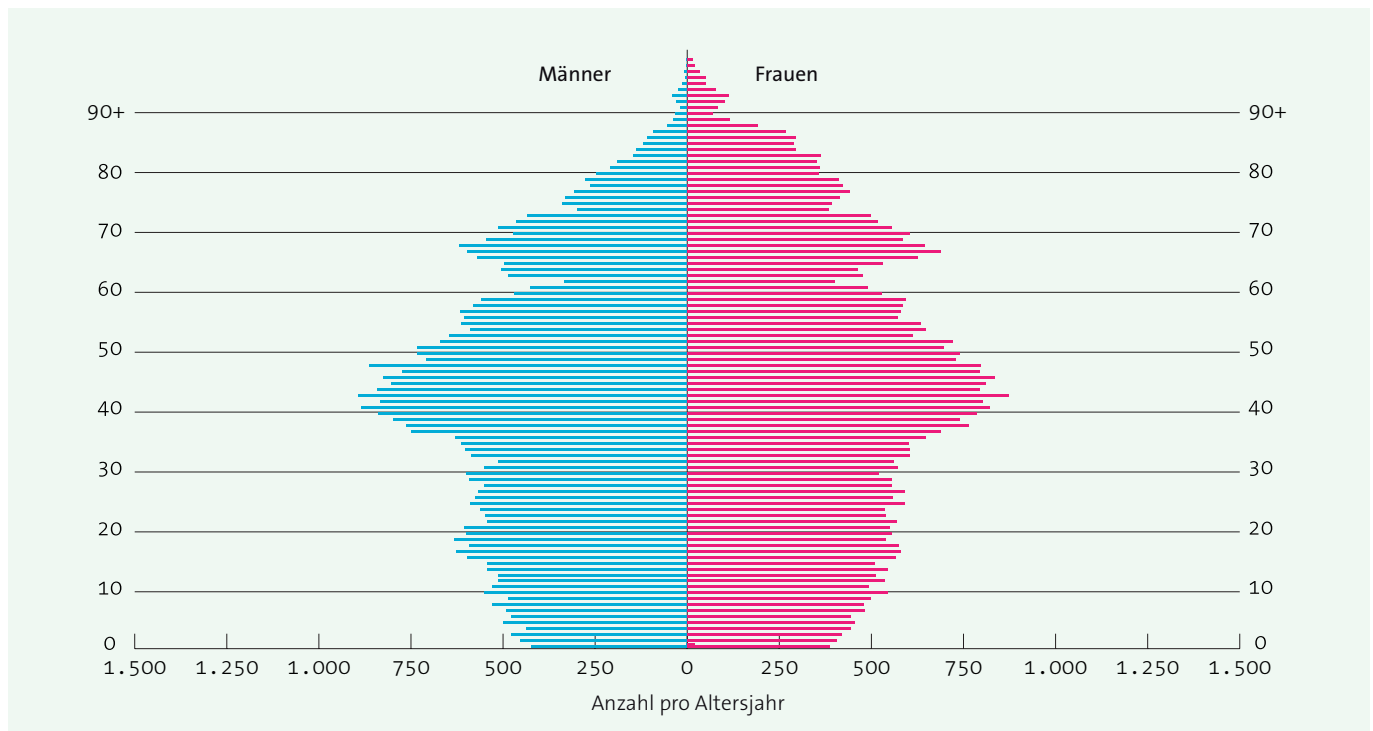
Erwerbstätig ist, wer einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nachgeht, sich im Wehr- oder Zivildienst oder einer beruflichen Ausbildung befindet. Geringfügig Beschäftigte, Arbeitslose, Schüler/Schülerinnen, Studenten/Studentinnen, Rentner/Rentnerinnen und Väter und Mütter in Mutterschafts-, Erziehungsurlaub und Elternzeit zählen somit zu den Nichterwerbstätigen. Vollzeit erwerbstätig sind Personen, die Vollzeit erwerbstätig, Wehr- oder Zivildienst oder berufliche Ausbildung angegeben haben. Ist eine Zuordnung über die oben genannten Kriterien nicht möglich, wird zusätzlich die Wochenarbeitszeit berücksichtigt: Eltern, die über 30 Stunden wöchentlich arbeiten, gelten als voll erwerbstätig.

Tabelle 2.4: Berufliche Stellung der Eltern

Berufliche Stellung	Zurzeit (bzw. zuletzt) erwerbstätig als ...
Niedrige berufliche Stellung	Noch nie erwerbstätig Ungelernte/r Arbeiter/in Angelernte/r Arbeiter/in
Mittlere berufliche Stellung	Gelernte/r und Facharbeiter/in Angestellte/r mit einfacher Tätigkeit Beamte/r im einfachen Dienst
Höhere berufliche Stellung	Vorarbeiter/in, Kolonnenführer/in Meister/ Polier Angestellte/r mit qualifizierter Tätigkeit Beamte/r im mittleren Dienst
Höchste berufliche Stellung	Angestellte/r mit hochqualifizierter Tätigkeit Angestellte/r mit umfassenden Führungsaufgaben Beamte/r im gehobenen Dienst Beamte/r im höheren Dienst Freie Berufe, selbst. Akademiker/in Sonstige Selbstständige

3 Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsprognose

Abbildung 3.1: Bevölkerung in Gütersloh am 31.12.2006



Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

Am 31.12.2006 leben in Gütersloh 96.284 Einwohner.^{3,4} Einen ersten Eindruck über den Bevölkerungsstand zum 31.12.2006 nach Altersjahren und Geschlecht bietet die Bevölkerungspyramide in Abbildung 3.1.

Der Altersaufbau zeigt deutlich den Geburtenanstieg bis Mitte der 1960er Jahre und den 1965 einsetzenden nachhaltigen Geburtenrückgang (bei den heute etwa Vierzigjährigen), der sich für Deutschland insgesamt nachweisen lässt. Zudem ist besonders für die Altersgruppen der über 80-Jährigen ein deutlicher Frauenüberschuss zu erkennen, der durch die durchschnittlich höhere Lebenserwartung von Frauen bedingt ist. Wie aber haben sich die Bevölkerung und ihre Struktur in Gütersloh in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt? Wie hoch ist der Anteil von nichtdeutschen Einwohnern und wie wird sich die Altersstruktur der Bevölkerung in den kommenden Jahren voraussichtlich entwickeln? Im vorliegenden Kapitel sollen diese (und andere) Fragen anhand der bisherigen Bevölkerungsentwicklung in Gütersloh von 1975 bis 2006 (Kapitel 3.1) und der voraussichtlichen Entwicklung der Gütersloher Bevölkerung bis zum Jahr 2020 (Kapitel 3.2) beantwortet werden.

3.1 Weniger, älter und bunter? Die Bevölkerungsstruktur der Stadt Gütersloh von 1975 bis 2006

„Wir werden weniger. Wir werden älter. Wir werden bunter.“ So oder so ähnlich werden die Hauptmerkmale des demografischen Wandels häufig zusammengefasst und auch in den Städten und Gemeinden der Projektfamilie (mit Ausnahme der Stadt Rheine) traf dies auf die Bevölkerungsentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte und die daraus abgeleiteten Prognosen.

- 3 Bevölkerung am Ort des Hauptwohnsitzes (Daten des Einwohnermelderegisters der Stadt Gütersloh).
- 4 Im ersten Abschnitt dieses Kapitels, der die Bevölkerungsentwicklung ab 1975 beschreibt, greifen wir auf Daten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen (LDS) zurück, da uns hier keine stadt-eigenen Daten zur Verfügung stehen. Für die nach Altersjahren differenzierenden Darstellungen für das Jahr 2006 (Stichtag 31.12.) greifen wir auf Daten zurück, die uns von der Stadt Gütersloh zur Verfügung gestellt wurden. Im Vergleich zu den fort-geschriebenen Daten des LDS weist diese stadt-eigene Statistik für 2006 eine insgesamt um 31 Personen niedrigere Stadtbevölkerung aus. Für die Bevölkerungsprognose im zweiten Teil des Kapitels verwenden wir Daten einer Prognose, die von der Stadt Gütersloh bei der Interdisziplinären Forschungsgruppe für Bevölkerungswissenschaft/Demographie an der Universität Bielefeld (vgl. Stadt Gütersloh 2008) in Auftrag gegeben und uns zur Verfügung gestellt wurde.

sen zu (vgl. u.a. ZEFIR/Stadt Herne 2008; ZEFIR/Stadt Mülheim an der Ruhr 2007; ZEFIR/Stadt Gelsenkirchen 2006). Wie wir im Folgenden zeigen werden, können für die Stadt Gütersloh aber nicht alle diese Merkmale festgestellt werden!

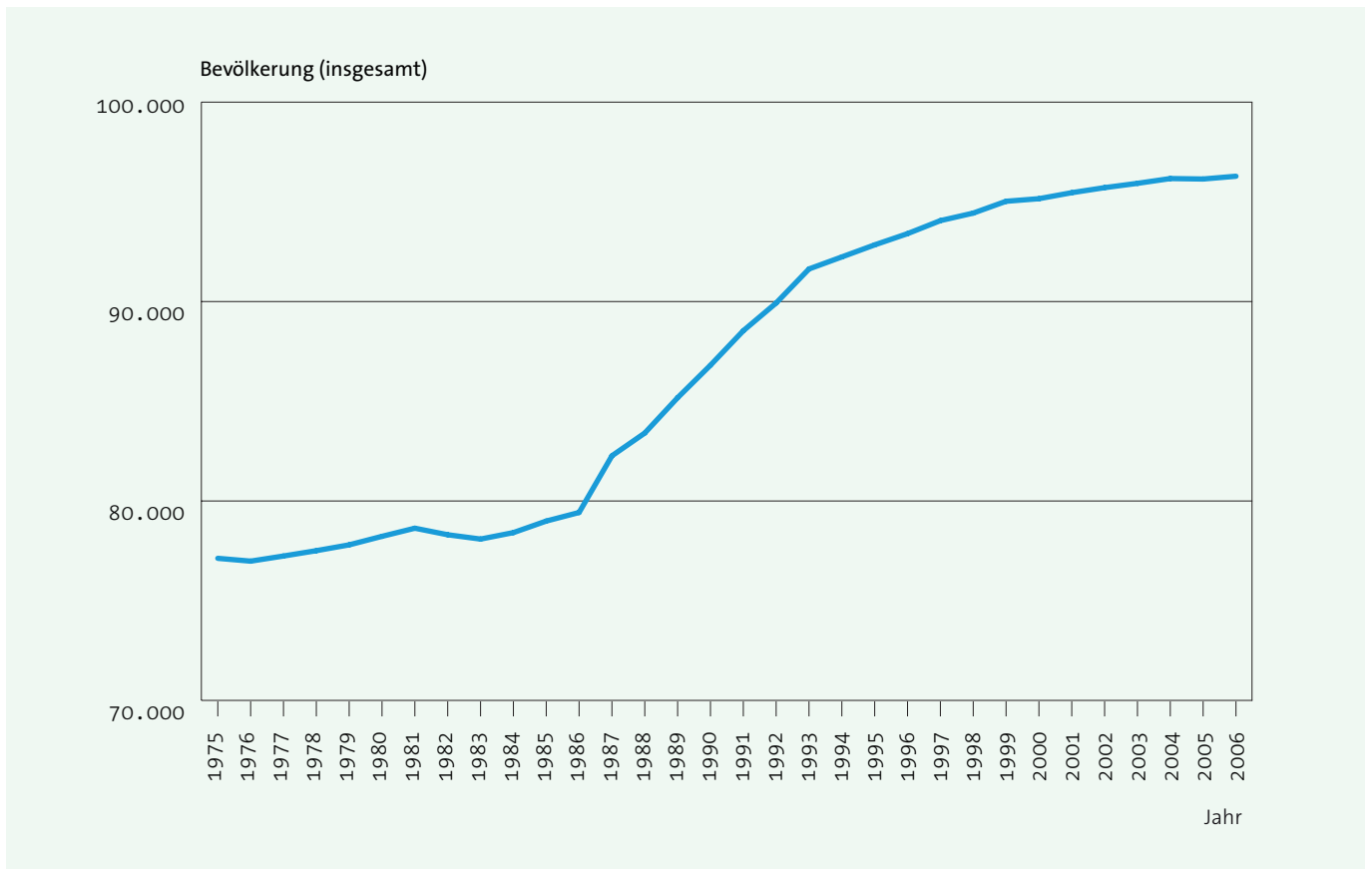
Schrumpfung, Stagnation oder Wachstum?

Wie hat sich die Bevölkerung der Stadt Gütersloh in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt? Stagniert sie, ist sie gewachsen oder ist sie, wie in vielen großen deutschen Städten, geschrumpft (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005)? Betrachtet man die Entwicklung der Einwohnerzahlen in den vergangenen drei Jahrzehnten, dann hat sich in Gütersloh die Bevölkerungszahl von 1975 bis 2006 um fast 25 Prozent erhöht, was absolut betrachtet einer Zunahme von 19.160 Einwohnern entspricht (vgl. Abbildung 3.2). Während die großen Städte des Ruhrgebiets in

der Vergangenheit (zum Teil deutlich) an Bevölkerung verloren haben, gilt für die Stadt Gütersloh, dass die Bevölkerung nicht *weniger*, sondern *mehr* geworden ist.

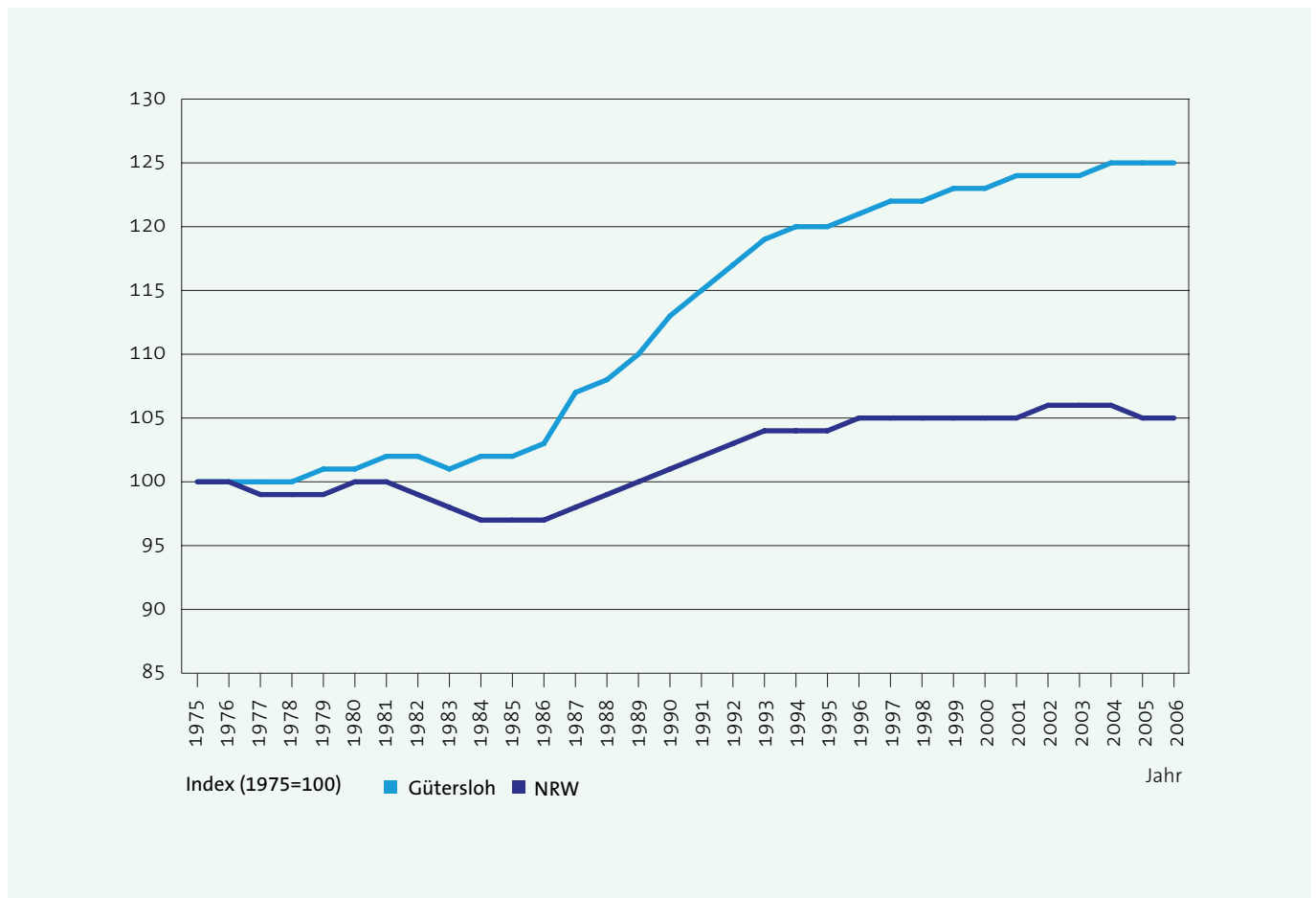
Die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Gütersloh unterscheidet sich aber nicht nur darin, dass sie im Vergleich zu vielen anderen Städten (insbesondere im Ruhrgebiet) durch Bevölkerungszuwachs gekennzeichnet ist, sondern auch im Vergleich zur durchschnittlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen insgesamt. Zwar hat auch bezogen auf Nordrhein-Westfalen insgesamt die Bevölkerungszahl zugenommen, das Wachstum der letzten 30 Jahre liegt in Gütersloh mit fast 25 Prozent jedoch deutlich über dem landesweiten Wachstum (von ungefähr fünf Prozent).

Abbildung 3.2: Bevölkerungsentwicklung von 1975 bis 2006



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Abbildung 3.3: Bevölkerungsentwicklung in Gütersloh und in Nordrhein-Westfalen von 1975 bis 2006 (Index: 1975=100)



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

„Demografische Herausforderungen“, wie sie in vielen Presseveröffentlichungen und gesellschaftspolitischen Diskussionen diagnostiziert werden, ergeben sich allerdings nicht alleine aus steigenden oder sinkenden Bevölkerungszahlen. Von Bedeutung sind vielmehr mit der Veränderung der Bevölkerungszahl möglicherweise einhergehende Verschiebungen in der Altersstruktur und sich damit verändernde Herausforderungen an Infrastruktur und kommunale Leistungen.

Jenseits von Beitragszahlern und Leistungsempfängern – wie hat sich die Altersstruktur der Gütersloher Bevölkerung entwickelt?

Wie die Diskussionen um andere Merkmale des demografischen Wandels wird auch die Diskussion um die Alterung der Gesellschaft in der Regel ausschließlich mit Blick auf *gesamts*gesellschaftliche und *gesamts*staatliche Probleme, also auf einem hohen Aggregationsniveau, geführt (Stichwort Rentenversicherung: „Wir haben zu wenige Beitragszahler und zu viele Leistungsempfänger.“). Die *lokalen* Auswirkungen in den Städten

und Gemeinden dagegen werden in diesem Zusammenhang häufig übersehen. Unsere alltäglichen Handlungs- und Erfahrungsräume sind aber zu einem erheblichen Teil die örtlichen sozialen Verhältnisse *in den Städten und Gemeinden*. Unsere sozialen Bindungen und Beziehungen sind zu einem großen (für viele zum größten) Teil Beziehungen *innerhalb der Stadtgesellschaft*. Wichtig für die lokale Ebene ist daher nicht die Arithmetik von Beitragszahlern und Leistungsempfängern, sondern – mit Blick z.B. auf informelle Solidarpotenziale in Familie und Nachbarschaft oder infrastrukturelle Erfordernisse – die Stärke der einzelnen Altersgruppen bzw. ihr Verhältnis zueinander in konkreten Stadtgebieten.

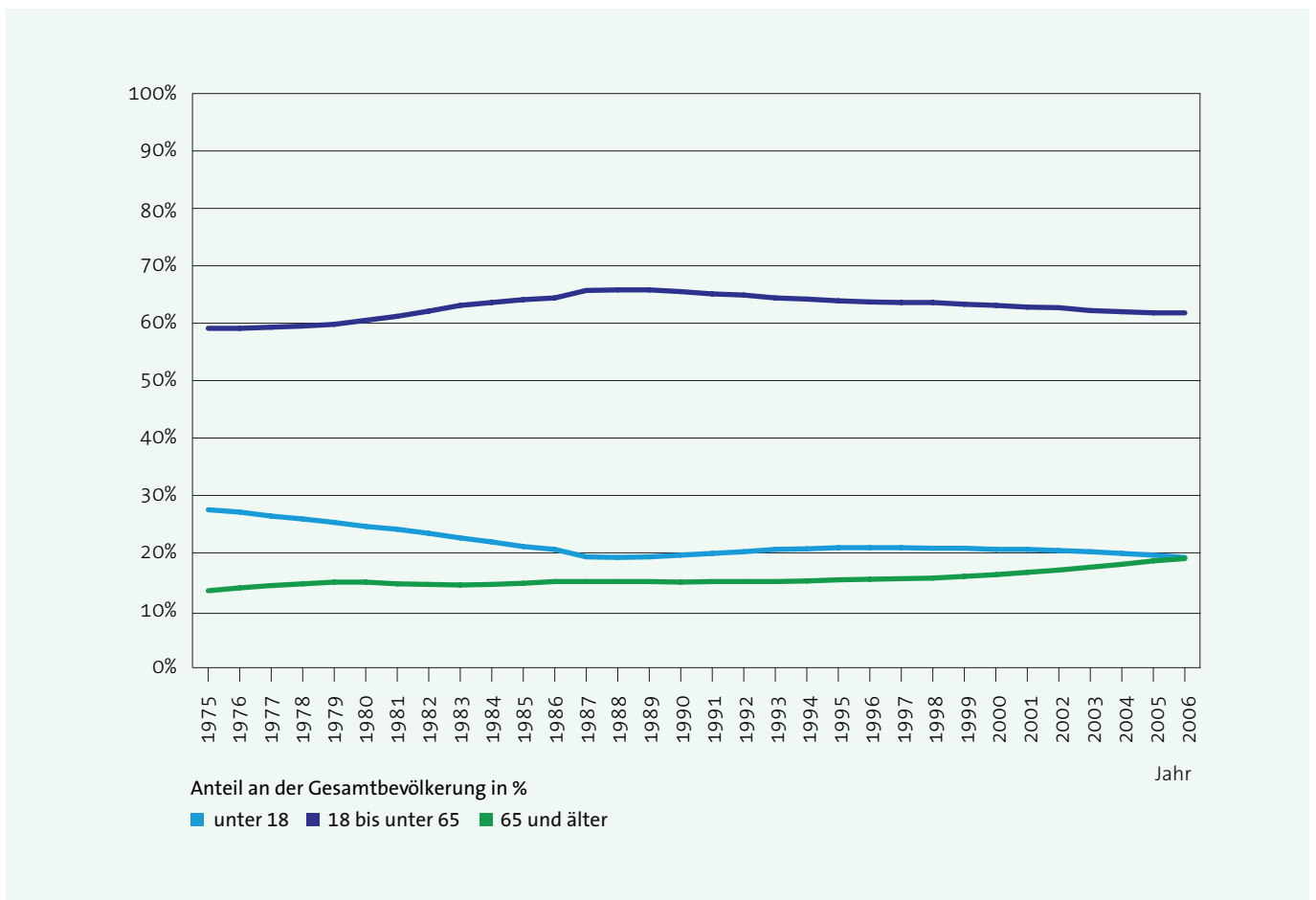
Von besonderem Interesse sind dabei die Gruppe der 18- bis unter 65-Jährigen sowie die von dieser „mittleren“ Altersschicht häufig wirtschaftlich und sozial abhängigen Bevölkerungsgruppen der unter 18-jährigen Kinder und Jugendlichen und der über 64-jährigen Älteren und Alten. Schauen wir uns die

Entwicklung dieser drei Altersgruppen in den letzten 30 Jahren an: Von 1975 bis Mitte der 1980er Jahre ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung von 27,5 Prozent auf etwa 20 Prozent gesunken und hat sich bis heute auf diesem Niveau stabilisiert. In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet das einen Rückgang um 2.710 Personen auf 18.463 unter 18-Jährige im Jahr 2006 (vgl. Abbildung 3.4). Im gleichen Zeitraum ist die Gruppe der 64-Jährigen und Älteren von 10.340 Personen auf 18.329 angewachsen, was einem Zuwachs von 5,6 Prozentpunkten auf heute 19 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Zusammengenommen machen die Anteile der unter 18-Jährigen und der über 64-Jährigen heute ebenso wie im Jahr 1975 etwa 40 Prozent der Bevölkerung Güterslohs

aus. Waren es im Jahr 1975 aber noch mehr als doppelt so viele unter 18-Jährige als über 64-Jährige, so haben sich diese Anteile kontinuierlich angenähert und sind heute etwa gleich groß.

Folgt man der Prognose der Interdisziplinären Forschungsgruppe für Bevölkerungswissenschaft/Demographie an der Universität Bielefeld, so wird sich dieser Trend in den nächsten Jahren fortsetzen, was dazu führen wird, dass die Gruppe der Älteren und Alten in Zukunft stärker besetzt sein wird als die Gruppe der unter 18-Jährigen (vgl. Abb. 3.10). Und genau diese sich (weiter) verändernden Größenverhältnisse der Altersgruppen (vgl. Kapitel 3.2) verweisen auf einen demografischen Wandel in den Nachbarschaften und lokalen Milieus in der Stadt.

Abbildung 3.4: Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen von 1975 bis 2006

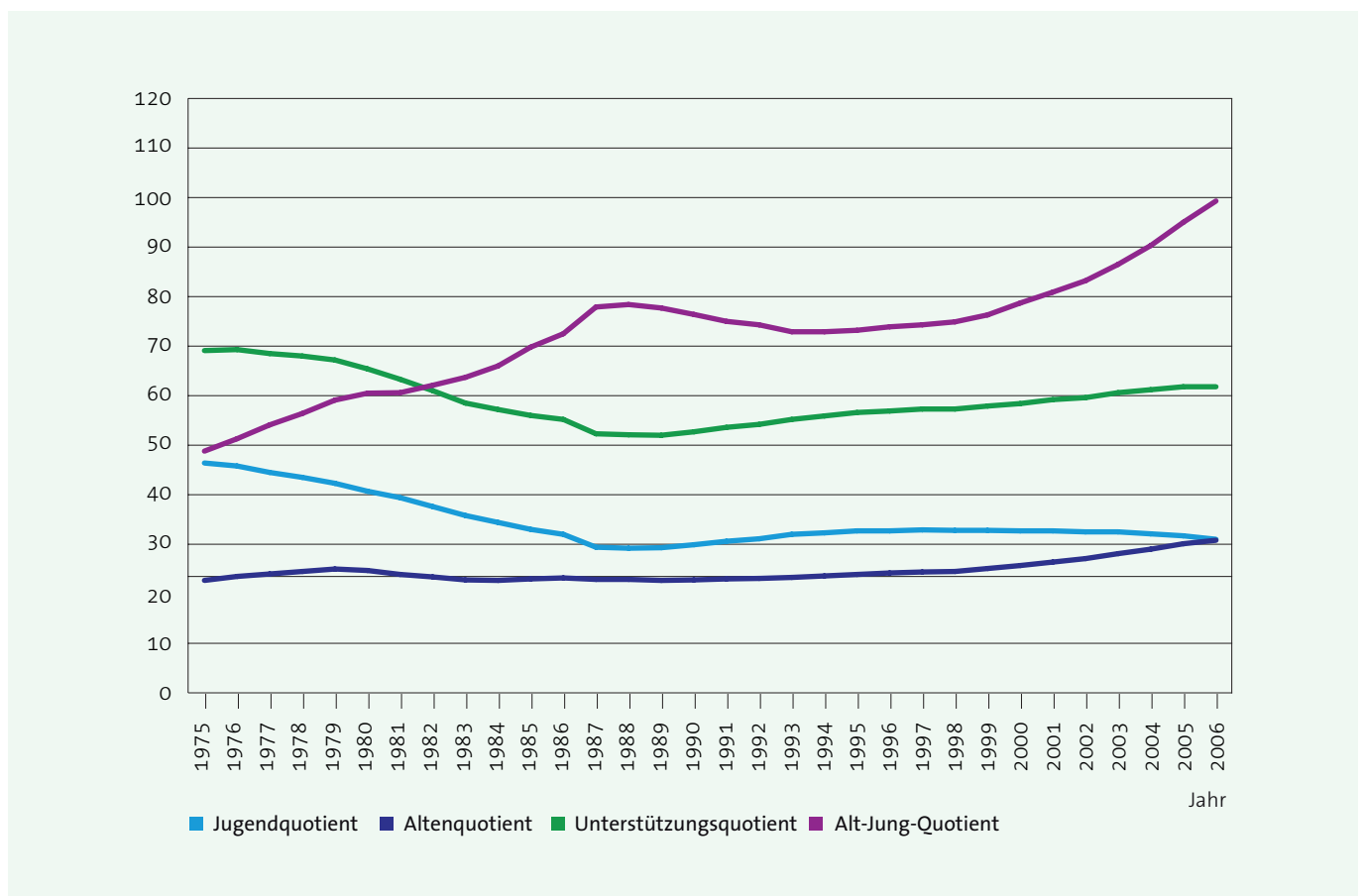


Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Setzt man die Anteilswerte für diese Altersgruppen in Beziehung zueinander, lassen sich Aussagen über Solidarpotenziale vor Ort (!) treffen. Wie viele wirtschaftlich und sozial abhängige Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahre) und wie viele Ältere und Alte (65 Jahre und älter) stehen den potenziell wirtschaftlich aktiven 18- bis unter 65-Jährigen gegenüber? Indikatoren, die etwas über die Altersstruktur und die Familienprägung von Städten (sowie Sozialräumen, vgl. Kapitel 4) aussagen und zudem Auskunft über informelle Solidarpotenziale geben, sind der Jugend-, der Alten- sowie der Unterstützungsquotient. Diese Indikatoren erlauben darüber hinaus Aussagen über die Verteilung relevanter Zielgruppen der kommunalen Familien- und Sozialpolitik innerhalb der Städte.

1. Der **Jugendquotient** gibt die Anzahl der (zumeist wirtschaftlich und sozial abhängigen) Kinder und Jugendlichen auf 100 Erwachsene im Alter von 18 bis unter 65 Jahren an. Häufig wird dieser Quotient als Indikator für die Familienprägung der entsprechenden Gebiete verwendet.
2. Der **Altenquotient** (über 64-Jährige auf 100 Personen zwischen 18 und 64 Jahren) zeigt das Ausmaß der demografischen Alterung an. Auch hier gehen wir davon aus, dass die Alten und Ältere in einem gewissen „Abhängigkeitsverhältnis“ (Unterstützung im Alltag, Hilfe in bestimmten Lebensbereichen, Pflege) zur „mittleren Generation“ stehen.

Abbildung 3.5: Altersstrukturquotienten von 1975 bis 2006



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Häufig werden die Altersgruppen der unter 18-Jährigen und der über 64-Jährigen direkt zueinander in Beziehung gesetzt und der so genannte „Alt-Jung-Quotient“ gebildet. Hier ist allerdings Vorsicht geboten! Zwar kann dieser Indikator als Hinweis auf die Überalterung des betreffenden Gebietes benutzt werden, allerdings stehen die entsprechenden Werte in keinem Verhältnis zur mittleren Bevölkerungsgruppe und sagen daher nichts über Solidarpotenziale aus. Hierzu eignet sich der „Unterstützungsquotient“:

3. Der **Unterstützungsquotient** addiert den Jugend- und den Altenquotienten, setzt also beide von der mittleren Altersgruppe „abhängigen“ Bevölkerungsgruppen – die Kinder und Jugendlichen sowie die Älteren und Alten – in Beziehung zu den 18- bis unter 65-Jährigen.

Hohe Jugend- und Altenquotienten – beides kann gemeinsam auftreten – bzw. hohe Unterstützungsquotienten deuten auf eine besondere Belastung der informellen Solidarpotenziale in Familien und Nachbarschaften hin, die besonderen sozial- und familienpolitischen Handlungsbedarf signalisieren (vgl. dazu auch Kapitel 4).

Es wurde bereits darauf verwiesen, dass in Gütersloh heute nicht mehr die Kinder und Jugendlichen die größte zu unterstützende Gruppe bilden, sondern die Gruppe der Älteren und Hochbetagten genau so stark besetzt ist. Dementsprechend haben sich der Jugend- und Altenquotient seit 1975 einander angenähert und sind im Jahr 2006 fast gleich groß (vgl. Abbildung 3.5). Während der Unterstützungsquotient also nur geringfügig gesunken ist, haben sich die mit diesem Unterstützungsquotient verbundenen Herausforderungen deutlich verändert (in der Relation zur „mittleren“ Generation weniger „Junge“ und mehr „Ältere“).

Der Alt-Jung-Quotient beträgt für das Jahr 2006 99,3. Rechnerisch ergibt sich dieser Wert aus der Gegenüberstellung der 18.329 über 64-Jährigen und der 18.463 unter 18-Jährigen. Ein Wert über 100 würde beim Alt-Jung-Quotient darauf verweisen, dass die Gruppe der über 64-Jährigen größer ist als die Gruppe der unter 18-Jährigen und könnte daher vorsichtig in Richtung „Überalterung“ interpretiert werden.

Die kommunale Sozial- und Familienpolitik muss sich auf die Herausforderungen einstellen, die mit den Veränderungen der Altersstruktur einhergehen. Vor dem Hintergrund, dass die informellen Solidarpotenziale den veränderten Anforderungen nicht mehr gerecht werden können, sind beispielsweise innovative Strategien gefragt, um entsprechende Infrastruktureinrich-

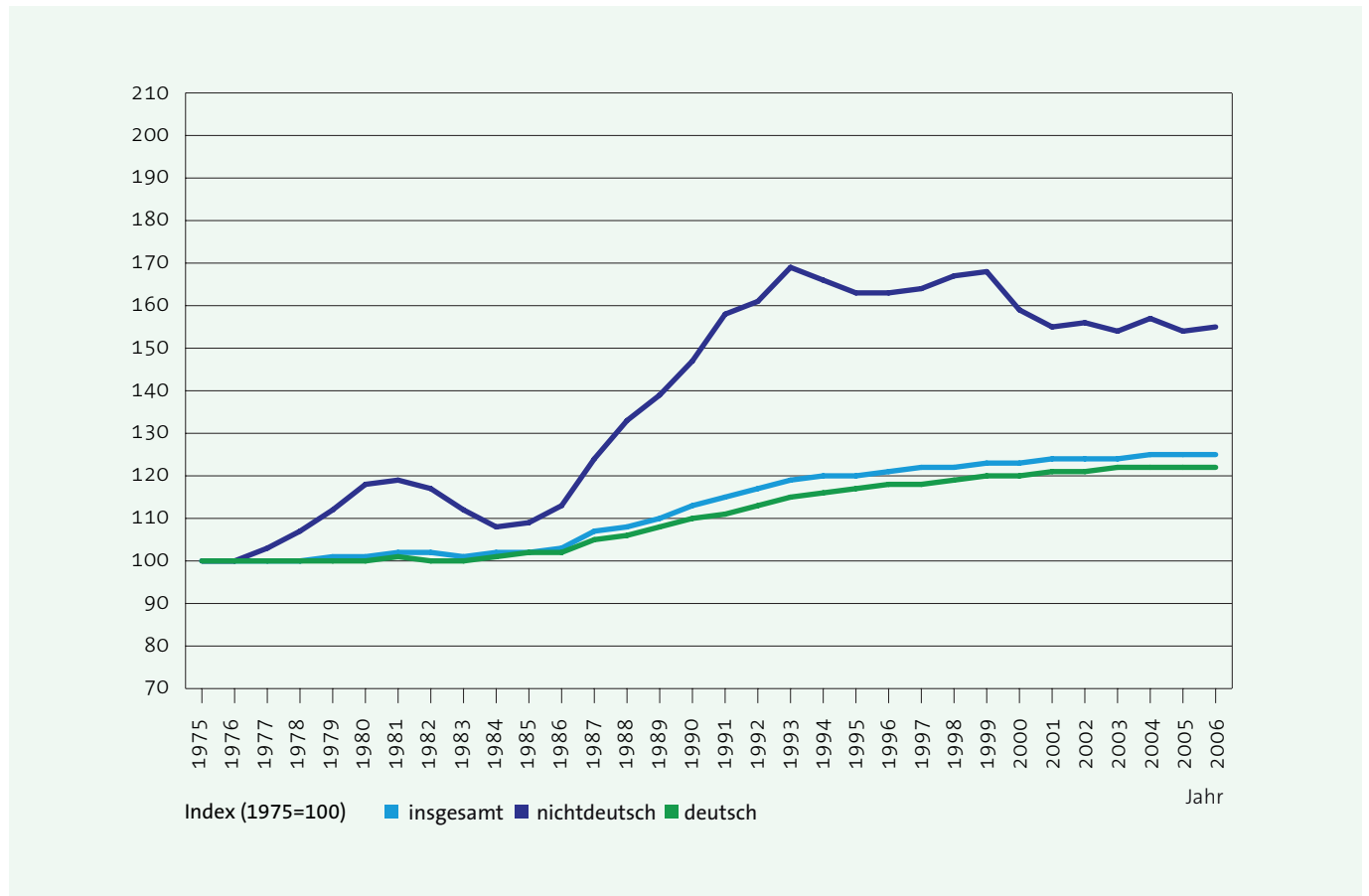
tungen bereitzustellen bzw. die vorhandenen Einrichtungen anzupassen, z.B. hinsichtlich der Hilfsangebote und Einrichtungen für Ältere (vgl. Stadt Gütersloh 2008).

Gütersloh – heute „bunter“ als 1975?

Betrachten wir die Bevölkerungsentwicklung in Gütersloh getrennt nach Deutschen und Nichtdeutschen, so lässt sich ablesen, dass die am Anfang dieses Kapitels beschriebene Zunahme der Gütersloher Bevölkerung mit einem deutlich Anstieg der nichtdeutschen Bevölkerung (was durchaus charakteristisch für nordrhein-westfälische Städte ist) *und* einem Anstieg der deutschen Bevölkerung (was nur für wenige größere nordrhein-westfälische Städte gilt) zu erklären ist. Insgesamt wohnen in der Stadt Gütersloh mit 96.284 Einwohnern heute fast 20.000 Einwohner mehr als im Jahr 1975.

Die Anzahl der Gütersloher ohne deutschen Pass ist von 1975 bis 1993 von 5.896 Personen (7,6 Prozent der Gesamtbevölkerung) auf 9.985 Personen (10,9 Prozent der Gesamtbevölkerung) gestiegen. Für die Jahre von 1994 bis 2006 ist dann ein leichter Rückgang auf 9.126 Personen (was 9,5 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht) zu verzeichnen. Die Zahl der Gütersloher Bürger mit deutschem Pass hat sich von 1975 bis 1986 von 71.228 auf 72.746 erhöht. Das ist ein moderater Zuwachs um etwa zwei Prozentpunkte. In den Jahren von 1986 bis 1999 ist die Gruppe der Bevölkerung mit deutschem Pass dann sehr deutlich um 17 Prozentpunkte (auf 85.152 Bewohner) und anschließend von 1999 bis 2006 noch einmal um etwa zwei Prozentpunkte (auf 87.158 Einwohner) gewachsen (vgl. Abbildung 3.6). Aber insgesamt ist der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in Gütersloh nicht so deutlich gestiegen wie in vielen anderen Städten in Nordrhein-Westfalen.

Abbildung 3.6: Bevölkerungsentwicklung von 1975 bis 2006 nach Staatsangehörigkeit



Datenbasis: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

3.2 Ein Blick in die Zukunft: Bevölkerungsprognose 2006 bis 2020

Nachdem in Kapitel 3.1 deutlich wurde, dass die Gütersloher Bevölkerung in den vergangenen Jahren mehr (und nicht wie in vielen anderen Städten weniger), älter und auch etwas bunter geworden ist, wird in diesem Kapitel eine Prognose gewagt, wie sich diese Merkmale der Bevölkerungsentwicklung voraussichtlich in der näheren Zukunft (bis 2020) entwickeln.

Niemand von uns kann in die Zukunft sehen

Wissenschaftliche Aussagen über die Zukunft sind (lediglich) Annahmen über die Folgen der Fortdauer vergangener Entwicklungen über den gegenwärtigen Zeitpunkt hinaus. Wissenschaftliche Bevölkerungsprognosen sind also nichts anderes als „in die Zukunft gerechnete Annahmen“ bzw. numerisch exakte „Wenn-dann-Vermutungen“. Prognosen sollten daher grundsätzlich kritisch betrachtet werden!

Der entscheidende Teil einer Prognose ist immer der „Wenn“-Teil. Die prognostizierten Daten – in diesem Falle die zukünftige Bevölkerungsentwicklung – können sich tatsächlich drastisch von der faktischen Entwicklung unterscheiden, falls sich der „Wenn“-Teil (in diesem Zusammenhang die Geburtenentwicklung⁵ und die Wanderungsannahmen) nur geringfügig anders entwickelt als angenommen.

Warum Prognosen?

Wenn Prognosen Zukunftsentwürfe in Verlängerung der Vergangenheit sind, was ist dann ihr Zweck? Sie sollen zur Bewertung der so entworfenen Zukünfte und zum politischen Handeln auffordern. Wollen wir die erwartbare Entwicklung? Können wir die Bedingungen, unter denen sie eintreten (die „Wenn-Komponente“), ändern? Können wir Rahmenbedingungen ändern? Wenn ja, welche und wie ist das möglich? Kann man prognostizierte Entwicklungen nicht mehr beeinflussen, so hat man immer noch die Möglichkeit, sich auf sie einzustellen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Eckdaten und Parameter zur Bevölkerungsprognose Gütersloh

Für den vorliegenden Familienbericht Gütersloh greifen wir auf eine Prognose zurück, die im Auftrag des Kreises Gütersloh von der Interdisziplinären Forschungsgruppe für Bevölkerungswissenschaft/Demographie an der Universität Bielefeld erstellt wurde. Ausführlich werden die Ergebnisse dieser Bevölkerungsprognose im Demografiebericht 2008 der Stadt Gütersloh dargestellt (vgl. Stadt Gütersloh 2008).

Der verwendeten Vorausberechnung („obere Variante“) liegen folgende Parameter zugrunde (vgl. ebd.):

- Beibehaltung der gemeinde- und altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten.
- Zunahme der Lebenserwartung entsprechend der Annahme des statistischen Bundesamtes.
- Fortsetzung des Trends der Zuwanderungen von 2001-2006 bis zum Jahre 2010, ab da konstant.
- Fortzüge: Beibehaltung der Fortzugsquoten nach Alter und Geschlecht.

Entwicklung der Gesamtbevölkerung

Entsprechend der formulierten Parameter kann für die Stadt Gütersloh bis zum Jahr 2020 von einer relativen Konstanz der Bevölkerungszahl ausgegangen werden. Die Bevölkerung sinkt über den gesamten Prognosezeitraum hinweg nur leicht um etwa 500 Personen auf knapp 96.000 Einwohner (vgl. Abbildung 3.7). Damit unterscheidet sich die prognostizierte Entwicklung deutlich von den anderen Kommunen der Projektfamilie (mit Ausnahme der Stadt Rheine), für die ein (mehr oder weniger) deutlicher Rückgang der Bevölkerung prognostiziert wird.

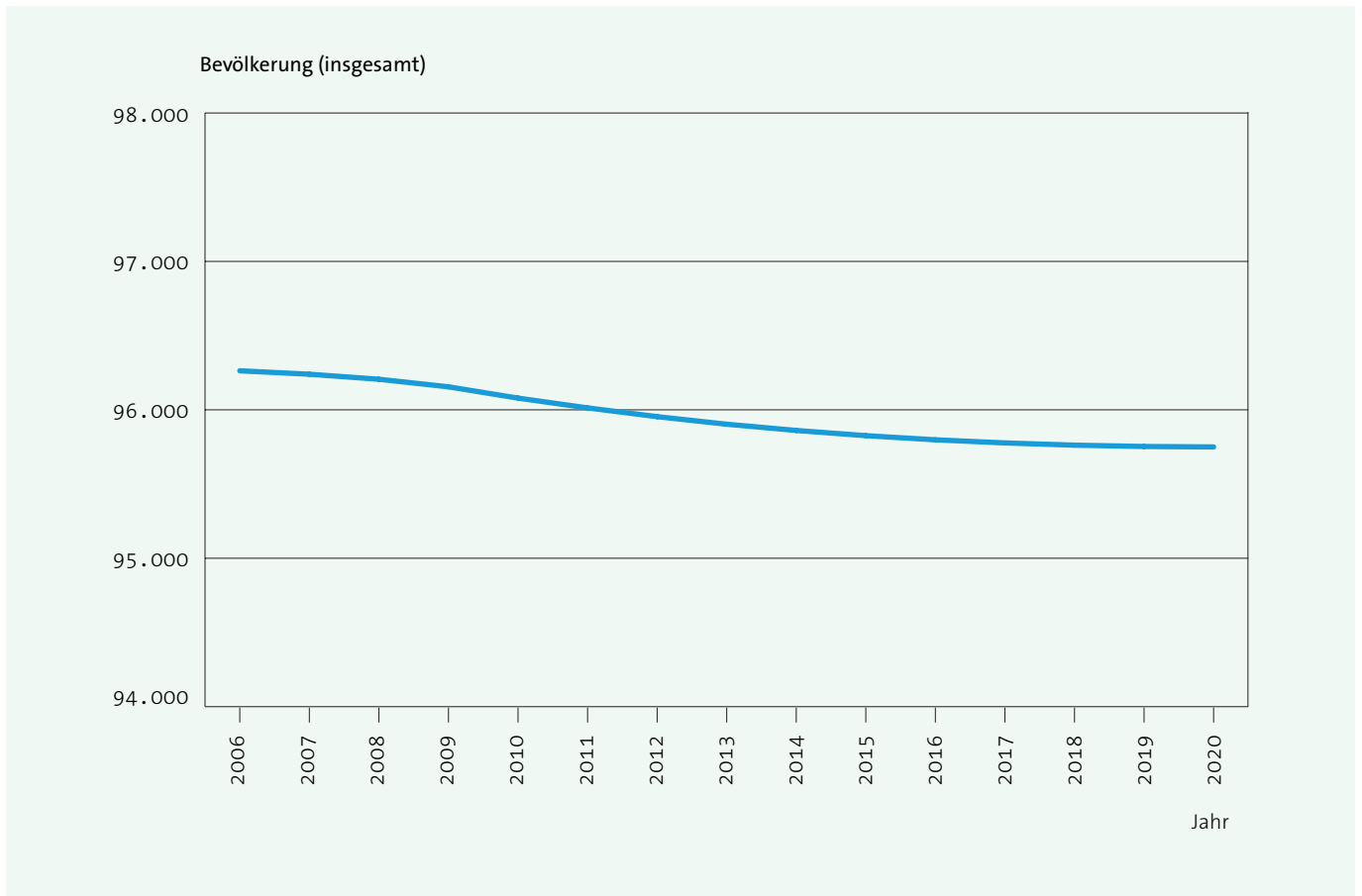
Aber auch mit dieser (relativ) konstanten Bevölkerungszahl sind Herausforderungen verbunden, denn die knapp 96.000 Gütersloher im Jahr 2020 werden im Durchschnitt älter als die heutige Gütersloher Bevölkerung sein. Beträgt der Altersdurchschnitt für das Jahr 2006 etwas über 41 Jahre, so wird für das Jahr 2020 ein Durchschnittsalter von über 44 Jahren für die Gesamtbevölkerung der Stadt Gütersloh prognostiziert.

Altersaufbau

Vergleichen wir die Alterspyramide der Prognose für das Jahr 2020 mit dem Altersaufbau des Jahres 2006, so zeigt sich, dass im Jahr 2020 nicht mehr die 35- bis unter 55-Jährigen (also die heutigen Eltern von minderjährigen Kindern) die am stärksten vertretene Altersgruppe sind, sondern 2020 genau diese geburtenstarken Jahrgänge der dann 55- bis unter 70-Jährigen die zahlenmäßig am stärksten besetzte Altersklasse sein werden (vgl. Abbildung 3.8).

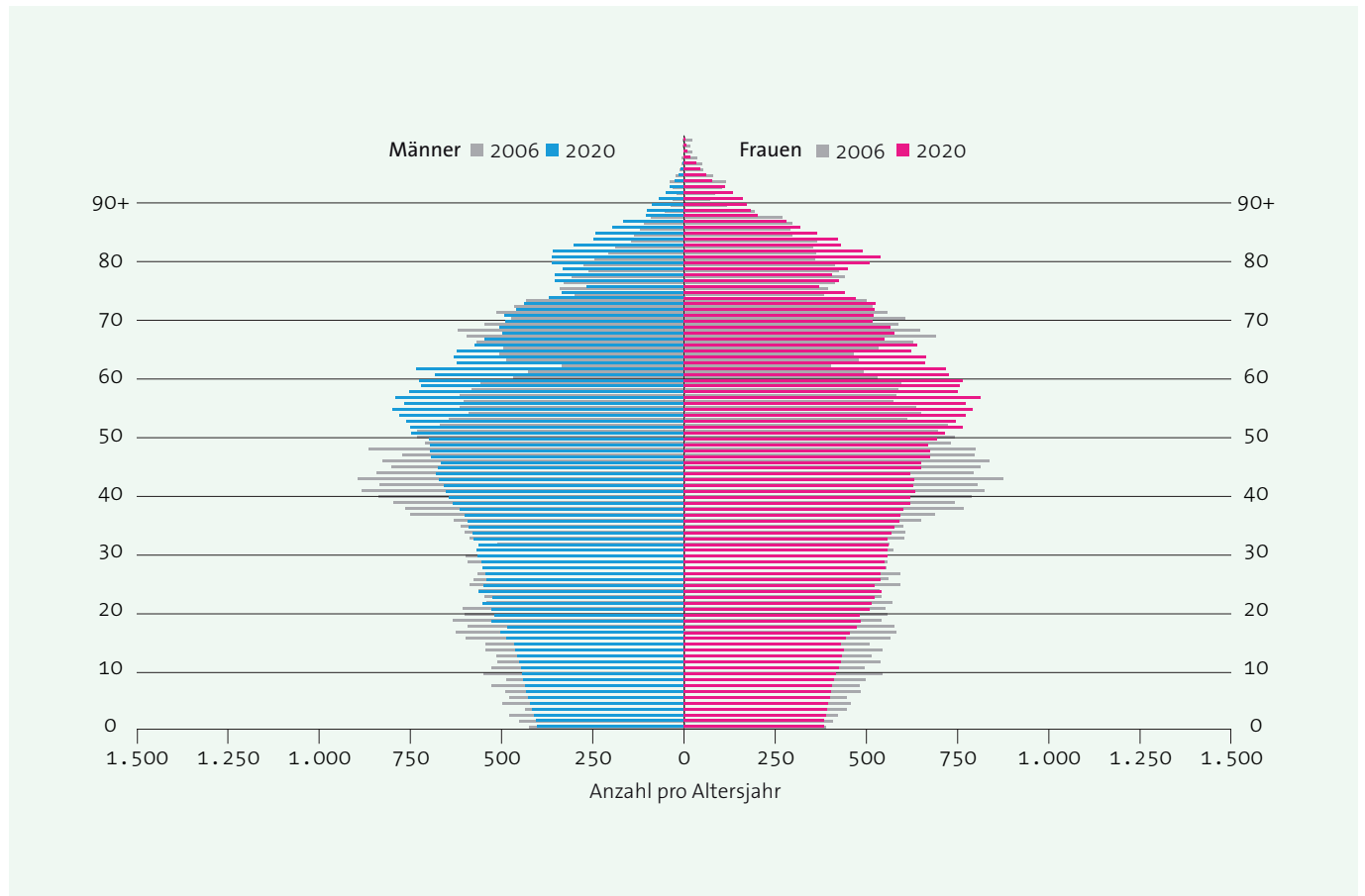
5 Im Gegensatz zur Geburtenentwicklung ist die Sterblichkeit relativ einfach und verlässlich prognostizierbar.

Abbildung 3.7: Bevölkerungsentwicklung von 2006 bis 2020 (Prognose)



Datenbasis: Demografiebericht 2008, Stadt Gütersloh

Abbildung 3.8: Bevölkerung nach Altersjahren 2006 und 2020 im Vergleich

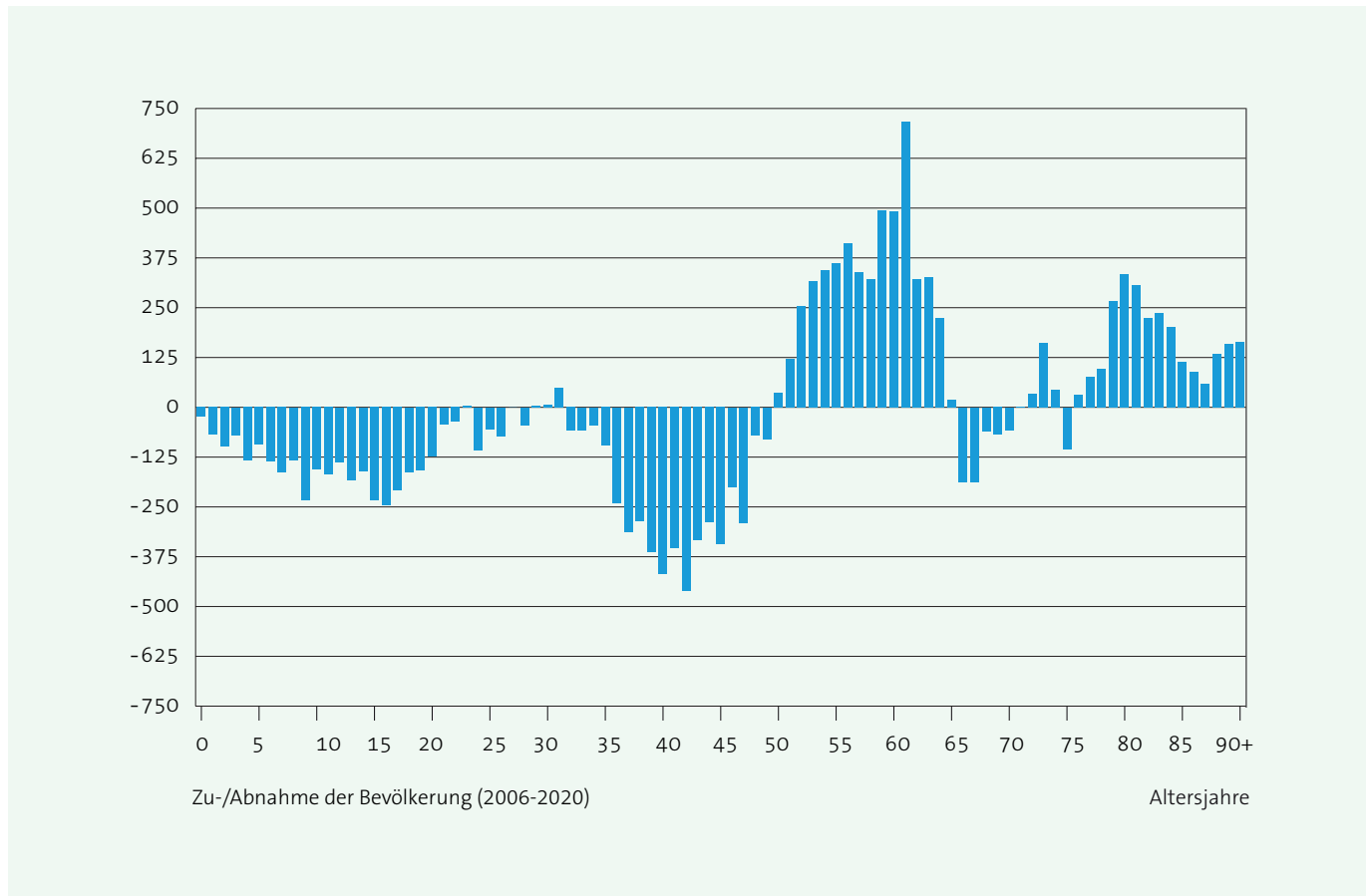


Datenbasis: Demografiebericht 2008, Stadt Gütersloh

Um die prognostizierte Veränderung im altersstrukturellen Aufbau im Jahr 2020 mit dem im Jahr 2006 vergleichen zu können, bietet es sich an, für jedes Altersjahr die absoluten Zahlen von 2006 den für das Jahr 2020 prognostizierten Werten direkt gegenüber zu stellen (vgl. Abbildung 3.9). Anhand dieser Darstellung wird auf einen Blick deutlich, dass (bis auf die Ausnah-

me der 31-Jährigen) alle Altersklassen der unter 50-Jährigen im Jahr 2020 zahlenmäßig schwächer besetzt sein werden als heute (2006), während bei den Älteren insbesondere die 50- bis 65-Jährigen sowie die 75- bis über 90-Jährigen teilweise deutlich stärker vertreten sein werden.

Abbildung 3.9: Zu-/Abnahme der Bevölkerung nach Altersjahren: 2006 und 2020 im Vergleich



Datenbasis: Demografiebericht 2008, Stadt Gütersloh

Diese „Verschiebung“ der Altersstrukturen wirkt sich bis 2020 auch auf die bereits angesprochenen Solidarpotenziale aus. Zwar wird der Unterstützungsquotient, also die „zusammengefasste Herausforderung“, die auf die mittlere Generation zukommt, im Jahr 2020 mit etwa 60 zu Unterstützenden auf 100 potentielle Unterstützer in der mittleren Generation ungefähr so hoch sein wie im Jahr 2006. Allerdings werden sich die diesem Wert zu Grunde liegenden Werte für den Jugend- und Altenquotienten (weiterhin) deutlich verändern. Der Jugendquotient sinkt von 30,3 im Jahr 2006 auf voraussichtlich 25,9 im Jahr 2020 und der Altenquotient steigt von 30,5 auf voraussichtlich 34,0, so dass sich eine weitere Verschiebung der zu unterstützenden Gruppen ergibt (vgl. Abbildung 3.10).

Entwicklung der Altersgliederung als Planungsvoraussetzung für soziale Institutionen

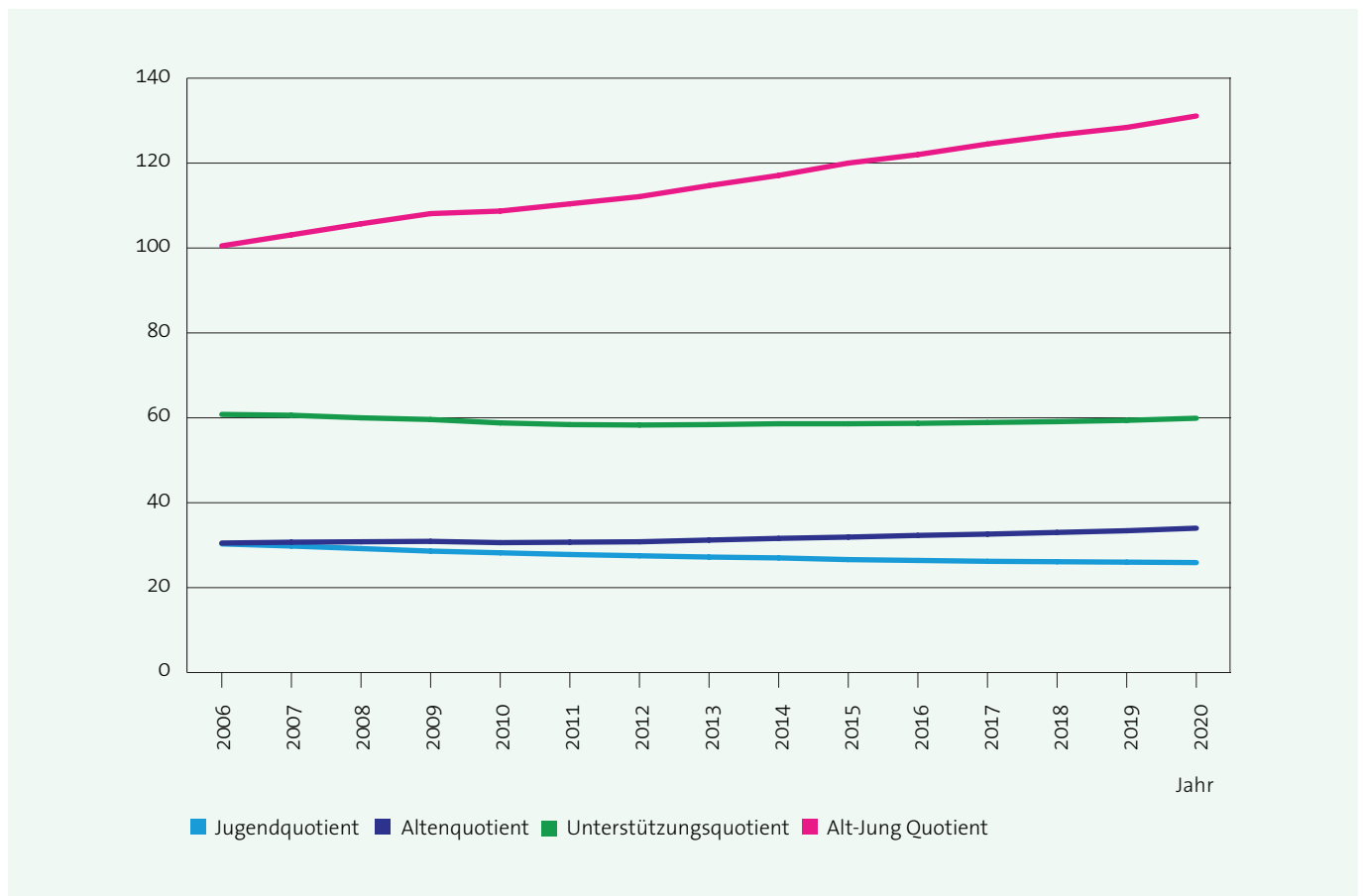
Abschließend soll die Frage beantwortet werden, wie sich die für (soziale) Institutionen relevanten Altersgruppen *innerhalb* der drei bisher betrachteten Altersgruppen (unter 18-Jährige, 18- bis unter 65-Jährige und 65-Jährige und Ältere) in Zukunft entwickeln werden. Um abschätzen zu können, wie sich die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen entwickeln und um (mit Blick auf Infrastrukturangebote) Hinweise beispielsweise zu potenziellen Bedarfsentwicklungen geben zu können (vgl. dazu beispielsweise Kapitel 7.3), verwenden wir keine Anteilswerte (wie bei den Aussagen über informelle Solidarpotenziale), son-

dem betrachten die Entwicklung anhand absoluter Zahlen. Wir setzen dazu den Wert für das Jahr 2006 gleich 100 und führen diesen Index entsprechend der Bevölkerungsprognose für die Jahre bis 2020 fort.

Für die mittlere Bevölkerungsgruppe wird für das Jahr 2020 eine Beibehaltung des Niveaus von 2006 prognostiziert (etwa 59.900 Gütersloher im Alter zwischen 18 und unter 65 Jahren).

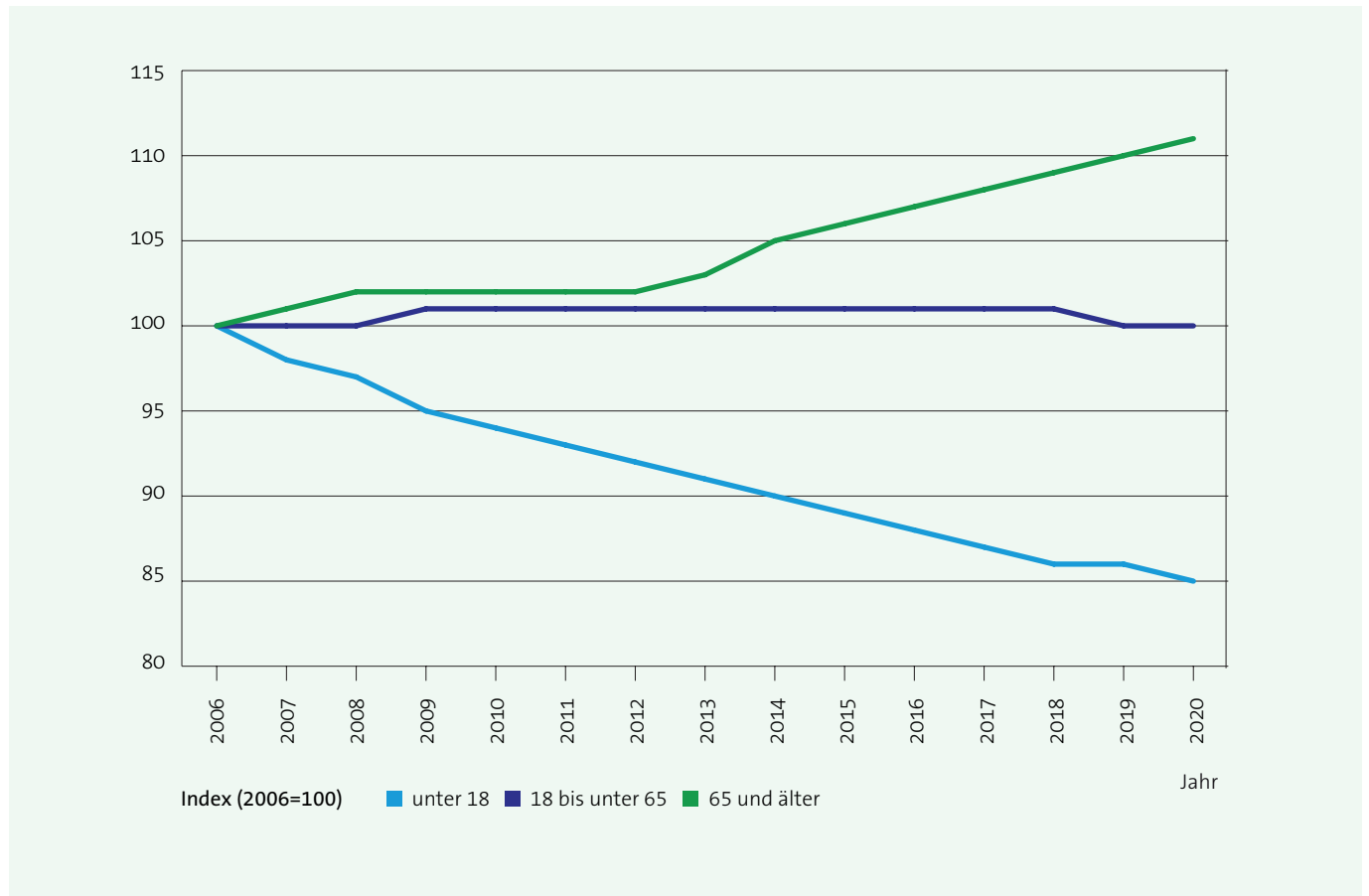
Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen wird in den nächsten Jahren deutlich kleiner werden. Während für 2006 noch 18.157 Minderjährige zu verzeichnen sind, so wird sich diese Zahl bis zum Jahr 2020 auf etwa 15.500 verringern, was einem Rückgang von etwa 15 Prozentpunkten entspricht. Die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren hingegen wird um etwa elf Prozentpunkte von heute 18.252 auf dann über 20.000 Personen anwachsen.

Abbildung 3.10: Entwicklung der Altersstrukturquotienten von 2006 bis 2020



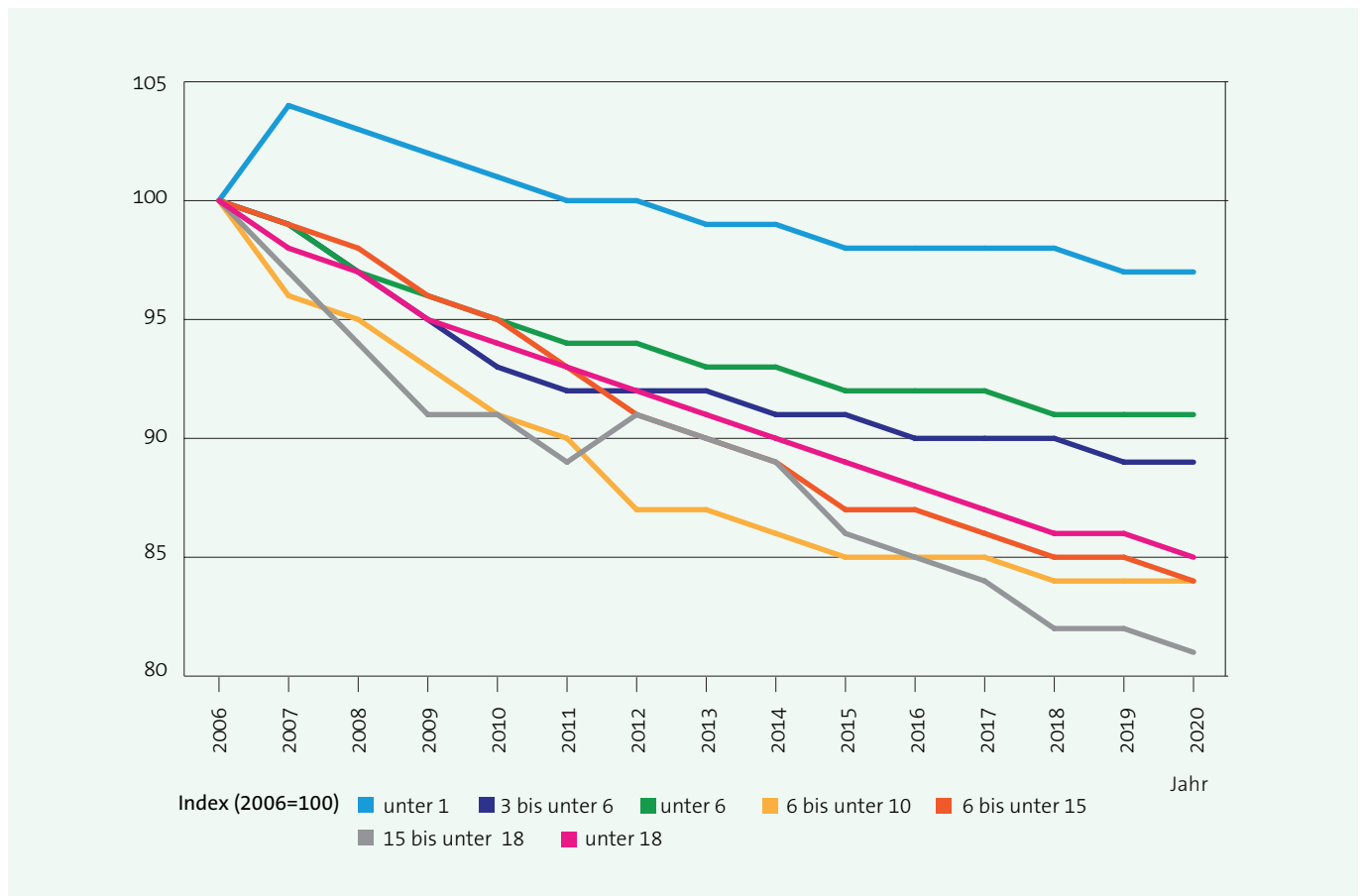
Datenbasis: Demografiebericht 2008, Stadt Gütersloh

Abbildung 3.11: Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen von 2006 bis 2020



Datenbasis: Demografiebericht 2008, Stadt Gütersloh

Abbildung 3.12: Entwicklung der Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren nach Altersgruppen von 2006 bis 2020

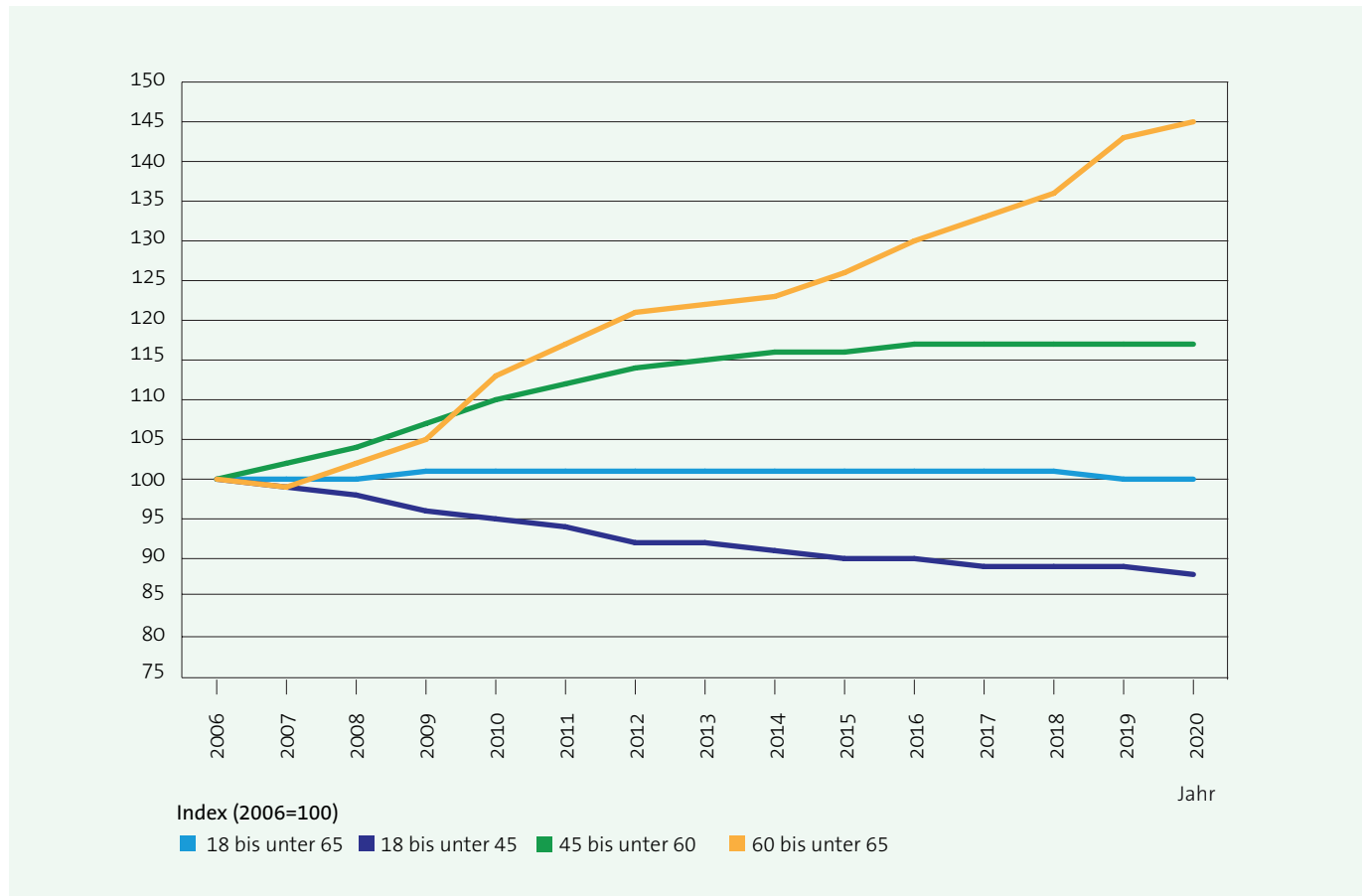


Datenbasis: Demografiebericht 2008, Stadt Gütersloh

Betrachten wir die drei Altersgruppen genauer. Zuerst die **Gruppe der Kinder und Jugendlichen**: Insgesamt wird diese Gruppe bis zum Jahr 2020 deutlich (um etwa 15 Prozent) abnehmen, was der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen insgesamt entspricht. Allerdings gibt es Unterschiede bzgl. der Größe der einzelnen Altersgruppen, wie die Differenzierung nach Säuglingen (unter einem Jahr), Kindern im Kindergartenalter (drei bis unter sechs Jahren), nicht schulpflichtigen Kindern (unter sechs Jahren), Kindern im Grundschulalter (sechs bis unter zehn Jahren), schulpflichtigen Kindern insgesamt (sechs bis unter 15 Jahren) sowie Schulpflichtigen und Lehrlingen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren zeigt (vgl. Abbildung 3.12). Betrachten wir die verschiedenen Altersgruppen, bewegt sich der Rückgang zwischen unter fünf Prozent bei den unter 1-Jährigen und fast 20 Prozent bei den 15- bis unter 18-Jährigen. Die Abnahme bei den 15- bis unter 18-Jährigen kann sich auch auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt auswirken, da es sich hierbei um die jüngste Gruppe potentiell Erwerbstätiger handelt.

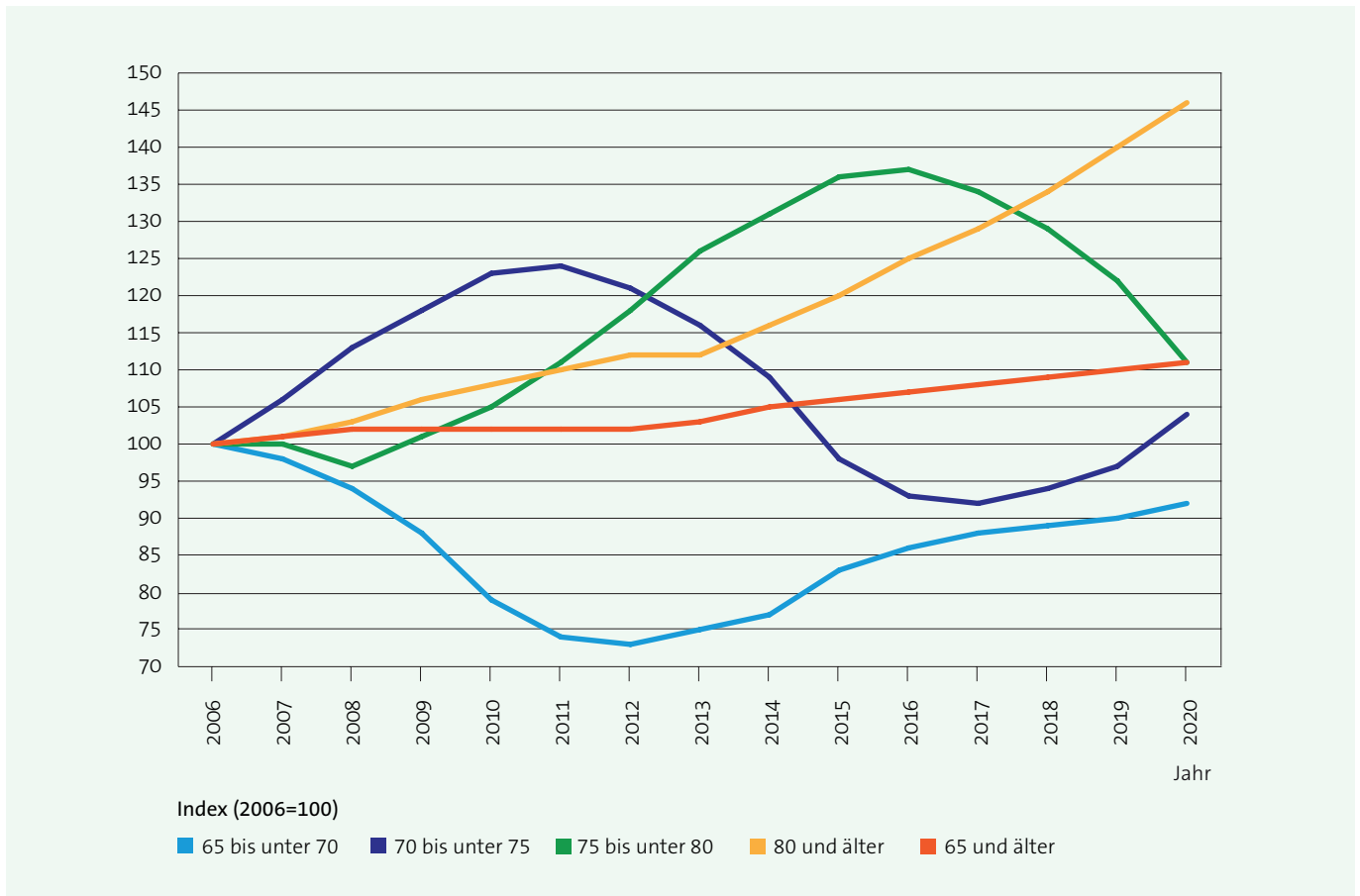
In der Gruppe der Volljährigen unterscheiden wir die Erwerbsfähigen und die sich im Rentenalter befindenden Bevölkerungsgruppen. Insgesamt betrachtet bleibt die **Gruppe der volljährigen Erwerbsfähigen** bis 2020 etwa gleich groß, der Indexwert verändert sich praktisch nicht (vgl. Abbildung 3.13). Die Entwicklung der einzelnen Altersgruppen ist allerdings sehr unterschiedlich: Während sich die Gruppe der „jüngeren“ Erwerbsfähigen im Alter von 18 bis unter 45 Jahren bis zum Jahr 2020 kontinuierlich verringern wird, nimmt die Gruppe der 45- bis unter 60-Jährigen bis 2015 deutlich zu und stabilisiert sich dann bei einem Indexwert von 117. Ganz anders wird sich die Gruppe der 60- bis unter 65-Jährigen entwickeln. Sie steigt ab dem Jahr 2009 immer stärker an und wird (mit einem Indexwert von 145) im Jahr 2020 sehr viel größer als heute (2006) sein. Insgesamt führt dies zu einer im Durchschnitt älteren Erwerbsbevölkerung.

Abbildung 3.13: Entwicklung der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und unter 65 Jahren nach Altersgruppen von 2006 bis 2020



Datenbasis: Demografiebericht 2008, Stadt Gütersloh

Abbildung 3.14: Entwicklung der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter nach Altersgruppen von 2006 bis 2020



Datenbasis: Demografiebericht 2008, Stadt Gütersloh

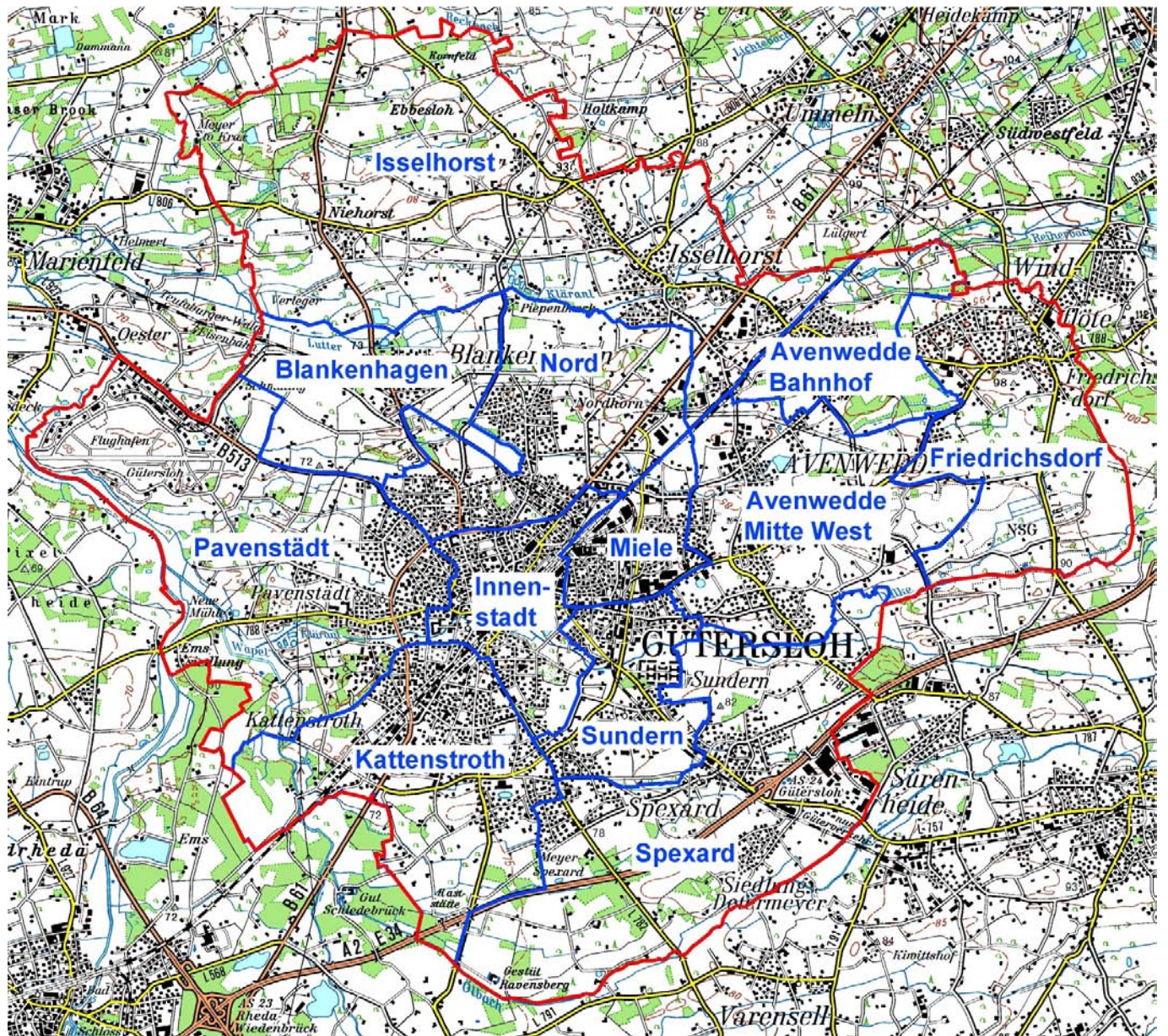
Für die **Gruppe der Älteren und Hochbetagten** wird im Unterschied zu den beiden ersten Gruppen bis 2020 ein Anstieg um etwa elf Prozentpunkte prognostiziert (vgl. Abbildung 3.14). Auch hier sind zwischen den Altersgruppen deutliche Unterschiede zu erwarten. So wird die Gruppe der 65- bis unter 70-Jährigen bis 2012 erst einmal deutlich kleiner werden, um dann bis 2020 wieder anzusteigen, wobei die Gruppe auch im Jahr 2020 kleiner sein wird als heute (2006). Umgekehrt verhält es sich bei der Gruppe der 70- bis unter 75-Jährigen sowie der Gruppe der 75- bis unter 80-Jährigen. Beide Altersgruppen werden nach der Prognose (zeitlich versetzt) erst größer, dann kleiner und werden gegen Ende des Prognosezeitraums voraussichtlich etwas größer als heute (2006) sein. Für das Jahr 2020 werden Indexwerte von 104 (70- bis unter 75-Jährige) bzw. 111 (75- bis unter 80-Jährige) prognostiziert.

Im Jahr 2020 werden in Gütersloh 2.000 Personen mehr im Alter von 80 Jahren und älter leben als heute (2006)! Auch wenn nicht davon ausgegangen werden kann, dass der Pflegebedarf proportional mit dem Anteil der Hochbetagten steigt, ergeben sich aus diesen Entwicklungen dennoch wachsende Anforderungen an eine altersgerechte Infrastruktur.

Der insgesamt deutliche Bevölkerungsanstieg der Altersgruppe der über 64-Jährigen begründet sich in erster Linie durch den Anstieg der Hochbetagten im Alter von 80 Jahren und älter.

4 Kleinräumige Bevölkerungs- und Familienstrukturen in der Stadt Gütersloh

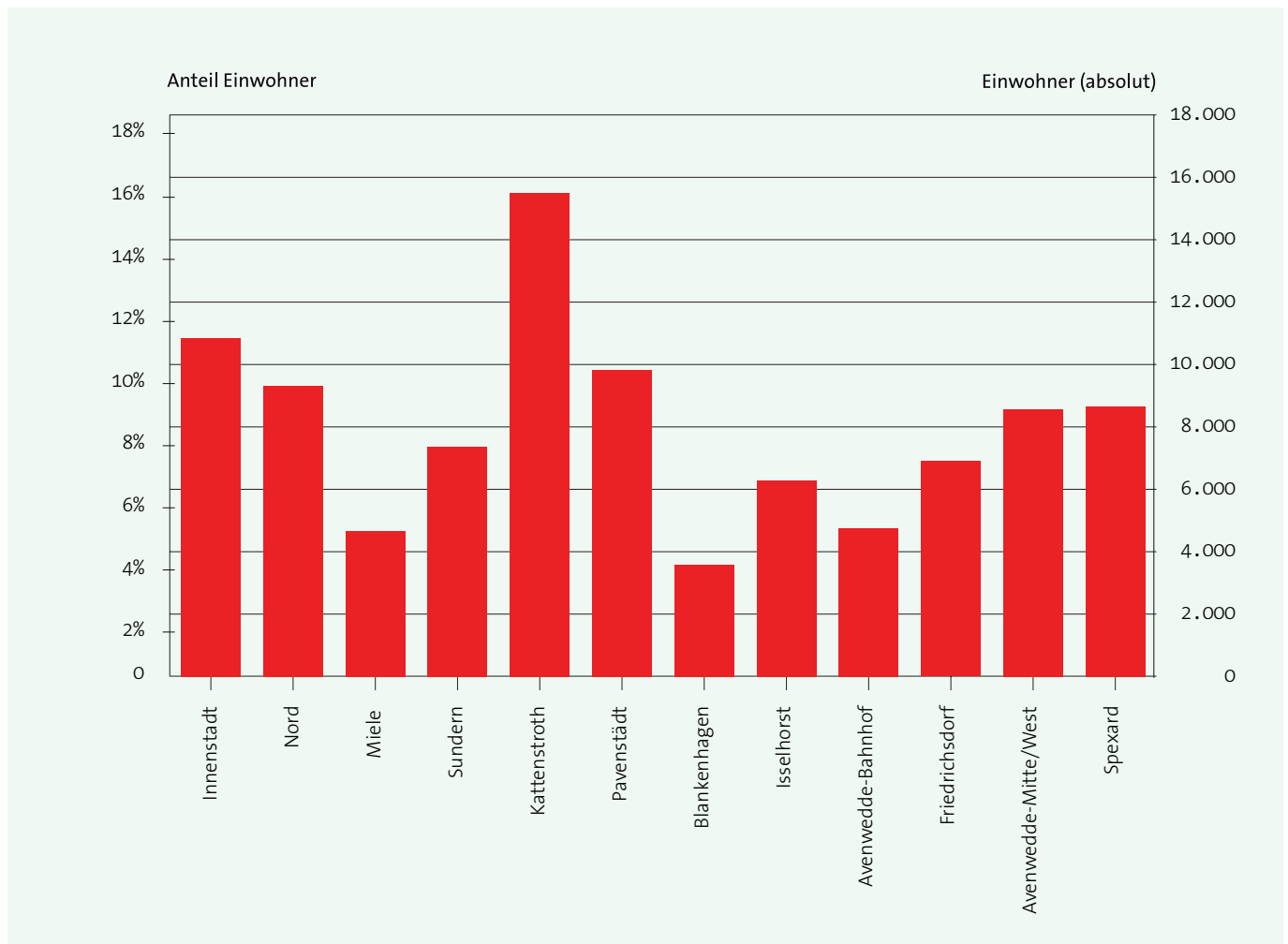
Karte 4.1: Kleinräumige Gliederung der Stadt Gütersloh



Im vorhergehenden Kapitel wurde die Bevölkerungsentwicklung für das gesamte Stadtgebiet skizziert und der weitere Verlauf bis 2020 prognostiziert. Nun werden die aktuellen Bevölkerungs- und Familienstrukturen für das Bezugsjahr 2006 ausführlicher und darüber hinaus auch kleinräumig dargestellt. Eine kleinräumige Betrachtung ist sinnvoll, da es nirgendwo so ist wie im Durchschnitt. Dies gilt auch für Gütersloh. Die einzelnen Gütersloher Sozialräume unterscheiden sich zum Teil erheblich voneinander: Beispielsweise gibt es Gebiete, in denen viele alte oder viele junge Menschen leben und auch Nichtdeutsche sind nicht überall gleich stark vertreten. Um diese Unterschiede und die damit verbundenen unterschiedlichen Herausforderungen an die lokale Politik zu identifizieren, beziehen wir uns im Folgenden auf die Ebene der zwölf Sozialräume (vgl. Karte 4.1).

Die zwölf Gütersloher Sozialräume sind (gemessen an der absoluten Bevölkerungszahl) unterschiedlich groß (vgl. Abbildung 4.1). Die meisten Gütersloher, nämlich 15.493, das sind etwa 16 Prozent aller 96.253 Gütersloher, leben im Sozialraum Kattenstroth. Auch in den Sozialräumen Innenstadt (10.850 Einwohner) und Pavenstädt (9.835 Einwohner) leben jeweils mehr als ein Zehntel der Einwohner Güterslohs. Die Sozialräume Nord, Sundern, Isselhorst, Friedrichsdorf, Avenwedde-Mitte/West und Spexard sind mittelgroße Sozialräume mit 6.289 bis 9.313 Einwohnern. Vergleichsweise wenige Gütersloher leben in den Sozialräumen Blankenhagen, Miele und Avenwedde-Bahnhof (zwischen 3.573 und 4.758 Einwohner).

Abbildung 4.1: Einwohner in den Gütersloher Sozialräumen 2006 (absolut und in Prozent an der Stadtbevölkerung insgesamt)



Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

4.1 Soziodemografische und sozioökonomische Basisdaten

Wie viele Gütersloher Bürgerinnen und Bürger gibt es? Wie alt sind sie? Und wie viele der Gütersloher haben keinen deutschen Pass? Diese und andere damit zusammenhängende Fragen werden in Kapitel 4.1.1 beantwortet. In Kapitel 4.1.2 wird anhand der Arbeitslosenraten, der Anteile der Leistungsemp-

fänger nach dem SGB II sowie der Anteile von Sozialgeldempfängern an den unter 15-Jährigen der sozioökonomische Status der zwölf Gütersloher Sozialräume dargestellt. Nachdem diese Ergebnisse dann in Kapitel 4.2 gebündelt werden, schließt sich ein Exkurs über den Sozialraum Blankenhagen an, da sich dieser in einigen Punkten deutlich von den anderen Gütersloher Sozialräumen unterscheidet.

Tabelle 4.1: Bevölkerungsstruktur der Stadt Gütersloh nach sozial-institutioneller Altersgliederung (Lebensabschnitte) am 31.12.2006

Bevölkerungsgruppe	Im Alter von ... Jahren	Gesamtstadt		davon			
				männlich		weiblich	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
Kinder und Jugendliche	unter 18	18.153	18,9	9.279	19,8	8.868	18,0
Kleinkinder	unter 3	2.567	2,7	1.354	2,9	1.212	2,5
darunter	unter 1	810	0,8	424	0,9	386	0,8
darunter	1 bis unter 3	1.757	1,8	930	2,0	826	1,7
Kindergartenalter	3 bis unter 6	2.756	2,9	1.414	3,0	1.342	2,7
noch nicht Schulpflichtige	unter 6	5.323	5,5	2.768	5,9	2.554	5,2
Grundschulalter	6 bis unter 10	4.058	4,2	2.051	4,4	2.002	4,1
Schulpflichtige	6 bis unter 15	9.295	9,7	4.701	10,0	4.596	9,3
Schulpflichtige und Lehrlinge	15 bis unter 18	3.535	3,7	1.810	3,9	1.718	3,5
Volljährige	18 und mehr	78.100	81,1	37.653	80,2	40.451	82,0
Erbwerbsfähige	15 bis unter 65	63.382	65,8	31.875	67,9	31.415	63,7
darunter	15 bis unter 45	38.723	40,2	19.594	41,7	18.990	38,5
darunter	45 bis unter 60	20.048	20,8	10.023	21,4	10.065	20,4
darunter	60 bis unter 65	4.611	4,8	2.258	4,8	2.360	4,8
im Rentenalter	65 und mehr	18.253	19,0	7.588	16,2	10.754	21,8
Hochbetagte	80 und mehr	4.436	4,6	1.279	2,7	3.215	6,5
Einwohner insgesamt		96.253	100,0	46.932	100,0	49.319	100,0

Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

4.1.1 Bevölkerungsstruktur in Gütersloh und seinen Sozialräumen

Zum 31.12.2006 leben in Gütersloh insgesamt 96.253 Einwohner.^{6,7} Davon sind 19 Prozent jünger als 18 Jahre. Zwei Drittel der Gütersloher sind im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung ist mindestens 65 Jahre alt. Fünf Prozent sind sogar 80 oder mehr Jahre alt (vgl. Tabelle 4.1).

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist in den Sozialräumen unterschiedlich hoch. Während in Blankenhagen und Avenwedde-Bahnhof jeweils etwa 23 Prozent der Bevölkerung unter 18 Jahre alt sind, beträgt dieser Anteil in Miele 17 Prozent und im Sozialraum Innenstadt nur 14 Prozent. Die restlichen Sozialräume weisen Anteile von 19 bis 20 Prozent auf. Ähnlich ist die Varianz zwischen den Sozialräumen beim Anteil der über 64-Jährigen. Hier liegen die Werte zwischen etwa 15 Prozent in Avenwedde-Bahnhof und etwa 24 Prozent im Sozialraum Innenstadt.

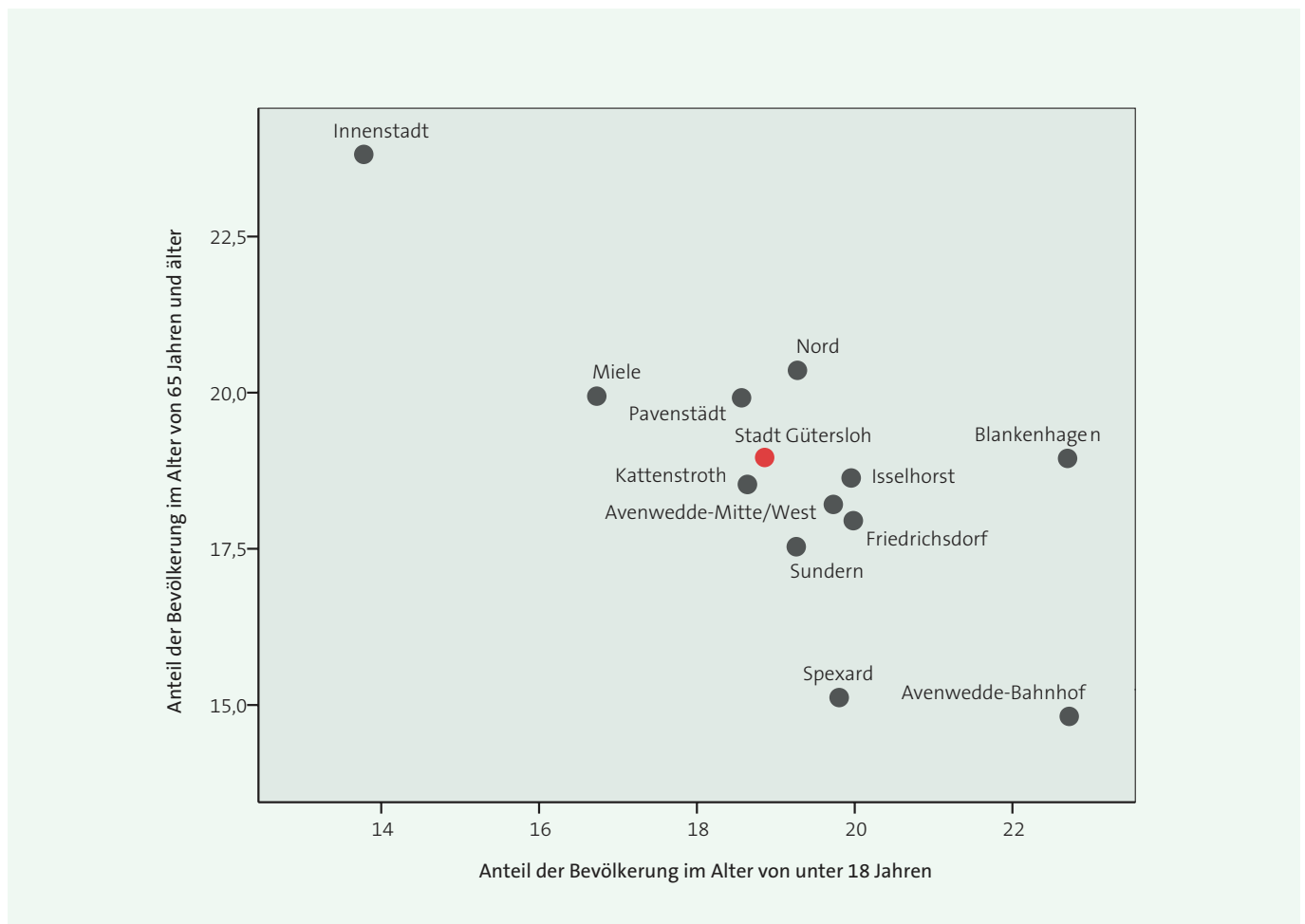
In vielen Städten sind Gebiete mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen zugleich Gebiete mit einem vergleichsweise niedrigen Anteil an Personen im Rentenalter. Dieser Zusammenhang ist auf der Ebene der Sozialräume auch für Gütersloh nachweisbar (vgl. Abbildung 4.2). So ist in den Sozialräumen Spexard und Avenwedde-Bahnhof ein hoher Anteil

der Bevölkerung jünger als 18 Jahre und gleichzeitig ein relativ geringer Anteil der Gütersloher älter als 64 Jahre. Im Sozialraum Innenstadt stellen sich die Anteile genau umgekehrt dar: Hier lebt stadtweit der höchste Anteil von Gütersloher Bürgern im Alter von über 64 Jahren und stadtweit der niedrigste Anteil an Kindern und Jugendlichen im Alter von unter 18 Jahren. Eine Besonderheit stellt der Sozialraum Blankenhagen dar. Hier lebt bei einem durchschnittlich hohen Anteil von Bürgerinnen und Bürgern im Alter von 65 Jahren und älter ein deutlich überdurchschnittlich hoher Anteil von Bewohnern im Alter von unter 18 Jahren. Im Sozialraum Nord ist sowohl der Anteil der Bewohner, die 65 Jahre und älter sind, als auch der Anteil der Bewohner unter 18 Jahren überdurchschnittlich.

6 Bevölkerung am Ort des Hauptwohnsitzes

7 Für die Angaben zur Bevölkerungsstruktur greifen wir auf Daten zurück, die uns von der Stadt Gütersloh zur Verfügung gestellt wurden. Diese weichen zum Teil leicht von den Angaben in Kapitel 3, ab, da dort auch Fortschreibungsdaten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen genutzt wurden. Zudem handelt es sich um Fortschreibungen der Einwohnermeldestatistik der Stadt Gütersloh vom November 2006, daher können sich geringfügige Abweichungen von anderen durch die Stadt veröffentlichten Angaben ergeben.

Abbildung 4.2: Anteile der Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren und über 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung Güterslohs 2006



(in % der Bevölkerung insgesamt; 31.12.2006)
 Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

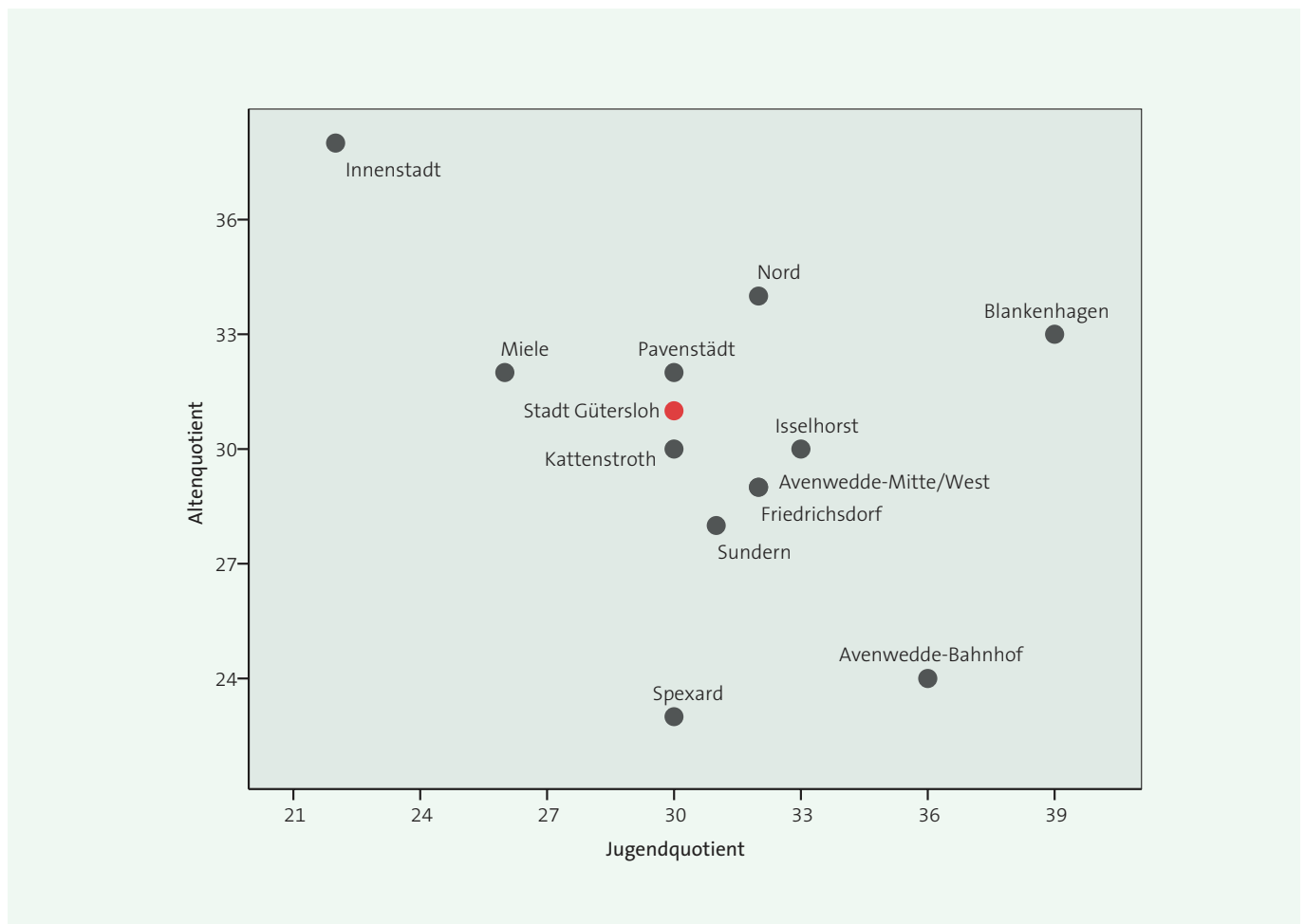
Jugend- und Altenquotienten in den Sozialräumen

Ein ähnlicher, wenn auch weniger stark ausgeprägter, statistischer Zusammenhang besteht in Gütersloh auch für den Jugendquotienten (dem Verhältnis der unter 18-Jährigen zu den 18- bis unter 65-Jährigen) und den Altenquotienten (dem Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 18- bis unter 65-Jährigen) (vgl. Abbildung 4.3). Das Verhältnis der Jungen bzw. Älteren zur potentiell erwerbsfähigen Bevölkerung wird also noch einmal näher betrachtet, diesmal auf der Ebene der Sozialräume.⁸ Während der Sozialraum Innenstadt bei dem mit Abstand niedrigsten Jugendquotienten den höchsten Altenquotienten aufweist, finden wir in Avenwedde-Bahnhof den zweithöchsten Jugendquotienten und zugleich den zweithöchsten Jugendquotienten. Die Sozialräume Blankenhagen und Nord weisen sowohl einen überdurchschnittlichen Jugend- als auch Altenquotienten auf. Hier ist die mittlere und potentiell erwerbstätige Altersgruppe der 15- bis unter 65-

Jährigen also vergleichsweise klein. Ins Auge fällt zudem der Sozialraum Spexard, wo wir bei einem durchschnittlichen Jugendquotienten den stadtweit niedrigsten Altenquotienten finden, was zusammengenommen den niedrigsten Unterstützungsquotienten auf Sozialraumebene in Gütersloh bedeutet.

8 Eine detaillierte Beschreibung des Jugend-, Alten- sowie Unterstützungsquotienten findet sich in Kapitel 3.1.

Abbildung 4.3: Jugend- und Altenquotienten in den Sozialräumen 2006

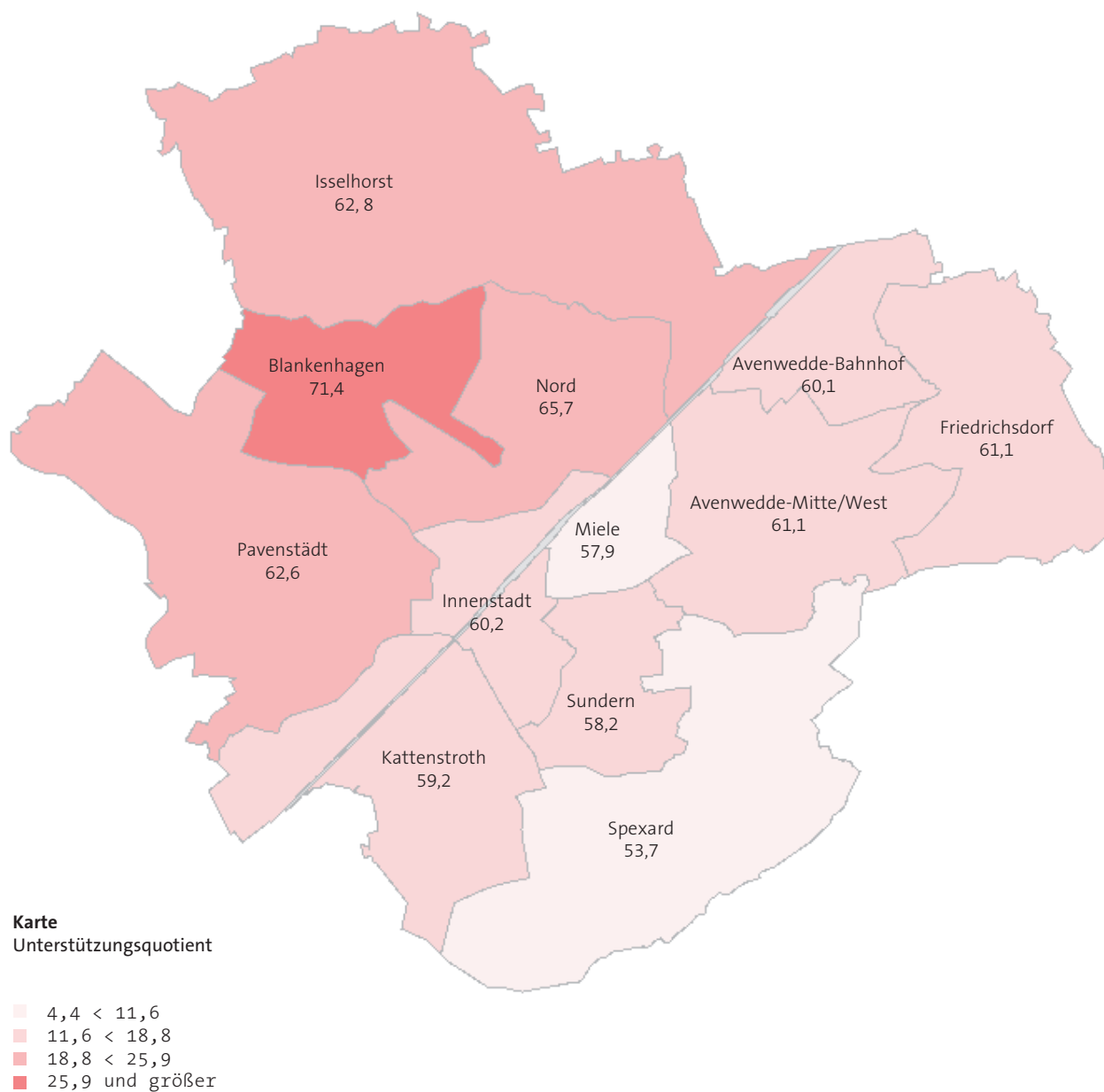


(unter 18-Jährige in % der 18 - u. 65-Jährigen bzw. 65-Jährige und Ältere in % der 18 - u. 65-Jährigen; 31.12.2006)
 Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

Addieren wir den Jugend- und den Altenquotienten, so erhalten wir den Unterstützungsquotienten, also die Gruppe der wirtschaftlich von der mittleren Generation „abhängigen“ Bevölkerung (vgl. auch Kapitel 3.1). Für die Stadt Gütersloh insgesamt gilt, dass 100 Einwohnern im Alter von 18 bis unter 65 Jahren 61 Einwohner gegenüber stehen, die entweder jünger als 18 Jahre oder älter als 64 Jahre sind. In Blankenhagen sind es im Schnitt 10 Personen mehr, nämlich 71 Einwohner dieser beiden Altersgruppen, die rechnerisch von 100 Einwohnern der mittleren Altersgruppe 'unterstützt' werden (vgl. Karte 4.2). Überdurchschnittlich hoch ist der Unterstützungsquotient auch in Nord, Issehorst und Pavenstädt. Unterdurchschnittliche Anteile werden in Kattenstroth, Sundern und Miele sowie insbesondere in Spexard erreicht. In den Sozialräumen Innenstadt und Avenwedde-Bahnhof entspricht der Unterstützungsquotient ungefähr

dem stadtweiten Durchschnitt. Im Sozialraum Innenstadt leben zwar viele Menschen, die über 65 Jahre alt sind, aber nur ein sehr geringer Anteil von Kindern und Jugendlichen. Umgekehrt ist die Situation in Avenwedde-Bahnhof, wo viele Junge, aber kaum Alte unterstützt werden müssen (vgl. auch Abbildung 4.3).

Karte 4.2: Unterstützungsquotient 2006



(unter 18-Jährige und 65-Jährige und Ältere in % der 18- bis unter 65-Jährigen; 31.12.2006)
Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

Der Unterstützungsquotient ist nicht nur mit Blick auf das deutsche Sozialversicherungsmodell gesamtgesellschaftlich von Bedeutung (hier beschreibt er das Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern), sondern er ist auch für die kommunale Ebene wichtig. Im Hinblick auf informelle Solidarpotentiale (vgl. Kapitel 3) hat sich kommunale Sozial- und Familienpolitik in der Vergangenheit vor allem hinsichtlich dessen, was sie nicht tut, in weiten Teilen auf die Leistungsfähigkeit der traditionellen Familie und das Funktionieren von nicht-familialen Formen der Selbsthilfe sowie des freiwilligen sozialen Engagements verlassen. Durch hohe bzw. steigende Unterstützungsquotienten werden diese Formen von Selbst- und Gemeinschaftshilfe jedoch zunehmend (über-)belastet, besonders in Stadtteilen bzw. Sozialräumen mit hohen Anteilen älterer Bevölkerung. Die Aufgabe kommunaler Sozial- und Familienpolitik muss es daher sein, einerseits vorhandene Familiensolidarität zu unterstützen und andererseits nicht-familiale Formen der Selbsthilfe und des freiwilligen sozialen Engagements zu initiieren bzw. zu ermöglichen und zu unterstützen (vgl. hierzu auch Strohmeier 2000).

Wie viele Einwohner in Gütersloh haben keinen deutschen Pass und wo wohnen sie?

Zum 31.12.2006 leben insgesamt 8.650 Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Gütersloh. Das entspricht einem Anteil von knapp neun Prozent. Die Altersstruktur der nichtdeutschen Bevölkerung unterscheidet sich zum Teil deutlich von der Altersstruktur der deutschen Einwohner in Gütersloh (vgl. Tabelle 4.2). Bei den Nichtdeutschen haben noch nicht schulpflichtige Kinder unter sechs Jahren mit zwei Prozent einen wesentlich geringeren Anteil als bei den Deutschen (sechs Prozent).

Bei der Interpretation der Anteilswerte für diese jüngeren Altersgruppen ist zu beachten, dass es seit dem 1. Januar 2000 in Deutschland ein geändertes Staatsbürgerschaftsrecht gibt. Neu daran ist nicht nur die verkürzte Einbürgerungsfrist für Erwachsene, sondern auch, dass der Ort der Geburt die Staatsangehörigkeit begründet (und nicht wie in der Vergangenheit das Abstammungsprinzip). In Deutschland geborene Kinder von Ausländern bekommen einen Doppelpass. Bis zum 23. Lebensjahr müssen sie sich dann für einen Pass entscheiden. Diese Gesetzesänderung führt dazu, dass statistisch gesehen der Anteil der Nichtdeutschen von Jahr zu Jahr sinkt, obwohl der tatsächliche Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund u.U. ansteigt.

Auch der Anteil der älteren Menschen über 64 Jahren ist bei den Nichtdeutschen mit acht Prozent sehr viel geringer als bei den Deutschen, bei denen diese Gruppe 20 Prozent ausmacht. Nur einer von 100 Nichtdeutschen ist 80 oder mehr Jahre alt. Bei den Deutschen gehört jeder 20. zu dieser Gruppe der Hochbetagten.

Die Gruppe der Erwerbsfähigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ist bei den nichtdeutschen Güterslohern dementsprechend anteilig deutlich größer als bei den Güterslohern mit deutschem Pass. Während bei den Nichtdeutschen 80 Prozent zur Gruppe der Erwerbsfähigen gehören, trifft dies bei den Deutschen lediglich auf 64 Prozent zu. Besonders stark unterscheiden sich Nichtdeutsche und Deutsche in der Gruppe der 15- bis unter 45-Jährigen. Der Anteil dieser Altersgruppe liegt bei den Nichtdeutschen (55 Prozent) 16 Prozentpunkte höher als bei den Deutschen (39 Prozent).

Tabelle 4.2: Bevölkerungsstruktur der Stadt Gütersloh nach sozial-institutioneller Altersgliederung (Lebensabschnitte) am 31.12.2006 nach Staatsangehörigkeit

deutsch							
Bevölkerungsgruppe	Im Alter von ... Jahren	Gesamtstadt		davon			
				männlich		weiblich	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
Kinder und Jugendliche	unter 18	16.808	19,2	8.596	20,3	8.212	18,2
Kleinkinder	unter 3	2.476	2,8	1.309	3,1	1.167	2,6
darunter	unter 1	781	0,9	415	1,0	366	0,8
darunter	1 bis unter 3	1.695	1,9	894	2,1	801	1,8
Kindergartenalter	3 bis unter 6	2.629	3,0	1.345	3,2	1.284	2,8
noch nicht Schulpflichtige	unter 6	5.105	5,8	2.654	6,3	2.451	5,4
Grundschulalter	6 bis unter 10	3.732	4,3	1.891	4,5	1.841	4,1
Schulpflichtige	6 bis unter 15	8.455	9,7	4.271	10,1	4.184	9,3
Schulpflichtige und Lehrlinge	15 bis unter 18	3.248	3,7	1.671	3,9	1.577	3,5
Volljährige	18 und mehr	70.792	80,8	33.777	79,7	37.015	81,8
Erbwerbsfähige	15 bis unter 65	56.418	64,4	28.255	66,7	28.163	62,3
darunter	15 bis unter 45	33.890	38,7	17.158	40,5	16.732	37,0
darunter	45 bis unter 60	18.328	20,9	9.076	21,4	9.252	20,5
darunter	60 bis unter 65	4.200	4,8	2.021	4,8	2.179	4,8
im Rentenalter	65 und mehr	17.622	20,1	7.193	17,0	10.429	23,1
Hochbetagte	80 und mehr	4.384	5,0	1.255	3,0	3.129	6,9
Einwohner insgesamt		87.600	100,0	42.373	100,0	45.227	100,0

Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

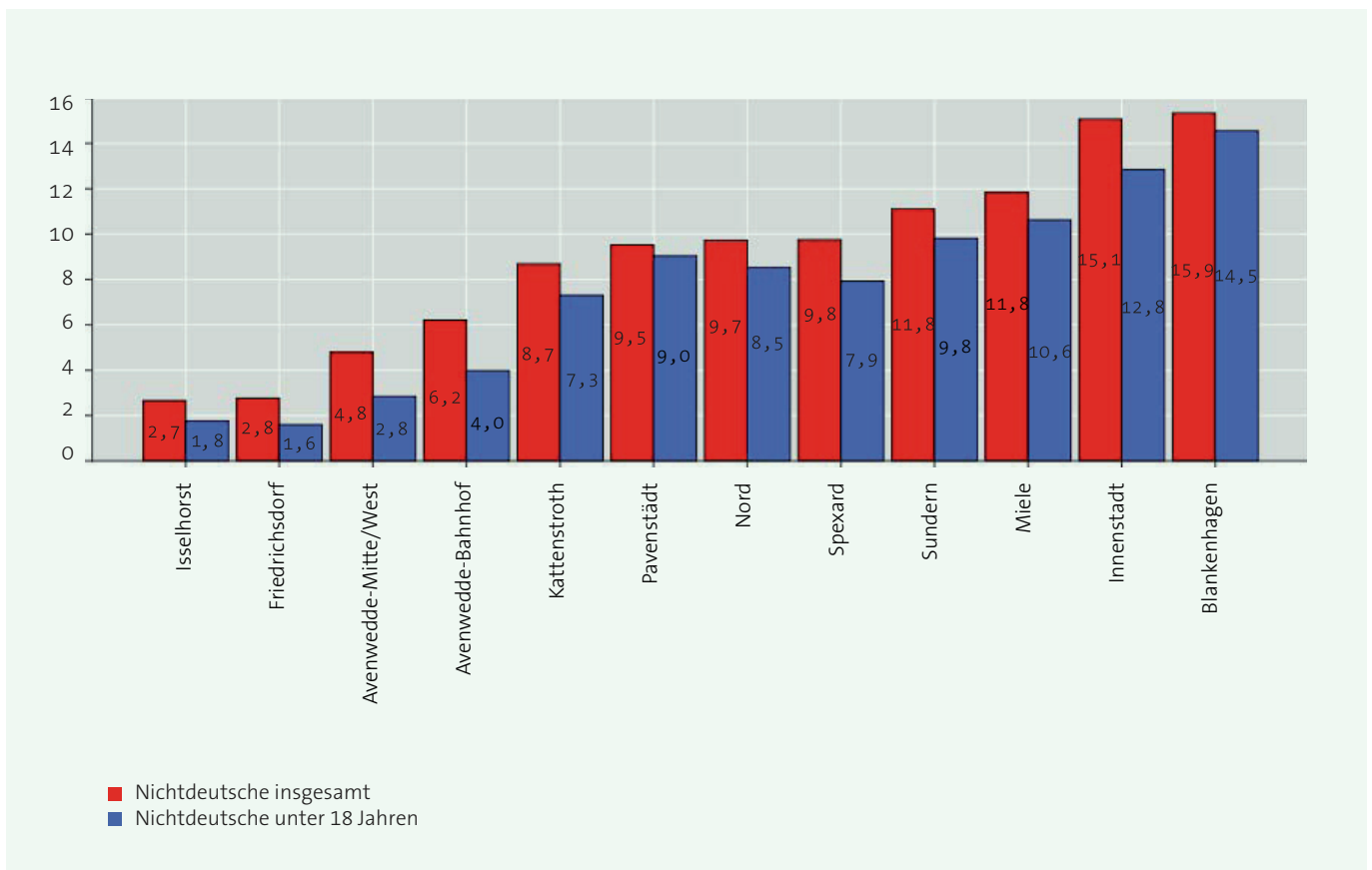
nichtdeutsch							
Bevölkerungsgruppe	Im Alter von ... Jahren	Gesamtstadt		davon			
				männlich		weiblich	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
Kinder und Jugendliche	unter 18	1.332	15,4	683	15,0	656	16,0
Kleinkinder	unter 3	88	1,0	45	1,0	45	1,1
darunter	unter 1	29	0,3	9	0,2	20	0,5
darunter	1 bis unter 3	59	0,7	36	0,8	25	0,6
Kindergartenalter	3 bis unter 6	124	1,4	69	1,5	58	1,4
noch nicht Schulpflichtige	unter 6	212	2,5	114	2,5	103	2,5
Grundschulalter	6 bis unter 10	321	3,7	160	3,5	161	3,9
Schulpflichtige	6 bis unter 15	837	9,7	430	9,4	412	10,1
Schulpflichtige und Lehrlinge	15 bis unter 18	283	3,3	139	3,0	141	3,4
Volljährige	18 und mehr	7.318	84,6	3.876	85,0	3.436	84,0
Erbwerbsfähige	15 bis unter 65	6.938	80,2	3.620	79,4	3.303	80,7
darunter	15 bis unter 45	4.766	55,1	2.436	53,4	2.309	56,4
darunter	45 bis unter 60	1.756	20,3	947	20,8	813	19,9
darunter	60 bis unter 65	416	4,8	237	5,2	181	4,4
im Rentenalter	65 und mehr	663	7,7	395	8,7	274	6,7
Hochbetagte	80 und mehr	57	0,7	24	0,5	35	0,9
Einwohner insgesamt		8.650	100,0	4.559	100,0	4.092	100,0

Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

Auch die Anteile der Nichtdeutschen unterscheiden sich zwischen den Gütersloher Sozialräumen. In Blankenhagen und Innenstadt haben jeweils etwas mehr als 15 Prozent der Bevölkerung keinen deutschen Pass. Auch in Miele und Sundern leben anteilig mehr Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft als dies für die Stadt Gütersloh insgesamt gilt. In den Sozialräumen Pavenstädt, Nord und Spexard entsprechen die Anteile der Nichtdeutschen ungefähr dem Durchschnittswert für Gütersloh insgesamt. Unterdurchschnittlich viele Nichtdeutsche leben in Kattenstroth (8,7 Prozent), Avenwed-

de-Bahnhof (6,2 Prozent) und Avenwedde-Mitte/West (4,8 Prozent). In Isselhorst und Friedrichsdorf haben sogar nur jeweils knapp drei Prozent der Bevölkerung keinen deutschen Pass. Die Anteile der Nichtdeutschen unter 18 Jahren in den Sozialräumen entsprechen in der Relation den Anteilen der Nichtdeutschen insgesamt, allerdings ist der Anteil durchweg niedriger, was im Vergleich zu den meisten anderen Kommunen der Projektfamilie eine Besonderheit darstellt.

Abbildung 4.4: Anteile der nichtdeutschen Bevölkerung in den Sozialräumen 2006

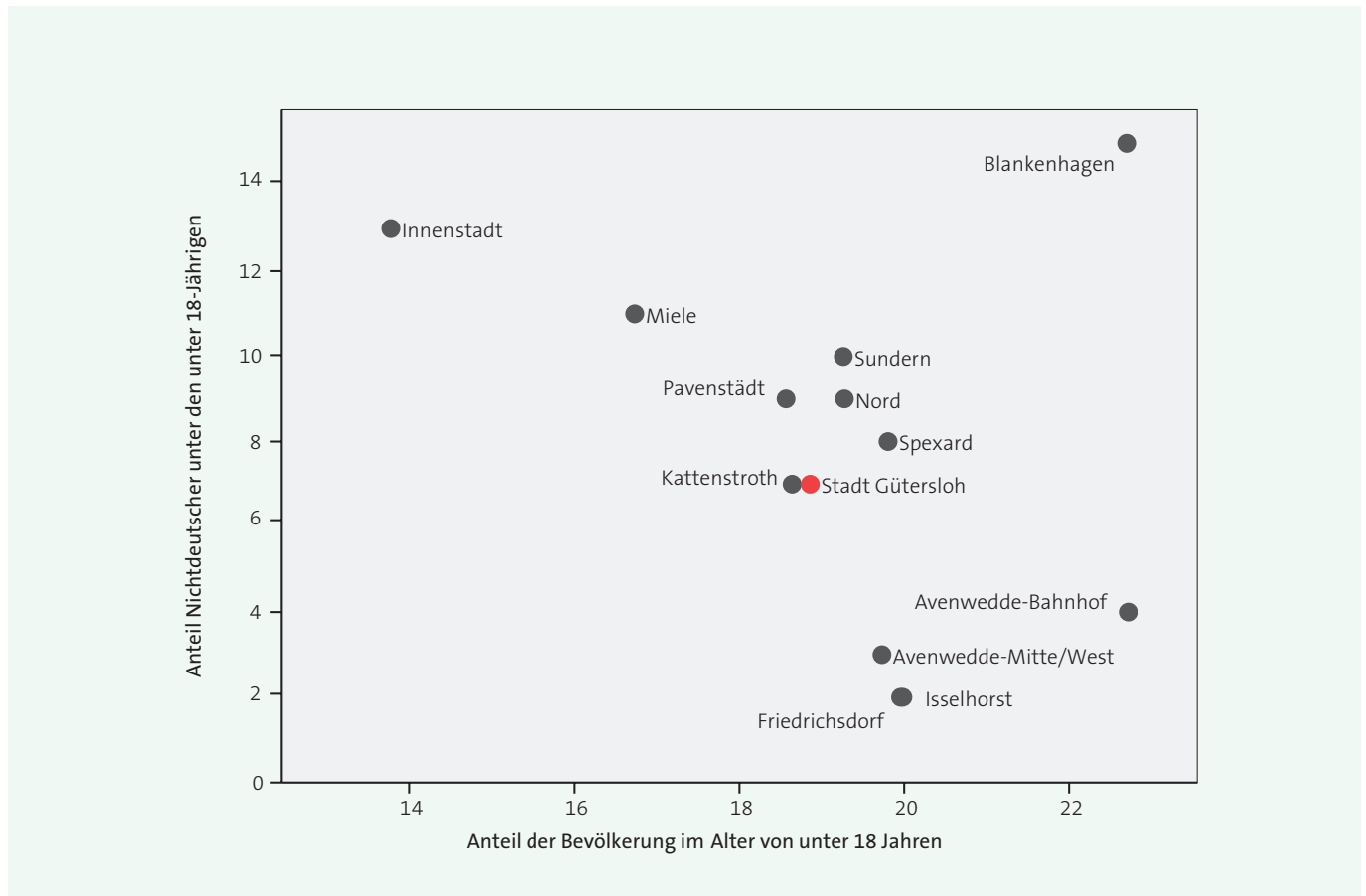


(in % der Bevölkerung insgesamt bzw. in % der gleichaltrigen Bevölkerung; 31.12.2006)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

Setzen wir die Anteile der Kinder und Jugendlichen insgesamt in Beziehung zu den Anteilen der Kinder und Jugendlichen ohne deutschen Pass, so wird deutlich, dass in Gütersloh die Sozialräume mit vergleichsweise vielen Kindern und Jugendlichen meist geringere Anteile nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher aufweisen (vgl. Abbildung 4.5). Das heißt, dass mit steigendem Anteil von unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung unter

18 Jahren in dem entsprechenden Sozialräumen sinkt. Dort, wo anteilig viele Kinder und Jugendliche leben, haben davon relativ wenige keinen deutschen Pass. Eine Ausnahme stellt hier der Sozialraum Blankenhagen dar. Hier geht der höchste Anteil von unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Stadtgebiet mit dem höchsten Anteil Nichtdeutscher unter 18 Jahren im Stadtgebiet einher.

Abbildung 4.5: Anteil Nichtdeutscher unter den unter 18-Jährigen und Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren insgesamt 2006



(in % der Bevölkerung insgesamt bzw. in % der Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren; 31.12.2006)
 Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

4.1.2 Sozioökonomischer Status der Gütersloher Sozialräume

Da die wirtschaftliche Lage von Familien in Kapitel 5 auf Basis der Ergebnisse der Familienbefragung ausführlicher beschrieben wird, beschränken wir uns in diesem Kapitel auf die Indikatoren Arbeitslosigkeit und Anteil der ALG II-Empfänger/innen. Erfahrungsgemäß lässt sich der sozioökonomische Status eines kleinräumigen Gebietes mit diesen beiden Indikatoren recht zutreffend beschreiben. Ergänzend ziehen wir als Indikator für Kinderarmut den Anteil der Sozialgeldempfänger an der Bevölkerung unter 15 Jahren heran.

Die Arbeitslosenrate, also Arbeitslose in Prozent der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren, liegt in der Stadt Gütersloh zum Stichtag 31.12.2007 bei fünf Prozent.⁹ In den einzelnen Sozialräumen variieren die Werte zwischen 2,4 und 9,3 Arbeitslosen je 100 Bewohnern zwischen 18 und 65 Jahren (vgl. Abbildung 4.6). Deutliche Unterschiede gibt es dabei zwischen der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung.

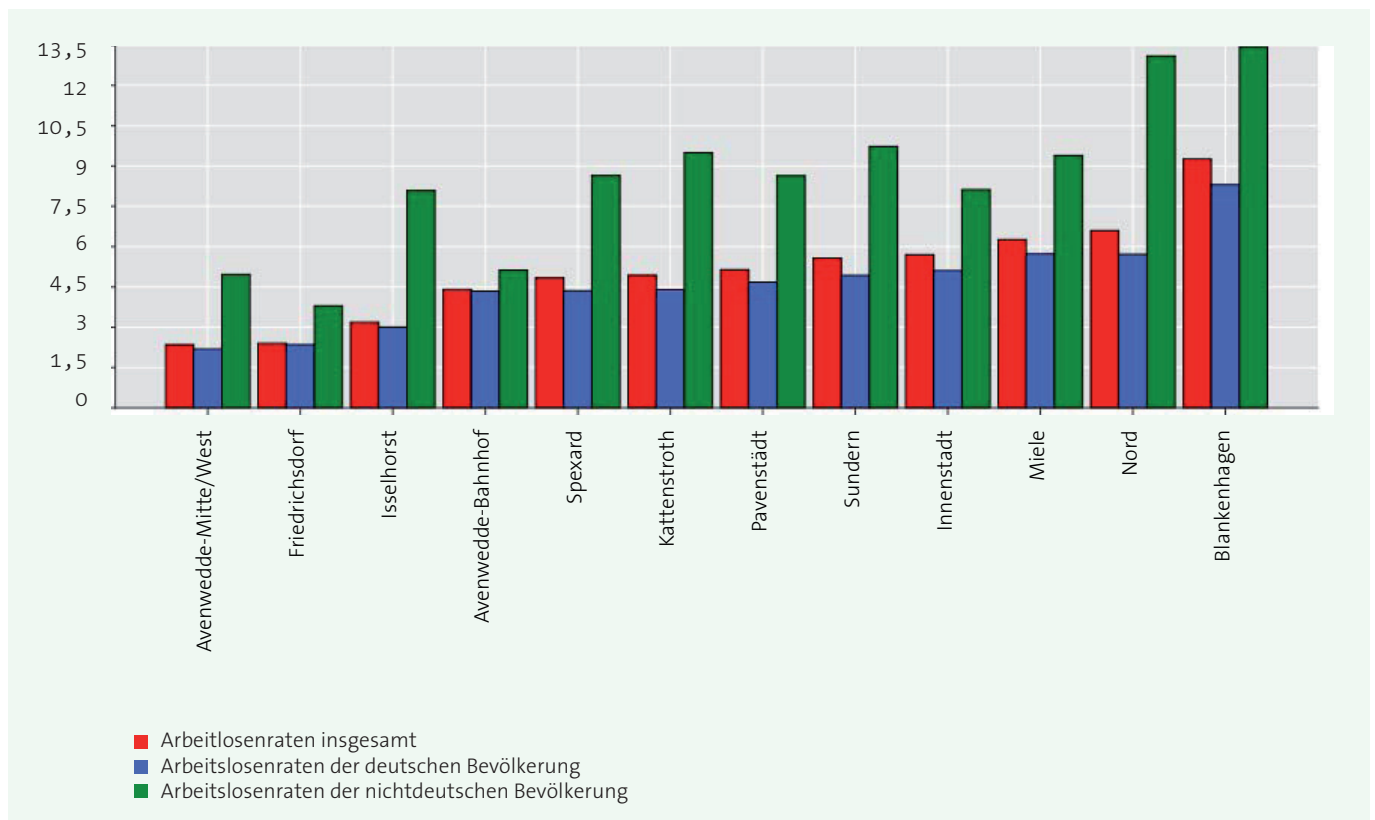
In der Gruppe der Nichtdeutschen liegt die Arbeitslosenrate in Gütersloh insgesamt bei 9,1 Prozent, unter den Deutschen bei 4,5 Prozent. Von Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind Nichtdeutsche in den Sozialräumen Nord (13,1 Prozent) und Blankenhagen (13,3 Prozent). In Isselhorst, Spexard, Kattenstroth, Pavenstädt, Sundern, Innenstadt und Miele sind die Anteile etwas niedriger und liegen zwischen 8,1 und 9,7 Prozent. Mit deutlichem Abstand am seltensten arbeitslos sind die Nichtdeutschen in Avenwedde-Bahnhof (5,0 Prozent), Avenwedde-Mitte/West (5,1 Prozent) und insbesondere in Friedrichsdorf (3,8 Prozent).

⁹ Da uns für das Jahr 2007 keine Bevölkerungsdaten vorliegen, beziehen wir die Arbeitslosen zum Stichtag 31.12.2007 auf die 18- bis unter 65-Jährigen zum Stichtag 31.12.2006.

Überdurchschnittlich hoch ist die Arbeitslosenrate für Deutsche in Blankenhagen (8,3 Prozent), Nord (5,7 Prozent), Miele (5,7 Prozent), Innenstadt (5,1 Prozent), Sundern (4,9 Prozent) und Pavenstädt (4,7 Prozent). In den restlichen Sozialräumen ist die Arbeitslosenrate unterdurchschnittlich. Besonders selten von Arbeitslosigkeit betroffen sind Deutsche in Avenwedde-Mitte/West. Hier ist nur etwa jeder 50. Gütersloher mit deutschem Pass arbeitslos gemeldet.

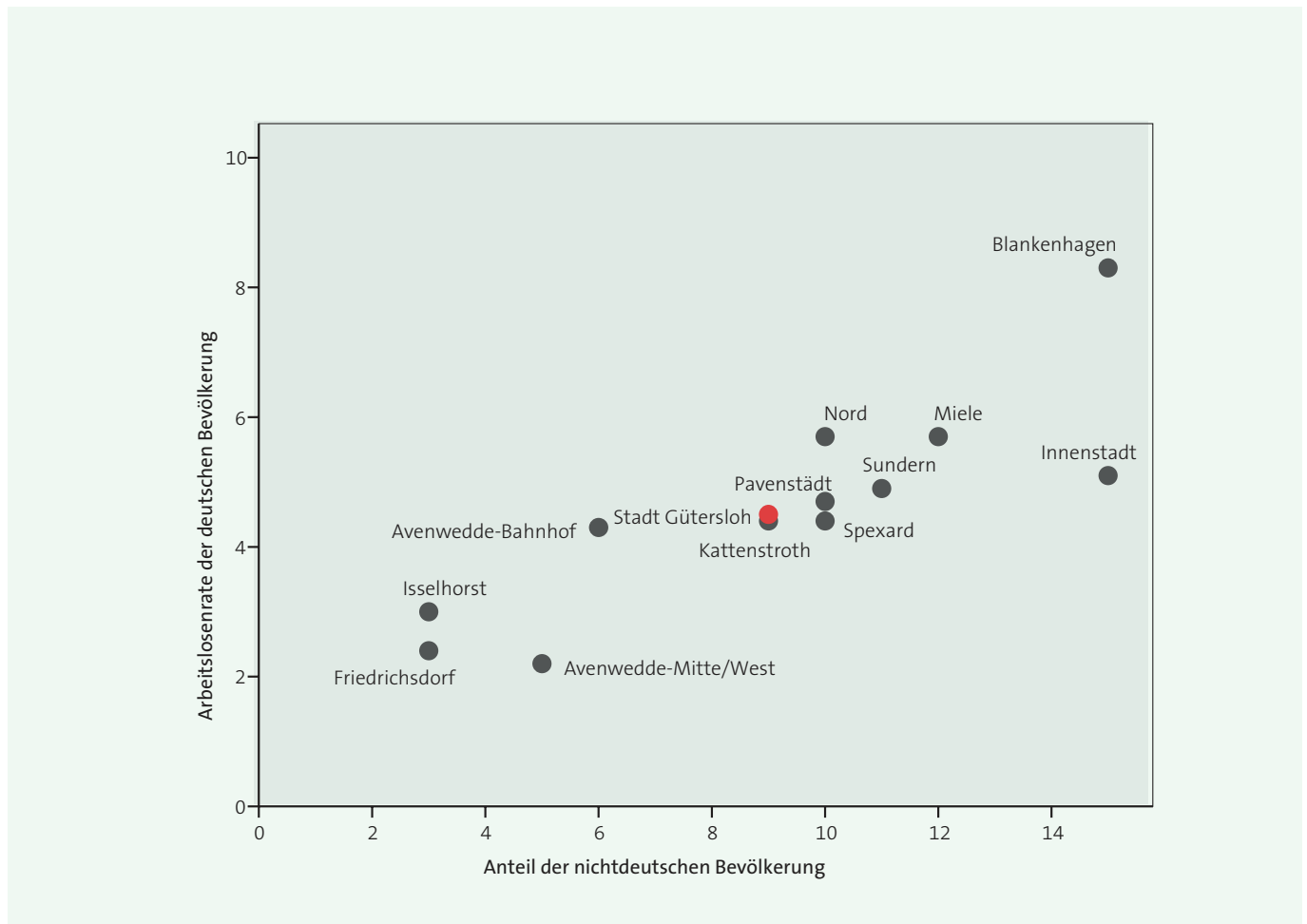
In allen Sozialräumen gilt somit, dass die nichtdeutsche Bevölkerung eine höhere Arbeitslosenrate aufweist als die deutsche Bevölkerung. In den Sozialräumen Avenwedde-Mitte/West, Nord, Isselhorst und Kattenstroth ist der Unterschied zwischen Deutschen und Nichtdeutschen besonders deutlich. Hier ist die Arbeitslosenrate unter den Nichtdeutschen mehr als doppelt so hoch wie unter der deutschen Bevölkerung.

Abbildung 4.6: Arbeitslosenraten 2007



(deutsche, nichtdeutsche und Arbeitslose insgesamt zum Stichtag 31.12.2007 in % der deutschen/ nichtdeutschen Bevölkerung und Bevölkerung insgesamt im Alter von 18 bis unter 65 Jahren zum Stichtag 31.12.2006)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

Abbildung 4.7: Anteil der Nichtdeutschen an der Bevölkerung insgesamt 2006 und Arbeitslosenrate der deutschen Bevölkerung 2007



(deutsche Arbeitslose zum Stichtag 31.12.2007 in % der deutschen Bevölkerung zwischen 18 bis unter 65 Jahren zum Stichtag 31.12.2006 sowie nichtdeutsche Bevölkerung in % der Bevölkerung insgesamt; 31.12.2006)
 Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

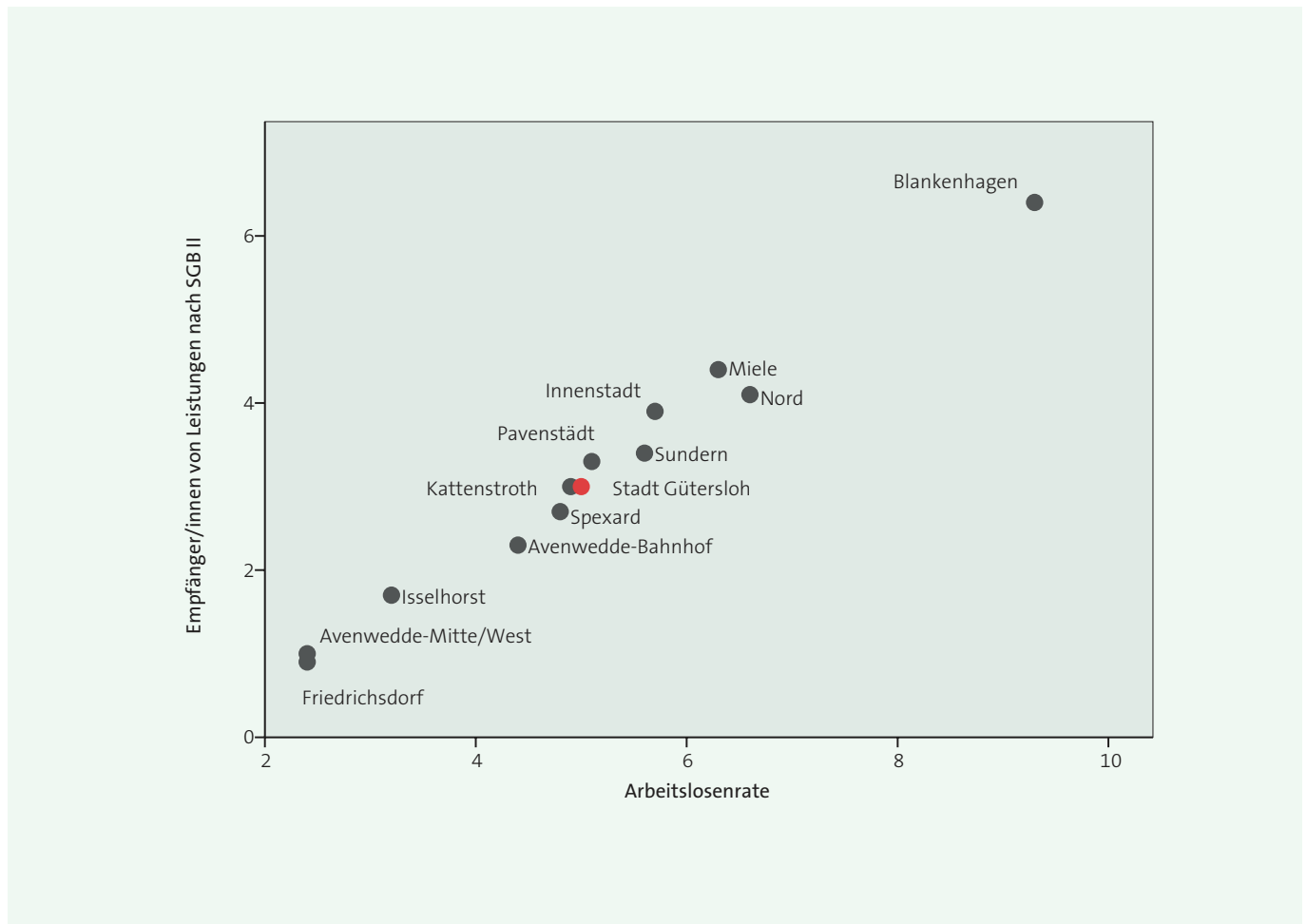
Setzt man die Arbeitslosenrate der deutschen Bevölkerung in Beziehung zu den Anteilen der Nichtdeutschen insgesamt, so fällt auf, dass in Sozialräumen mit einem niedrigen Anteil an Nichtdeutschen auch ein niedriger Anteil an arbeitslosen Deutschen zu finden ist (vgl. Abbildung 4.7). Umgekehrt weisen Sozialräume mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Nichtdeutschen auch einen überdurchschnittlichen Anteil an arbeitslosen Deutschen auf. Dies trifft besonders auf Blankenhagen zu. In Verbindung mit dem hohen Anteil junger Menschen in diesem Sozialraum weist dies auf eine mehrdimensionale Segregation hin, die im Kapitel 4.3 näher untersucht werden soll.

Leistungen nach dem SGB II beziehen zum 30.09.2007 insgesamt 7,9 Prozent der Gütersloher im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, wobei auf der Ebene der Sozialräume ein sehr deutlicher Zusammenhang mit den Arbeitslosenraten zu erkennen ist (vgl. Abbildung 4.8). Sozialräume mit hohen Arbeitslosenraten wei-

sen auch einen hohen Anteil an ALG II-Empfängern auf. Miele, Nord und vor allem Blankenhagen sind Sozialräume, die durch eine besonders hohe Arbeitslosenrate und (deutlich) überdurchschnittlich viele ALG II-Empfänger gekennzeichnet sind. Isselhorst, Avenwedde-Mitte/West und Friedrichsdorf hingegen weisen niedrige Arbeitslosenraten und niedrige Anteile von SGB II-Leistungsempfängern aus.

Der Anteil der Nichtdeutschen, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, beträgt für die Stadt Gütersloh insgesamt 16,7 Prozent. Die Verteilung der Anteile der ALG II-Empfänger an den Deutschen bzw. Nichtdeutschen ist dabei über die Sozialräume ähnlich. Das heißt, dass dort, wo relativ viele Deutsche ALG II erhalten, dieser Anteil auch bei den Nichtdeutschen relativ hoch ist. Lediglich im Sozialraum Innenstadt leben überdurchschnittlich viele deutsche Leistungsempfänger, aber unterdurchschnittlich viele nichtdeutsche Leistungsempfänger.

Abbildung 4.8: Arbeitslosenraten und Leistungsempfänger/innen nach SGB II 2007



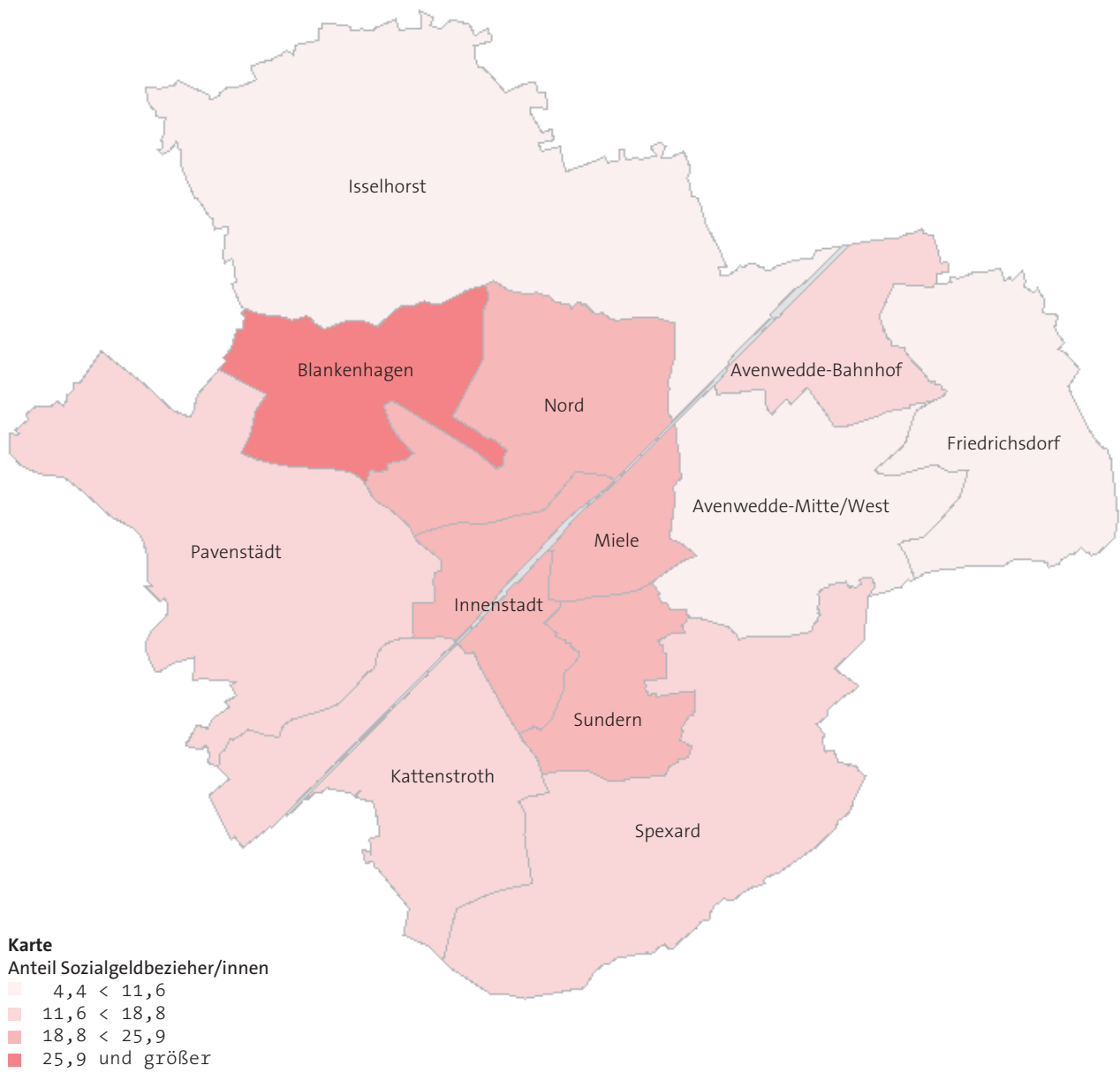
(Empfänger/innen von Leistungen nach dem SGB II zum Stichtag 30.09.2007 bzw. Arbeitslose zum Stichtag 31.12.2007 in % der Bevölkerung zwischen 15 bis unter 65 Jahren bzw. zwischen 18 bis unter 65 Jahren zum Stichtag 31.12.2006)
Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

Aktuelle Aussagen zum Thema (Familien- und) Kinderarmut können kleinräumig anhand von Informationen zum Sozialgeldbezug getroffen werden. Hierfür haben wir die Sozialgeldbeziehenden auf die Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren bezogen.¹⁰ In Gütersloh erhält ungefähr jedes sechste Kind unter 15 Jahren Sozialgeld. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Sozialräumen (vgl. Karte 4.3). Die Anteile variieren zwischen 4,4 Prozent in Friedrichsdorf und 33,1 Prozent in Blankenhagen. Neben Blankenhagen bezieht auch in den Sozialräumen Miele, Nord, Sundern, Innenstadt, Spexard und Pavenstädt ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Kindern Sozialgeld. Sozialräume mit einem deutlich unterdurchschnittlichen Anteil Sozialgeld beziehender unter 15-Jähriger sind neben Friedrichsdorf auch Isselhorst und Avenwedde-Mitte/West. In Kattenstroth und Avenwedde-Bahnhof entsprechen die Werte ungefähr dem Gütersloher Durchschnitt.

Ein sehr deutlicher Zusammenhang auf der Ebene der Sozialräume ist in Gütersloh zwischen dem Anteil der Sozialgeldbezieher und dem dortigen Anteil der nichtdeutschen unter 15-Jährigen festzustellen: In allen Sozialräumen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an nichtdeutschen Kindern unter 15 Jahren ist auch der Anteil der Sozialgeldbeziehenden überdurchschnittlich hoch (vgl. Abbildung 4.9). Umgekehrt gilt, dass alle Sozialräume mit einem unterdurchschnittlichen Anteil an nichtdeutschen Kindern auch einen unterdurchschnittlichen Anteil an Sozialgeldbeziehenden aufweisen.

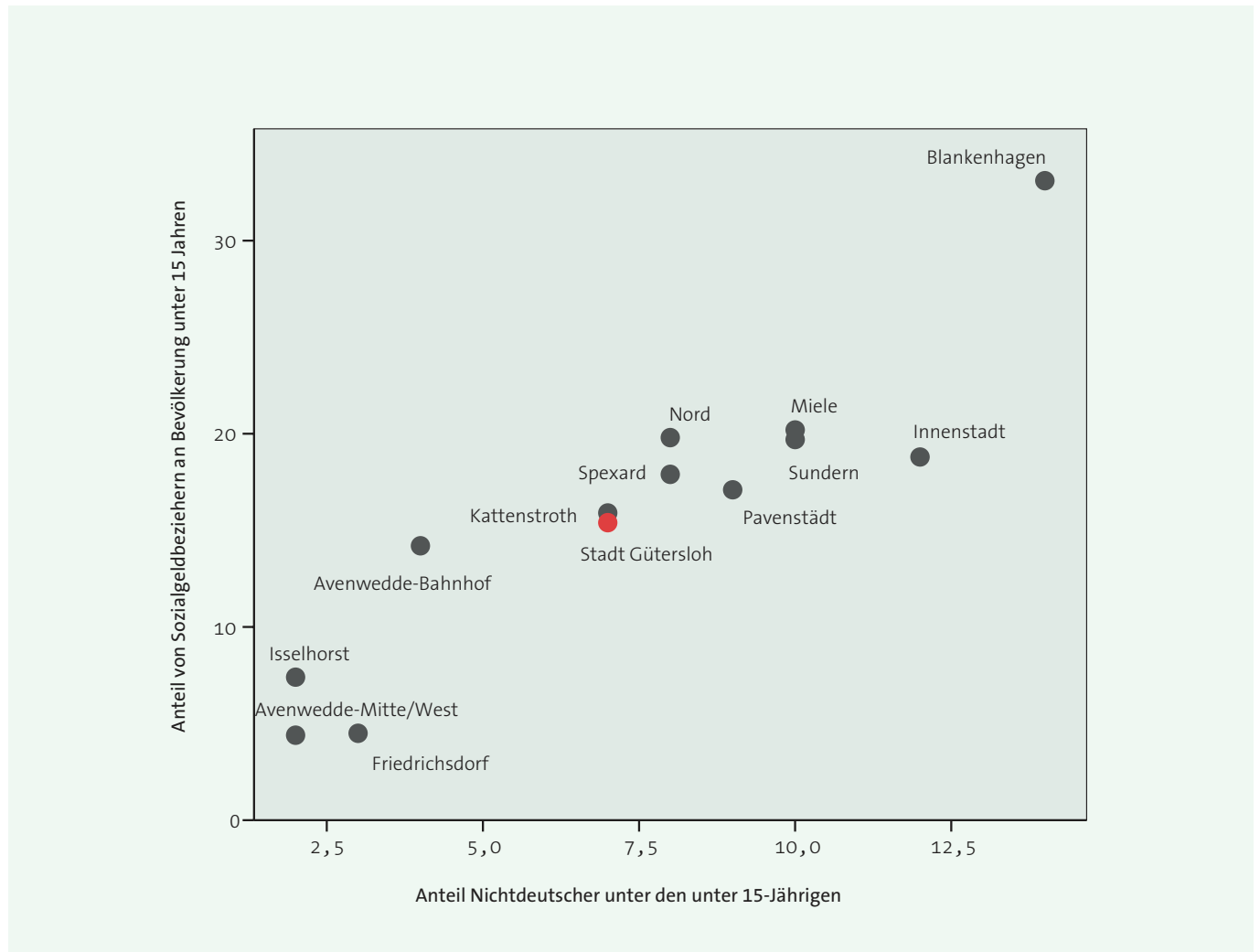
¹⁰ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass grundsätzlich auch ältere Personen ein Anrecht auf Sozialgeldleistungen haben können, z.B. wenn sie aufgrund von Erkrankungen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Allerdings ist ihr Anteil an allen Sozialgeldbeziehenden sehr gering.

Karte 4.3: Anteile der Sozialgeldbezieher/innen 2007



(Sozialgeldbezieher/innen zum Stichtag 30.09.2007 in % der unter 15-Jährigen zum Stichtag 31.12.2006)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

Abbildung 4.9: Anteil Sozialgeldbezieher und Anteil Nichtdeutscher unter den unter 15-Jährigen 2006



(Sozialgeldbezieher/innen zum Stichtag 30.09.2007 in % der unter 15-Jährigen zum Stichtag 31.12.2006 sowie nichtdeutsche unter 15-Jährige in % der unter 15-Jährigen insgesamt; 31.12.2006)
 Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

4.2 Die Sozialräume im Überblick

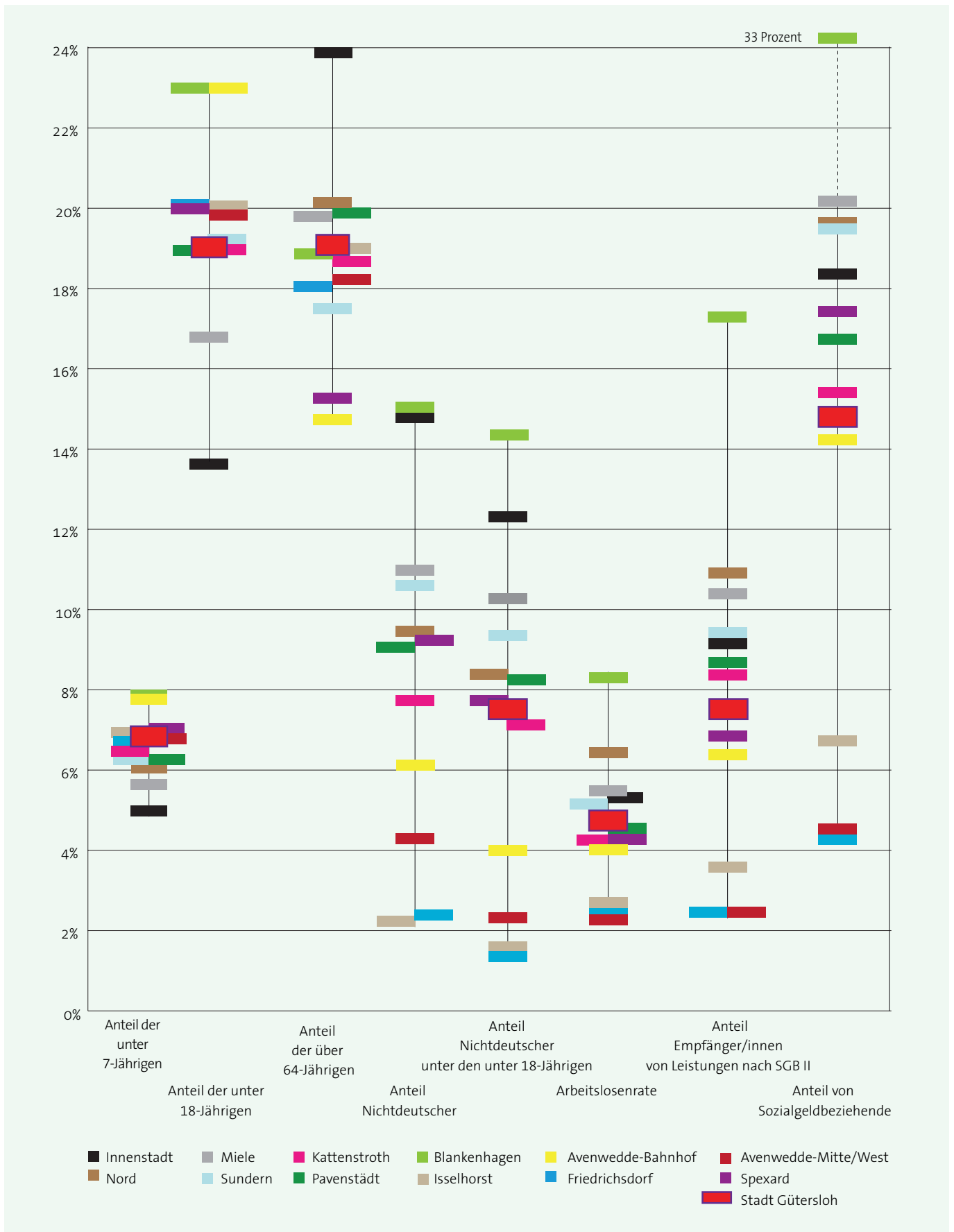
Die einzelnen Ergebnisse aus Kapitel 4.1.1 und 4.1.2 werden im folgenden Abschnitt noch einmal zusammengefasst und auf einen Blick dargestellt. Abbildung 4.10 weist für jeden Indikator (Anteil der unter 7-Jährigen, Anteil der unter 18-Jährigen etc.) den Wert für Gütersloh insgesamt (rote Markierung) und zusätzlich den entsprechenden Wert für die zwölf Sozialräume aus. Diese Darstellung ermöglicht es nicht nur, den Wert für die Stadt oder den Sozialraum abzulesen, sondern sie zeigt darüber hinaus die Varianz, also die „Spannweite“, zwischen den einzelnen Sozialräumen auf. Je weiter die Markierungen für die Sozialräume mit dem höchsten und dem niedrigsten Wert auseinander liegen, umso größer ist die Varianz bezüglich des Indikators und umso größer sind die innerstädtischen Unterschiede.

Die drei in der Abbildung links abgetragenen Indikatoren beschreiben die Altersstruktur in den Sozialräumen. Für den Anteil der unter 7-jährigen Kinder in Gütersloh sind nur geringe Unterschiede zwischen den einzelnen Sozialräumen zu verzeichnen. Mit Werten zwischen fünf Prozent im Sozialraum Innenstadt und acht Prozent in Blankenhagen variiert der Anteil nur gering um den Gütersloher Durchschnitt von 6,5 Prozent. Betrachtet man nicht nur Kinder, sondern zusätzlich auch Jugendliche im Alter von bis zu 18 Jahren, so wird die Varianz zwischen den einzelnen Sozialräumen größer. Die Werte weisen nun eine Bandbreite zwischen 14 Prozent (Innenstadt) und 23 Prozent (Blankenhagen und Avenwedde-Bahnhof) auf. Der Anteil der Bevölkerung im Rentenalter variiert (auf einem ähnlichen Niveau) fast ebenso stark. Während im Sozialraum Innenstadt knapp ein Viertel aller Einwohner über 64 Jahr alt sind, trifft dies in Avenwedde-Bahnhof für nur 15 Prozent zu. Stadtweit liegt der Durchschnitt sowohl bei dem Anteil der unter 18-Jährigen als auch beim Anteil der über 64-Jährigen etwa bei 19 Prozent. Die Sozialräume Sundern, Pavenstädt, Nord und Kattenstroth liegen mit ihren Anteilswerten bei allen drei Altersgruppen nahe dem stadtweiten Durchschnitt.

Der Anteil der Nichtdeutschen liegt in Gütersloh stadtweit bei etwa neun Prozent. Die Werte für die einzelnen Sozialräume streuen hier stärker als bei den Anteilen der Altersgruppen. Deutlich überdurchschnittlich ist der Anteil der Nichtdeutschen in den Sozialräumen Innenstadt (15,1 Prozent) und Blankenhagen (15,3 Prozent). Demgegenüber ist der Anteil von Einwohnern ohne deutschen Pass in Friedrichsdorf und Isselhorst mit etwa drei Prozent sehr viel kleiner. Die Nichtdeutschen unter 18 Jahren haben in ihrer Altergruppe im Schnitt einen etwas geringeren Anteil an der Bevölkerung als die Nichtdeutschen insgesamt, wobei die Anteilswerte zwischen den Sozialräumen ähnlich stark variieren wie die Anteile aller Nichtdeutschen.

Auch bei den Arbeitslosenraten in den verschiedenen Sozialräumen sind Unterschiede feststellbar. Während in Blankenhagen fast jede/r Zehnte im Alter von 15 bis unter 65 Jahren arbeitslos ist, gilt dies in Avenwedde-Mitte/West und Friedrichsdorf nur für etwa jeden 40. Beim Anteil der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und insbesondere beim Anteil der Sozialgeldbeziehenden unterscheiden sich die Sozialräumen sehr viel deutlicher voneinander. Mit Blick auf Gütersloh insgesamt liegt der Durchschnitt der Sozialgeldbeziehenden bei etwa 14 Prozent. In Blankenhagen erhält sogar jedes dritte Kind unter 15 Jahren Sozialgeld. In Avenwedde-Mitte/West und Friedrichsdorf trifft dies dagegen für nur 4,4 bzw. 4,5 Prozent der unter 15-jährigen Kinder zu. Bei den drei gerade betrachteten Indikatoren bleibt die Rangfolge der Sozialräume nach ihren jeweiligen Anteilswerten relativ konstant. Avenwedde-Mitte/West, Friedrichsdorf und Isselhorst weisen vergleichsweise niedrige Werte auf. Kattenstroth, Pavenstädt, Avenwedde-Bahnhof und Spexard befinden sich meist im Mittelfeld und die Sozialräume Nord, Miele, Sundern und Innenstadt weisen im Vergleich zu den anderen Sozialräumen vergleichsweise hohe Werte auf. Blankenhagen weist bei allen drei Indikatoren die mit Abstand höchsten Werte auf. Im folgenden Abschnitt schauen wir uns den Sozialraum Blankenhagen daher noch einmal gesondert an.

Abbildung 4.10: Die Sozialräume auf einen Blick



4.3 Exkurs: Segregation in Gütersloh – Besonderheit des Sozialraums Blankenhagen

Unter Segregation versteht man die Ungleichverteilung von Bevölkerungsgruppen in einem Gebiet und damit eine Konzentration von bestimmten Bevölkerungsgruppen in Teilgebieten. Segregation kann unterschiedliche Ursachen haben, kann freiwillig oder gezwungen entstehen und sowohl positive als auch negative Folgen für die Betroffenen haben. Welche Folgen in einem segregierten Teilgebiet überwiegen, hängt von der konkreten Situation vor Ort ab. Segregation kann anhand demografischer, ethnischer und sozialer Dimensionen unterschieden werden. Bezüglich aller im Vorfeld betrachteten Dimensionen kann festgestellt werden, dass der Sozialraum Blankenhagen ein hoch segregierter Stadtteil ist, hier also eine Konzentration bestimmter (sozial) benachteiligter Gruppen zu finden ist.

In Abbildung 4.11 werden die demografische, ethnische und soziale Dimension für Blankenhagen grafisch dargestellt. Hierzu wurden die Werte der einzelnen Indikatoren durch eine Standardisierung vergleichbar gemacht und dem Durchschnitt aller Sozialräume der Wert „0“ zugewiesen (vgl. zum Verfahren auch Kapitel 5.5). Ähnlich wie in Abbildung 4.10 wird die Varianz für die einzelnen Indikatoren abgebildet, wobei aber nur der Maximalwert (falls dieser nicht mit dem Wert für Blankenhagen identisch ist) und der Minimalwert aller Sozialräume sowie der Wert für Blankenhagen berücksichtigt werden. Bereits auf den ersten Blick kann man erkennen, dass Blankenhagen bei sämtlichen Indikatoren vom Durchschnitt aller Sozialräume deutlich nach oben abweicht. Abgesehen vom Altenquotienten stellt der Wert für Blankenhagen dabei in allen Fällen den stadtweiten Maximalwert dar.

Unter der demografischen Perspektive, die anhand der drei Indikatoren links in Abbildung 4.11 dargestellt wird, ist Blankenhagen ein Sozialraum mit einem weit überdurchschnittlichen Jugendquotienten und einem leicht überdurchschnittlichen Altenquotienten. In Blankenhagen leben im Vergleich der Gütersloher Sozialräume also besonders viele Kinder und zugleich überdurchschnittlich viele alte Menschen. Dadurch ergibt sich ein ebenfalls stark überdurchschnittlicher Unterstützungsquotient. Dies bedeutet, dass der Altersgruppe der 18- bis unter 65-Jährigen in Blankenhagen besonders viele (wirtschaftlich abhängige) Kinder und Jugendliche sowie Ältere und Hochbetagte gegenüberstehen.

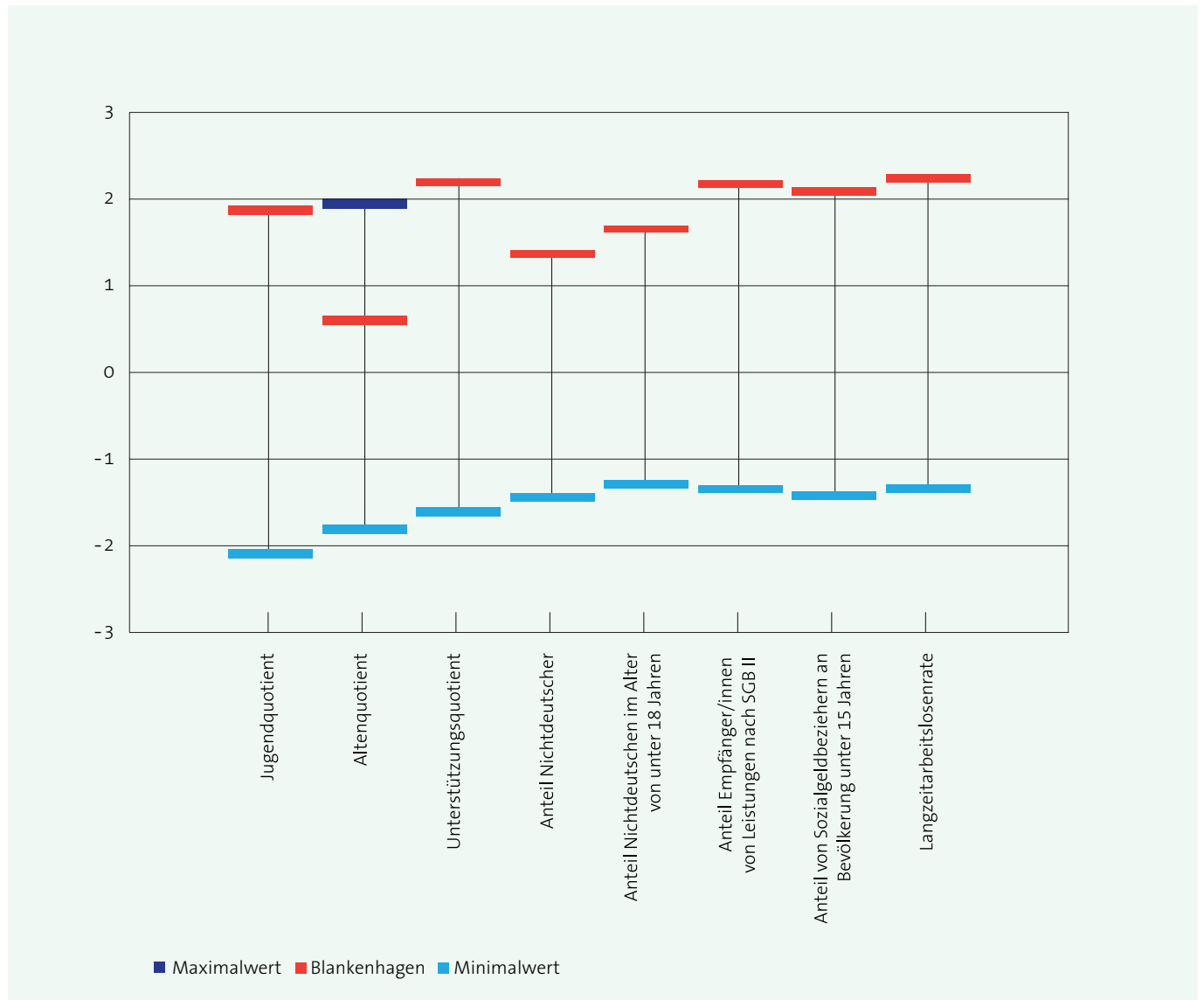
In der ethnischen Dimension, abgetragen im vierten und fünften Indikator, ist zu erkennen, dass in Blankenhagen überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche (15 Prozent)

nichtdeutsch sind. Der Anteil der Nichtdeutschen in allen Altersgruppen ist in Blankenhagen ebenfalls stark überdurchschnittlich (15,3 Prozent). In Blankenhagen leben etwa 3,5 Prozent aller Gütersloher Deutschen, aber 6,3 Prozent aller Nichtdeutschen.

In der sozialen Dimension, die anhand der drei Indikatoren rechts in Abbildung 4.11 dargestellt wird, zeigt sich, dass in Blankenhagen weit überdurchschnittlich viele Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, überdurchschnittlich viele Sozialgeldbeziehende unter 15 Jahren und überdurchschnittlich viele Langzeitarbeitslose leben. Hier lebt also ein großer Anteil von Menschen, die ihren Lebensunterhalt nur durch staatliche Hilfe bestreiten können und/oder schon lange keinen Zugang mehr zum Arbeitsmarkt gefunden haben.

In den drei betrachteten Dimensionen zeigen die Indikatoren eine sehr deutliche Konzentration von bestimmten Bevölkerungsgruppen in Blankenhagen. In diesem Sozialraum leben überdurchschnittlich viele Kinder, von denen ein überdurchschnittlich großer Teil keine deutsche Staatsbürgerschaft hat. Auch der Anteil der Nichtdeutschen insgesamt ist der höchste in Gütersloh. Schließlich leben im Sozialraum Blankenhagen überdurchschnittlich viele Menschen, die ihr Einkommen nicht selber bestreiten können und auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Wie bereits angemerkt, kann eine eindeutige Bewertung der Segregation aufgrund dieser Daten nicht vorgenommen werden. Segregation muss nicht nur negativ sein, sondern kann auch positive Effekte haben. Zum Beispiel ist es möglich, dass durch die Konzentration bestimmter Gruppen in Blankenhagen informelle Hilfsnetzwerke entstehen, die den Menschen bei Notlagen mehr Unterstützung bieten als dies in weniger segregierten Gebieten der Fall wäre (vgl. auch Kapitel 8.4.1). Auf der anderen Seite muss auch in Betracht gezogen werden, dass die Kinder und Jugendlichen in Blankenhagen in einer anderen Normalität aufwachsen, in der es „normal“ ist, dass fast 18 Prozent der Erwachsenen ihren Lebensunterhalt vom Staat beziehen.

Abbildung 4.11: Standardisierte Indikatoren für Segregation in Blankenhagen



Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

5 Die wirtschaftliche Lage von Familien in Gütersloh

Eine wesentliche Komponente der Lebenslage von Familien stellt ihre aktuelle Einkommens- und Ausgabensituation dar. Die Befragung der Familien in Gütersloh ermöglicht zu diesem Themenbereich sehr detaillierte Ergebnisse, die mit Daten der Verwaltungsstatistik nicht beantwortet werden können: Wie hoch ist das Einkommen der Gütersloher Familien mit Kindern? Gibt es Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Sozialräumen? Welchen Einfluss haben die Familienform oder das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes auf die wirtschaftliche Lage von Familien? Im Folgenden sollen mit den Ergebnissen der Familienbefragung diese Fragen näher betrachtet werden.¹¹ Die Ergebnisse zeigen, dass bezüglich der Einkommenssituation erhebliche Unterschiede zwischen den Familien festzustellen sind (vgl. Kapitel 5.1) und sich dies in der Ausgabenstruktur der Familien und in der subjektiven Bewertung ihrer finanziellen Situation (vgl. Kapitel 5.4) niederschlägt. Darüber hinaus zeigt sich, dass – gemessen am Einkommensniveau der Haushalte und Familien in Nordrhein-Westfalen insgesamt – anteilig weniger Familien in Gütersloh in armen Einkommensverhältnissen leben (vgl. Kapitel 5.2). Dennoch gibt es auch in Gütersloh arme Familien, deren Lebenslage durch spezifische Probleme und Einschränkungen im Alltag gekennzeichnet ist (vgl. Kapitel 5.3 und 5.4). Es sind aber nicht nur Familien, die als arm gelten, deren Lebenslage sich deutlich von den nicht armen Familien unterscheidet. Darüber hinaus gibt es eine Gruppe „armutsnaher“ Familien, die sich, was charakteristische Aspekte der Lebenslage betrifft, kaum oder nur wenig von den armen Familien unterscheiden (vgl. Kapitel 5.5).

5.1 Einkommenssituation Gütersloher Familien

Das Haushaltseinkommen ist eine wichtige – vielleicht die wichtigste – Ressource der Lebensführung von Familien und Mangel an Einkommen bzw. Einkommensarmut ist einer der wichtigsten Risikofaktoren für soziale Benachteiligungen und soziale Ausgrenzung von Familien. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der Gütersloher Familien beträgt 2.780 Euro im Monat (vgl. Abbildung 5.1). Lediglich vier Prozent der Familien müssen mit weniger als 1.000 Euro Haushaltseinkommen auskommen. Etwas mehr als ein Fünftel der Familien verfügt über ein Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.000 Euro und 2.000 Euro, weitere 41 Prozent über ein mittleres Einkommen von 2.000 bis 3.000 Euro. Über ein schon recht komfortables Einkommen von mehr als 3.000 Euro monatlich kann ein Drittel der Gütersloher Familien verfügen. Diese allgemeine Einkommensverteilung lässt keine besondere Einkommensstruktur der Gütersloher Familien im Vergleich mit anderen Kommunen der Projektfamilie erkennen. Insbesondere die höheren Besetzungen der mittleren Einkommen finden sich so auch in anderen größeren Städten. Trotzdem liegt das Durchschnittseinkom-

men der Gütersloher Familien über dem der meisten anderen Projektkommunen.

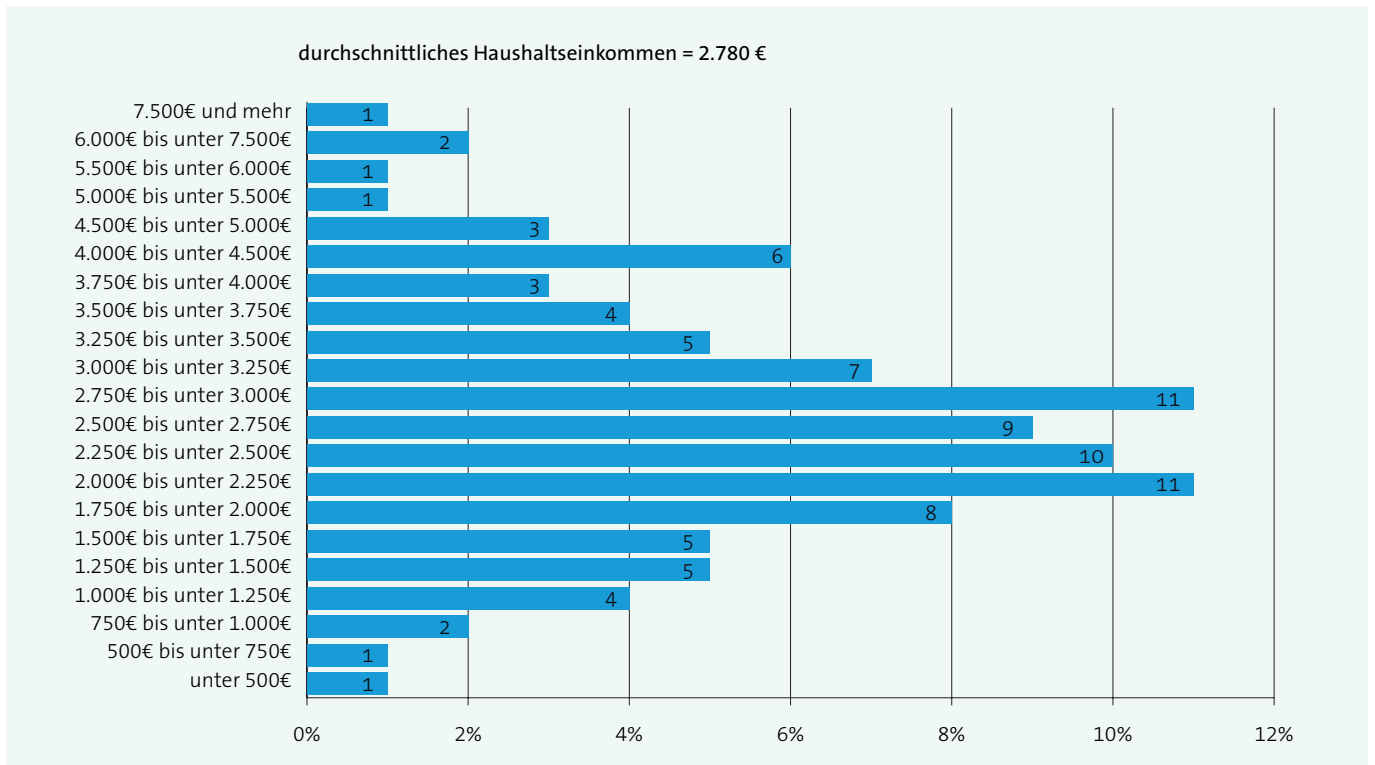
Von diesen Haushaltsnettoeinkommen müssen aber ganz unterschiedlich große Familien leben. Auch die Bedarfe der Kinder in diesen Familien gestalten sich je nach Altersgruppe sehr unterschiedlich. Zudem lassen sich in größeren Familien und Haushalten durch das gemeinsame Zusammenleben Einsparungen erzielen. Daher sagen die bisher berichteten Zahlen noch nicht wirklich etwas über die faktische Einkommenssituation bzw. über Armut und Reichtum der Familien aus. Die Haushaltsnettoeinkommen müssen vielmehr auf die Zahl der Haushaltsmitglieder bezogen werden. Zusätzlich wird eine Bedarfsgewichtung der Einkommen nach der alten OECD-Skala vorgenommen, wie sie auch in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgt (vgl. LDS 2007: 19ff.). Mit dieser sogenannten Äquivalenzgewichtung wird eine Gewichtung am faktischen Bedarf vorgenommen, denn ein Vier-Personen-Haushalt wird (in Abhängigkeit nicht nur von der Zahl, sondern auch vom Alter der Familienmitglieder) nicht eine viermal so große Wohnung wie ein Ein-Personen-Haushalt bewohnen, er wird nicht viermal so viel Einkommen für Nebenkosten und Lebensmittel ausgeben usw.¹²

Nur auf Basis dieser Zahlen ist sowohl ein Vergleich der Einkommenssituation zwischen verschiedenen Familienformen als auch zwischen den Sozialräumen oder mit anderen Städten möglich. In Abbildung 5.2 wurde die Verteilung der monatlichen Äquivalenzeinkommen für die Gütersloher Familien dargestellt. Durch die Äquivalenzgewichtung verschiebt sich die Einkommensverteilung der Familien in Gütersloh etwas nach unten. Etwa ein Drittel der Familien wird nach der Bedarfsgewichtung der Einkommensgruppe mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von 750 bis unter 1.000 Euro zugeordnet. Die jeweils benachbarten Einkommensgruppen nach unten und nach oben sind ebenfalls noch einmal mit 19 Prozent bzw. 17 Prozent der Familien etwas stärker besetzt. Mit einem sehr niedrigen Äquivalenzeinkommen unter 500 Euro leben sieben Prozent der Familien in Gütersloh. Insgesamt haben etwa ein Viertel der Familien in Gütersloh ein Äquivalenzeinkommen von unter 750 Euro. Das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen von Familien mit Kindern erreichte im Jahr 2007 in Gütersloh eine Höhe von 1.025 Euro.

11 Zu den Ergebnissen der Familienbefragung sind ergänzend zu den im Familienbericht dokumentierten Analysen weitere detaillierte Auswertungen in einem dokumentierten Tabellenband für die Stadt Gütersloh zusammengefasst worden. An einigen Stellen im Familienbericht wird auf diese weiterführenden Auswertungen verwiesen.

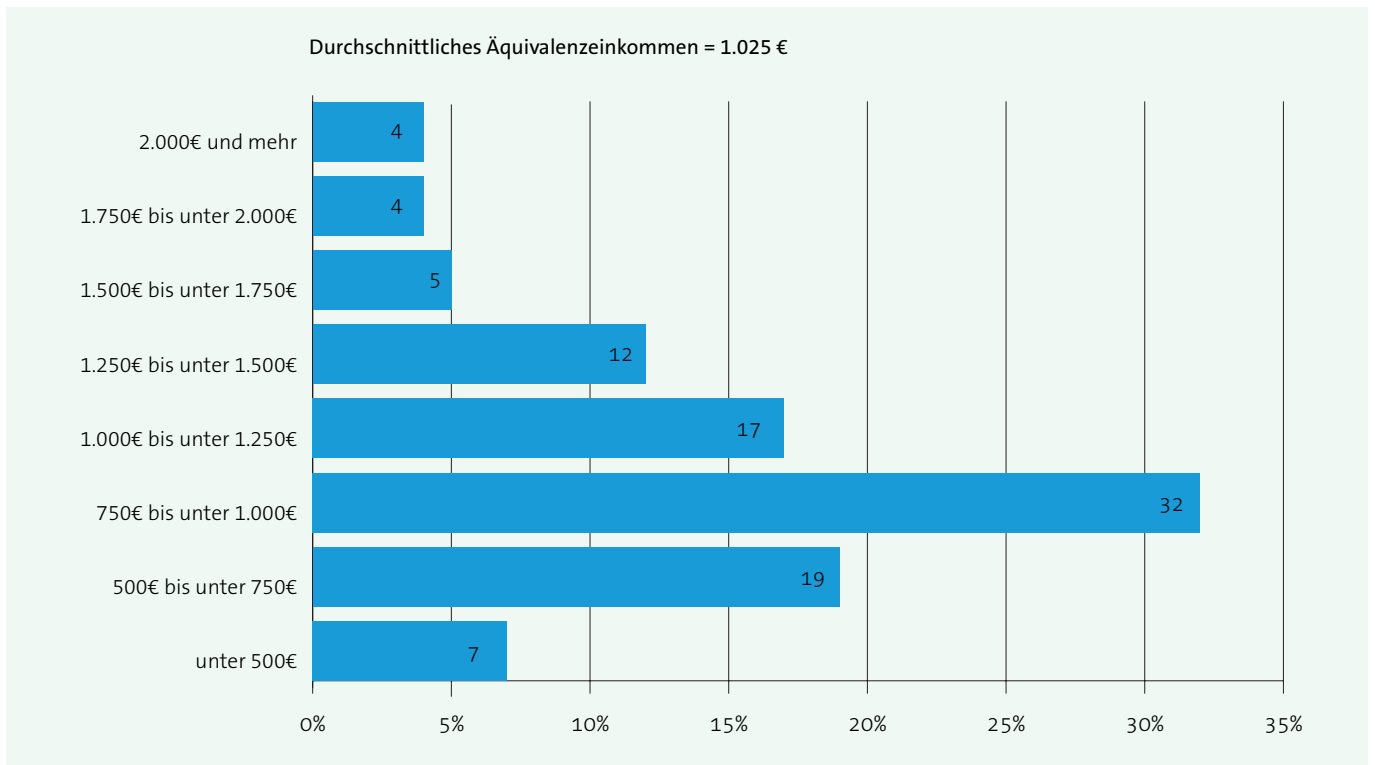
12 Die genaue Vorgehensweise zur Äquivalenzgewichtung der Einkommen wird in Kapitel 2 erklärt.

Abbildung 5.1: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von Familien in Gütersloh 2007



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Abbildung 5.2: Monatliches Äquivalenzeinkommen von Familien in Gütersloh 2007



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

5.2 Einkommensarmut und Hintergründe der Armut von Familien

Der Sozialbericht des Landes NRW weist für 2005 die Armutsschwelle in Nordrhein-Westfalen mit 50 Prozent des bedarfsgewichteten Nettoeinkommens (auch Äquivalenzeinkommen¹³) bei 615 Euro aus (vgl. MAGS 2007: 19). Die 60-Prozent-Schwelle, die von manchen als Armutsschwelle, von anderen als „armutsnah“ bzw. „armutsgefährdet“ bezeichnet wird, liegt (gerundet) bei 750 Euro.

Wir definieren die Armutsgrenze in diesem Bericht bei einem Äquivalenzeinkommen von 615 Euro netto im Monat. Einkünfte zwischen 615 und 750 Euro (Äquivalenzeinkommen) bezeichnen wir als „armutsnahe“ wirtschaftliche Verhältnisse (vgl. dazu auch Kapitel 2).

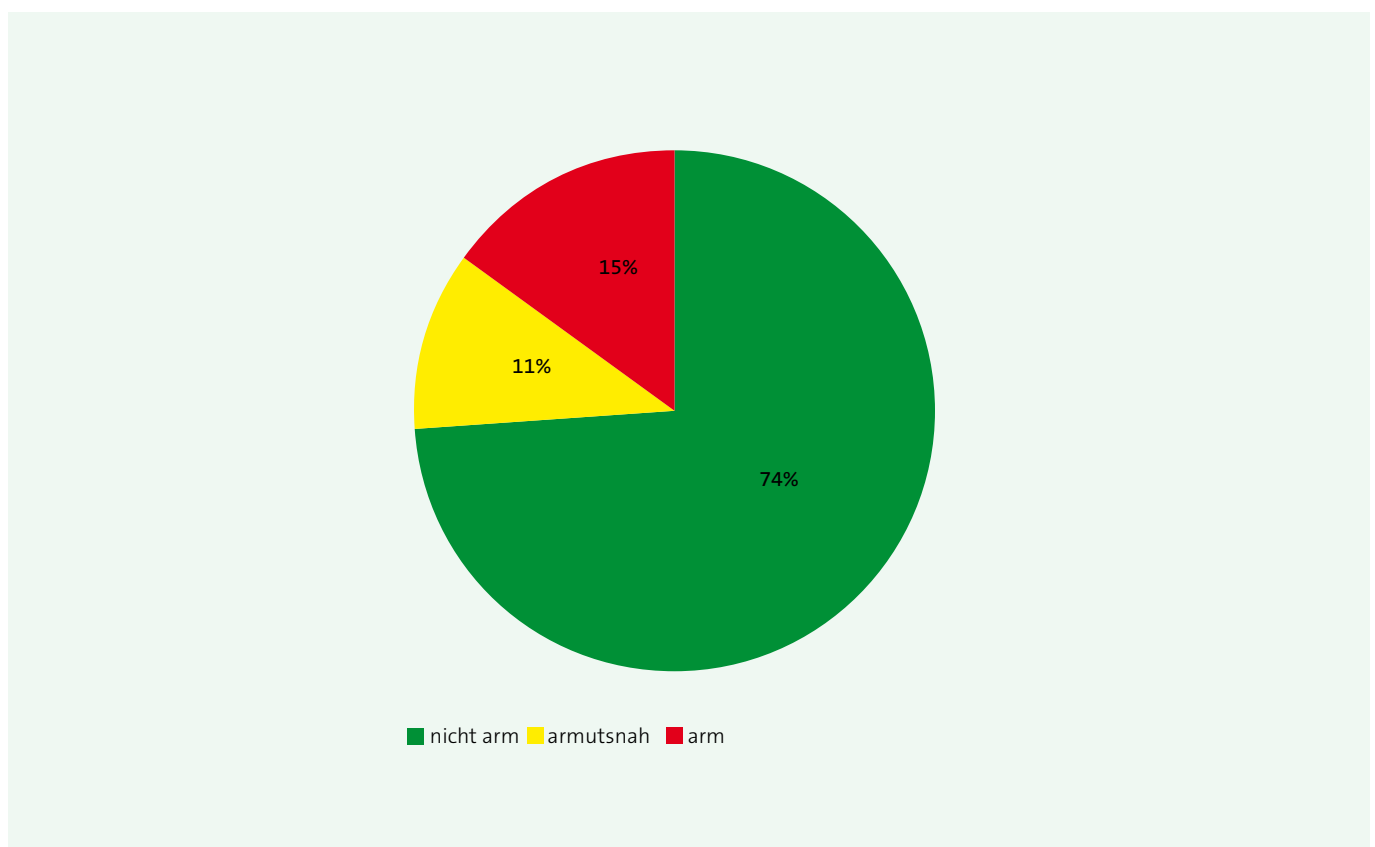
Diese Schwellenwerte beziehen sich auf die Haushaltseinkommen aller Haushalte in Nordrhein-Westfalen, also auch auf Haushalte ohne Kinder. Damit ist die gesamte Einkommensverteilung der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen Maßstab für die hier dargestellten Analysen der Einkommensarmut von Familien

in Gütersloh. Die Ergebnisse sind deshalb nicht nur zwischen verschiedenen Familienformen und Sozialräumen innerhalb der Stadt Gütersloh vergleichbar, sondern auch mit den Ergebnissen der Landessozialberichterstattung und den Familienberichten der Projektfamilie ab dem Jahr 2007.

Berücksichtigt man also die Zusammensetzung und Größe der Gütersloher Familien, zeigt sich eine im Vergleich mit anderen Kommunen vergleichsweise gute Einkommenssituation (vgl. Abbildung 5.3): Drei Viertel der Familien leben in Einkommensverhältnissen, die als nicht arm eingestuft werden können. Von den 26 Prozent armen und armutsgefährdeten bzw. armutsnahen Familien in Gütersloh sind aber der etwas größere Teil von 15 Prozent arm nach dem strengeren Kriterium der 50-Prozent-Schwelle. In vielen Städten der Projektfamilie, insbesondere im Ruhrgebiet, erreichen die Armutsquoten von Familien mit Kindern deutlich höhere Anteilswerte.

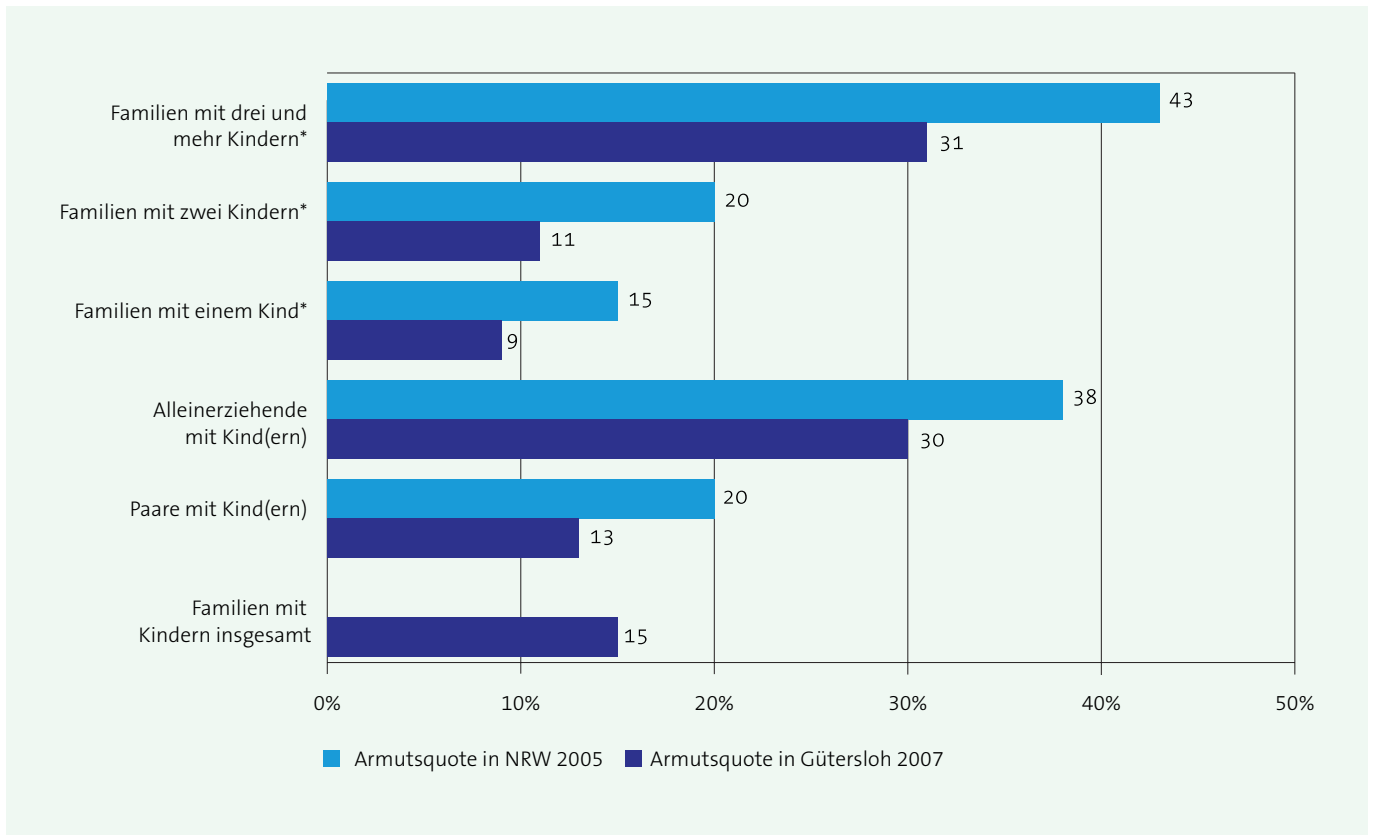
¹³ Die Äquivalenzgewichtung erfolgt nach der so genannten alten OECD-Skala (vgl. Kapitel 2).

Abbildung 5.3: Arme, armutsnahe und nicht arme Familien in Gütersloh



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Abbildung 5.4: Armutsrisiko nach Familienform in Nordrhein-Westfalen und in Gütersloh



* Familien mit jüngstem Kind unter 18 Jahren
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 und Daten des Mikrozensus 2005 (LDS 2007: 125)

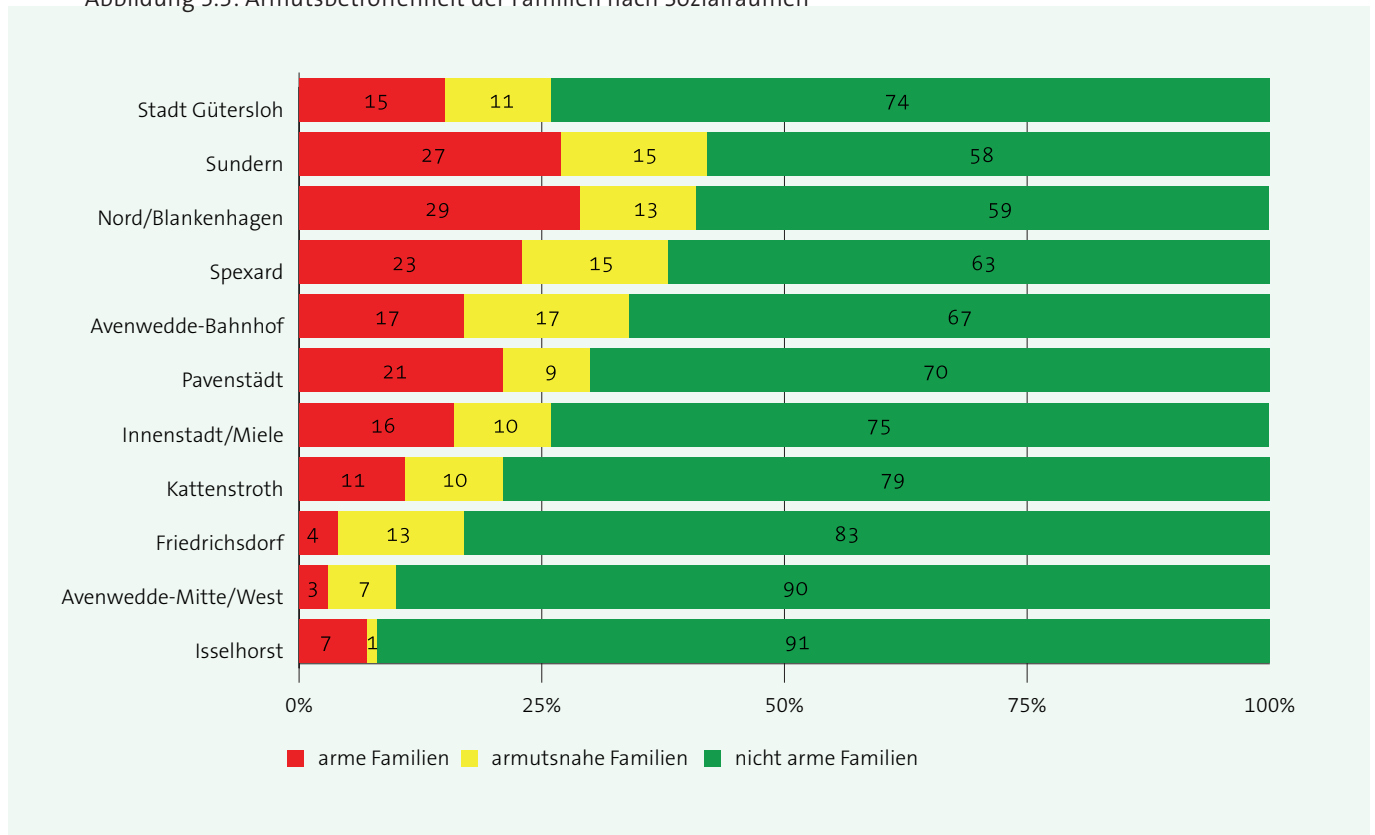
Dieses Armutsrisiko der Familien in Gütersloh soll im Folgenden mit den Ergebnissen der Landesozialberichterstattung verglichen werden, um etwas genauer einschätzen zu können, ob die Gütersloher Familien schlechter gestellt sind als Familien im Landesdurchschnitt. Darüber hinaus interessiert uns das Armutsrisiko verschiedener Familienformen im Vergleich mit dem Landesdurchschnitt.

desdurchschnittes Nordrhein-Westfalens, so zeigt sich aber, dass alle hier betrachteten Familienformen in Gütersloh einem (zum Teil deutlich) niedrigeren Armutsrisiko ausgesetzt sind als im Landesdurchschnitt. Sogar für Familienformen mit vergleichsweise hohen Armutsrisiken, wie Alleinerziehende oder kinderreiche Familien, sind in Gütersloh im Vergleich zum Landesdurchschnitt niedrigere Armutsquoten zu beobachten.

Die Abbildung 5.4 verdeutlicht, dass die Unterschiede zwischen der Armutsbetroffenheit der verschiedenen Familienformen in Gütersloh ähnlich strukturiert sind wie unter Familien in Nordrhein-Westfalen insgesamt: Das geringste Armutsrisiko tragen Familien mit nur einem Kind, ein deutlich höheres Armutsrisiko ist für Alleinerziehende mit Kind(ern) festzustellen. Zudem sind Familien mit drei und mehr Kindern überproportional von Armut betroffen. Diese gravierenden Unterschiede in der Armutsbetroffenheit von Paarfamilien, Alleinerziehenden und Kinderreichen lassen sich auch für Paarhaushalte, Alleinerziehende und Kinderreiche in Nordrhein-Westfalen insgesamt erkennen. Vergleicht man die Zahlen für Gütersloh mit den Armutsquoten¹⁴ des Lan-

14 Im Landesozialbericht werden diese Quoten in Anlehnung an die Bundes- und europäische Armutsberichterstattung als Armutsrisikoquoten bezeichnet.

Abbildung 5.5: Armutsbetroffenheit der Familien nach Sozialräumen



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Die Einkommensverhältnisse der Gütersloher Familien unterscheiden sich in den einzelnen Sozialräumen recht deutlich (vgl. Abbildung 5.5). Die meisten armen und armutsnahen Familien finden wir in Sundern und Nord/Blankenhagen. Hier müssen jeweils etwa zwei Fünftel der Familien mit einem Äquivalenzeinkommen von unter 750 Euro netto im Monat haushalten. Im Sozialraum Nord/Blankenhagen ist unter diesen Familien der Anteil der armen Familien mit 29 Prozent am höchsten im Vergleich mit allen Sozialräumen. Auch in Spexard, Avenwedde-Bahnhof und Pavenstädt liegt der Anteil der armen und armutsnahen Familien mit 38, 34 bzw. 30 Prozent noch (deutlich) über dem stadtweiten Durchschnittswert von 26 Prozent. In allen anderen Sozialräumen leben jeweils mehr als drei Viertel der Familien mit einem Äquivalenzeinkommen über 750 Euro. Besonders wenige arme bzw. armutsgefährdete Familien wohnen in Isselhorst und Avenwedde-Mitte/West. In diesen beiden Sozialräumen ist nur etwa jede zehnte Familie von Einkommensarmut betroffen.

Neben der Familienform beeinflussen besonders der Bildungsstatus der Eltern¹⁵ sowie der Migrationshintergrund des Haushalts das Äquivalenzeinkommen der Familien erheblich (vgl.

Tabelle 5.1): 57 Prozent der Familien mit niedriger Bildungsqualifikation und 50 Prozent der Familien mit Migrationshintergrund müssen mit weniger als 750 Euro Äquivalenzeinkommen auskommen. Unter Familien ohne Migrationshintergrund erreicht dieser Anteil lediglich 15 Prozent der Familien. Wenn mindestens ein Elternteil über einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss verfügt (höchste Qualifikation), sind besonders häufig hohe Einkommen der Familien und nur noch selten Einkommensarmut zu verzeichnen. Etwa einem Drittel der Familien mit höchster Qualifikation steht ein Äquivalenzeinkommen von 1.500 Euro und mehr zur Verfügung. Über ein solch hohes Äquivalenzeinkommen verfügen insgesamt nur 13 Prozent der Gütersloher Familien. Weitere Strukturmerkmale der Familien, die Auswirkungen auf das Haushaltseinkommen haben, sind die Anzahl und das Alter der Kinder (vgl. Tabelle 9 im kommentierten Tabellenband: 27).

15 Die Definition der Bildungsniveaus ist in Kapitel 2 nachzulesen.

Tabelle 5.1: Äquivalenzeinkommen der Familien nach Strukturmerkmalen

	unter 750 €	750 € bis unter 1.000 €	1.000 € bis unter 1.250 €	1.250 € und mehr	1.500 € und mehr
	Angaben in Prozent				
Familienhaushalte					
ohne Migrationshintergrund	15	33	20	15	17
mit Migrationshintergrund	50	29	11	5	5
Familienhaushalte mit					
niedriger Qualifikation	57	30	10	3	1
mittlerer Qualifikation	26	39	19	12	4
höherer Qualifikation	19	35	21	15	9
höchster Qualifikation	8	24	18	16	34
Familienhaushalte insgesamt	26	32	17	12	13

Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Niedrigeinkommen und Einkommensarmut wirken sich besonders auf die Lebensbedingungen der Kinder in den Familien aus (vgl. auch Kapitel 9.4). So zeigt sich beispielsweise auch eine hohe Einkommensabhängigkeit der Bildungsbeteiligung der Kinder. Je höher das Einkommen der Eltern ist, umso größer ist der Anteil der Kinder, die das Gymnasium besuchen (vgl. hierzu Abbildung 20 im Kommentierten Tabellenband: 88).

5.3 Einkommenszusammensetzung und „Working poor“-Familien in Gütersloh

Betrachtet man die Einkommenszusammensetzung der Familien in Gütersloh in Abhängigkeit von der Armutsbetroffenheit der Familien, lassen sich einige deutliche Unterschiede bezüglich der Einkommensquellen erkennen (vgl. Tabelle 5.2).¹⁶ In nicht armen Familien geben 96 Prozent der Familien an, Arbeitseinkommen aus einer hauptberuflichen Tätigkeit zu beziehen, ein Fünftel der Familien hat zusätzlich Einkommen aus einer nebenberuflichen Tätigkeit zur Verfügung und neun Prozent der nicht armen Familien beziehen Einkommen aus Vermögen. Neben den Kindergeldzahlungen sind für nicht arme Familien sozialstaatliche Transferzahlungen nur ausgesprochen selten Einkommensbestandteil.

In armen Familien liegt der Anteil mit hauptberuflichen Arbeitseinkommen lediglich bei 54 Prozent der Familien und Neben-

einkünfte bessern lediglich für neun Prozent der Familien das Haushaltsbudget auf. Neben dem Kindergeld ist für arme Haushalte besonders das Arbeitslosengeld II, einschließlich des Sozialgeldes für nicht erwerbsfähige Familienmitglieder – in der Regel die Kinder – eine weitere wesentliche Einkommensquelle. 39 Prozent der armen Familien in Gütersloh sind auf diese sozialstaatlichen Transferzahlungen angewiesen. 20 Prozent der armen Familien erhalten zudem Erziehungs- oder Elterngeld und 19 Prozent Wohngeld oder andere Zuschüsse zur monatlichen Miete. Außerdem werden für 36 Prozent der armen Familien die Wohnkosten durch das Sozialamt oder die ARGE übernommen. Andere sozialstaatliche Transferzahlungen sind deutlich seltener Einkommensbestandteil. Etwa jede achte Familie bezieht zudem Einkommen aus privaten Unterhaltszahlungen.

In armutsnahen Familien ist der Anteil von Familien mit Arbeitseinkommen aus hauptberuflicher Tätigkeit schon deutlich höher als in armen Familien, und auch nebenberufliche Einkünfte spielen bei einem größeren Anteil der Familien eine Rolle. Zudem ist der Anteil der Familien mit Transferzahlungen nach dem SGB II (ALG II, Sozialgeld) mit zwölf Prozent deutlich geringer als unter

¹⁶ Die Tabelle enthält nur Angaben dazu, ob Einkommen der jeweiligen Art bezogen wird, nicht in welchem Umfang dieses Einkommen zum Gesamteinkommen beiträgt.

armen Familien. Dennoch sind auch diese Familien zum Teil auf weitere sozialstaatliche Transfers angewiesen. So erhalten 16 Prozent der armutsnahen Familien Erziehungs- oder Elterngeld und zwölf Prozent Wohngeld oder andere Zuschüsse zur monatlichen Miete.

Fehlende Erwerbseinkommen sind demnach einer der hauptsächlichsten Gründe für die prekäre Lebenssituation von armen und armutsnahen Familien, weshalb Armut in der öffentlichen Diskussion häufig mit Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit in Beziehung gebracht wird. Betrachten wir nur Gütersloher Familien mit mindestens einem erwerbstätigen Elternteil, so sind dennoch etwa 18 Prozent der Familien in dieser prekären Einkommenssituation. Wir bezeichnen solche Familien, die trotz Erwerbstätigkeit mindestens eines Erwachsenen in armen oder armutsnahen Verhältnissen leben, als die „arbeitenden Armen“ oder „working poor“.

Der Anteil der „arbeitenden Armen“ fällt in den Sozialräumen Nord/Blankenhagen (28 Prozent), Spexard (27 Prozent), Sundern (26 Prozent) und Avenwedde-Bahnhof (25 Prozent) am

höchsten aus. Hier handelt es sich durchweg um die Sozialräume mit den höchsten Armutsquoten unter den in diesen Sozialräumen ansässigen Familien. In allen anderen Sozialräumen erreicht der Anteil der „working poor“ durchschnittliche bzw. unterdurchschnittliche Werte. Ausgesprochen niedrig ist der Anteil der „working poor“ mit nur vier Prozent in Isselhorst (vgl. Abbildung 5.6).

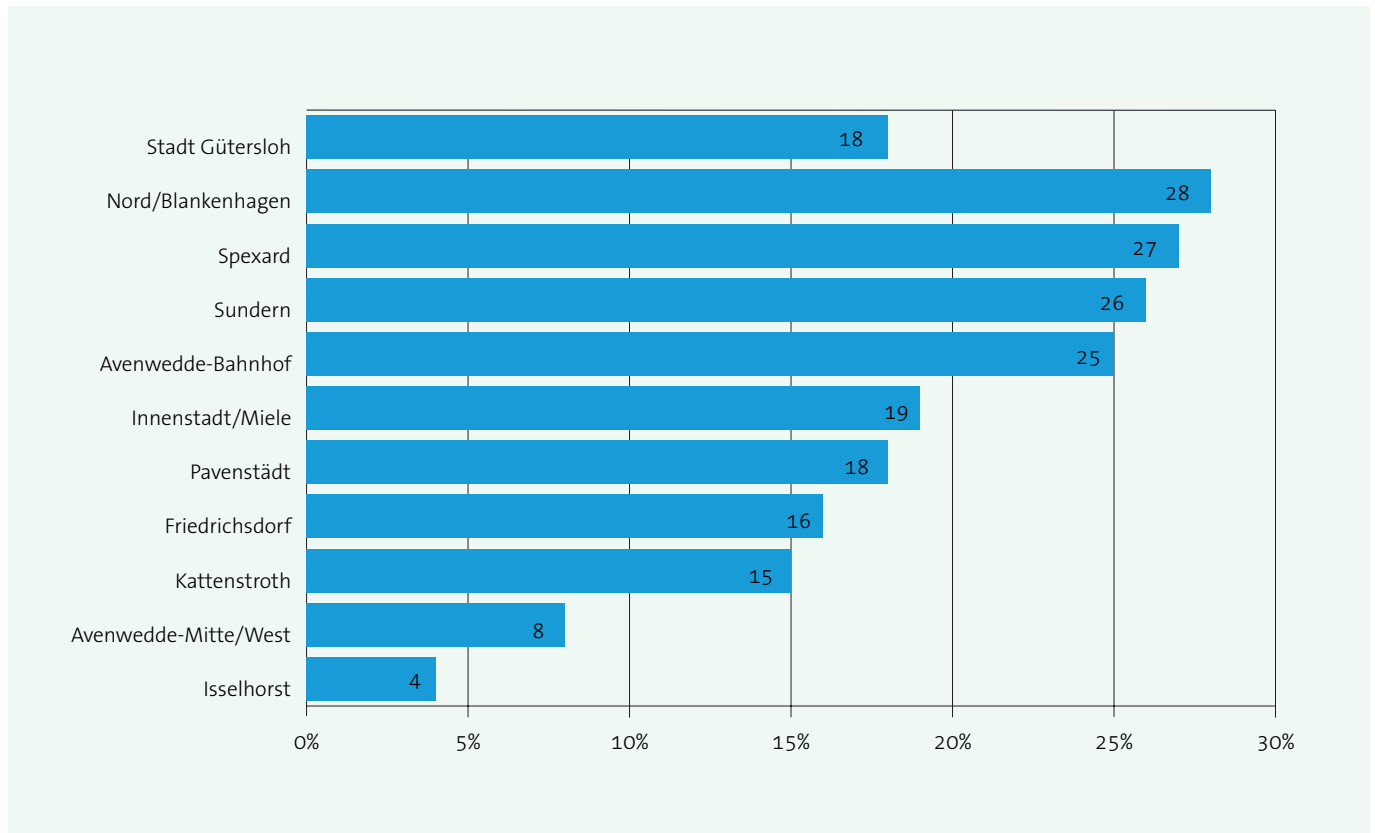
Bei einer Betrachtung der „working poor“ nach Familientypen zeigt sich eine besondere Gefährdung von erwerbstätigen Alleinerziehenden und von Paarfamilien mit nur einem Einkommen, in der Regel dem des Vaters (vgl. Abbildung 5.7). Jeweils deutlich mehr als ein Viertel der Alleinerziehenden und der Paare mit einem Erwerbstätigen ist als „working-poor“ Familie einzuordnen. Mit Blick auf die Alleinerziehenden lässt sich hier ablesen, dass die Zahlungen des Familienleistungsausgleiches und private Unterhaltszahlungen offenbar nicht verhindern, dass diese Familien in armen oder armutsnahen Einkommensverhältnissen leben, wenn das Einkommen des Ernährers oder der Ernährerin nicht ausreicht.

Tabelle 5.2: Einkommenszusammensetzung in armen, armutsnahen und nicht armen Familien

	arme Familien	armutsnahe Familien	nicht arme Familien
Angaben in Prozent			
Arbeitseinkommen aus hauptberuflicher Tätigkeit der Haushaltsmitglieder	54	89	98
Kindergeld	94	99	97
Arbeitseinkommen aus nebenberuflicher Tätigkeit der Haushaltsmitglieder	9	22	21
Unterhaltszahlungen (für Ledige, Geschiedene, Kinder)	12	12	10
Einkommen aus Vermögen (Pacht, Zinsen)	4	5	9
Erziehungsgeld/ Elterngeld	20	16	6
Sonstiges (z.B. Rente, Pflegegeld, BAföG)	6	7	5
Zuwendungen von Verwandten	4	4	3
Arbeitslosengeld I	4	1	1
Kinderzuschlag	4	1	1
Arbeitslosengeld II, einschließlich Sozialgeld	39	12	1
Wohngeld oder andere Zuschüsse zur monatlichen Miete	19	12	1
Unterhaltsvorschuss	8	3	1
Sozialhilfe	5	1	0

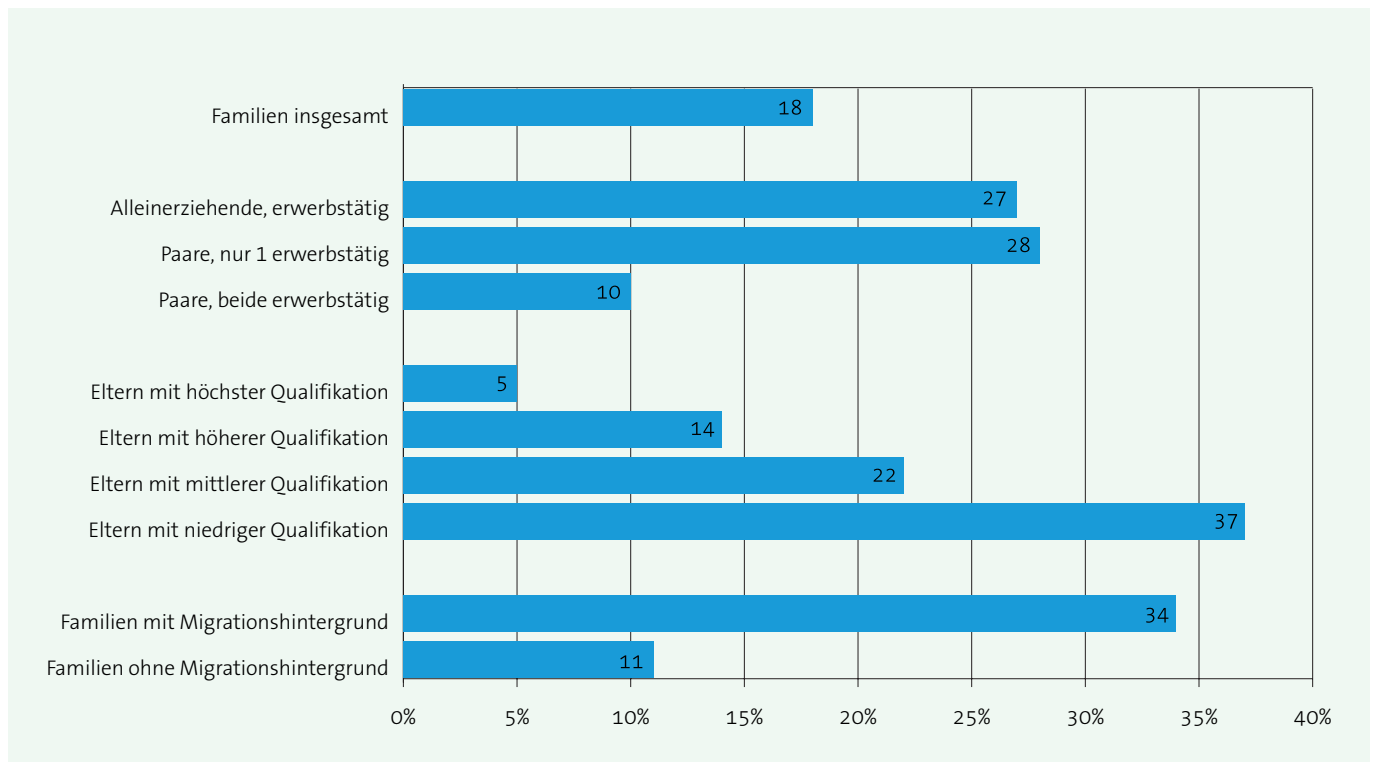
Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Abbildung 5.6: „Working poor“ in Gütersloh nach Sozialräumen



Nur Familien mit mindestens einem erwerbstätigen Elternteil.
Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Abbildung 5.7: „Working poor“ nach Lebensformen



Nur Familien mit mindestens einem erwerbstätigen Elternteil.
Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Die Gruppe der Paarfamilien, in denen mindestens ein Erwachsener Arbeit hat, ist die größte Gruppe unter den Familien in Gütersloh (vgl. Kapitel 7). Ein vergleichbarer Anteil der „working poor“ unter den Alleinerziehenden und Paarfamilien mit nur einem Erwerbstätigen bedeutet also ein vergleichbares Risiko in einer solchen Situation zu leben. Aufgrund der Gruppengröße sind aber deutlich mehr so genannte „Ernährerfamilien“ von einer schwierigen Einkommenssituation trotz Erwerbstätigkeit betroffen. Das ist die von der bundesdeutschen Familienpolitik lange Zeit faktisch unterstützte Normalfamilienform. Aber auch unter den Paarfamilien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, finden sich noch zehn Prozent der „working poor“, was für besonders prekäre Erwerbseinkommen dieser Gruppe spricht.

Ausschlaggebend für die Armutslagen der „working poor“ sind vor allem qualifikationsbedingt niedrige Erwerbseinkommen. So ist unter den Eltern mit niedriger Qualifikation der Anteil der arbeitenden Armen mit 37 Prozent am höchsten, unter den Eltern mit höchster Qualifikation sind demgegenüber gerade einmal fünf Prozent der Familien dieser Gruppe zuzuordnen. Niedrige Erwerbseinkommen sind zudem anteilig besonders häufig für Familien mit Migrationshintergrund nachweisbar. Ein gutes Drittel der (erwerbstätigen) Eltern mit Migrationshintergrund in Gütersloh

erreicht trotz Erwerbstätigkeit lediglich ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze von 750 Euro Äquivalenzeinkommen. Die Armutsdiskussionen sollten insofern auch die besonderen Armutsriskien von Familien berücksichtigen, in denen mindestens ein Erwachsener Arbeit hat.

5.4 Reicht das Geld zum Leben?

In unserer Befragung wurden die Familien in Gütersloh darum gebeten, ihre durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für verschiedene Bereiche des täglichen Lebens (beispielsweise für Mietkosten oder Lebensmittel) anzugeben. Die Analyse dieser Angaben zeigt, dass durchschnittlich 27 Prozent der Ausgaben der Gütersloher Familien, die in Mietwohnungen leben, für Mietkosten aufgewendet werden müssen. Je weniger Geld die Familien zur Verfügung haben, desto höher wird der Anteil der Miete für die Wohnung am Haushaltseinkommen (vgl. auch Kapitel 8). So beträgt der Anteil der Mietkosten in armen Familien – 56 Prozent dieser Familien wohnen zur Miete – bereits 41 Prozent.

Ein weiterer hoher Ausgabeposten sind Lebensmittel und sonstiger täglicher Bedarf: Hierfür werden in Gütersloher Familien im Durchschnitt über 540 Euro bzw. etwas mehr als ein Fünftel des

Tabelle 5.3: Ausgaben der Familien

	durchschnittliche monatliche Ausgaben je Familie in Euro		durchschnittlicher Anteil am Haushaltseinkommen in Prozent	
	Familien insg.	arme Familien	Familien insg.	arme Familien
Miete für Wohnung/ Haus*	519	476	27	41
Nebenkosten (inkl. Heizung, Strom)	231	181	9	15
Lebensmittel/ alltäglicher Bedarf	543	431	22	35
Kleidung	152	117	6	9
Freizeit/ Bildung/ Kultur	100	42	4	3
Öffentliche Verkehrsmittel	11	16	1	1
Auto (ohne Versicherung)	147	87	6	7
Versicherung/ private Vorsorge	225	79	8	6
Dienstleistung durch Dritte	18	3	0	0
Telefon/ Handy/ Internet	71	64	3	5
Kinderbetreuung	55	18	2	1
Sparen**	312	132	9	11

* von 27 Prozent aller Familien und 56 Prozent der armen Familien, die zur Miete wohnen

** von 64 Prozent aller Familien und 33 Prozent der armen Familien, die angeben, Geld zu sparen.

Anmerkungen: Die durchschnittlichen Anteile am Haushaltseinkommen der Familie ergeben nicht 100 Prozent, da kein Gesamtbudget erstellt wird.

Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Haushaltseinkommens ausgegeben. Weitere bedeutsame Ausgabeposten mit mehr als 100 Euro monatlich sind Nebenkosten für die Wohnung oder das Haus, Versicherungen/private Vorsorge, die Kleidung sowie Kosten für das Auto. Für alle anderen Ausgabepositionen werden monatlich weniger als durchschnittlich 100 Euro ausgegeben. 64 Prozent der Gütersloher Familien insgesamt geben an, dass sie monatlich einen bestimmten Betrag sparen. Dieser Betrag beläuft sich im Durchschnitt auf monatlich 312 Euro bzw. elf Prozent des Haushaltseinkommens der spendenden Familien. Das ist im Vergleich der Projektkommunen ein recht hoher Betrag, der für Rücklagen verschiedenster Art verwendet wird.

Sieht man sich die Unterschiede der Ausgabenstruktur zwischen armen und den Familien insgesamt etwas genauer an, wird deutlich, dass die armen Familien – mit Ausnahme der Aufwendungen für öffentliche Verkehrsmittel – absolut gesehen deutlich weniger ausgeben (können) als die Familien insgesamt. Betrachtet man die relativen Beträge der Ausgabenpositionen bezogen auf das

Haushaltsbudget wird aber ein deutlich höherer Anteil des Einkommens für absolut notwendige Dinge des Familienalltags (wie Mietzahlungen, Lebensmittel und Nebenkosten) aufgewendet.

Gespart wird in armen Familien in der Stadt Gütersloh besonders bei den Aufwendungen für das Auto, bei Freizeit, Bildung und Kultur sowie bei dem Posten „Versicherung/private Vorsorge“. Bei diesen Ausgabepositionen liegen die absoluten Ausgaben deutlich unter den durchschnittlichen Ausgaben aller Familien. Zudem ist unter den armen Familien der Anteil derjenigen, die Geld sparen können, sowie der absolute Betrag, den die Familien zur Seite legen können, deutlich niedriger als unter den Gütersloher Familien insgesamt.

5.4.1 Subjektive Einschätzung der finanziellen Situation und Armutsempfinden

Werden die Familien gebeten, ihre aktuelle finanzielle Situation bezogen auf verschiedene Ausgabenbereiche einzuschätzen, zeigt sich ein sehr differenziertes Bild. Vergleichen wir die Extreme links und rechts sowie unten und oben in der Abbildung 5.8: Drei Fünftel der Familien erklären, das Geld für Lebensmittel reiche „voll und ganz“. Hier sagen nur vier Prozent, es reiche „überhaupt nicht“. Auf der anderen Seite sagt knapp ein Drittel der Familien, dass ihr Einkommen nicht für Kulturveranstaltungen ausreicht und nur ein Anteil von 30 Prozent hat hier keine Probleme. Deutliche finanzielle Einschränkungen werden darüber hinaus von etwa einem Fünftel der Familien bezüglich der Freizeitaktivitäten wahrgenommen.

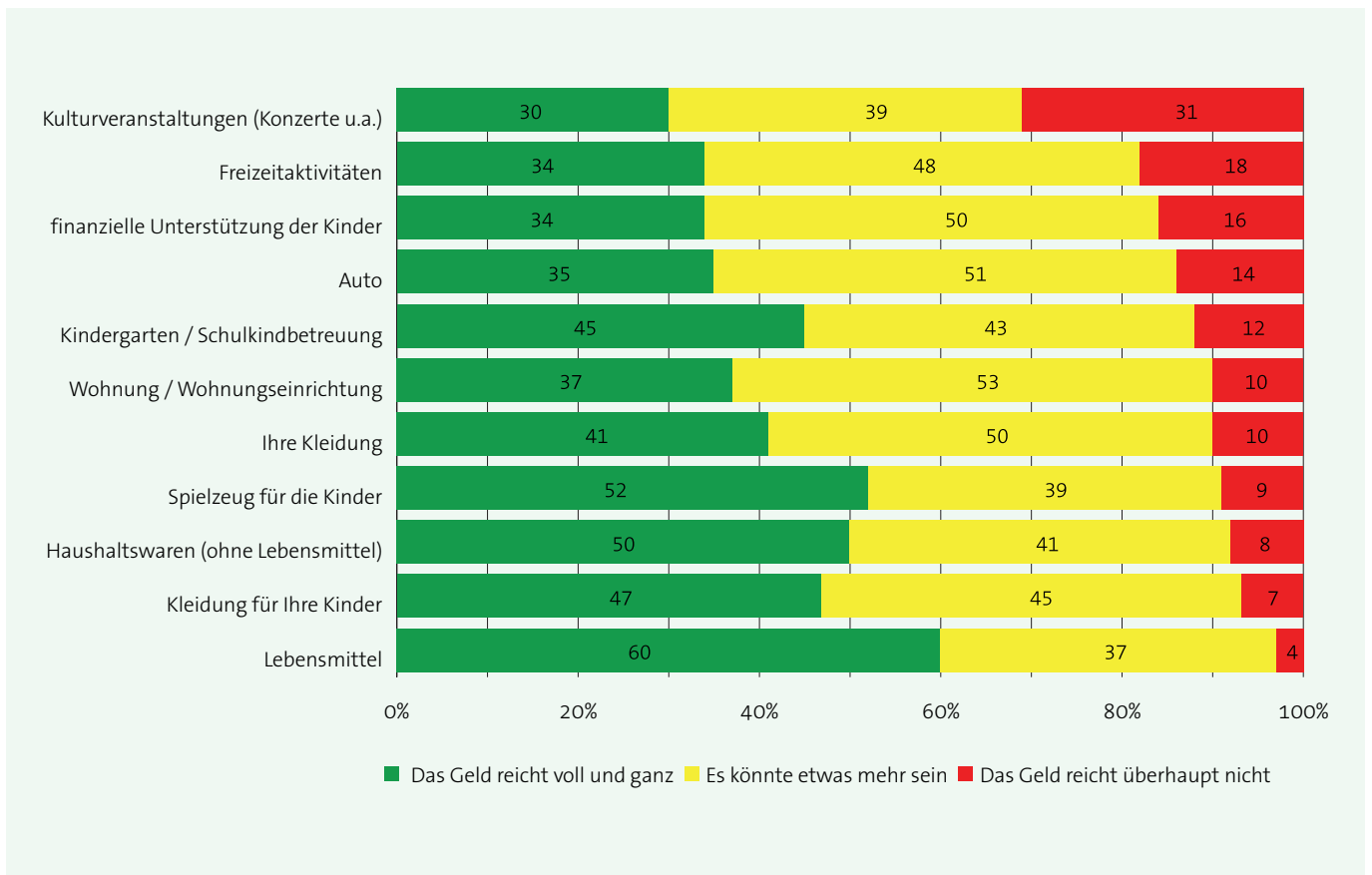
Fasst man die elf Ausgabenbereiche zusammen und zählt, wie oft die Familien „Geld reicht voll und ganz“ bzw. „Es könnte etwas mehr sein“ und „Geld reicht überhaupt nicht“ angegeben haben, können zwei Typen von Familien gebildet werden:

Typ 1: „Wir können uns (fast) alles leisten“. Das sind Familien, die mindestens zehnmal gesagt haben: „Geld reicht voll und ganz“. In Gütersloh gehören 20 Prozent der Familien zu diesem Typ.

Typ 2: „Wir können uns nur (sehr) wenig leisten“. Hier wurde mindestens zehnmal „Geld reicht überhaupt nicht“ bzw. „Es könnte etwas mehr sein“ angegeben. In Gütersloh gehören 32 Prozent der Familien in diese Kategorie, die wir mit „empfundener Armut“ bezeichnen können.

Das Bild zur subjektiven Einschätzung der wirtschaftlichen Situation der Familien differenziert sich weiter, wenn man zusätzlich betrachtet, ob Gütersloher Familien die – gemessen an ihrem Einkommen – arm bzw. armutsnah sind, dies auch selbst so empfinden. Wir betrachten also zusätzlich, inwiefern eine nach externen Maßstäben definierte Einkommensarmut bzw. Armutsgefährdung auch subjektiv als Armut wahrgenommen wird (vgl. Tabelle 5.4).

Abbildung 5.8: Beurteilung der finanziellen Situation des Haushalts



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Lediglich gut die Hälfte der nach den Maßstäben der Landessozialberichterstattung armen bzw. armutsnahen Familien in Gütersloh nehmen ihre Einkommenssituation auch subjektiv als finanzielle Einschränkung im Familienalltag wahr. Das sind 14 Prozent aller Familien in Gütersloh (Wert rechts unten in der Tabelle). Die übrigen armen bzw. armutsnahen Familien (12 Prozent aller Familien in Gütersloh) haben sich mit der vergleichsweise prekären Einkommenssituation der Familie arrangiert und orientieren das eigene Ausgabeverhalten am niedrigen Haushaltseinkommen. Von diesen Familien werden keine umfassenden Einschränkungen bezüglich der finanziellen Situation der Familie artikuliert (Wert links unten in der Tabelle). Auf der anderen Seite gibt es unter Gütersloher Familien aber auch 18 Prozent, die deutliche finanzielle Einschränkungen im Familienalltag wahrnehmen, obgleich sie aufgrund ihrer Einkommenslage nicht zu den armen bzw. armutsnahen Familien zu zählen sind.

Der Anteil der Familien, die sich (fast) alles leisten können, liegt im Vergleich der Sozialräume in Friedrichsdorf (34 Prozent) und Innenstadt/Miele (27 Prozent) deutlich über, in Sundern (sechs Prozent) und Avenwedde-Bahnhof (neun Prozent) deutlich unter dem Stadtdurchschnitt von 20 Prozent. Die wenigsten Familien, die sagen, dass sie sich nur (sehr) wenig leisten können, finden wir in Avenwedde-Mitte/West. Während in diesem besser gestellten Sozialraum nur ein Viertel der Familien mindestens zehnmal angibt, dass das Geld für die genannten Bereiche überhaupt nicht ausreicht bzw. etwas mehr sein könnte, betrifft dies im Sozialraum Nord/Blankenhagen 45 Prozent der Familien. In diesem Sozialraum findet sich mit 26 Prozent auch der höchste Anteil der Familien, die ihr geringes Familieneinkommen von weniger als 750 Euro Äquivalenzeinkommen auch subjektiv als starke finanzielle Einschränkung im Alltagsleben wahrnehmen. Im Sozialraum Spexard fällt dieser Anteil der auch subjektiv wahrgenommenen Einkommensarmut ebenfalls deutlich überdurchschnittlich aus.

Tabelle 5.4: Wird Einkommensarmut auch subjektiv als Armut empfunden?

	Subjektiv empfundene Armut (Familien gehören zum Typ „Wir können uns nur (sehr) wenig leisten.“)	
	nein	ja
Familien sind gemessen an ihrem Einkommen arm oder armutsnah (< 750 € Äquivalenzeinkommen)	56	18
	12	14

Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Tabelle 5.5: Subjektives Armutsempfinden nach Sozialräumen

	Wir können uns (fast) alles leisten	Wir können uns nur (sehr) wenig leisten	einkommensarm und subjektiv arm*
	Angaben in Prozent		
Innenstadt/Miele	27	27	15
Nord/Blankenhagen	12	45	26
Sundern	6	31	16
Kattenstroth	22	30	11
Pavenstädt	21	35	19
Isselhorst	25	28	7
Avenwedde-Bahnhof	9	40	17
Friedrichsdorf	34	27	6
Avenwedde-Mitte/West	17	25	6
Spexard	21	33	22
Stadt Gütersloh	20	32	14

* Familien haben weniger als 750 Euro Äquivalenzeinkommen **und** gehören zum Typ "Wir können uns nur (sehr) wenig leisten".
Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Tabelle 5.6: Subjektives Armutsempfinden in unterschiedlichen Familienformen

	Wir können uns (fast) alles leisten	Wir können uns nur (sehr) wenig leisten	einkommensarm und subjektiv arm*
	Angaben in Prozent		
Familien mit 3 und mehr Kindern	13	45	30
Familien mit Migrationshintergrund	9	43	30
Paare, beide erwerbstätig	26	25	5
Paare, nur 1 erwerbstätig	19	32	18
Alleinerziehende, erwerbstätig	10	45	15
Alleinerziehende, nicht erwerbstätig	0	50	43
Familien insgesamt	20	32	14

* Familien haben weniger als 750 Euro Äquivalenzeinkommen **und** gehören zum Typ "Wir können uns nur (sehr) wenig leisten".
Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Betrachtet man die unterschiedlichen Familienformen, so zeigt sich, dass die „empfundene Armut“ in Gütersloh das Lebensgefühl vor allem bei den Kinderreichen, Migrantenfamilien und Alleinerziehenden ist. Von den Familien mit Migrationshintergrund gehören nur neun Prozent der Familien zum subjektiv wohlhabenden Typ 1, aber 43 Prozent zum subjektiv armen Typ 2, der sich nur (sehr) wenig leisten kann. Kinderreiche Familien geben zu 45 Prozent an, dass sie sich nur (sehr) wenig leisten können. Gegenüber erwerbstätigen Paaren mit Kindern (25 Prozent) sagen erwerbstätige Alleinerziehende mit 45 Prozent deutlich häufiger, dass sie sich nur (sehr) wenig leisten können. Bei nichterwerbstätigen Alleinerziehenden trifft dies sogar für die Hälfte zu. Unter diesen Familien ist auch der Anteil derer, die ihre „objektive Einkommensarmut“ auch subjektiv als solche wahrnehmen, mit 43 Prozent am höchsten.

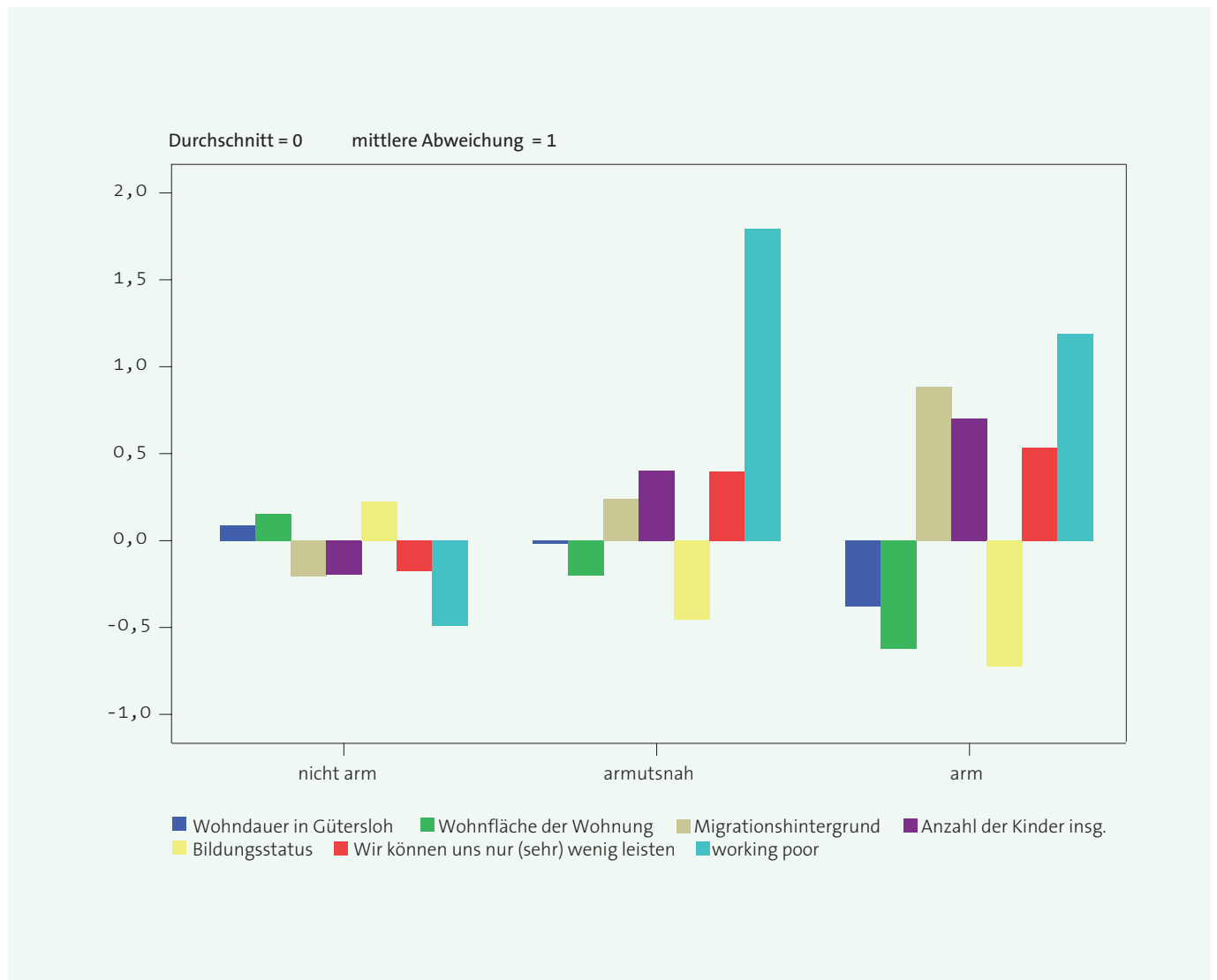
5.5 Lebenslagen von armen, armutsnahen und nicht armen Familien

In unseren Analysen der Einkommensverteilung haben wir bewusst zwischen Armut im engeren Sinne und den wirtschaftlich etwas komfortableren Lagen zwischen 615 und 750 Euro Äquivalenzeinkommen (die wir mit „Armutsnähe“ bezeichnet haben) unterschieden. Dennoch sind auch diese wirtschaftlichen Lagen oberhalb der quasi „amtlichen“ Armutsschwelle von 615 Euro Äquivalenzeinkommen durchaus prekär. Die Unterscheidung „arm“ und „armutsnah“ ist ohne große Bedeutung, wenn wir charakteristische Aspekte der Lebenslage armer und armutsnaher Familien mit der Lebenslage nicht armer Familien vergleichen. Um unterschiedliche Merkmale vergleichbar zu machen, haben wir jedes Merkmal so transformiert, dass der Durchschnitt über alle gleich 0 gesetzt wird und die mittlere Abweichung der Einzelwerte gleich 1 ist (vgl. Abbildung 5.9). So entstehen für die drei betrachteten Gruppen Lebenslagenprofile.

Die nicht armen Familien (links im Diagramm) und die armutsnahen und armen Familien unterscheiden sich sehr deutlich voneinander, zumindest was die Einordnung „überdurchschnittlich“ und „unterdurchschnittlich“ angeht: Im Gegensatz zu den nicht armen Familien leben arme und armutsnahe Familien kürzer in Gütersloh, bewohnen kleinere Wohnungen, haben häufiger einen Migrationshintergrund, mehr Kinder sowie einen geringeren Bildungsstatus. Darüber hinaus gehören beide Gruppen häufiger zu den Familien, die sich nur (sehr) wenig leisten können und leben häufiger in armen bzw. armutsnahen Lagen, obwohl mindestens ein Elternteil erwerbstätig ist („working poor“). Eine Besonderheit zeigt sich hinsichtlich des Merkmals „Armut trotz Arbeit“. Hier sind es deutlich mehr Familien in armutsnahen Lagen (in der Mitte des Diagramms) als arme Familien, die in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen leben, obwohl in beiden Familientypen mindestens ein Erwachsener erwerbstätig ist.

Die Aussagen hinsichtlich der vergleichbaren Lebenslagen von armen und armutsnahen Familien gelten über die Stadtgrenzen Güterslohs hinaus. So können für alle Kommunen der Projektfamilie vergleichbare Lebenslagenprofile beobachtet werden, ganz unabhängig davon, wie viele Familien in der Stadt in armen oder armutsnahen Verhältnissen leben. Nur für die Wohndauer und die Kinderzahl zeigen sich punktuell einige Disparitäten. Arme und armutsnahe Familien in allen Kommunen der Projektfamilie müssen sich mit sehr ähnlichen Problemkonstellationen im Familienalltag auseinandersetzen. Unterschiede hinsichtlich der Armutsbetroffenheit von Familien zwischen den Kommunen der Projektfamilie ergeben sich also stärker bezüglich der relativen Armutsbetroffenheit der Familien und bezüglich der kleinräumigen Verteilung der armen und armutsnahen Familien innerhalb der Stadt.

Abbildung 5.9: Lebenslagenprofil armer, armutsnaher und nicht armer Familien in Gütersloh



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

6 Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

Das vorangegangene Kapitel hat gezeigt, dass die unterschiedlichen Familienformen ganz spezifischen Armutsrisiken unterliegen. Neben Familienhaushalten mit niedriger Qualifikation und niedriger beruflicher Stellung sind besonders Migrantenfamilien, kinderreiche Familien und Alleinerziehende in Gütersloh häufig von Einkommensarmut betroffen. Zugleich haben diese Familien ganz spezifische Alltagssituationen und -probleme. Daher wollen wir in diesem Kapitel die genannten Familienformen näher betrachten. Uns interessiert, mit welchen Alltagsproblemen diese Familien aufgrund ihrer Familien- und Lebenssituation konfrontiert sind, wie sie diese bewältigen und welche Unterstützung Familien erhalten haben oder eventuell zusätzlich benötigen. Da Unterstützungsangebote nicht nur die genannten Familienformen erreichen sollen, sondern Angebote für alle Familien sind, werden die Ergebnisse der folgenden Analysen jeweils auch für die Familien in Gütersloh insgesamt dargestellt.

6.1 Besonderer Unterstützungsbedarf – was heißt das?

Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund betrachten wir im Folgenden als Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf. Wir gehen für diese Familien davon aus, dass sie aufgrund ihrer Familien- und Lebenssituation besondere Anforderungen und Belastungen im Familienalltag zu bewältigen haben. Bei Alleinerziehenden ist dies z.B. die Tatsache, dass sie alleine für Kinder verantwortlich sind und bei der Familien- und Erziehungsarbeit nicht auf Unterstützung durch einen Partner oder eine Partnerin bauen können. Für kinderreiche Familien ergeben sich bereits durch die größere Zahl der Kinder ein höherer Organisationsaufwand und vielfältige Anforderungen durch Kinder unterschiedlichen Alters, sowohl hinsichtlich der Erziehungsarbeit als auch hinsichtlich der Hausarbeit, die zumeist zeitgleich zu lösen sind. Migrantenfamilien hingegen haben sich mit den zum Teil anderen kulturellen Anforderungen der Aufnahmegesellschaft, mit Sprach- oder Integrationsproblemen auseinanderzusetzen. Unsere Definitionen der genannten Familienformen wurden bereits in Kapitel 2 dargestellt, sollen aber hier noch einmal aufgegriffen werden:

- **Alleinerziehende** definieren wir als Elternteile, die mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt zusammenleben und allein für die Pflege und Erziehung des Kindes bzw. der Kinder sorgen und verantwortlich sind.
- **Kinderreiche Familien** sind Familien mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren im Haushalt, unabhängig davon, ob die Kinder mit einem oder zwei Elternteilen zusammenleben.
- Als **Familien mit Migrationshintergrund** können wir auf Basis der Familienbefragung eine breitere Gruppe von

Familien betrachten, als dies mit Daten der amtlichen Statistik möglich ist. Nicht nur Familien mit mindestens einem nichtdeutschen Elternteil werden berücksichtigt, sondern darüber hinaus auch Familien mit mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund; d.h. mindestens ein Elternteil hat eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, neben der deutschen eine zweite Staatsangehörigkeit oder aber mindestens ein Elternteil ist außerhalb Deutschlands geboren. Dadurch werden z.B. russlanddeutsche Familien ebenfalls als Migrantenfamilien erfasst.

Da in Gütersloh in gut der Hälfte der Familien mit Migrationshintergrund beide Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und nur in etwa jeder sechsten Familie beide Elternteile eine andere Staatsangehörigkeit haben, ist diese breitere Betrachtung von Migrantenfamilien insbesondere in Gütersloh von Bedeutung. Im Vergleich mit den übrigen Städten und Gemeinden der Projektfamilie weist Gütersloh nach der Stadt Rheine und dem Kreis Unna den höchsten Anteil deutscher Familien und den niedrigsten Anteil nichtdeutscher Familien unter den Migrantenfamilien auf (vgl. Faktor Familie/Stadt Rheine 2008).

Die nun folgenden Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf die Ergebnisse der Familienbefragung, mittels derer die Lebenssituation der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf detailliert dargestellt werden kann. Da für die Stadt Gütersloh leider keine Verwaltungsdaten zu Haushalts- und Familienstrukturen vorliegen, soll zu Beginn anhand der Ergebnisse der Familienbefragung etwas über die räumliche Verteilung der hier interessierenden Familien in den Sozialräumen der Stadt dargestellt werden (vgl. Abbildung 6.1).

Fast ein Drittel der Gütersloher Familien (30 Prozent) hat einen Migrationshintergrund, 21 Prozent sind kinderreiche Familien mit drei oder mehr Kindern. Deutlich niedriger ist dagegen der Anteil Alleinerziehender. In lediglich zwölf Prozent der Gütersloher Familien ist ein Elternteil allein für die Pflege und Erziehung des Kindes bzw. der Kinder verantwortlich. Verglichen mit den übrigen Projektkommunen sind damit der Anteil der Migrantenfamilien und der Anteil der kinderreichen Familien in Gütersloh sehr hoch, während der Anteil der Alleinerziehenden relativ niedrig ist.

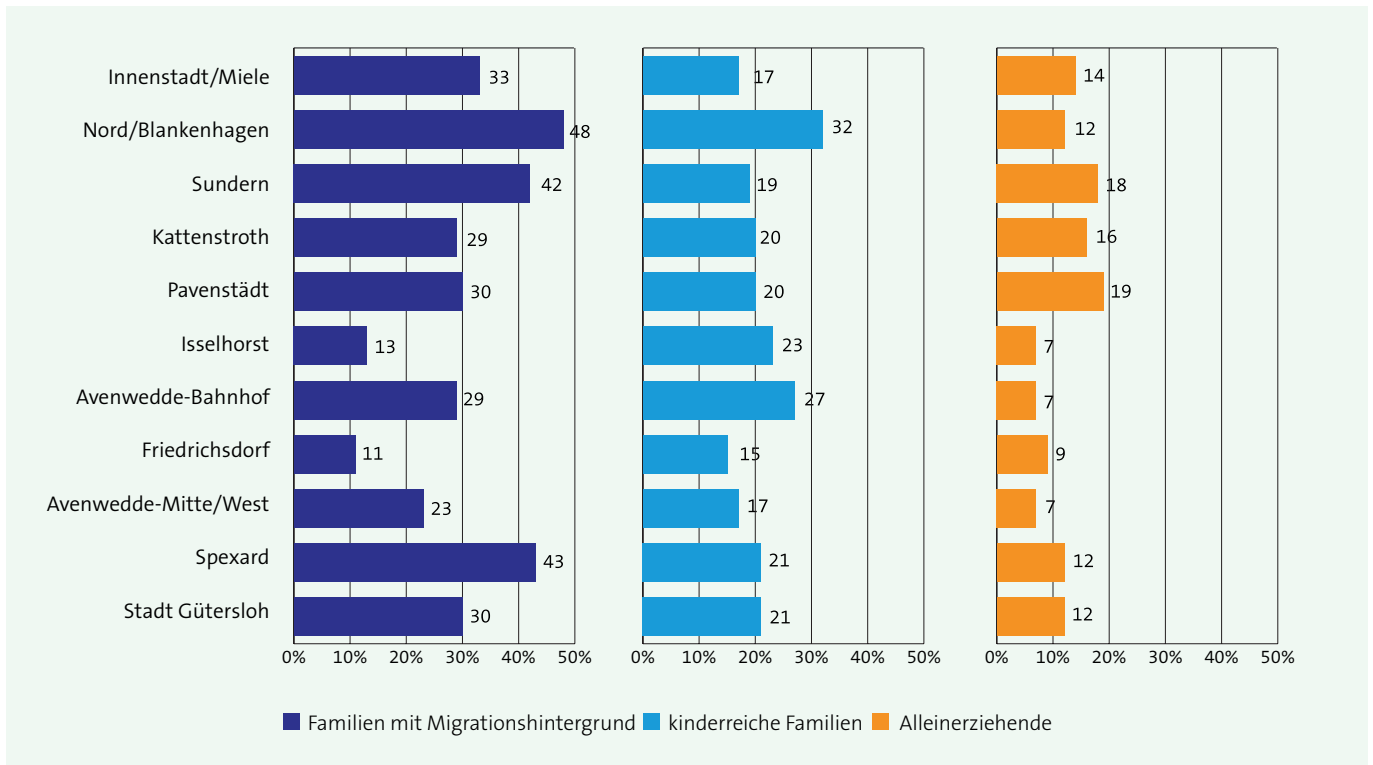
Innerhalb der Stadt sind zwischen den Sozialräumen zum Teil deutliche Unterschiede bei den Anteilen der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf festzustellen, wobei die Unterschiede bei den Familien mit Migrationshintergrund am deutlichsten sind: Die mit Abstand höchsten Anteile werden in den Sozialräumen Nord/Blankenhagen (48 Prozent), Spexard (43 Prozent) und Sundern (42 Prozent) erreicht. Sehr viel weniger Migrantenfamilien leben demgegenüber in Friedrichsdorf und

Isselhorst. Hier haben nur elf bzw. 13 Prozent der Familien einen Migrationshintergrund. Auch Avenwedde-Mitte/West liegt mit 23 Prozent noch deutlich unter dem stadtweiten Durchschnitt. Bezüglich des Anteils kinderreicher Familien fallen die Sozialräume Nord/Blankenhagen und Avenwedde-Bahnhof auf, wo in deutlich mehr Familienhaushalten drei oder mehr Kinder unter 18 Jahren leben als in den anderen Gütersloher Sozialräumen. Wiederum klar unter dem stadtweiten Durchschnitt liegen Friedrichsdorf aber auch Avenwedde-Mitte/West und Innenstadt/Miele. In allen anderen Sozialräumen liegen die Anteile Kinderreicher zwischen 19 und 23 Prozent und damit recht nah beieinander. Etwas weniger variieren die Anteile alleinerziehender Familien: Hier werden die höchsten Anteile in den im Südwesten der Stadt liegenden Sozialräumen Pavenstädt (19 Prozent), Sundern (18 Prozent) und Kattenstroth (16 Prozent) erreicht. Deutlich weniger Alleinerziehende als im stadtweiten Durchschnitt leben im Nordosten der Stadt in Avenwedde-Mitte/West, Isselhorst und Avenwedde-Bahnhof (jeweils sieben Prozent).

6.1.1 Armutsbetroffenheit und Kumulation der Gruppenzugehörigkeit

Um die Größen der einzelnen Familiengruppen noch besser zu verdeutlichen, wählen wir noch einmal eine andere Darstellung. Abbildung 6.2 setzt die Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf (sowie die Kinder unter 18 Jahren in diesen Familien) in Relation zu allen Familien (sowie zu allen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren) in Gütersloh. Wie weiter oben bereits dargestellt wurde, sind in Gütersloh zwölf Prozent Mütter und Väter alleinerziehend (Balken ganz oben). 39 Prozent dieser Familien müssen mit weniger als 750 Euro monatlichem Äquivalenzeinkommen haushalten und sind damit als arm oder armutsnah einzustufen (das entspricht fünf Prozent aller Gütersloher Familien). Von allen Gütersloher Kindern unter 18 Jahren leben elf Prozent in Familien Alleinerziehender. Jedes zweite dieser Kinder (also sechs Prozent aller Gütersloher Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren) muss als arm oder armutsnah betrachtet werden.

Abbildung 6.1: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf in Gütersloh nach Sozialräumen

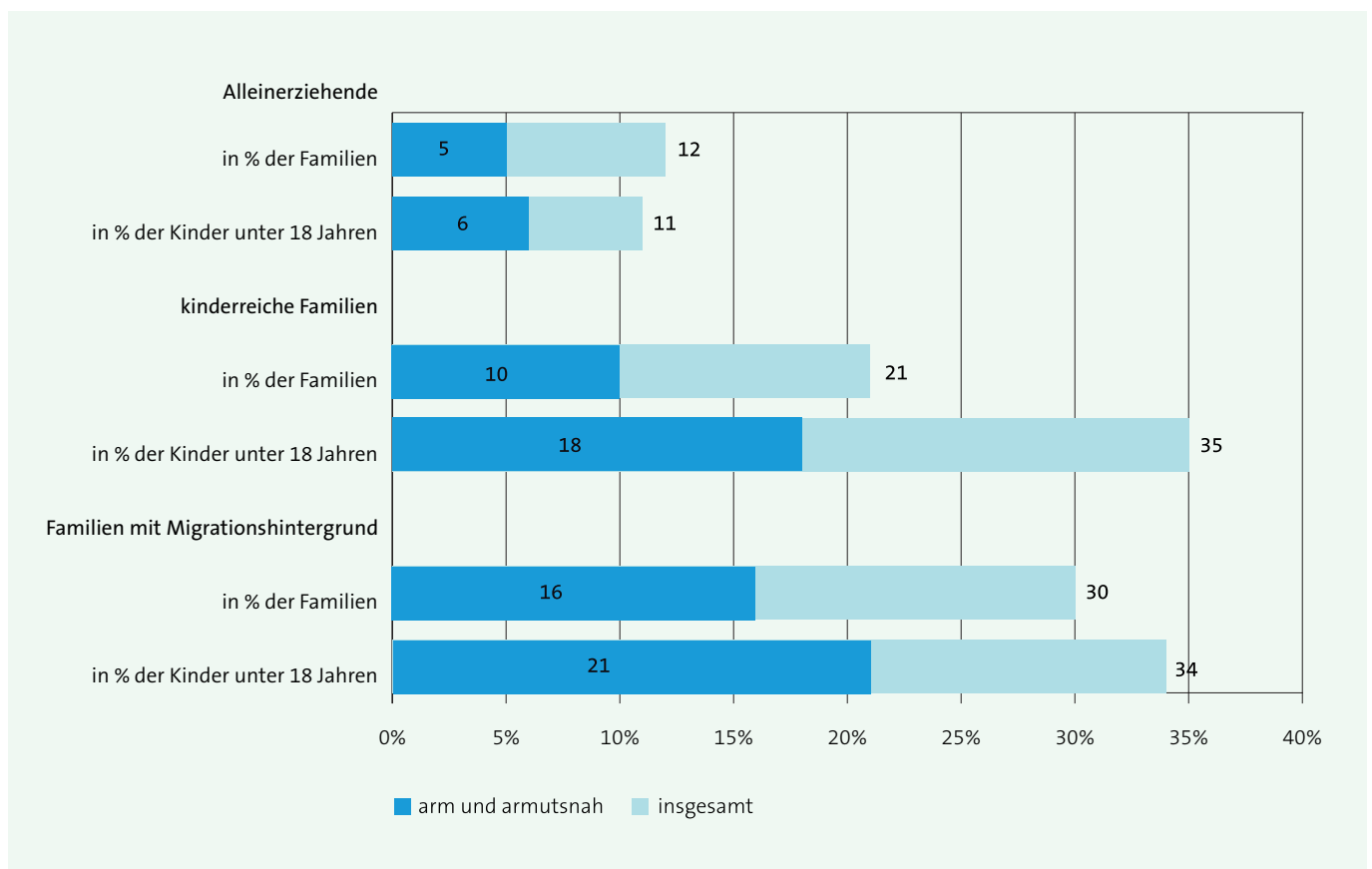


Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

21 Prozent der Gütersloher Familien sind kinderreiche Familien mit drei oder mehr Kindern, wobei in diesen Familien 35 Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren leben. 47 Prozent der kinderreichen Familien und 50 Prozent der Kinder in diesen Familien leben in armen oder armutsnahen Verhältnissen. Bei den Kindern entspricht das 18 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Gütersloh. Einen Migrationshintergrund haben in Gütersloh 30 Prozent der Familien und 34 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren. Unter diesen Familien – aber besonders unter den Kindern – ist die Armutsbetroffenheit aber stärker ausgeprägt als unter Alleinerziehenden und Kinderreichen: 50 Prozent der Familien mit Zuwanderungsgeschichte zählen zur untersten Einkommensgruppe mit weniger als 750 Euro Äquivalenzeinkommen. Unter den Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund sind sogar zwei von fünf Kindern und Jugendlichen von Armut bedroht oder betroffen. Diese Kinder und Jugendlichen machen anteilig ein Fünftel aller Kinder und Jugendlichen in Gütersloh aus.

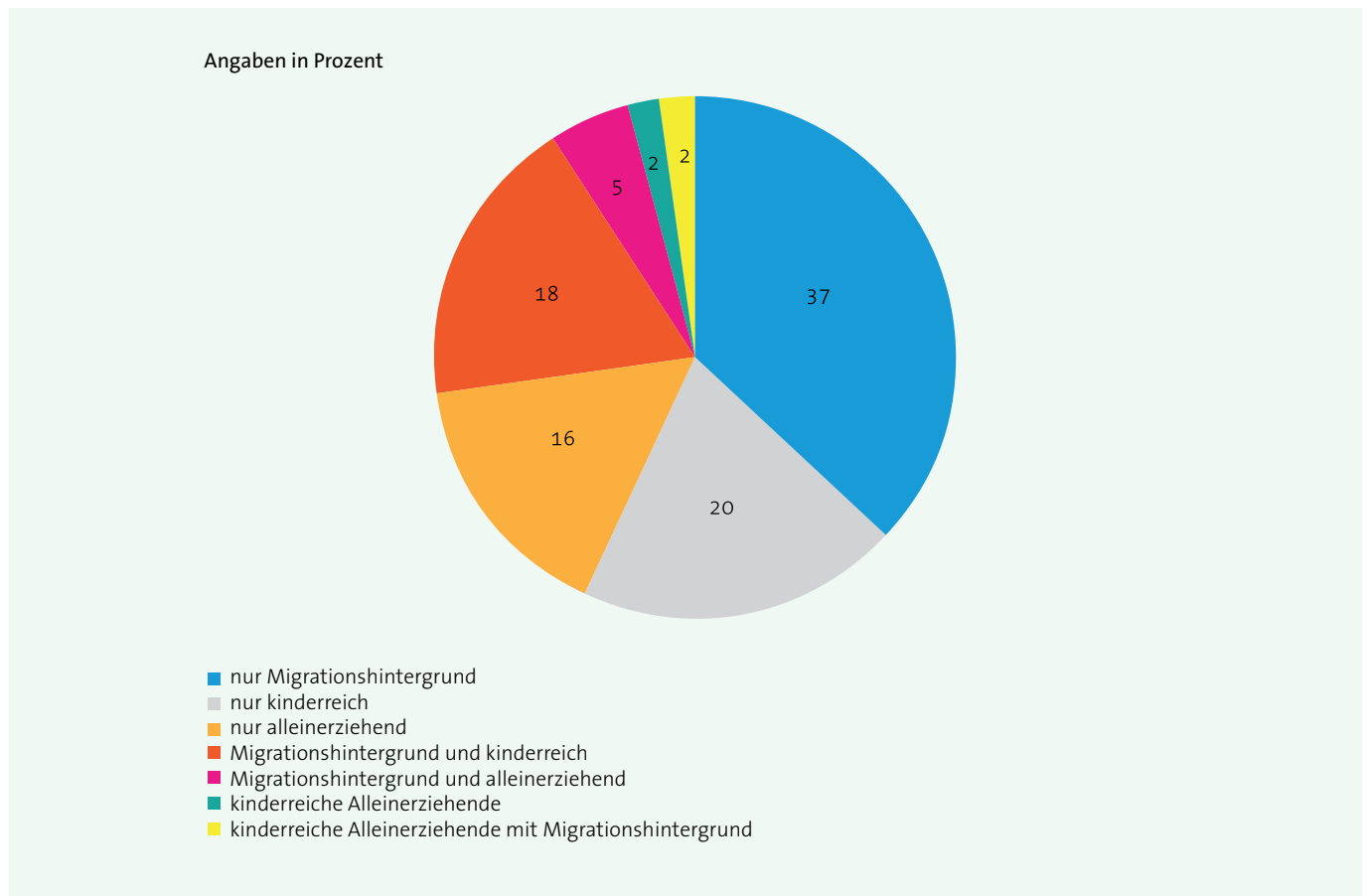
Das höhere Armutsrisiko von Alleinerziehenden, kinderreichen Familien und Familien mit Migrationshintergrund kann auch damit zusammenhängen, dass sich Belastungen in der beschriebenen Art zum Teil überschneiden (vgl. Abbildung 6.3). In Gütersloh zeigen sich solche Überschneidungen besonders hinsichtlich kinderreicher Migrantenfamilien. Fast ein Fünftel der Gütersloher Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf sind Familien mit einem Migrationshintergrund und drei oder mehr Kindern. Andere Überschneidungen finden sich sehr viel seltener, allerdings ist mit fünf Prozent auch der Anteil von Alleinerziehenden mit Migrationshintergrund vergleichsweise hoch. Jeweils zwei Prozent der Familien sind kinderreiche Alleinerziehende bzw. kinderreiche Alleinerziehende mit Migrationshintergrund. Zu keiner dieser drei Gruppen, die wir aufgrund struktureller Merkmale als Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf eingeordnet haben, gehört genau die Hälfte der Gütersloher Familien.

Abbildung 6.2: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf und Armutsbetroffenheit in Gütersloh



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Haushalts- und Kinderdatensatz)

Abbildung 6.3: Kumulation der Gruppenzugehörigkeit in Prozent der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf



Anmerkung: Nur Familien, die mindestens einer dieser Gruppen angehören
Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Haushalts- und Kinderdatensatz)

6.1.2 Erwerbsbeteiligung, Bildungsstatus und berufliche Stellung von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

Aus anderen Projektkommunen und bundesweiten Untersuchungen ist bekannt, dass weitere Hintergründe der höheren Armutsbetroffenheit der hier betrachteten Familien häufig ihr durchschnittlich geringeres Bildungsniveau und die dadurch durchschnittlich geringere Erwerbsbeteiligung sowie niedrigere berufliche Stellungen sind, die die Eltern erreichen bzw. aktuell erreicht haben. Diese Merkmale sollen daher im Folgenden für die Gütersloher Familien etwas genauer analysiert werden.

Verglichen mit allen Gütersloher Familien verfügen Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf auch in Gütersloh überdurchschnittlich oft nur über eine niedrige berufliche Qualifikation¹⁷ (vgl. Tabelle 6.1). Insbesondere bei Familien mit Migrationshintergrund ist dieser Anteil mit 37 Prozent sehr hoch. Außerdem besitzen lediglich 17 Prozent der Familien mit Migrationshintergrund einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss (höchste Qualifikation), während dieser Anteil unter allen Familien in Gütersloh bei 28 Prozent liegt. Alleinerziehende zählen mit 30 Prozent zwar etwas seltener als Familien mit Migrationshintergrund zur Gruppe der niedrig Qualifizierten, über einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss verfügt allerdings nur jede/r Zehnte. Etwas günstiger, aber dennoch unterhalb des Durchschnitts der Gütersloher Familien, stellt sich der Bildungsstatus kinderreicher Familien dar: Zwar sind auch sie in der Gruppe der Familien mit

niedrigster Qualifikation deutlich überrepräsentiert, mit 28 Prozent entspricht der Anteil der kinderreichen Familien mit höchster Qualifikation aber dem der Familien insgesamt.

Vor dem Hintergrund des durchschnittlich niedrigeren Bildungsniveaus, aber vor allem der größeren familialen Belastungen, ist bei Alleinerziehenden, Migrantenfamilien und Kinderreichen typischer Weise eine geringere Erwerbsbeteiligung der Eltern, insbesondere der Mütter, vorzufinden. Dies kann sowohl Ausdruck einer freiwilligen Entscheidung für das eher traditionelle Familienmodell einer Ernährerfamilie sein, als auch ein (unfreiwilliges) Ergebnis der größeren familialen Belastungen, die die Möglichkeiten der Erwerbsarbeit einschränken. Die Alltagsorganisation zu Hause und die Betreuung der Kinder konzentrieren sich in diesen Familien bei den Müttern (zur Müttererwerbstätigkeit sowie der Arbeitsteilung im Haushalt und der Kinderbetreuung vgl. auch Kapitel 7).

Auch in Gütersloh sind in Familien mit Migrationshintergrund und kinderreichen Familien seltener beide Elternteile und häufiger nur ein Elternteil erwerbstätig als in den Familien insgesamt, wobei es sich bei diesem erwerbstätigen Elternteil fast immer

17 Der Bildungsstatus der Familien wurde über den jeweils höheren Schul- und Berufsbildungsabschluss der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils bestimmt (zur Operationalisierung vgl. Kapitel 2).

Tabelle 6.1: Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf: Erwerbsbeteiligung und Bildungsstatus

	Familien insgesamt	Familien mit Migrationshintergrund	kinderreiche Familien	Alleinerziehende
Angaben in Prozent				
Bildungsstatus				
niedrige Qualifikation	19	37	30	30
mittlere Qualifikation	23	24	17	27
höhere Qualifikation	30	22	26	33
höchste Qualifikation	28	17	28	10
Erwerbsbeteiligung				
Paare, beide erwerbstätig	44	39	31	
Paare, nur 1 erwerbstätig	41	45	55	
Paare, beide nicht erwerbstätig	2	6	6	
Alleinerziehende, erwerbstätig	10	7	5	80
Alleinerziehende, nicht erwerbstätig	3	4	4	20

Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

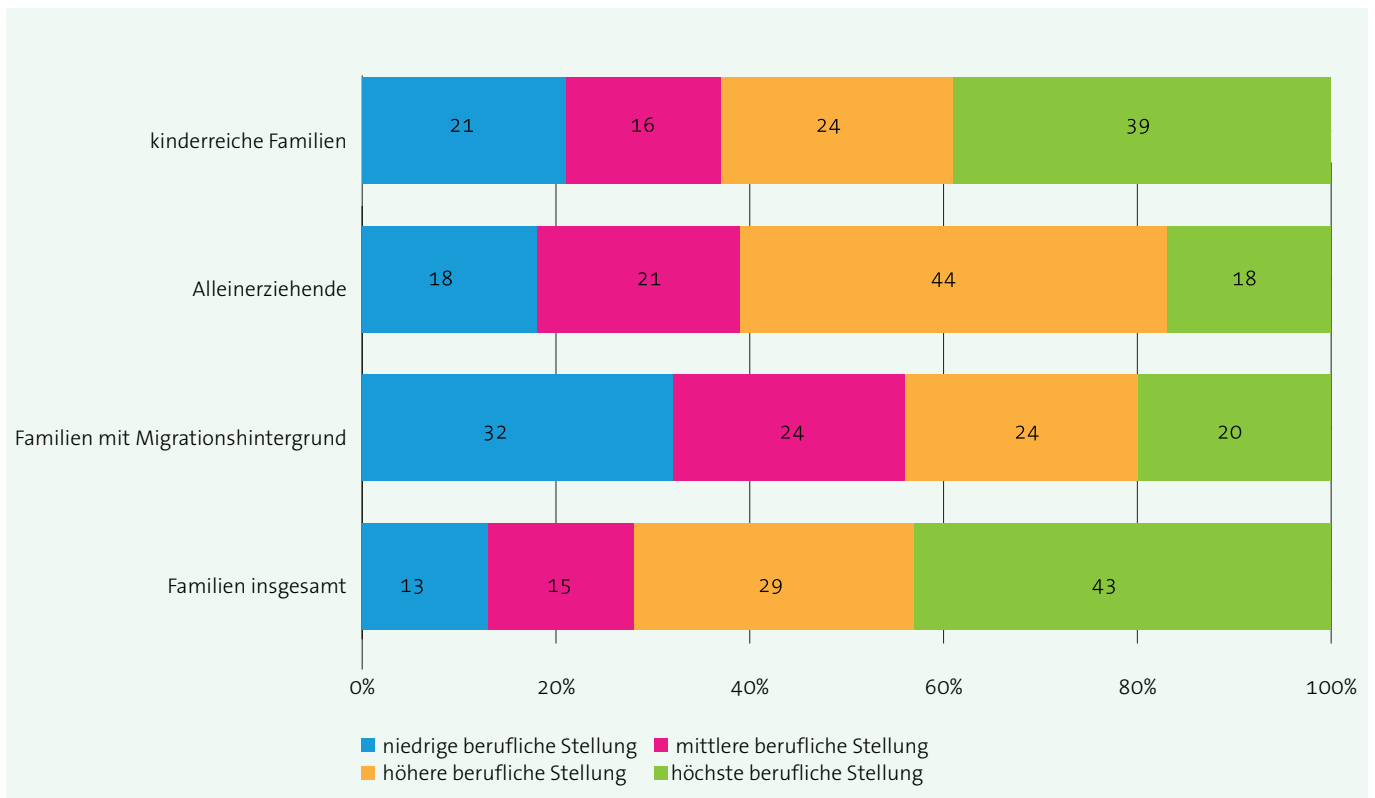
um den Vater handelt (vgl. Tabelle 6.1). Vor allem in kinderreichen Familien ist die Mutter häufiger nicht erwerbstätig und nur das Erwerbseinkommen des Vaters trägt zum Haushaltsbudget bei. Auch die Anteile der Familien, in denen beide Elternteile nicht erwerbstätig sind, sind in Familien mit Migrationshintergrund und in kinderreichen Familien mit jeweils sechs Prozent höher als in den Familien insgesamt. Im Vergleich der Projektkommunen ist die Erwerbseinbindung in diesen Familien aber dennoch hoch. Bei Familien mit Migrationshintergrund werden sogar der höchste Anteil an Familien mit zwei erwerbstätigen Elternteilen und der niedrigste Anteil an Familien, in denen beide Elternteile nicht erwerbstätig sind, erreicht. Alleinerziehende sind in Gütersloh sehr viel häufiger erwerbstätig als nicht erwerbstätig. Für sie ist eine Erwerbstätigkeit in der Regel aber auch eine ökonomische Notwendigkeit, obwohl es für Alleinerziehende besonders problematisch ist, Familie und Beruf zu vereinbaren. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine verlässliche und gute Kinderbetreuung sind für diese Familien daher besonders wichtig (vgl. Kapitel 7). Jede/r fünfte Gütersloher Alleinerziehende ist aber auch nicht erwerbstätig, was im Alltagsleben häufig zu einer besonders prekären wirtschaftlichen Lage führt.

Trotzdem spiegelt sich die insgesamt recht gute Erwerbseinbindung der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

nur bedingt in einer entsprechenden beruflichen Stellung der Eltern wider.¹⁸ Unter Alleinerziehenden und Familien mit Migrationshintergrund erreicht – auch aufgrund ihres vergleichsweise schlechteren Bildungsstatus – jeweils etwa ein Fünftel eine höchste berufliche Stellung (z.B. als Angestellte mit hoch qualifizierter Tätigkeit oder in freien Berufen). Das ist lediglich die Hälfte des entsprechenden Anteils der Eltern in den Familien insgesamt (vgl. Abbildung 6.4). Eltern aus Familien mit Migrationshintergrund sind darüber hinaus auch sehr viel häufiger als andere Eltern nur in niedrigen beruflichen Stellungen (als un- bzw. angelernte Arbeiter) beschäftigt. Unter kinderreichen Familien liegt dagegen der Anteil der Eltern in höchsten beruflichen Stellungen mit 39 Prozent nur wenig unter dem der Familien insgesamt. Dennoch ist die Gruppe der kinderreichen Familien, wie in anderen Städten, sozial heterogen, da auch die Anteile der Eltern mit niedriger beruflicher Stellung überdurchschnittlich ausfallen.

18 Auch hinsichtlich dieses Merkmals ist die jeweils höhere berufliche Stellung der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils ausschlaggebend, für aktuell nicht erwerbstätige Eltern wird die berufliche Stellung der letzten Erwerbstätigkeit berücksichtigt (zur Operationalisierung der beruflichen Stellung vgl. Kapitel 2).

Abbildung 6.4: Berufliche Stellung der Eltern in Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf*



*Berufliche Stellung der aktuellen oder letzten Tätigkeit
Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

6.2 Alltagsbewältigung in Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

Alltagsbelastungen und Unterstützungsbedarfe entstehen aber nicht nur durch erhöhte Armutsrisiken und eine angespannte finanzielle Situation in den Familien. Das Zusammenleben mit Kindern verläuft in der Regel nicht völlig problemlos, so dass im Familienalltag Probleme unterschiedlichster Art bewältigt werden müssen. Dennoch sind gerade finanzielle Engpässe und Einschränkungen, die im Alltagsleben wahrgenommen werden, eine besondere Belastung für Familien und erfordern eine erhöhte Flexibilität in der Alltagsorganisation. Im Alltag bedeutet dies, dass sich Familien (und besonders Familien in armen oder armutsnahen Verhältnissen) oft mit Fragen des „Auskommens mit dem Einkommen“ auseinandersetzen müssen. Sie müssen Wege finden, um mit dem (knappen) Geld den verschiedensten Anforderungen des Alltagslebens gerecht zu werden.

6.2.1 Das Auskommen mit dem Einkommen

Aus diesem Grund haben wir die Familien nicht nur gefragt, ob ausreichend Geld für verschiedene Lebensbereiche vorhanden ist (vgl. Kapitel 5.4), sondern auch auf welche Weise sie versuchen, ihr Haushaltseinkommen zu schonen oder aufzubessern. In Abbildung 6.5 sind die Häufigkeitsanteile der Nennungen für die Gütersloher Familien insgesamt und für Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf abgetragen (vgl. auch Tabelle 13 im Kommentierten Tabellenband: 36). Im Vergleich mit anderen Kommunen der Projektfamilie ergeben sich hier aber keine grundlegenden Unterschiede. Unabhängig von der Familienform sind vor allem das preisbewusste Einkaufen und der Verzicht auf Luxusartikel sehr häufig genutzte Formen, um Geld zu sparen. Sehr viel seltener nehmen die Familien einen Nebenjob an, leihen Geld von Verwandten bzw. einer Bank oder besitzen einen Garten, der es möglich macht, selbst erstellte Produkte zu verbrauchen.

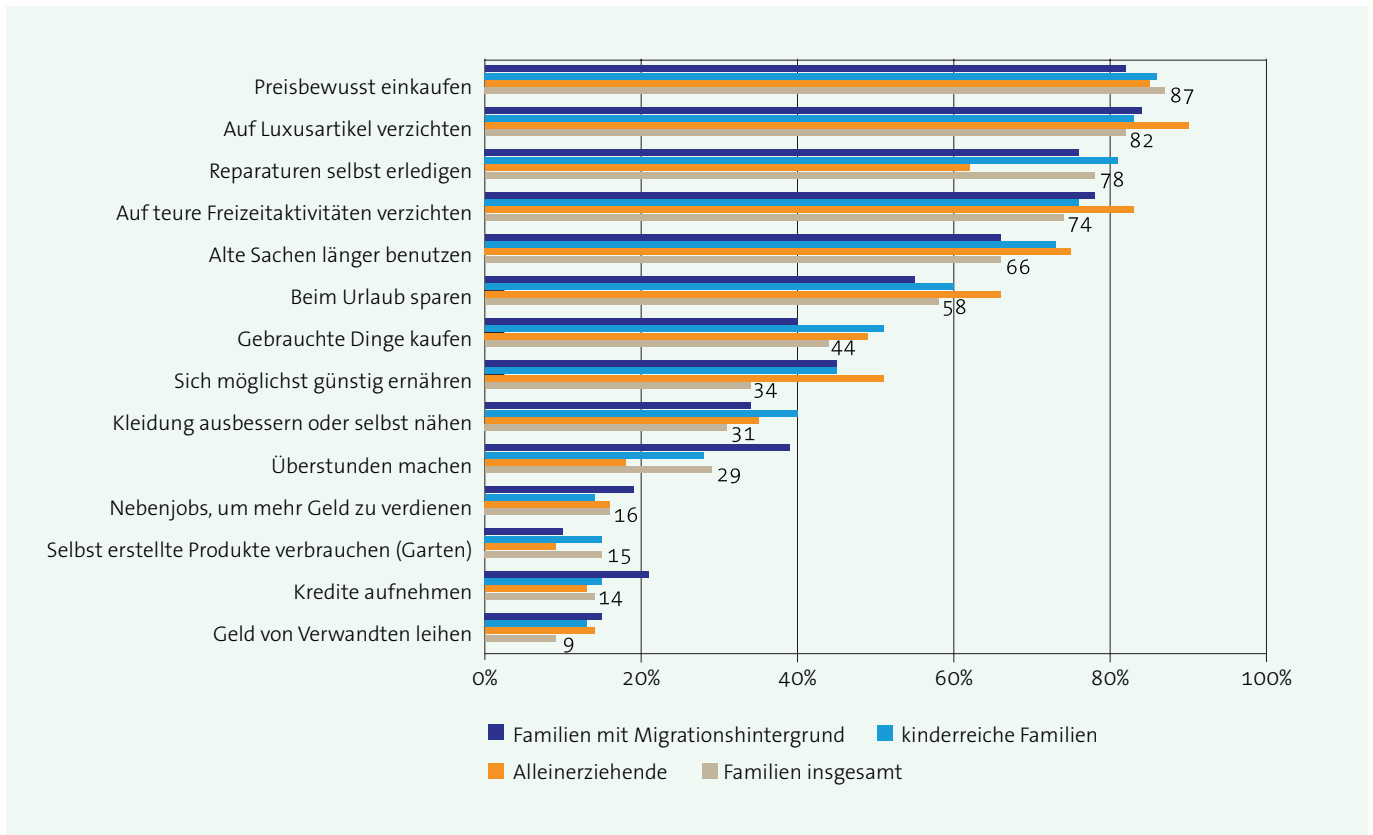
Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf nutzen viele der im Fragebogen genannten Möglichkeiten zur Schonung oder Aufbesserung des Haushaltseinkommens häufiger als die Gütersloher Familien insgesamt. Dennoch gibt es zwischen den betrachteten Familienformen einige Unterschiede hinsichtlich der bevorzugten Sparmöglichkeiten: Besonders bewusst wirtschaften in Gütersloh Alleinerziehende. Sie geben häufiger als andere Familien an, auf Luxusartikel und teure Freizeitaktivitäten zu verzichten, alte Sachen länger zu benutzen oder beim Urlaub zu sparen. Außerdem versucht die Hälfte der Alleinerziehenden, sich möglichst günstig zu ernähren. Überstunden spielen bei Alleinerziehenden eine geringere Rolle als bei anderen Familien, was sicherlich auch an den begrenzten zeitlichen Möglichkeiten und einer schwierigeren Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegen

kann. Alleinerziehende erledigen auch seltener als andere Familien Reparaturen selbst oder verbrauchen selbst erstellte Produkte aus dem eigenen Garten. Auch kinderreiche Familien nutzen vor allem Wege, die eher Einschränkungen bedeuten: alte Sachen länger benutzen, gebrauchte Dinge kaufen und sich möglichst preisgünstig ernähren. Außerdem geben sie häufiger als andere Familien an, Kleidung auszubessern oder selbst zu nähen. Familien mit Migrationshintergrund geben dagegen häufiger als andere Familien an, ihr Einkommen aktiv durch die Erledigung von Reparaturen, Überstunden und Nebenjobs aufzubessern. Außerdem leihen sich diese Familien häufiger Geld von Verwandten oder nehmen einen Kredit bei der Bank auf. Auch Alleinerziehende und kinderreiche Familien leihen sich häufiger Geld bei Verwandten als Familien insgesamt. Auf die Möglichkeit der Kreditaufnahme bei der Bank greifen Alleinerziehende und kinderreiche Familien etwa ebenso häufig wie Familien insgesamt zurück.

Die Kredit- und Schuldenaufnahme ist aber nur dann ein Weg, temporäre finanzielle Engpässe zu überbrücken, wenn das Haushaltseinkommen ausreicht, um den damit entstehenden Zahlungsverpflichtungen gerecht zu werden. Das gilt auch dann, wenn Familien Kredite für den Hausbau oder den Kauf einer Eigentumswohnung aufnehmen. Im Folgenden möchten wir deshalb die Kredit- und Schuldenbelastung der Gütersloher Familien noch etwas genauer betrachten. Wir haben die Familien danach gefragt, ob sie Kredite und Zahlungsverpflichtungen haben und wie hoch die monatliche Belastung für Zinsen und Tilgungsraten sind.

Insgesamt haben 71 Prozent der Gütersloher Familien Kredit- oder Schuldenverpflichtungen, die monatlich abgezahlt werden müssen. Im Durchschnitt sind dies 627 Euro monatliche Belastungen. Dass Kredite sehr häufig für den Bau eines Hauses oder den Kauf einer Eigentumswohnung aufgenommen werden, zeigt sich daran, dass 82 Prozent der Wohneigentümer, aber „nur“ 54 Prozent der Familien, die zur Miete wohnen, laufende Kredit- oder Schuldenverpflichtungen haben. Auch die durchschnittliche Höhe dieser monatlichen Zahlungen unterscheidet sich zwischen Eigentümern und Mietern sehr drastisch: Familien, die zur Miete wohnen, zahlen im Durchschnitt 280 Euro, bei Familien, die über Wohneigentum verfügen, sind es dagegen 799 Euro im Monat für Zinsen und Tilgungsraten. Unter Familien mit Migrationshintergrund sind (wie unter den Gütersloher Familien insgesamt) 71 Prozent der Familien mit Krediten und Zahlungsverpflichtungen belastet, die monatlich im Durchschnitt 520 Euro betragen. Unter kinderreichen Familien ist der Anteil von Familien mit monatlichen Zahlungsverpflichtungen mit 73 Prozent zwar nur etwas höher, allerdings müssen dafür durchschnittlich 765 Euro im Monat aufgebracht werden. Deutlich niedriger sind dagegen der Anteil und die Höhe der Kredit- oder Schuldenverpflichtungen unter Alleinerziehenden (51 Prozent und durchschnittlich 343 Euro).

Abbildung 6.5: Wege, um das Einkommen zu schonen oder aufzubessern



Anmerkung: Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben sich mehr als 100 Prozent
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

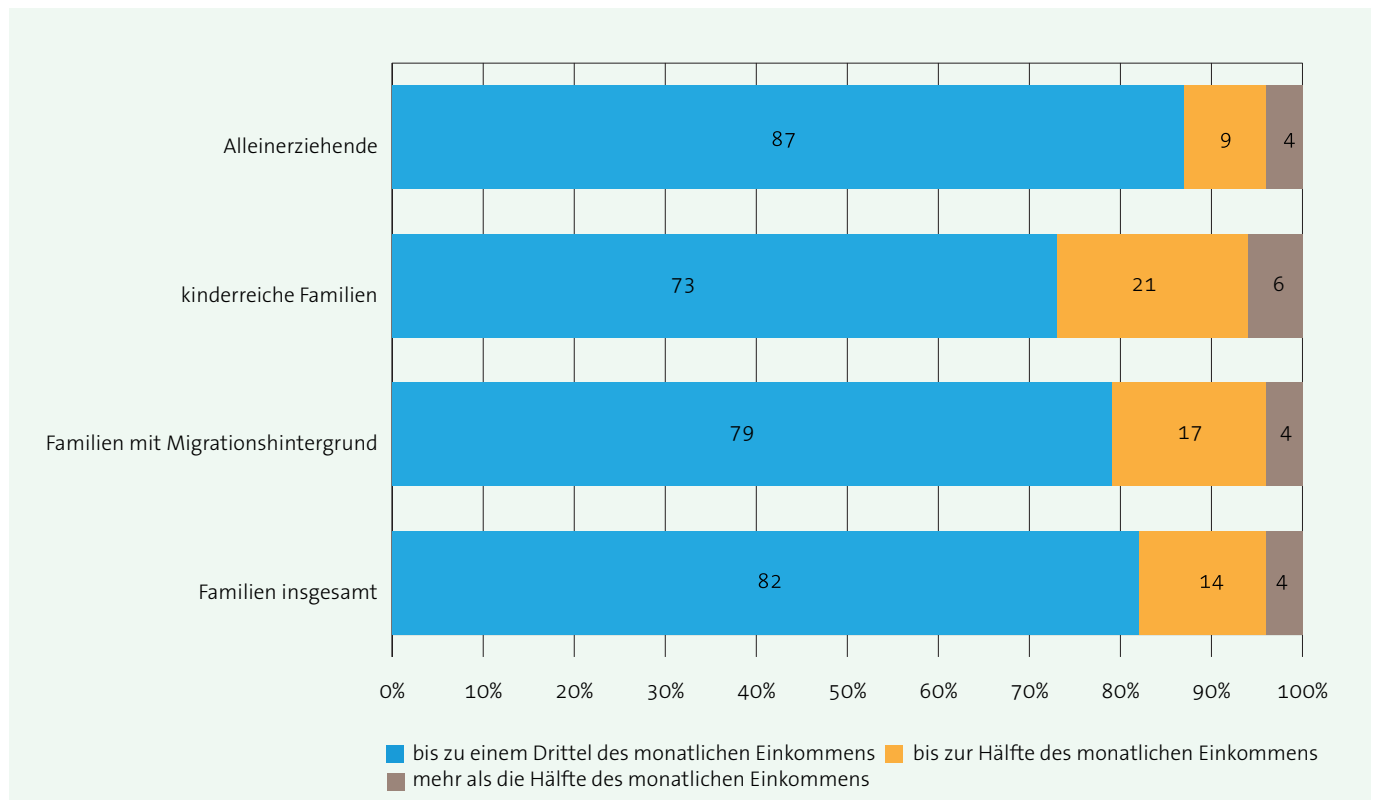
Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass eine vergleichsweise kleine Schuldenlast für eine Familie mit einem höheren Einkommen recht einfach zu handhaben ist, während dies für eine arme Familie unter Umständen bereits ein extrem schwieriges Wirtschaften im Alltagsleben bedeuten kann. Entscheidend für die Schuldenbelastung der Familien ist daher nicht das Vorhandensein von Schulden oder Krediten, sondern das Verhältnis der Zahlungsverpflichtungen zum Einkommen. In Abbildung 6.6 werden deshalb die jeweiligen Zahlungsbeträge auf das Haushaltsnettoeinkommen der Familien bezogen.

Zahlungsbelastungen von mehr als einem Drittel des monatlichen Haushaltseinkommens können unserer Ansicht nach bereits als Hinweis auf eine hohe Schuldenlast angesehen werden. Das gilt besonders bei niedrigen Haushaltseinkommen. Unvorhergesehene zusätzliche Ausgaben, wie etwa eine höhere Nachzahlung bei den Wohnnebenkosten, kostenintensive notwendige Haushaltsreparaturen oder Einkommenseinbußen, z.B. durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit, können dann schnell zur Überschuldung der Familien führen. Mit Zahlungsverpflichtungen, die mehr als die Hälfte des

monatlichen Geldbudgets „auffressen“, sind bereits massive Geldprobleme und zum Teil Überschuldungssituationen anzunehmen.

Der Großteil der Gütersloher Familien mit Schulden und Krediten hat eher geringere relative Zahlungsbelastungen von weniger als einem Drittel des Haushaltseinkommens, die in der Regel zu bewältigen sind. Insgesamt passt die Mehrheit der Familien ihre Kreditverpflichtungen offenbar an die vorhandene Einnahmensituation an. 14 Prozent der Gütersloher Familien müssen allerdings Zahlungsverpflichtungen von bis zur Hälfte ihres Einkommens nachkommen, vier Prozent haben sehr hohe Zahlungsverpflichtungen von mehr als der Hälfte des Einkommens. Überdurchschnittlich häufig sind kinderreiche Familien Zahlungsbelastungen von mehr als einem Drittel des monatlichen Einkommens ausgesetzt, während dieser Anteil unter Alleinerziehenden niedriger als bei den Familien insgesamt ist. Die Zahlungsbelastungen der Familien mit Migrationshintergrund sind nur etwas höher als die aller Gütersloher Familien.

Abbildung 6.6: Monatliche Zahlungsbelastungen in Familien mit Krediten und Schulden



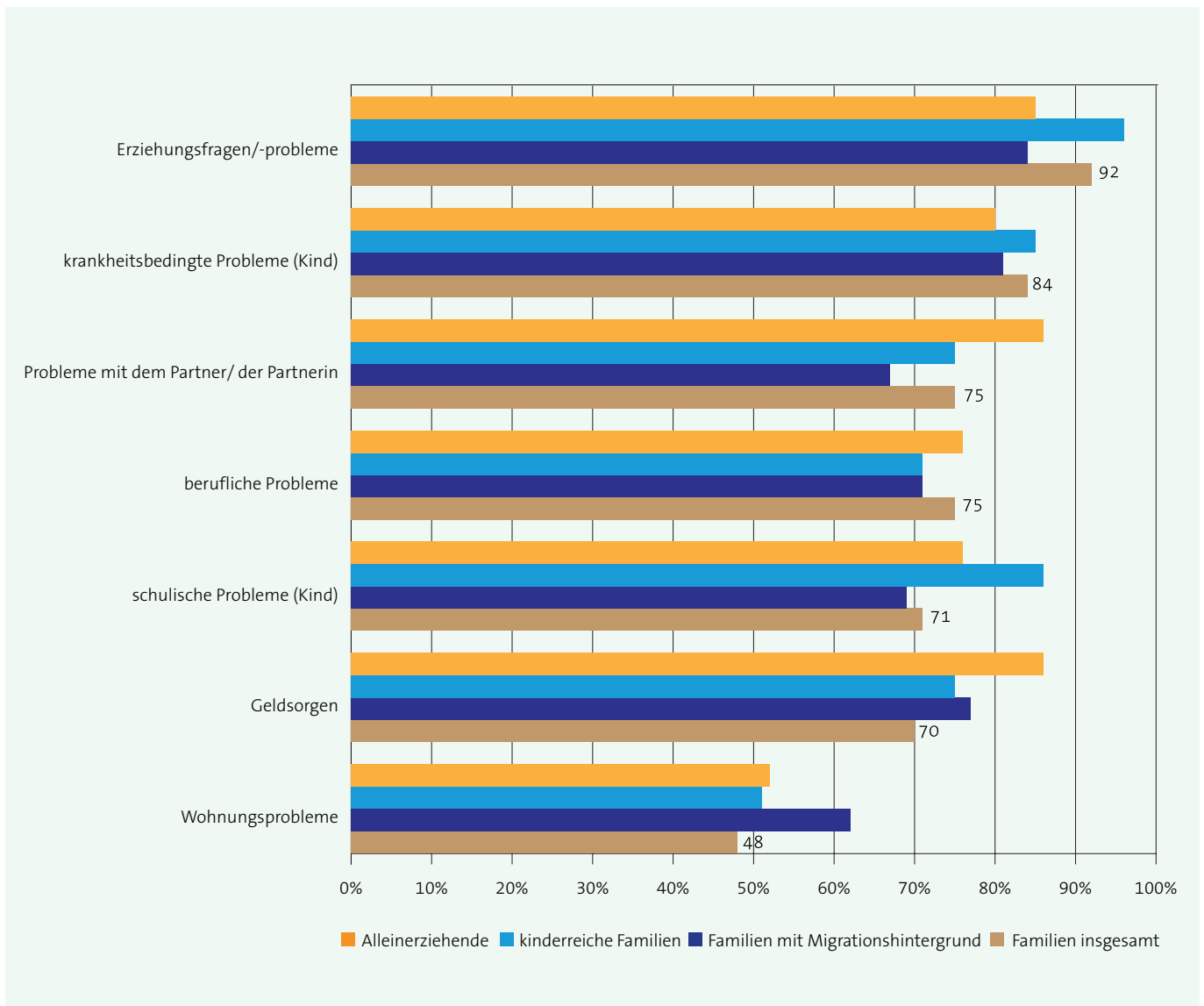
Anmerkung: Der Anteil der Zinsen- und Tilgungsraten am Haushaltseinkommen wird bezogen auf die Gruppenmitte der jeweiligen Einkommensgruppe.
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

6.2.2 Alltagsprobleme und Problemkumulationen

Das Zusammenleben mit Kindern verläuft in der Regel nicht völlig problemlos und führt im Alltag häufig zu Situationen, die nur mit Unterstützung anderer Familienmitglieder, von Freunden oder Bekannten oder unter Umständen auch durch die Hilfe entsprechender Fachkräfte gelöst werden können. Wir haben die Familien

deshalb anhand einer Auswahl vorgegebener Probleme gefragt, welche davon sie im Alltag bereits bewältigen mussten und von welcher Seite sie in diesen Situationen Hilfe erhalten haben. Dabei wurde eine sehr offene Fragestellung verwendet, die davon ausgeht, dass solche Probleme selbstverständlich für das Familienleben sind. Welche Familien die angeführten Probleme wie häufig bereits zu bewältigen hatten, lässt sich aus Abbildung 6.7 ablesen.

Abbildung 6.7: Welche Probleme gab es?



Angaben in Prozent der Nennungen.
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

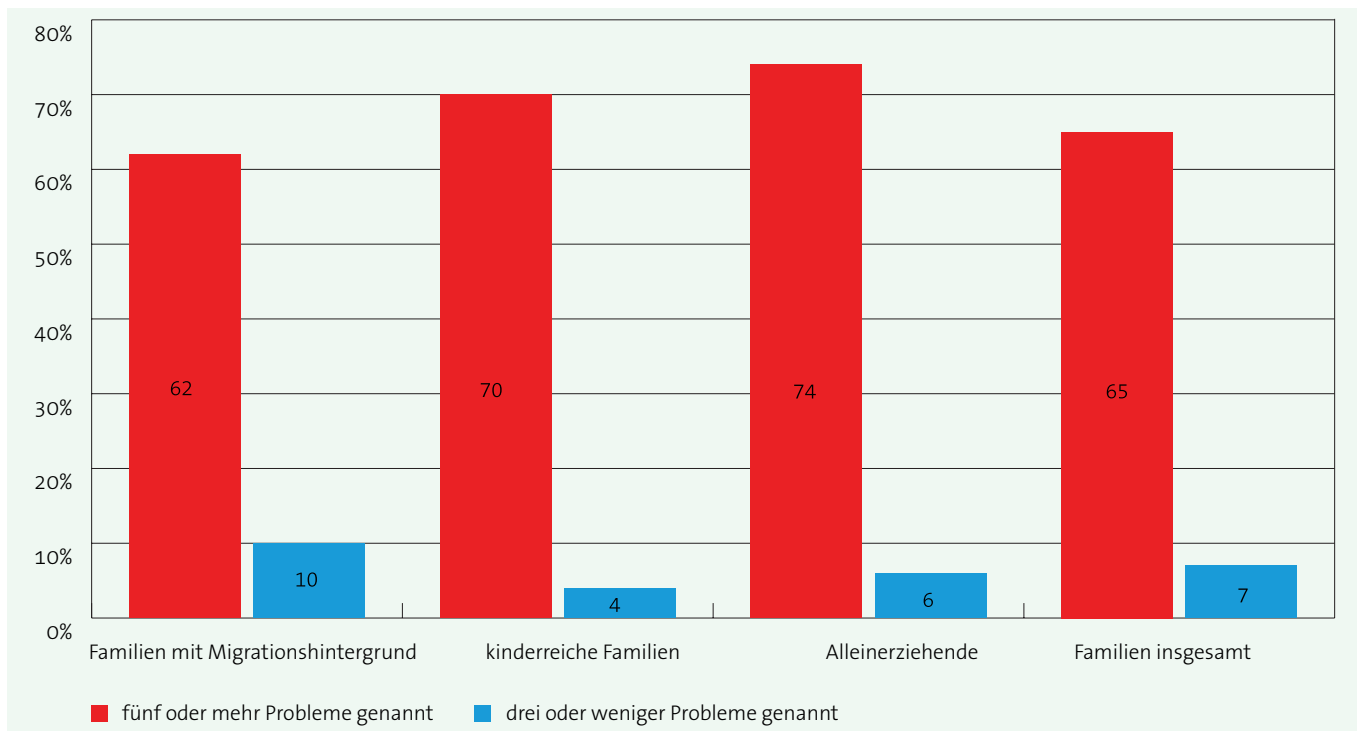
Zwischen den betrachteten Familienformen unterscheidet sich die Gewichtung der zu bewältigenden Probleme zum Teil erheblich: Kinderreiche Familien nennen (mit Ausnahme der beruflichen Probleme) sämtliche angeführten Probleme anteilig häufiger als Familien insgesamt. Vor allem Probleme, die die Kinder betreffen, also Erziehungsfragen/-probleme, schulische Probleme sowie krankheitsbedingte Probleme der Kinder, werden besonders häufig angegeben. Bei Alleinerziehenden werden dagegen Geldsorgen und Probleme mit dem Partner bzw. der Partnerin sehr viel häufiger als von allen anderen Familien genannt und stehen sogar noch vor Erziehungsfragen und Erziehungsproblemen. Familien mit Migrationshintergrund geben – mit Ausnahme von Geldsorgen und Wohnungsproblemen – die angeführten Probleme seltener als Familien insgesamt an.

Bei der Lösung der Alltagsprobleme haben die Gütersloher Familien in der Mehrzahl auf private Hilfe von Partner oder Partnerin, Verwandten oder Freunden zurückgegriffen, darin unterscheiden sie sich nicht von den Familien in anderen Kommunen der Projektfamilie. Das heißt, die Familie selbst ist auch heute noch die wichtigste Basis für Unterstützungsleistungen im Alltagsleben. Das trifft auch auf die hier betrachteten Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf zu (vgl. Tabelle 14 im Kommentierten Tabellenband: 38). Hilfe durch Fachkräfte wurde wesentlich seltener in Anspruch genommen, wobei Probleme der Kinder bzw. mit

den Kindern wie Erziehungsfragen/-probleme, schulische Probleme und vor allem krankheitsbedingte Probleme Ausnahmen darstellen. Hier wurde deutlich häufiger als bei anderen Problemen auf die Unterstützung von Fachkräften zurückgegriffen.

Betrachtet man etwas genauer, ob es eine Kumulation von Alltagsproblemen und Überschneidungen unterschiedlicher Problemlagen bei den Familien gibt, lässt sich insbesondere für Alleinerziehende aber auch für kinderreiche Familien eine Häufung hinsichtlich der genannten Probleme nachweisen (vgl. Abbildung 6.8). Unter Alleinerziehenden geben 74 Prozent an, mindestens fünf der sieben genannten Probleme bereits einmal gehabt zu haben, unter kinderreichen Familien sind es 70 Prozent. Familien mit Migrationshintergrund geben mit 62 Prozent dagegen etwas seltener als Gütersloher Familien insgesamt eine Häufung der genannten Probleme an. Betrachtet man den Anteil der Familien, die von drei oder weniger Problemen berichten – und bei denen man von einem subjektiv als relativ problemlos eingestuften Alltagsleben der Familie ausgehen kann – so sind es ebenfalls die Familien mit Migrationshintergrund, die mit einem vergleichsweise hohen Anteil auffallen. Diese Unterschiede zwischen Migrantenfamilien und anderen Familien können eine Vielzahl von Ursachen haben und könnten sowohl auf ein harmonischeres Familienleben in Migrantenfamilien oder auf eine andere Problemwahrnehmung in diesen Familien zurückgehen.

Abbildung 6.8: Kumulation von Problemen

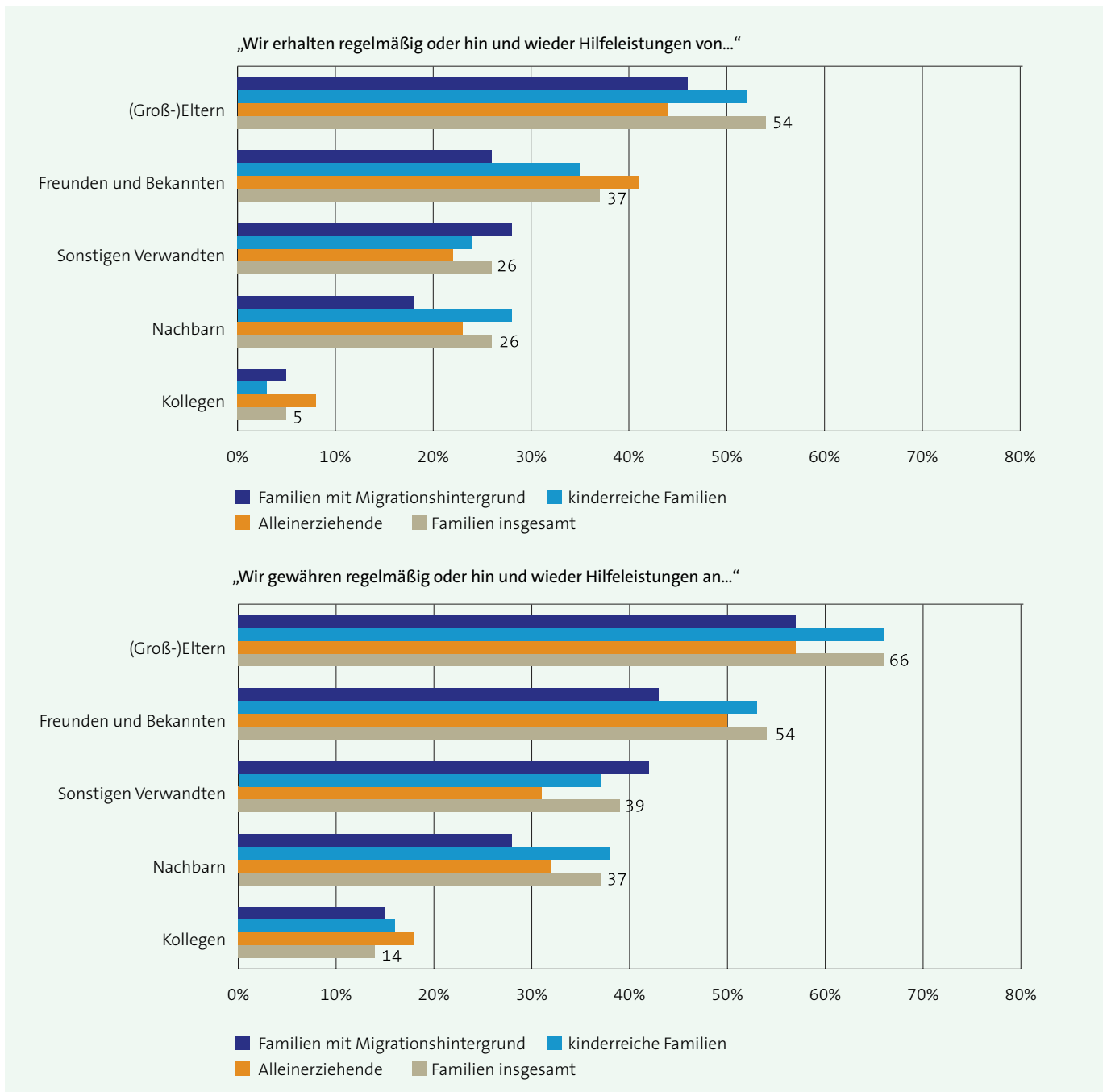


Angaben in Prozent.
Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Dass Familie, Nachbarn und Freunde von zentraler Bedeutung für Familien sind (beispielsweise indem sie bei der Lösung von Alltagsproblemen helfen), ist weiter oben bereits deutlich geworden. Die Verfügbarkeit solcher Netzwerkbeziehungen und informeller Unterstützungen können im Familienalltag und in schwierigen Lebenssituationen auch einen gewissen Ausgleich sozialer Benachteiligungen bewirken. Daher haben wir die Familien danach gefragt, ob und von wem sie gegebenen-

falls Unterstützung im Alltag, z.B. bei Arbeiten wie Renovierung, Gartenarbeit oder der Kinderbetreuung erhalten. Zusätzlich wurde erfragt, ob die Familien selbst anderen helfen und wem gegebenenfalls Hilfe gewährt wird. Die folgende Abbildung 6.9 gibt für ausgewählte Personengruppen an, welche Familien entsprechende Hilfe oder Unterstützung regelmäßig oder hin und wieder erhalten bzw. gewähren (vgl. auch Tabelle 16 im Kommentierten Tabellenband: 42).

Abbildung 6.9: Wer hilft im Alltag und wem wird geholfen?



Angaben in Prozent der Nennungen (regelmäßig oder hin und wieder).
Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Allgemein zeigt sich – wie auch in den anderen Kommunen der Projektfamilie –, dass die gewährte Hilfe umfassender eingeschätzt wird als die Hilfe und Unterstützung, die die Familien erhalten, unabhängig davon, von wem diese Unterstützung kommt bzw. für wen sie bestimmt ist. Am wichtigsten innerhalb der Netzwerkbeziehungen ist die in der Regel voraussetzungslose Unterstützung von (Groß-)Eltern, die nicht zum eigenen Haushalt gehören. Sie werden auch in Gütersloh sowohl als Helfende als auch als Empfänger von Hilfen am häufigsten genannt und sind dementsprechend für viele Familien eine verlässliche Basis im Alltagsleben. Daneben erhält ein Drittel der Gütersloher Familien Hilfe von Freunden und Bekannten, gut jede vierte Familie von sonstigen Verwandten und Nachbarn. Kollegen spielen eine weit weniger wichtige Rolle.

Alleinerziehende sind insgesamt sehr viel breiter in entsprechende Netzwerkbeziehungen eingebunden und erhalten häufiger als Familien insgesamt Unterstützung und Hilfe von Anderen. Neben den (Groß-)Eltern sind es besonders Freunde und Bekannte, die in den Unterstützungsnetzwerken der Alleinerziehenden eine bedeutsame Rolle spielen. Kinderreiche Familien und Migrantenfamilien sind in Gütersloh dagegen meist seltener Helfende oder Empfänger von Hilfe als Familien insgesamt. Nur verwandtschaftliche Netzwerke sind für Migrantenfamilien etwas wichtiger als für andere Familienformen.

6.3 Institutionelle Unterstützungsangebote

Trotz der großen Bedeutung privater Hilfenetzwerke spielen institutionelle Unterstützungsangebote eine nicht unbedeutende Rolle im Leben vieler Familien. Nachdem wir uns angesehen haben, mit welchen Alltagsproblemen die Familien in Gütersloh konfrontiert sind und wie ihre privaten Unterstützungsnetzwerke strukturiert sind, soll deshalb im Folgenden betrachtet werden, welche institutionellen Unterstützungsangebote für die Gütersloher Familien existieren. Welche Angebote wurden in der Stadt bisher in Anspruch genommen und sind diese den Familien, die sie erreichen sollen, überhaupt bekannt?

6.3.1 Kenntnis und Nutzung institutioneller Unterstützungsangebote

Wir haben den Familien im Fragebogen eine ganze Reihe städtischer Einrichtungen und Beratungsangebote öffentlicher und freier Träger vorgelegt und danach gefragt, ob die Familien diese in den letzten beiden Jahren genutzt haben oder ob ihnen diese gar nicht bekannt sind (vgl. Tabelle 6.2).¹⁹ Für jeweils mehr als ein Viertel der Gütersloher Familien spielten in den vergangenen beiden Jahren die Bundesagentur für Arbeit und das Jugendamt eine wichtige Rolle. Mit deutlichem Abstand folgten die Familien-

bildungsstätten, die GT aktiv GmbH²⁰, der Fachbereich Schule der Stadt Gütersloh und die Erziehungsberatung. Zwischen sieben und zehn Prozent der Gütersloher Familien nahmen in den letzten beiden Jahren Hilfen durch einen Kindertherapeuten, das Sozial- sowie Wohnungsamt oder einen Schulpsychologen in Anspruch.

Sowohl unter kinderreichen Familien als auch unter Alleinerziehenden liegen die Anteile derer, die auf Unterstützung durch die hier angeführten Einrichtungen und Beratungsangebote zurückgegriffen haben, fast ausnahmslos über dem Durchschnitt der Gütersloher Familien insgesamt. Deutlich häufiger als andere Familien waren Alleinerziehende in den letzten beiden Jahren auf Unterstützung durch das Jugendamt (50 Prozent), die GT aktiv GmbH (39 Prozent) sowie das Sozialamt (27 Prozent) angewiesen. Mehr als ein Drittel der Alleinerziehenden nahm darüber hinaus Hilfe durch die Bundesagentur für Arbeit in Anspruch. Aber auch der Fachbereich Schule der Stadt Gütersloh, die Erziehungsberatung und das Wohnungsamt wurden von jeweils einem Fünftel der Alleinerziehenden aufgesucht. Für kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund spielten in den vergangenen beiden Jahren vor allem die Bundesagentur für Arbeit bzw. die GT aktiv GmbH und das Jugendamt eine wichtige Rolle. Im Unterschied zu den kinderreichen Familien nutzten Familien mit Migrationshintergrund allerdings viele andere Hilfsangebote (etwas seltener als Familien insgesamt).

Allgemeine Beratungsangebote wie die Mietrechts- oder Schuldnerberatung werden zwar auch anteilig etwas häufiger durch Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf genutzt, der Anteil der Familien, die diese Einrichtungen in den letzten zwei Jahren besucht haben, liegt aber deutlich unter den Nutzungsraten für die in Tabelle 6.2 genannten Beratungsangebote. In größerem Umfang Unterstützung und Beratung bieten in Gütersloh darüber hinaus auch die Kirchengemeinden und Pfarrämter (vgl. Tabelle 15 im Kommentierten Tabellenband: 40). Betrachtet man den Bekanntheitsgrad der verschiedenen Einrichtungen, zeigt sich, dass die übergroße Mehrheit der Familien die genannten Einrichtungen und Beratungsstellen kennt. Eine Ausnahme stellt die GT aktiv GmbH dar, deren Angebot jede fünfte Familie nicht

19 An dieser Stelle beschränken wir uns allerdings auf Einrichtungen und Beratungsangebote, die von jeweils mindestens fünf Prozent der Familien in Anspruch genommen wurden. Die Nutzungsraten für sämtliche Einrichtungen und Angebote sind im Kommentierten Tabellenband (Tabelle 15 auf Seite 40) dargestellt.

20 Die GT aktiv GmbH ist eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) im Sinne des SGB II und wurde am 01.01.2005 von der Bundesagentur für Arbeit Bielefeld und dem Kreis Gütersloh gegründet.

Tabelle 6.2: In den letzten zwei Jahren von Familien in Gütersloh genutzte städtische Einrichtungen und allgemeine Beratungsangebote

	Familien insgesamt		Familien mit Migrationshintergrund		kinderreiche Familien		Alleinerziehende	
	Angaben in Prozent							
	ja	kenne ich nicht	ja	kenne ich nicht	ja	kenne ich nicht	ja	kenne ich nicht
Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsamt)	28	0,8	41	1,8	30	2,0	36	0,0
Jugendamt (Fachbereich Jugend)	27	1,0	25	1,5	30	1,6	50	0,0
Familienbildungsstätte	17	1,8	7	4,2	10	3,2	6	3,7
GT aktiv GmbH	15	20,9	29	17,1	22	20,6	39	7,0
Fachbereich Schule (Stadt Gütersloh)	15	1,6	16	2,7	20	2,6	20	3,7
Erziehungsberatung	15	2,1	11	4,2	20	3,7	20	4,5
Kindertherapeut	10	1,5	9	3,1	14	2,1	13	1,8
Sozialamt (Fachbereich Soziale Hilfen)	8	1,4	15	2,3	13	2,7	27	0,0
Wohnungsamt	8	1,5	17	1,9	15	2,1	20	0,0
Schulpsychologe	7	1,8	5	3,5	9	3,2	12	1,8

Anmerkung: Nur Einrichtungen und Beratungsangebote, die von mindestens fünf Prozent der Familien in Anspruch genommen wurden
Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

kennt (bzw. nicht unter diesem Namen kennt). Anders als in einigen anderen Städten und Gemeinden der Projektfamilie sind in Gütersloh die Angebote und Einrichtungen unter Migrantenfamilien nicht deutlich unbekannter als unter allen Familien, was für einen insgesamt guten Bekanntheitsgrad der verschiedenen allgemeinen Beratungseinrichtungen spricht.

Da die Angaben der Familienbefragung für diese Fragestellungen leider keine differenzierten kleinräumigen Ergebnisse liefern können, sollen im Folgenden kleinräumige Unterschiede hinsichtlich der Nutzung und Beratungsbedarfe der Familien bzw. der Kinder und Jugendlichen in Gütersloh noch einmal anhand vorliegender Verwaltungsdaten der Jugendhilfe dargestellt werden. Betrachtet man die Hilfen zur Erziehung, die je 1.000 der Bevölkerung unter 21 Jahren im Jahr 2006 in Gütersloh in Anspruch genommen wurden, zeigt sich in den meisten Sozialräumen ein Übergewicht der ambulanten Hilfen (vgl. Abbildung 6.10).

Zwischen 4,0 (Avenwedde-Mitte/West) und 23,5 Promille (Spexard) der Kinder dieser Altersgruppe erhielten im Jahr 2006 ambulante Hilfen. Stationäre Hilfen zur Erziehung nahmen zwischen 5,0 (Friedrichsdorf) und 28,9 Promille (Innenstadt) der Kinder und Jugendlichen in Anspruch.²¹ Stadtweit wurden in Gütersloh im Jahr 2006 16,6 ambulante Hilfen je 1.000 unter 21-Jährige und 14,1 stationäre Hilfen je 1.000 unter 21-Jährige verzeichnet. Hinsichtlich der Jugendgerichtshilfequote, also dem Anteil der Jugendgerichtsfälle je 1.000 der Bevölkerung im Alter

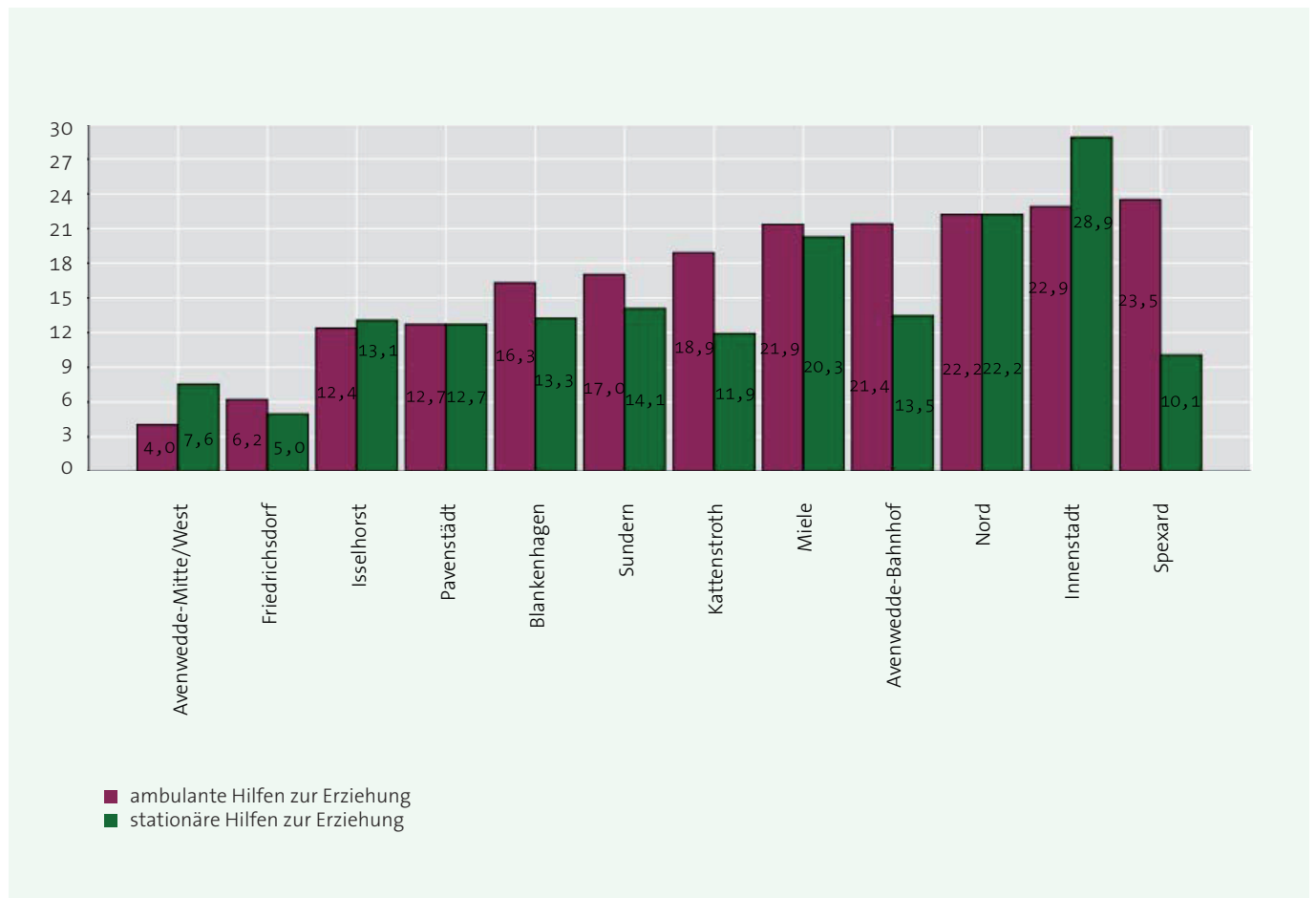
von 14 bis unter 21 Jahren, zeigen sich zwischen den Gütersloher Sozialräumen ebenfalls sehr deutliche Unterschiede (vgl. Karte 6.1)²²

Die mit Abstand meisten Jugendgerichtsfälle waren im Jahr 2006 in den Sozialräumen Miele, Innenstadt und Nord zu beobachten. In diesen Sozialräumen wurden auch ambulante und stationäre Hilfen zur Erziehung überdurchschnittlich oft in Anspruch genommen. Im Sozialraum Blankenhagen liegt die Jugendgerichtshilfequote ebenfalls deutlich über dem stadtweiten Wert von 135,7. Dort waren allerdings leicht unterdurchschnittliche Inanspruchnahmequoten für Hilfen zur Erziehung zu finden.

21 Diese kleinräumigen Unterschiede dürfen allerdings nicht überbewertet werden, da es sich nur um Angaben für einen Jahrgang und damit um relativ kleine Fallzahlen handelt. Erst mit der Berechnung von Jahresdurchschnitten über mindestens drei Jahre können kleinräumige Unterschiede besser abgebildet werden.

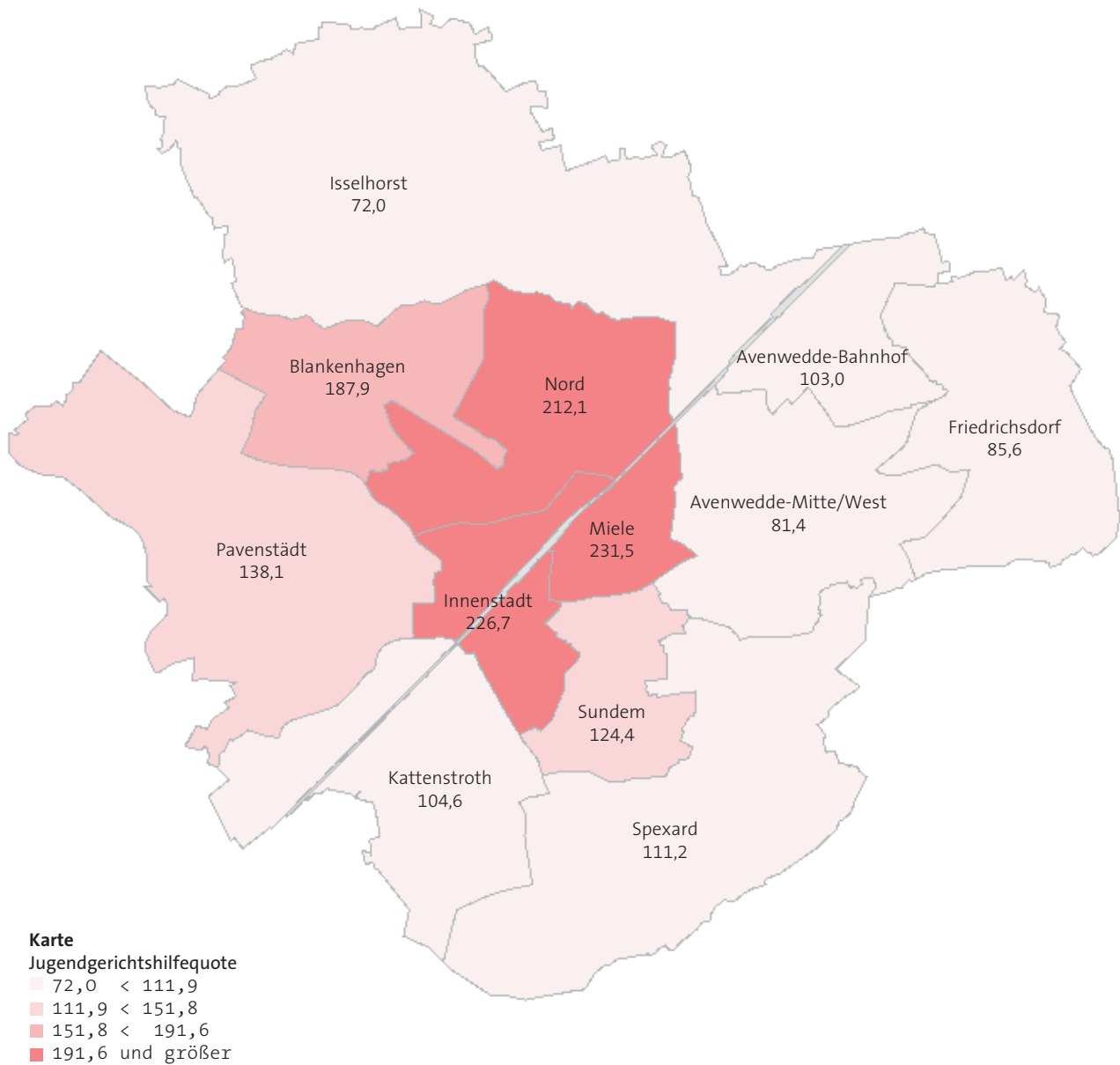
22 Die Statistik der Jugendgerichtshilfe betrachtet Jugendgerichtsfälle und nicht straffällig gewordene Jugendliche. Wird ein Jugendlicher mehrfach straffällig, wird er auch mehrfach in der Statistik gezählt. Die dargestellten Jugendgerichtshilfequoten bilden also nicht den Anteil der straffällig gewordenen Jugendlichen ab, sondern beziehen lediglich die Häufigkeit der Straftaten auf die relevante Altersgruppe.

Abbildung 6.10: Ambulante und stationäre Hilfen zur Erziehung* in Gütersloh 2006



*nach den §§ 27ff. SGB VIII (ohne Erziehungsberatungsstellen)
 (je 1.000 der Bevölkerung unter 21 Jahren; basierend auf Jahressumme)
 Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

Karte 6.1: Jugendgerichtshilfequote in Gütersloh 2006



(Jugendgerichtsfälle je 1.000 der Bevölkerung im Alter von 14 bis unter 21 Jahren; basierend auf Jahressumme)
Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

6.3.2 Einschätzung des Angebots und der Hilfe

Abschließend möchten wir kurz betrachten, wie die Gütersloher Familien die familienspezifischen Angebote und Unterstützungsleistungen in der Stadt subjektiv bewerten. Um eine Einschätzung zu diesen Aspekten durch die Gütersloher Familien zu erhalten, haben wir ihnen eine Reihe von Aussagen zur Bewertung vorgelegt, die mit dem Satz eingeführt wurden: „Das Leben in einer Familie und die Erziehung der Kinder können durch äußere Umstände erleichtert oder erschwert werden. Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?“ Die Familien bewerteten die Aussagen auf einer Fünferskala von 1 „stimme voll und ganz zu“ bis 5 „stimme überhaupt nicht zu“. Hier sollen zwei Items näher betrachtet werden, die sich auf das institutionelle und städtische Angebot für Familien beziehen.

Danach befragt, ob sie sich über die familienspezifischen Angebote in der Stadt gut informiert fühlen, zeigt sich unter den Gütersloher Familien insgesamt ein sehr ambivalentes Bild (vgl. Abbildung 6.11): 30 Prozent der Familien stimmen dieser Aussage eher nicht bzw. überhaupt nicht zu, ein großer Teil von 34 Prozent ist unentschieden. Mit 36 Prozent ist aber dennoch der Anteil der Familien, die dieser Aussage voll und ganz bzw. eher zustimmen (im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden der Projektfamilie) hoch. Unter Alleinerziehenden fällt diese Einschätzung etwas schlechter aus. 37 Prozent stimmen der Aussage eher nicht bzw. überhaupt nicht zu, lediglich 31 Prozent können eher bzw. voll und ganz zustimmen. Etwas besser als andere Familien fühlen sich Kinderreiche über die familienspezifischen Angebote in der Stadt informiert. Unter Familien mit Migrationshintergrund zeigt sich bei der Einschätzung zur Information über familienspezifische Angebote – anders als in anderen Projektkommunen – in Gütersloh aber kein positiveres Bild als für Familien insgesamt.

Die Frage, ob auf den Ämtern bei Familienangelegenheiten unbürokratisch geholfen wird, beantworten die Familien in Gütersloh ebenfalls recht ambivalent. Allerdings sind hier die Anteile der unentschiedenen Familien, die sich in dieser Frage offenbar kein Urteil zutrauen, noch einmal deutlich größer (vgl. Abbildung 6.12). Bei den Gütersloher Familien insgesamt ist sogar mehr als die Hälfte der Familien in ihrem Urteil unentschieden. Unter Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf sind die Anteile der unentschiedenen Familien deutlich kleiner, was auch damit zusammenhängen kann, dass diese Familien häufiger als die Familien insgesamt Rat und Unterstützung von Gütersloher Ämtern in Anspruch genommen haben (vgl. Tabelle 6.2). Durch die geringeren Anteile unentschiedener Familien werden bei kinderreichen Familien und Familien mit Migrationshintergrund sowohl die Gruppe der Familien, die der Aussage zustimmen, als

auch die Gruppe, die die Aussage ablehnen, etwas größer. Alleinerziehende sehen diesen Punkt der Arbeit städtischer Ämter aber kritischer als die Gütersloher Familien insgesamt.

Abbildung 6.11: Information über familienspezifische Angebote

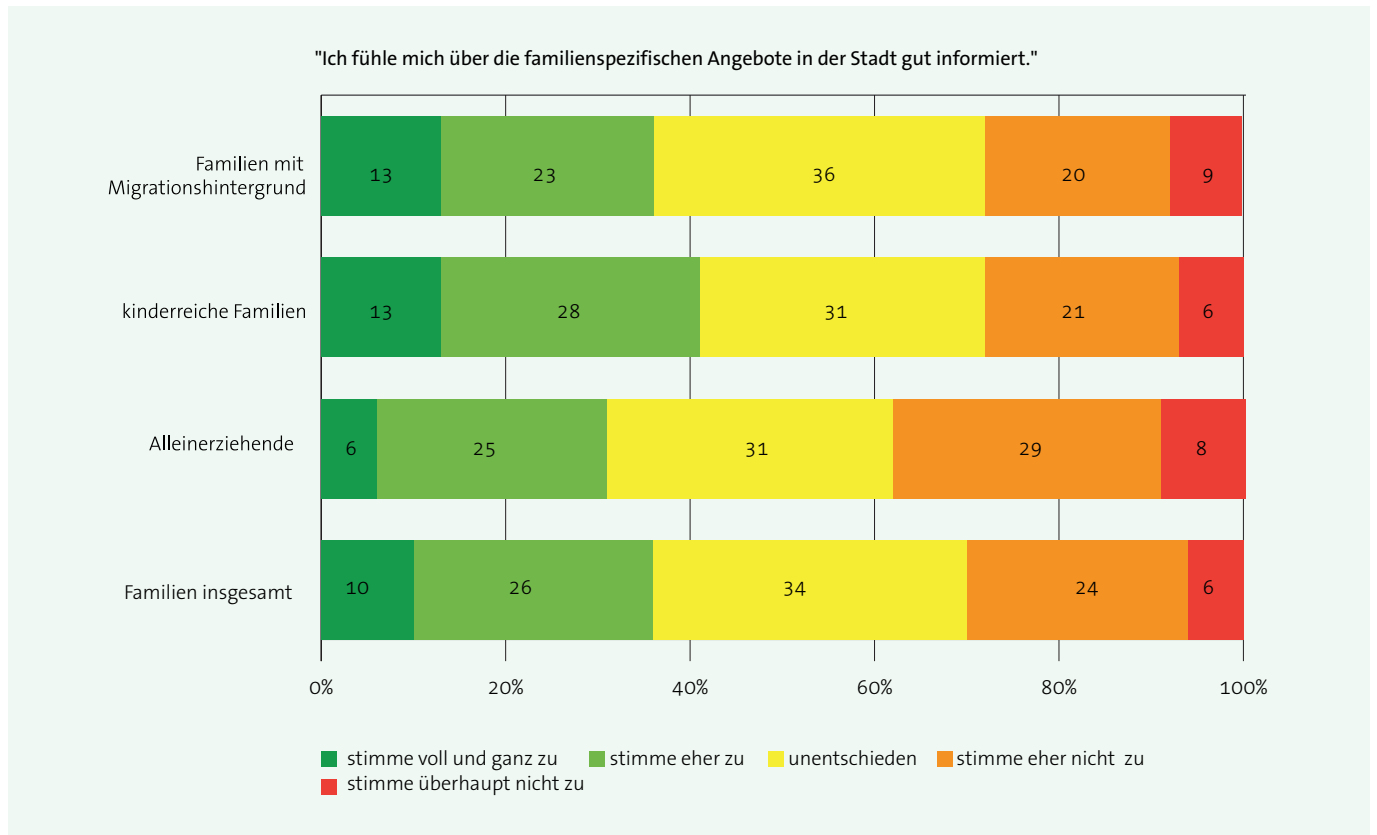
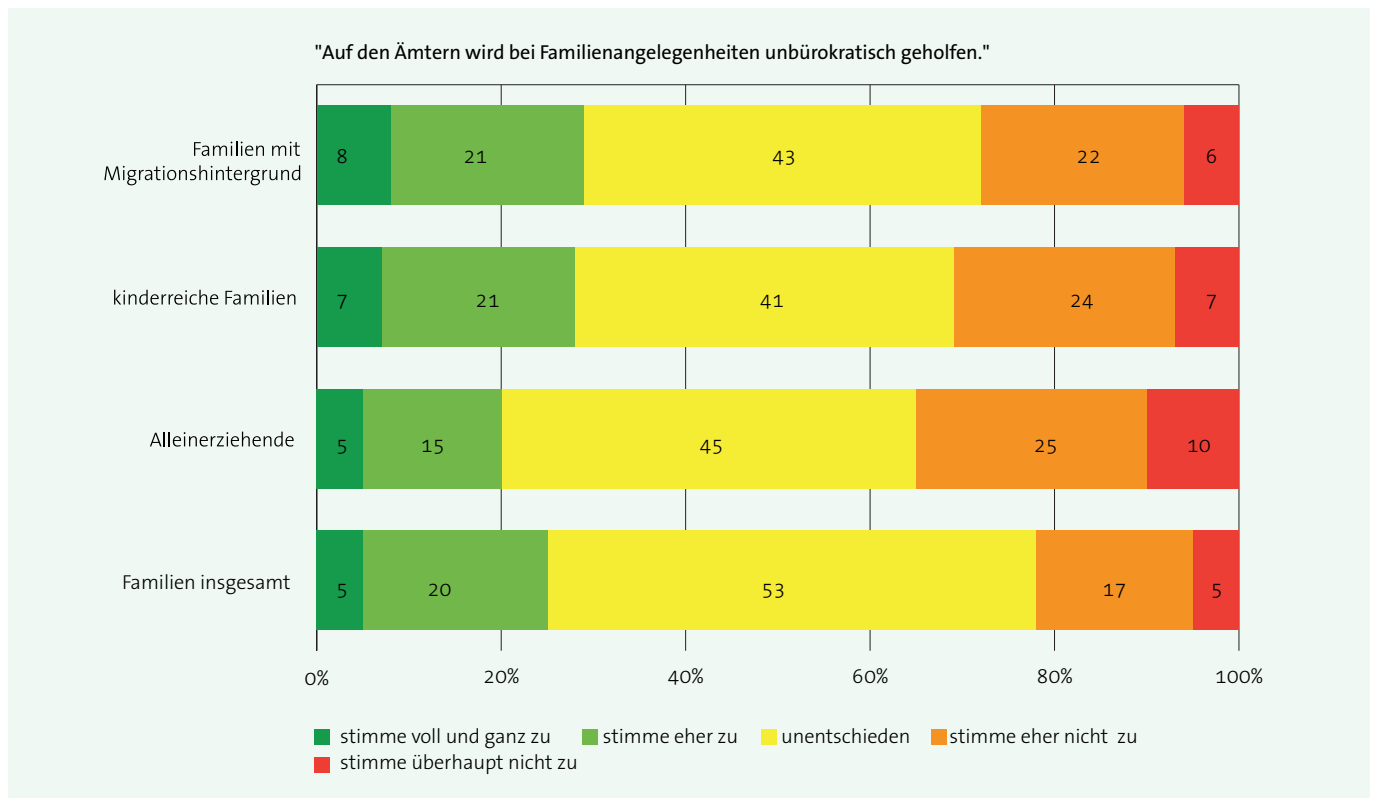


Abbildung 6.12: Unbürokratische Hilfe bei Familienangelegenheiten



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

7 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

In Deutschland beeinträchtigt die Verantwortung für ein Kind die Erwerbsbeteiligung von Frauen sehr viel deutlicher als in vielen anderen westlichen Industriestaaten, weshalb Deutschland bei der Erwerbsbeteiligung von Müttern im OECD-Vergleich lediglich im Mittelfeld liegt (vgl. BMFSFJ 2005: 286). Dies wird im Allgemeinen durch die ungünstigen institutionellen Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit erklärt: Fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen, Unflexibilität auf Arbeitgeberseite, negative Wirkungen des Steuersystems auf die Erwerbseinbindung von Müttern und andere „strukturelle Rücksichtslosigkeiten“ (Kaufmann) der Gesellschaft gegenüber Familien mit Kindern. In Deutschland geht die Entscheidung von Frauen für Kinder daher in der Regel (immer noch) mit dem Verzicht oder der Einschränkung der Erwerbstätigkeit einher und Kinderlosigkeit ist in diesem Kontext häufig Ausdruck von fehlenden Möglichkeiten, Beruf und Familie zu kombinieren: „Frauen [in Deutschland] sind im internationalen Vergleich seltener erwerbstätig, seltener Mütter und noch seltener beides zusammen.“ (vgl. Scheuer/Dittmann 2007: 1) Diese Feststellung gilt insbesondere für Westdeutschland.

In den vergangenen Jahren ist daher die Frage nach einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker in den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Diskussionen und Bestrebungen für mehr Familienfreundlichkeit gerückt. Mit Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Eltern und besonders für Mütter erleichtern sollen, ist auf kommunaler Ebene die Hoffnung verbunden, die Geburtenrate (wieder) zu steigern, junge Familien in den Städten und Gemeinden zu halten oder neue Familien anzusiedeln. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse zur Erwerbseinbindung von Müttern sowie zu Problemen bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Gütersloh spiegeln insofern bestehende bundesweite Trends und Problemlagen wider. Dennoch finden sich in Gütersloh spezifische Ausprägungen, die ebenfalls dokumentiert werden. Themen des Kapitels sind der Umfang und die Art der Erwerbseinbindung von Eltern, die Arbeitsteilung im Haushalt bezüglich Betreuungs-, Pflege- und Hilfeleistungen im Alltag sowie die subjektiven Einschätzungen der Eltern dazu, wie sie persönlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewerten. Da besonders der Ausbau und die Verbesserung der Kinderbetreuung eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verspricht, werden die Kinderbetreuungsarrangements in Gütersloh etwas genauer betrachtet. Im Vordergrund steht dabei die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten.

7.1 Erwerbstätigkeit in unterschiedlichen Familienkonstellationen

Ist das für (West-)Deutschland lange Zeit typische Ernährermodell mit dem Vollzeit erwerbstätigen Mann und einer nicht oder

nur Teilzeit erwerbstätigen Frau auch in Gütersloh noch Normalität? Welche Rolle spielen das Bildungsniveau der Mütter, die Kinderzahl und das Alter der Kinder für die Müttererwerbstätigkeit in Gütersloh? Dies sind Fragen, die wir im Folgenden anhand der Ergebnisse der Familienbefragung beantworten werden.

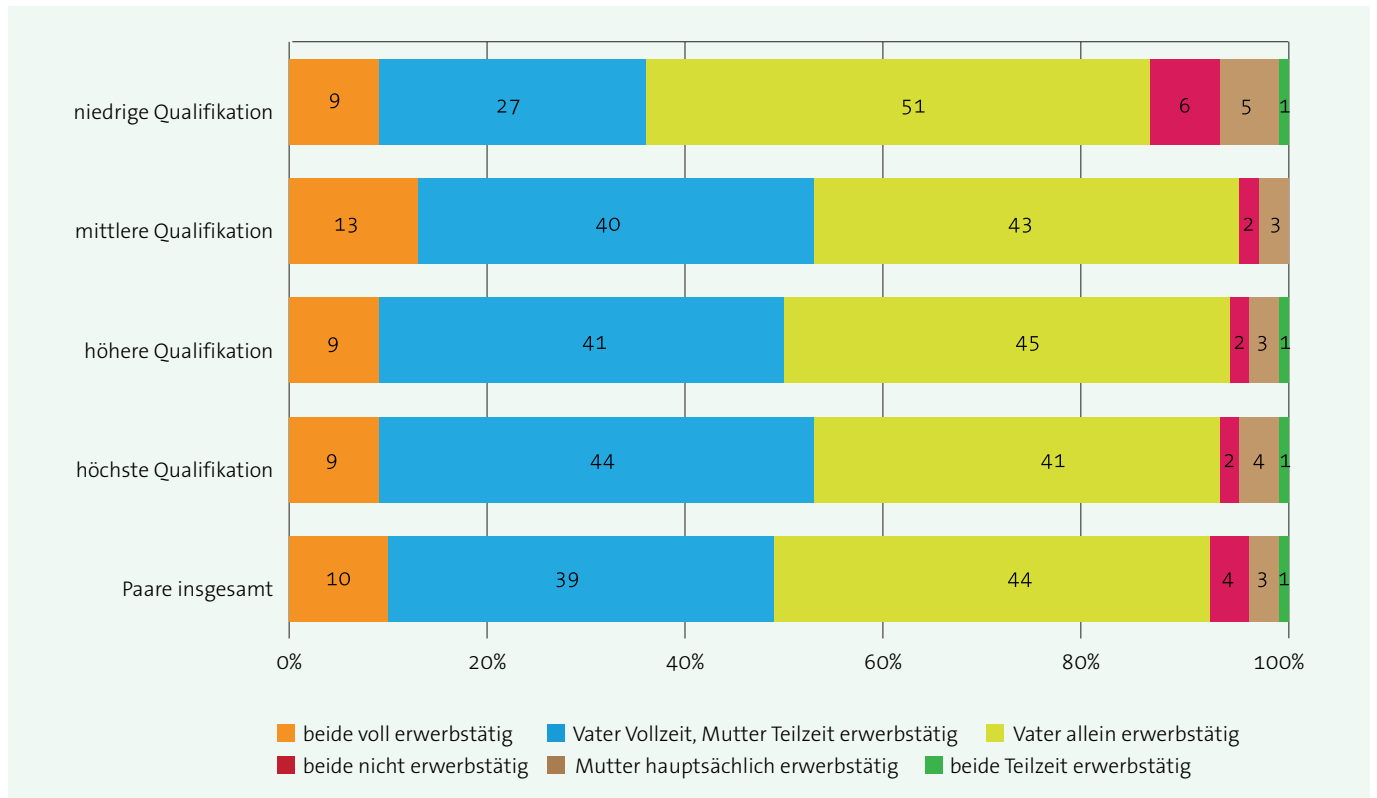
7.1.1 Erwerbseinbindung von Paaren und Alleinerziehenden

Auch in Gütersloh ist – wie in vielen anderen Städten Nordrhein-Westfalens – das klassische Modell mit dem voll erwerbstätigen Vater und der Mutter, die die Familienarbeit leistet und nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätig ist, die am weitesten verbreitete Erwerbskonstellation²³ unter den Paarfamilien. Wir finden diese Erwerbsaufteilung in 83 Prozent der Gütersloher Familien mit minderjährigen Kindern (vgl. Abbildung 7.1). Das Alleinernermodell findet sich besonders oft in Paarfamilien mit einem niedrigeren Bildungsstatus, während das Erwerbsmodell, in dem die Mutter zusätzlich einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht, häufiger ausgeübt wird, je höher der Bildungsstatus eines Haushalts ist. Im Vergleich zu den anderen Kommunen der Projektfamilie finden sich vergleichsweise häufig Paarfamilien, in denen beide Elternteile Vollzeit erwerbstätig sind. In lediglich vier Prozent der Familienhaushalte gehen beide Elternteile keiner Erwerbstätigkeit nach, überdurchschnittlich häufig in Familien mit einer niedrigen Bildungsqualifikation. Eine Umkehrung der traditionellen Erwerbsaufteilung, also eine hauptsächliche Erwerbstätigkeit der Mutter, findet sich nur in drei Prozent der Haushalte.

Die Erwerbsaufteilung der Eltern beeinflusst auch das Äquivalenzeinkommen der Familien. Wenn beide Elternteile arbeiten, ist das Äquivalenzeinkommen höher. Allerdings haben auch fünf Prozent der Familien mit zwei Vollzeit erwerbstätigen Elternteilen weniger als 750 Euro äquivalenzgewichtetes monatliches Einkommen zur Verfügung (vgl. die Ausführungen zu „working poor“ in Kapitel 5.3).

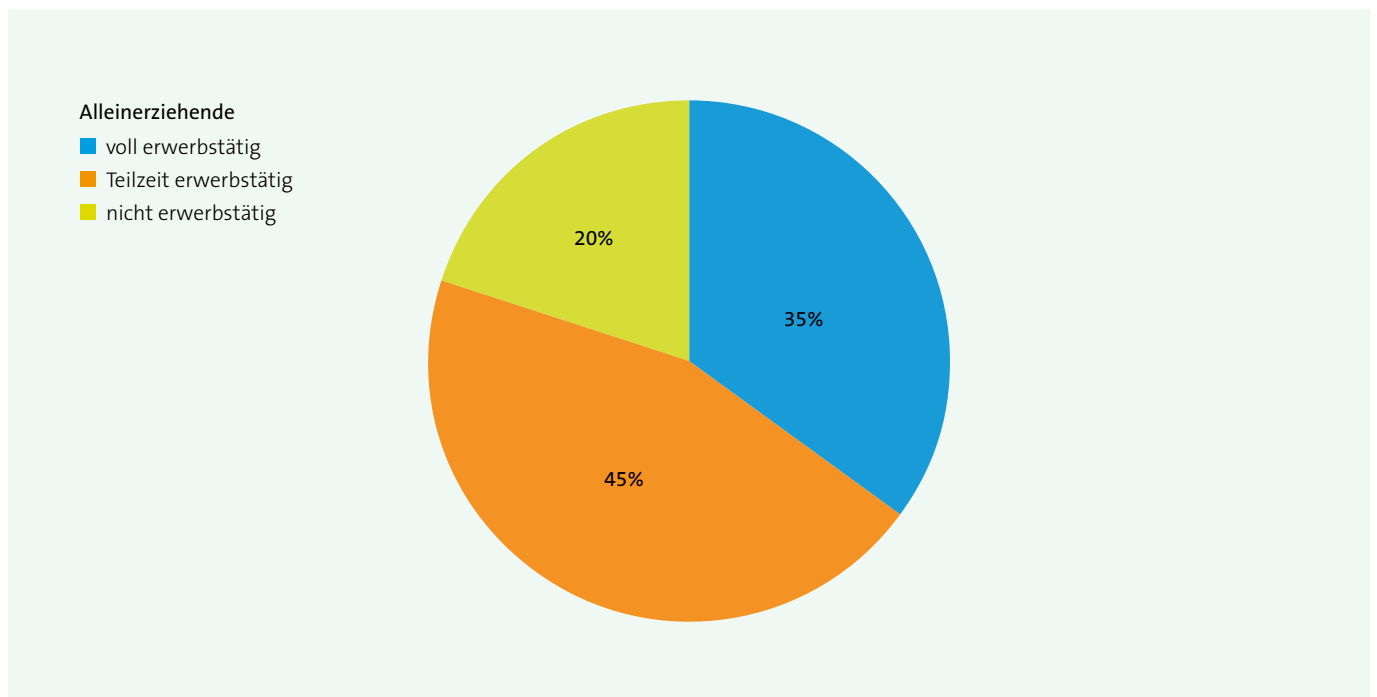
23 Erwerbstätig ist, wer einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nachgeht, sich im Wehr- oder Zivildienst oder einer beruflichen Ausbildung befindet. Geringfügig Beschäftigte, Arbeitslose, Schüler/innen, Student/innen, Rentner/innen und Personen in Mutterschafts-, Erziehungsurlaub und Elternzeit zählen somit zu den Nichterwerbstätigen.

Abbildung 7.1: Erwerbsaufteilung von Paaren mit minderjährigen Kindern nach Bildungsstatus



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Abbildung 7.2: Erwerbsaufteilung von Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Alleinerziehende – in Gütersloh handelt es sich dabei zu 93 Prozent um alleinerziehende Mütter – haben aufgrund der alleinigen Verantwortung für die Familienarbeiten besondere Schwierigkeiten, die Familienarbeit mit einer Berufstätigkeit zu verbinden. Gleichzeitig ist die Erwerbstätigkeit für Alleinerziehende häufig eine ökonomische Notwendigkeit, um den eigenen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der Kinder zu sichern. Diese ambivalente Situation spiegelt sich in der Erwerbseinbindung der Alleinerziehenden wider: Ein gutes Drittel der Alleinerziehenden arbeitet in Vollzeit, 45 Prozent sind Teilzeit erwerbstätig. Im Vergleich zu den anderen Kommunen der Projektfamilie ist der Anteil der nicht erwerbstätigen Alleinerziehenden mit 20 Prozent ausgesprochen niedrig. Diese Alleinerziehenden sind auf private Unterhaltszahlungen bzw. sozialstaatliche Transfers zur Sicherung des Lebensunterhaltes angewiesen.

7.1.2 Müttererwerbstätigkeit

Besonders wenn Kinder im Haushalt leben, sind deutliche Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen festzustellen. Während bei Frauen die Müttererwerbsquote stark unterdurchschnittlich ist, ist bei Männern die Erwerbsquote von Vätern sogar etwas höher als bei Männern ohne Kinder (vgl. MGF-FI 2007: 63). Die Frage nach dem Verzicht oder der Einschränkung der Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie scheint sich für Väter demnach zumeist nicht zu stellen. Aus diesem Grund betrachten wir im Weiteren nur die Müttererwerbstätigkeit und inwiefern diese durch die Familiensituation beeinflusst wird. Die Studie „Frauen zwischen Beruf und Familie. Entwicklungen in NRW 1997-2005“ stellt einen engen Zusammenhang zwischen dem Umfang der Erwerbseinbindung der Mütter und der Familienphase bzw. dem Alter des jüngsten Kindes sowie dem Bildungsstatus der Mütter fest (vgl. ebd.: 62ff.) und auch der Migrationshintergrund des Haushaltes beeinflusst die Erwerbseinbindung der Mütter. Hier können ökonomische Zwänge und fehlende Arbeitsmöglichkeiten ebenso von Bedeutung sein, wie kulturelle Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit oder die institutionellen Rahmenbedingungen im Lebensumfeld der Familien (vgl. u.a. Scheuer/Dittmann 2007: 1ff.).

Wie in Tabelle 7.1 zu sehen ist, ist in Gütersloh mehr als die Hälfte der Mütter berufstätig, 14 Prozent vollzeitlich und 42 Prozent in Teilzeit. Der Anteil der nicht erwerbstätigen Mütter ist mit 44 Prozent im Vergleich der Projektkommunen sehr niedrig. Einen sehr deutlichen Einfluss hat das Alter des jüngsten Kindes auf die Müttererwerbstätigkeit: Nur sechs Prozent der Mütter, deren jüngstes Kind unter einem Jahr alt ist, sind Vollzeit berufstätig und die Erwerbsquote ist insgesamt mit 19 Prozent sehr gering. Mit steigendem Alter des jüngsten Kindes nimmt die Erwerbstätigkeit der Mütter aber deutlich zu. Ist das jüngste Kind unter 14 Jahren, gehen die Mütter vermehrt einer Teilzeitbeschäftigung

nach und wenn das jüngste Kind 14 Jahre und älter ist, nimmt auch die Vollzeitbeschäftigung der Mütter sehr deutlich zu.

Die Beteiligung der Mütter am Erwerbsleben hängt ebenfalls sehr deutlich mit der Anzahl der Kinder zusammen: Sowohl in Paarfamilien als auch in Familien Alleinerziehender sind die Mütter häufiger Vollzeit erwerbstätig, wenn nur ein minderjähriges Kind im Haushalt lebt. Wie bereits oben dargestellt wurde, sind alleinerziehende Mütter deutlich häufiger erwerbstätig als Mütter in Paarfamilien, da sie alleine für die Sicherung des Lebensunterhaltes verantwortlich sind. Einen etwas weniger deutlichen Einfluss auf die Berufstätigkeit hat in Gütersloh der Bildungsstatus der Mütter. Insbesondere Mütter mit höchster Qualifikation (Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss) sind seltener nicht erwerbstätig und häufiger in einer Vollzeitbeschäftigung, während Mütter mit niedrigster Bildungsqualifikation deutlich häufiger nicht erwerbstätig sind. In Migrantenfamilien finden sich sowohl mehr Mütter in einer Vollzeitbeschäftigung als auch mehr nicht erwerbstätige Mütter.

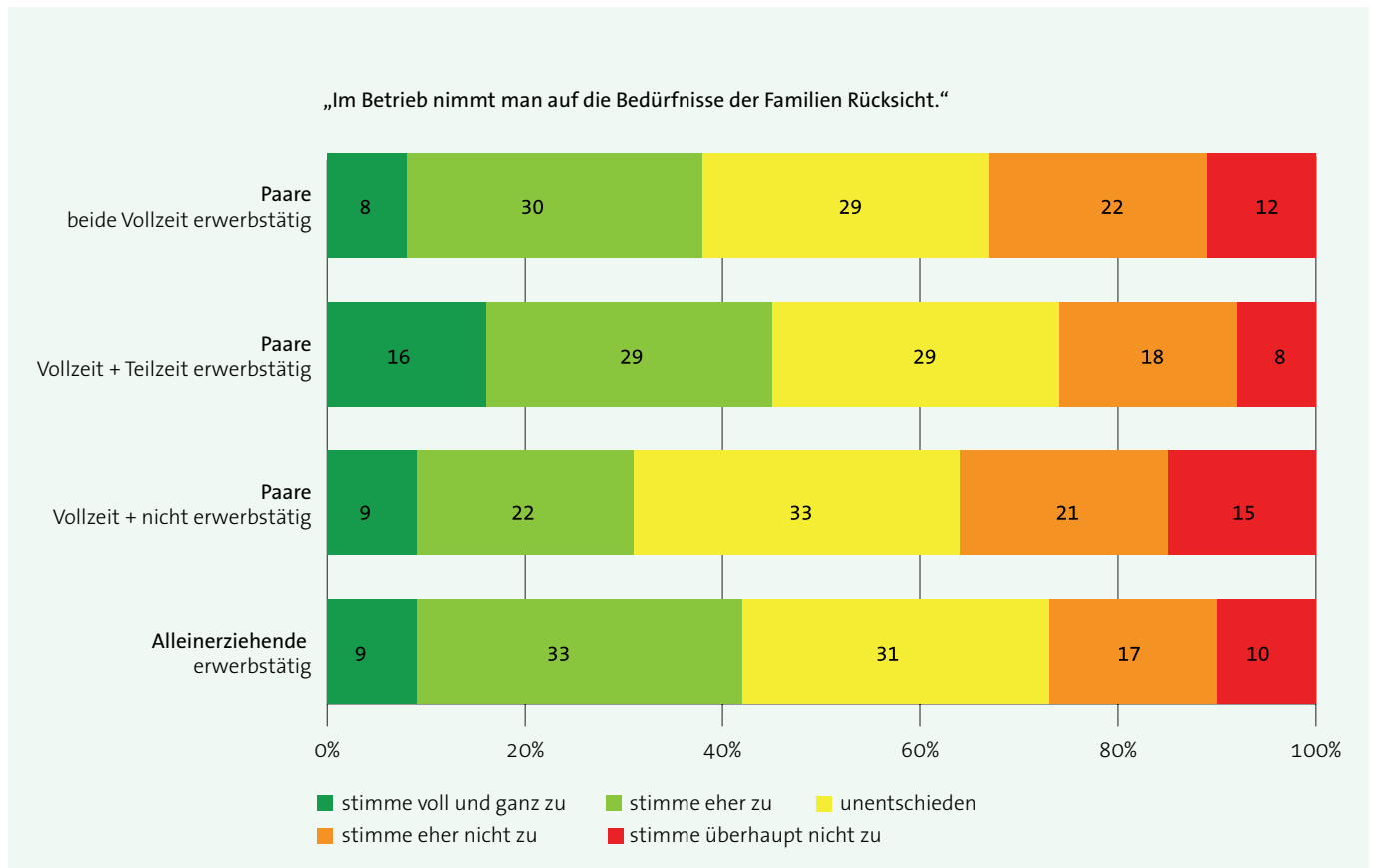
Bittet man die Gütersloher Familien, in denen mindestens ein Elternteil erwerbstätig ist, um eine Einschätzung der Aussage „Im Betrieb nimmt man auf die Bedürfnisse der Familien Rücksicht“, erkennt man über die unterschiedlichen Erwerbsbeteiligungen hinweg eine geteilte Meinung (vgl. Abbildung 7.3). Die größte Zustimmung findet die Aussage bei Paaren, mit einem Vollzeit und einem Teilzeit erwerbstätigen Elternteil (45 Prozent). Paarfamilien mit nur einem erwerbstätigen Elternteil lehnen diese Aussage am häufigsten ab und nur 31 Prozent dieser Familien stimmen (eher) zu.

Tabelle 7.1: Müttererwerbstätigkeit in unterschiedlichen Familienformen

	Mutter voll erwerbstätig	Mutter Teilzeit erwerbstätig	Mutter nicht erwerbstätig
	Angaben in Prozent		
Familienhaushalte			
ohne Migrationshintergrund	13	46	41
mit Migrationshintergrund	16	33	51
Paare			
mit einem Kind	17	40	44
mit zwei Kindern	10	48	42
mit drei und mehr Kindern	7	30	63
Alleinerziehende			
mit einem Kind	45	45	10
mit zwei und mehr Kindern	20	50	30
Familien, deren jüngstes Kind ... alt ist			
unter 1 Jahr	6	13	81
1 bis unter 3 Jahre	6	28	66
3 bis unter 6 Jahre	13	40	47
6 bis unter 10 Jahre	16	47	37
10 bis unter 14 Jahre	13	55	33
14 bis unter 18 Jahre	27	49	24
Mütter mit			
niedriger Qualifikation	12	33	55
mittlerer Qualifikation	13	49	38
höherer Qualifikation	13	43	44
höchster Qualifikation	18	45	37
Familien insgesamt	14	42	44

Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Abbildung 7.3: Nimmt man im Betrieb Rücksicht auf Familien?



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

7.2 Familienarbeit

Neben der Erwerbstätigkeit betrifft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Familienarbeit, also die im Haushalt anfallenden Arbeiten wie Putzen, Kochen und Einkaufen, die Betreuung und Erziehung der Kinder oder die Betreuung pflegebedürftiger Familienmitglieder. Zahlreiche Studien zur Arbeitsteilung im Haushalt belegen, dass sich diese insbesondere mit der Geburt des ersten Kindes stärker am traditionellen Modell geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung orientiert, was bedeutet, dass viele Frauen zu diesem Zeitpunkt ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen und die Hauptzuständige für die Haus- und Familienarbeit übernehmen (vgl. Schulz/Blossfeld 2006). Obwohl diese eher private Seite der Vereinbarkeitsprobleme in der öffentlichen Diskussion nur sehr selten aufgegriffen wird, ist sie ein untrennbarer Teil des Alltagslebens von Familien und beeinflusst die Alltagsbelastungen und -probleme von Müttern und Vätern maßgeblich. Wir möchten daher folgende Fragen etwas genauer betrachten: Wie teilen sich Paare diese Arbeiten auf und gibt es einen Zusammenhang zur Erwerbsbeteiligung der Mütter? In welchem Umfang und für welche Bereiche greifen die Familien auf

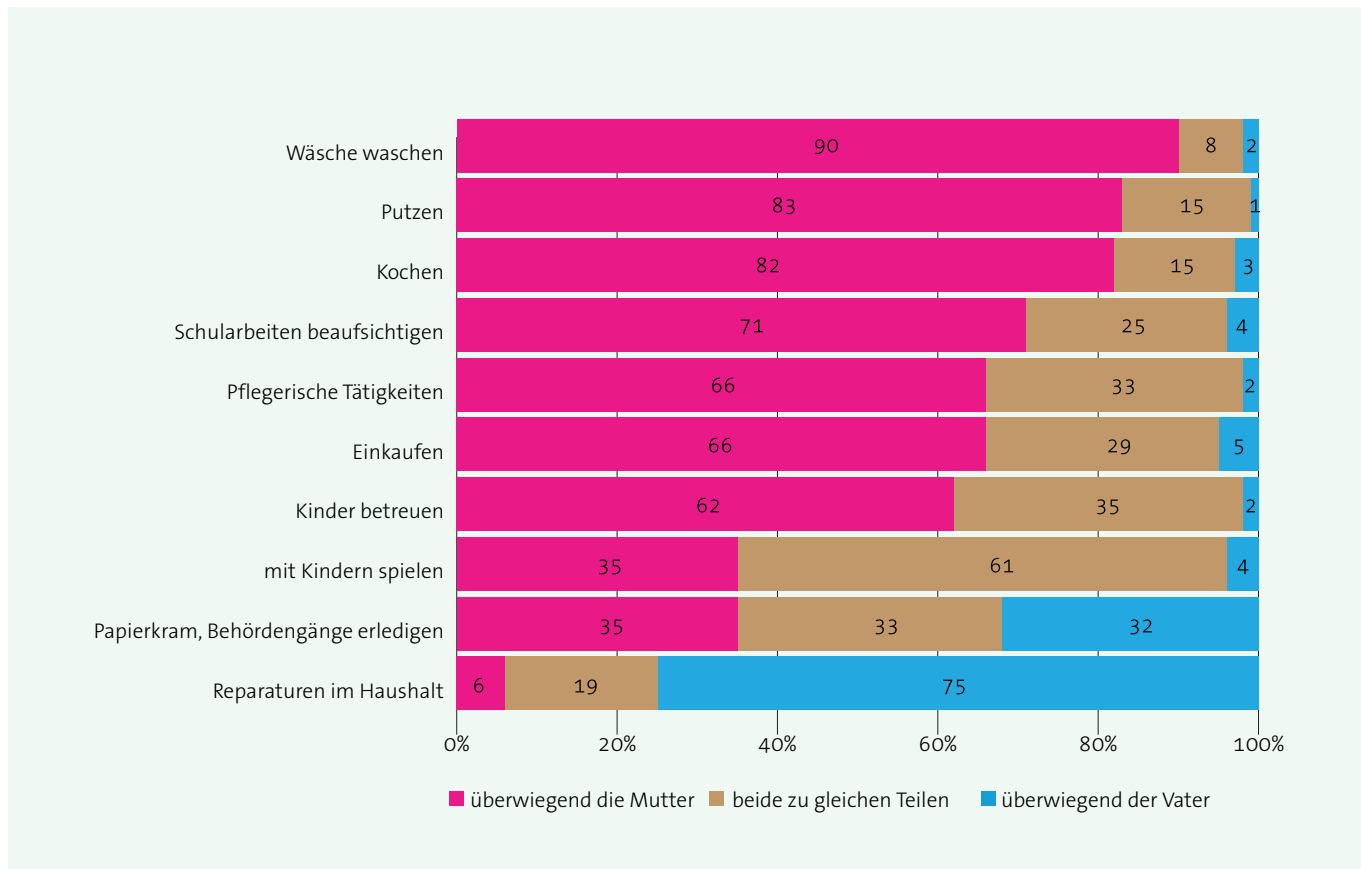
Dienstleistungen zur Bewältigung der Hausarbeiten zurück? Wie wird die Kinderbetreuung im häuslichen Umfeld organisiert und wie viele Familien sind für pflegebedürftige Angehörige verantwortlich? All diese Fragen sind wesentliche Komponenten der individuellen Arrangements von Familien zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

7.2.1 Arbeitsteilung im Haushalt und Arbeitsentlastungen bei der Hausarbeit

In Abbildung 7.4 werden verschiedene Tätigkeiten im Haushalt und ihre Aufteilung zwischen den Eltern dargestellt. Dazu wurden Gütersloher Familien danach gefragt, ob diese Tätigkeiten überwiegend durch die Mutter oder den Vater ausgeführt werden oder es eine gleichberechtigte Aufgabenteilung zwischen beiden Elternteilen gibt.²⁴

²⁴ Diese Frage wurde nur Müttern oder Vätern gestellt, die mit ihrem (Ehe-) Partner in einem Haushalt leben.

Abbildung 7.4: Arbeitsteilung im Haushalt



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

In den Grundtendenzen unterscheiden sich die Ergebnisse der Familienbefragung zu diesem Lebensbereich nicht von Ergebnissen für andere Städte und Gemeinden der Projektfamilie. Auch in Gütersloh zeigt sich eine deutlich geschlechtsspezifisch und traditionell geprägte Arbeitsteilung im Haushalt zwischen Vätern und Müttern, die mit der eingangs aufgezeigten traditionellen Erwerbsbeteiligung korrespondiert. Vor allem Hausarbeiten wie Wäsche waschen, Putzen und Kochen werden mehrheitlich überwiegend von der Mutter durchgeführt. Väter sind in diese Hausarbeiten nur selten einbezogen und fühlen sich offenbar auch nicht verantwortlich. Für die Beaufsichtigung von Schularbeiten, pflegerische Tätigkeiten (unabhängig davon, ob es um die Pflege von Kindern oder von Angehörigen geht), das Einkaufen und das Betreuen der Kinder zeigen sich zwar höhere Anteile einer geteilten Verantwortung bzw. Zuständigkeit, eine überwiegende Verantwortlichkeit des Vaters ist aber auch bei diesen Aufgaben sehr selten. Reparaturen hingegen werden – wenig überraschend – in der großen Mehrzahl der Familien vorwiegend von den Vätern ausgeführt. Die Bewältigung von „Papierkram“ und Behördengängen zeigt keine geschlechtsspezifischen Differenzen. In einer überwiegend geteilten Verantwortlichkeit ist das gemeinsame Spielen mit den Kindern.

Da in der Regel hauptsächlich der Vater einer Erwerbstätigkeit nachgeht (vgl. Kapitel 7.1), ist es wenig verwunderlich, dass die Mutter häufiger für die Hausarbeit sowie die Betreuung und Erziehung der Kinder verantwortlich ist. Daher betrachten wir im Folgenden die Familienarbeit in Zusammenhang mit der Erwerbsaufteilung der Paare.

Abbildung 7.5 zeigt unterschiedliche Konstellationen der Erwerbsaufteilung von Paaren und ihre Arbeitsaufteilung im Haushalt an den Beispielen Kochen und Wäsche waschen. In allen Erwerbskonstellationen der Paare werden diese Tätigkeiten überwiegend von der Mutter übernommen. Zwar ist eine Verschiebung zugunsten einer gleichberechtigteren Aufteilung zu erkennen, je stärker die Mutter in eine Erwerbstätigkeit eingebunden ist, eine überwiegende Zuständigkeit des Vaters bleibt aber dennoch die Ausnahme (vgl. auch Tabelle 18 im kommentierten Tabellenband: 50). Dieser Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird in öffentlichen Diskussionen nur selten aufgegriffen, obgleich gerade die Doppelbelastungen durch Familienarbeit und Erwerbsarbeit Vereinbarkeitsprobleme im Alltag aufwerfen. Konkret heißt dies, dass eine bessere Vereinbar-

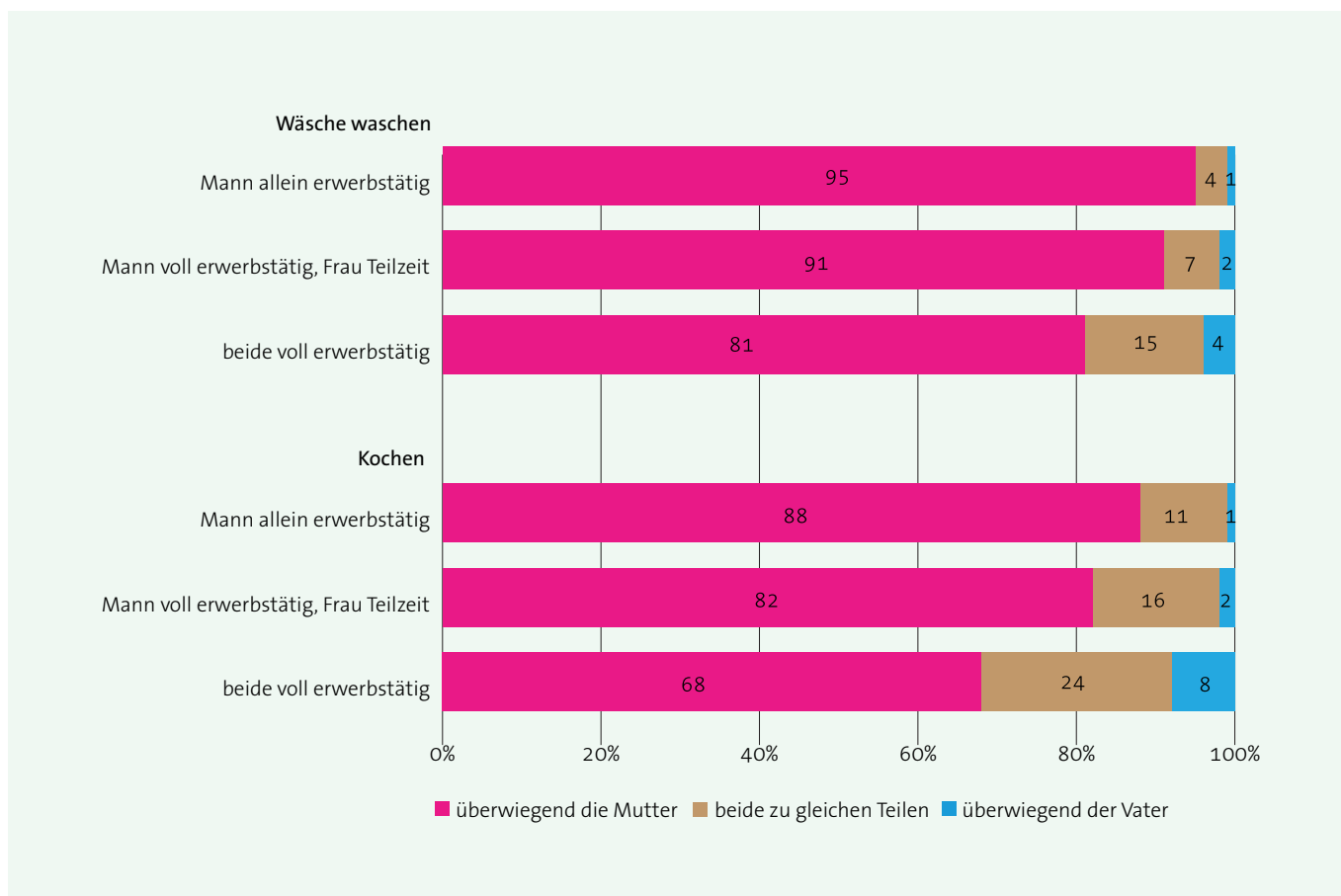
keit von Familie und Beruf in Zukunft nur gelingen kann, wenn auch Väter stärker in die Familienarbeit einbezogen werden und permanente Doppelbelastungen für erwerbstätige Mütter abgebaut werden können.

Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, sich von der Familienarbeit zu entlasten, z.B. indem haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch genommen werden, Fertigprodukte konsumiert werden oder ähnliches. Werden diese Möglichkeiten von Familien in Gütersloh genutzt? Welche Familien nutzen diese Arbeitsentlastungen zur Bewältigung der Familienarbeit? Können sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern?

Da nur dann von einer Entlastung hinsichtlich der zu leistenden Familienarbeit gesprochen werden kann, wenn diese Möglichkeiten nicht nur gelegentlich, sondern regelmäßig genutzt werden, betrachten wir nur die regelmäßige Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen durch die Gütersloher

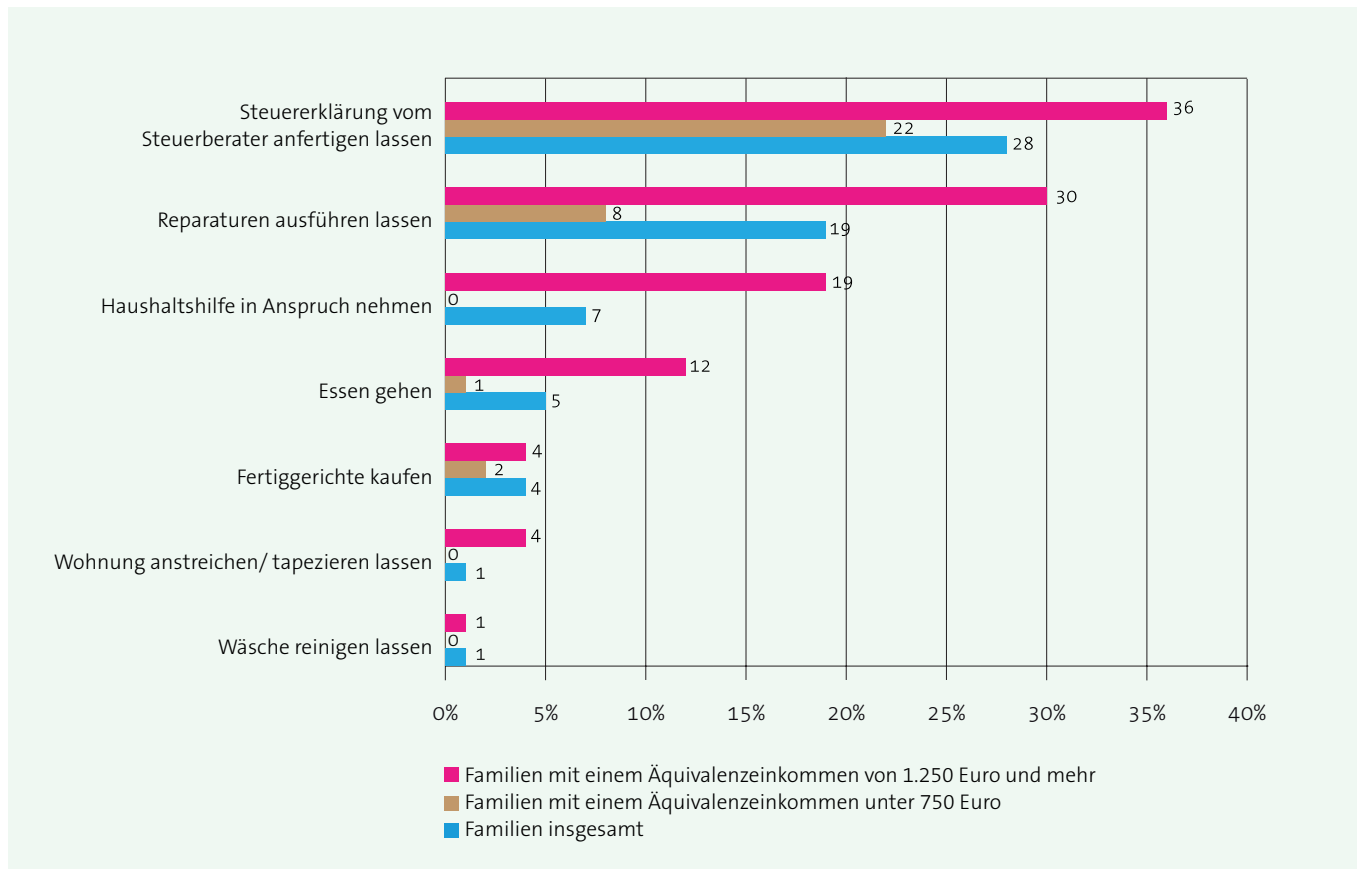
Familien (vgl. Abbildung 7.6 und Tabelle 19 im Kommentierten Tabellenband: 51). Diese werden von den Familien insgesamt eher selten in Anspruch genommen. Nur für die Steuererklärung und Reparaturen gibt ein etwas größerer Anteil aller Familien an, dass diese Dienstleistungen regelmäßig genutzt werden. Eine regelmäßige Haushaltshilfe nehmen hingegen nur sieben Prozent der Gütersloher Familien regelmäßig in Anspruch. In der Mehrzahl der Familien bleiben demnach insbesondere die Hausarbeiten Aufgabe der Mütter. Gleichzeitig zeigt sich bei einem genaueren Blick, dass die Inanspruchnahme solcher Dienstleistungen stark einkommensabhängig ist. Von Familien der höchsten Einkommensgruppe (mit einem Äquivalenzeinkommen von über 1.250 Euro monatlich), was häufig Zwei-Verdiener-Familien sind, werden solche haushaltsnahen Dienstleistungen sehr viel häufiger regelmäßig genutzt. Die Möglichkeiten über diese Wege die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und eine Arbeitsentlastung hinsichtlich der Familienarbeit zu erreichen, sind für Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen sehr viel eingeschränkter.

Abbildung 7.5: Erwerbsaufteilung von Paaren und Arbeitsteilung im Haushalt



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Abbildung 7.6: Arbeitsentlastungen bei der Hausarbeit nach Einkommen



Anmerkung: Nur regelmäßige Inanspruchnahme, Angaben in Prozent.
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

7.2.2 Alltägliche Betreuungs- und Hilfeleistungen zu Hause

Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf können sich auch bei der Pflege von (zumeist älteren) Familienangehörigen stellen. Sie wird in Zukunft mit der Alterung der Bevölkerung weiter an Bedeutung gewinnen und die erwerbstätige Bevölkerung vor größere Anforderungen stellen (vgl. Kapitel 3). Auch in Gütersloh werden in insgesamt 17 Prozent der Familienhaushalte Aufgaben zur Betreuung von Pflegebedürftigen übernommen. In der Mehrzahl sind dies pflegebedürftige Familienangehörige, die nicht mit im Familienhaushalt wohnen – vor allem Eltern oder Schwiegereltern. Fünf Prozent der Familien betreuen aber auch ein eigenes pflegebedürftiges Kind, den Partner bzw. die Partnerin oder einen anderen Familienangehörigen im eigenen Haushalt (vgl. Tabelle 7.2).

Nach der Darstellung der Erwerbseinbindung der Mütter in Kapitel 7.1 ist es nicht überraschend, dass für die Betreuung der Kinder außerhalb von Schule und Kindertagesstätten die Mutter

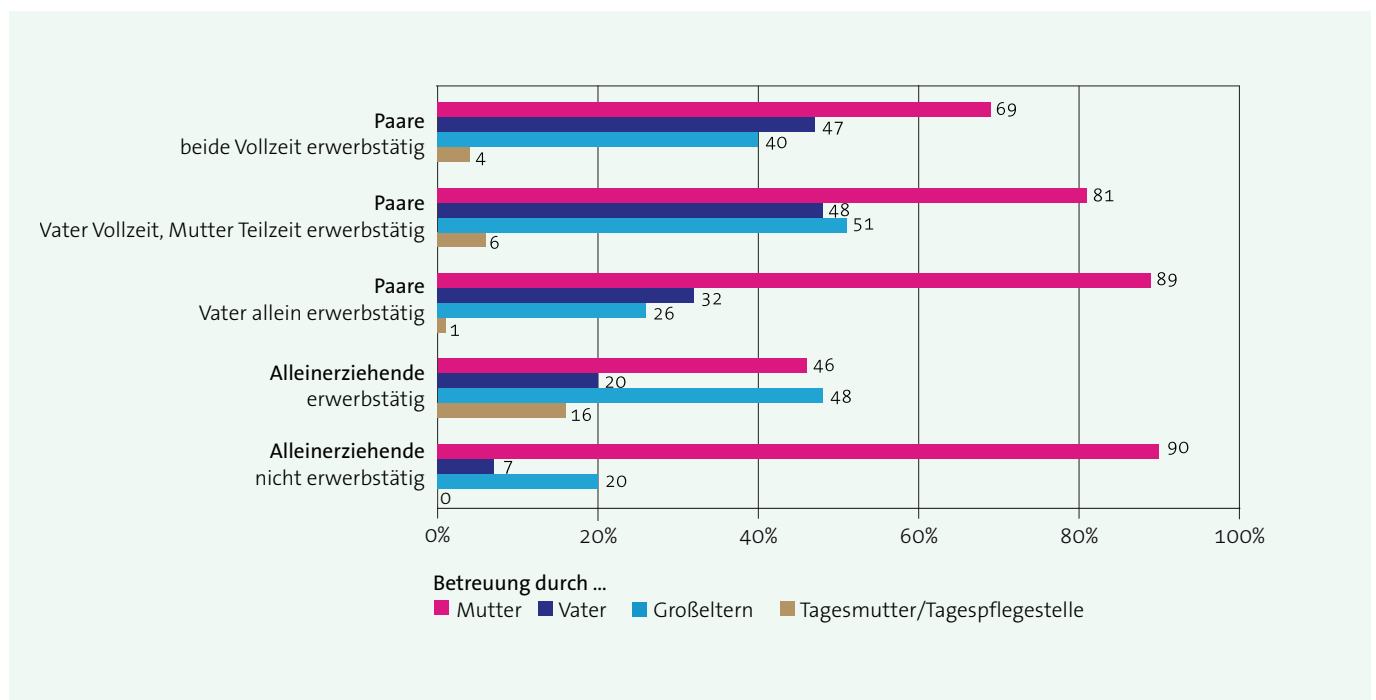
die wichtigste Rolle spielt. Mehr als 80 Prozent der Kinder unter zehn Jahren werden außerhalb der Schule bzw. des Kindergartens von der Mutter betreut (vgl. Tabelle 25 im Kommentierten Tabellenband: 58). Mit größerem Abstand folgen dann der Vater und die Großeltern der Kinder. Alle anderen Personen wie (ältere) Geschwister und andere verwandte und nicht verwandte Personen sind sehr viel seltener für die Betreuung der Kinder verantwortlich. Ist die Mutter in einem Paarhaushalt nicht erwerbstätig oder lebt das Kind in einem Alleinerziehendenhaushalt, ist die Mutter besonders oft regelmäßige Betreuungsperson (vgl. Abbildung 7.7). Sind beide Elternteile erwerbstätig, betreut auch der Vater häufiger die Kinder. Bei erwerbstätigen Alleinerziehenden und in Paarfamilien mit zwei erwerbstätigen Elternteilen spielen die Großeltern bei der Betreuung der Kinder eine größere Rolle. Eine Betreuung durch eine Tagesmutter kommt in Gütersloher Familien insgesamt nur sehr selten vor. Die Ausnahme sind Kinder, die in Haushalten von erwerbstätigen Alleinerziehenden leben, 16 Prozent dieser Kinder werden von einer Tagesmutter betreut.

Tabelle 7.2: Verantwortung für Pflegebedürftige

Wer ist pflegebedürftig?	Angaben in Prozent	
	Im eigenen Haushalt	Außerhalb meines Haushalts
Eigenes Kind	4	0
Partner/in	1	0
Familienangehörige/r	1	10
Sonstige Personen	0	2
Insgesamt	5	12

Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Abbildung 7.7: Betreuung der Kinder außerhalb von Schule und Kindertagesstätten



Anmerkung: Da Mehrfachantworten zugelassen waren, ergeben sich mehr als 100 Prozent.

Berücksichtigt werden nur Kinder unter zehn Jahren.

Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Kinderdatensatz)

Hilfeleistungen im Alltag

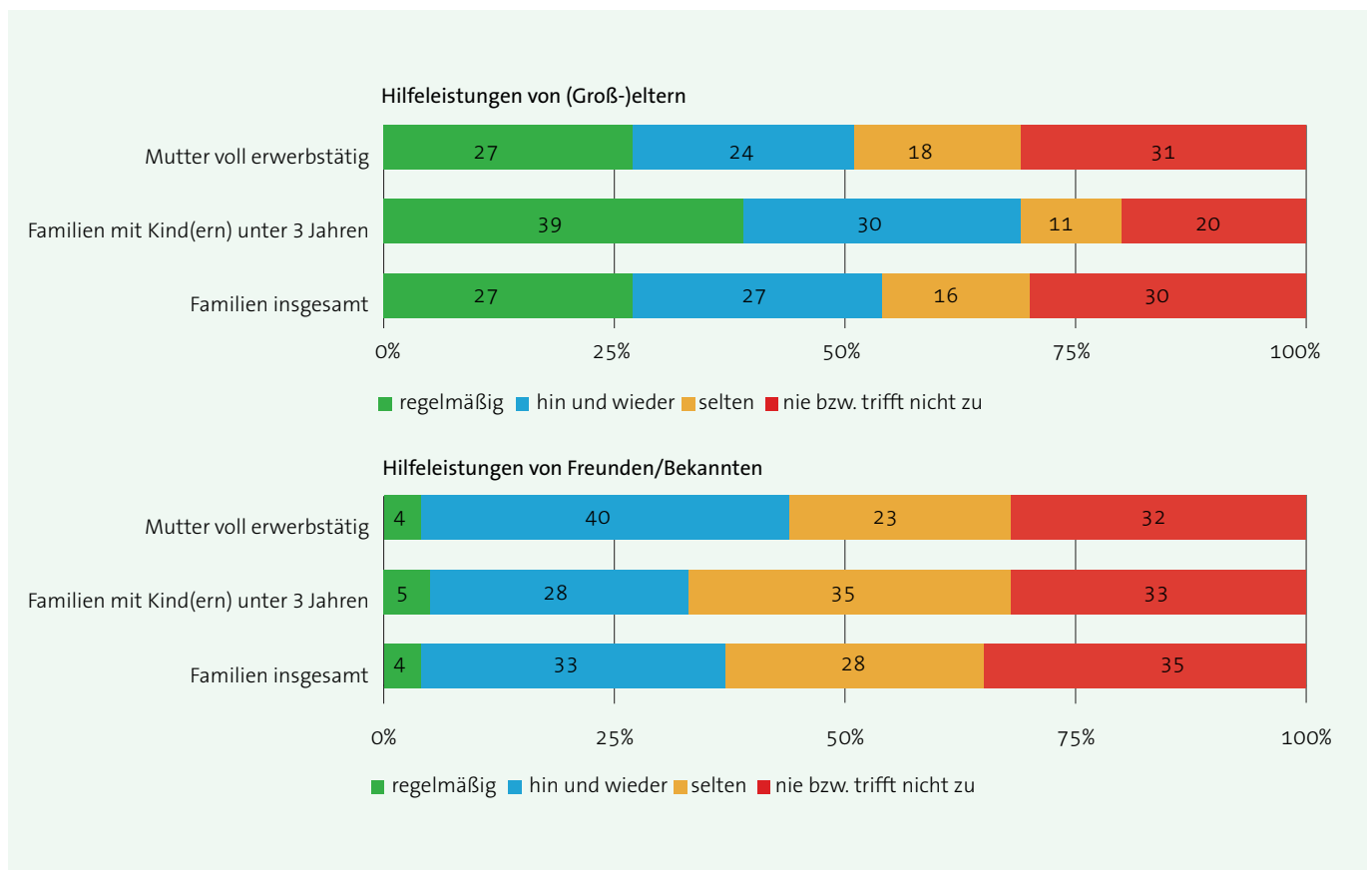
Doch nicht nur für die Kinderbetreuung erhalten Familien im Alltag Hilfeleistungen von verwandten und nicht verwandten Personen (so genannte Netzwerkhilfen), sondern häufig auch für verschiedene andere zu erledigende Arbeiten z.B. beim Hausbau, der Renovierung oder der Gartenarbeit. Ein funktionierendes Hilfenetz dieser Art kann bei der Bewältigung von Vereinbarkeitsproblemen eine große Erleichterung sein, um die alltäglichen Herausforderungen des Familienalltags zu meistern oder Problemsituationen zu bewältigen. Innerhalb dieses Netzwerkes spielen die Eltern und Großeltern der Väter und Mütter eine besonders wichtige Rolle (vgl. Abbildung 7.8).

In Gütersloh können sich 27 Prozent der Familien auf eine solche regelmäßige Unterstützung durch die Eltern- bzw. Großeltern-

generation verlassen und eine ebenso große Anzahl der Familien erhalten Unterstützung, die hin und wieder gewährt wird. Diese Unterstützung durch (Groß-)Eltern ändert sich aber praktisch nicht, wenn die Familien höheren Alltagsbelastungen durch eine volle Erwerbstätigkeit der Mutter ausgesetzt sind. Familien mit Kindern unter drei Jahren erhalten von der Eltern- bzw. Großelterngeneration deutlich häufiger regelmäßige Unterstützung im Alltag als Familien insgesamt.

Regelmäßige Hilfeleistungen von Freunden und Bekannten sind demgegenüber sehr viel seltener. Lediglich vier Prozent der Familien aus Gütersloh können auf eine solche Unterstützung regelmäßig zurückgreifen. In Familien, in denen die Mutter Vollzeit erwerbstätig ist, wird diese Unterstützung etwas häufiger als bei Familien insgesamt zumindest „hin und wieder“ gewährt.

Abbildung 7.8: Private Unterstützungsleistungen im Alltag



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

7.3 Außerhäusliche Kinderbetreuung

Zwar spielen die dargestellten individuellen Betreuungs- und Hilfeleistungen über soziale Netzwerke (Freunde und Verwandte) und Haushaltsmitglieder für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine entscheidende Rolle, die in der Debatte um eine bessere Vereinbarkeit keineswegs zu vernachlässigen ist. Dennoch ist die institutionelle Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und Grundschulen eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Die Betreuungseinrichtungen müssen flexibel, wohnort- bzw. arbeitsplatznah sein und alle Altersklassen berücksichtigen. Eine Umfrage von Forsa aus dem Jahr 2005 unter 1.000 jungen Eltern in Deutschland unterstreicht diese Forderung. Insgesamt über 53 Prozent kritisieren, dass es zu wenige Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige gibt. 70 Prozent der berufstätigen Alleinerziehenden wünschen sich flexiblere und längere Öffnungszeiten und mehr Ganztagsangebote (Forsa 2005). Auch die häusliche Fremdbetreuung und die Selbstbetreuung sollten unterstützt werden, um Eltern ein breites Spektrum an Entscheidungsmöglichkeiten zu eröffnen. Gerade erwerbstätige Alleinerziehende nutzen in Gütersloh häufig die Betreuung ihrer Kinder durch eine Tagesmutter.

7.3.1 Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen

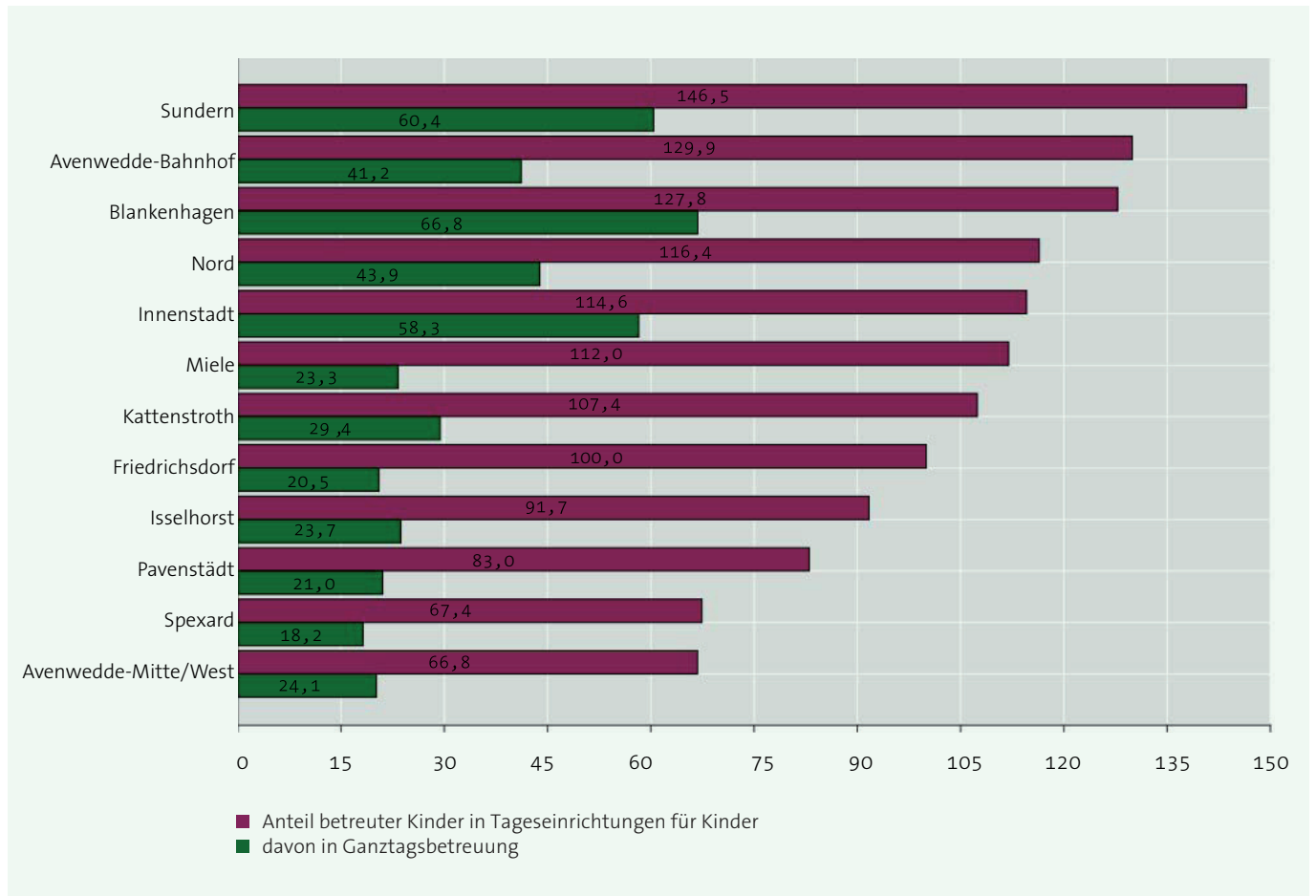
Zum Stichtag 31.12.2006 werden in den Gütersloher Kindertageseinrichtungen 2.821 Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren, für die ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besteht, betreut. Dies entspricht einer Betreuungsquote von 102 Prozent.²⁵ Zwischen den Gütersloher Sozialräumen sind hinsichtlich dieser Betreuungsquote sehr deutliche Unterschiede zu erkennen (vgl. Abbildung 7.9). In Spexard, Avenwedde-Mitte/West, Pavenstädt und Isselhorst werden lediglich Betreuungsquoten zwischen 67 und 92 Prozent erreicht. Da jedoch alle übrigen Gütersloher Sozialräume Betreuungsquoten von (zum Teil deutlich) über 100 Prozent aufweisen, ist der Versorgungsbedarf für Kinder aus Spexard, Avenwedde-Mitte/West, Pavenstädt und Isselhorst durch für sie gut erreichbare Kindertageseinrichtungen in den jeweils angrenzenden Sozialräumen gedeckt. In sämtlichen Gütersloher Sozialräumen gibt es „Tageseinrichtungen für Kinder mit besonderer Grundrichtung“. Stadtweit besuchen aber nur 7,6 Prozent aller betreuten Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren eine solche Einrichtung.

Bereits jedes dritte betreute Kind dieser Altersgruppe wird in Gütersloh ganztägig betreut, was auch im Vergleich zu den übrigen Projektkommunen ein sehr hoher Anteil ist. Kleinräumig betrachtet fällt auf, dass es mit Blankenhagen, Sundern, Innenstadt, Nord und Avenwedde-Bahnhof die sozial stärker bela-

steten Gütersloher Sozialräume sind, in denen die mit Abstand höchsten Ganztagsbetreuungsquoten erreicht werden. Zwischen 41 und 67 Prozent aller betreuten Kinder im Alter zwischen drei und unter sechs Jahren werden dort ganztägig betreut.

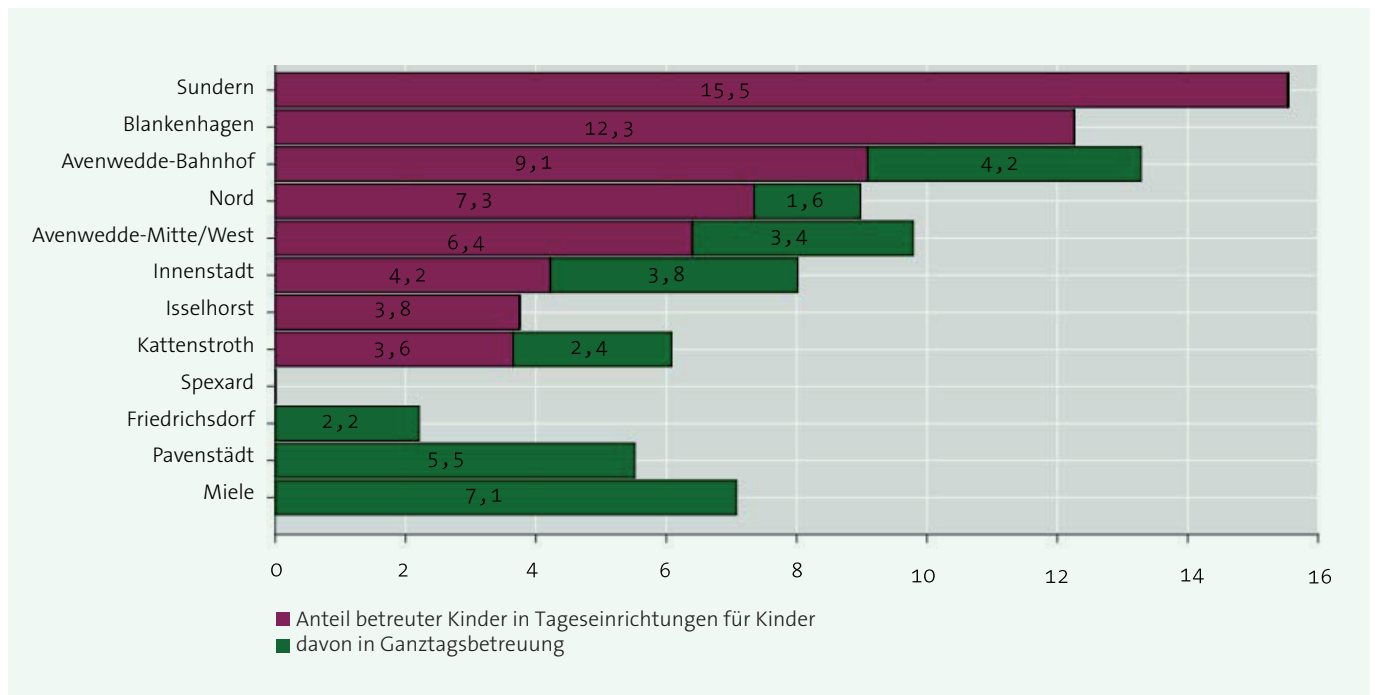
25 Durch die veränderte Datenerhebung zur Kinderbetreuung im Jahr 2006 werden nicht mehr die Anzahl der vorhandenen Plätze in Kindertageseinrichtungen, sondern die Anzahl der dort tatsächlich betreuten Kinder erhoben, was eine genauere Darstellung der Betreuungssituation ermöglicht. Außerdem werden seit 2006 auch Kinder in Tagespflege (also bei Tagesmüttern oder Tagesvätern) von der amtlichen Statistik erfasst. Stadtweite Betreuungsquoten von über 100 Prozent (die bedeuten würden, dass mehr Kinder betreut werden, als tatsächlich Kinder dieser Altersgruppen in der Stadt gemeldet sind) können dadurch zustande kommen, dass Kinder aus dem Umland die Betreuungseinrichtungen der Stadt nutzen.

Abbildung 7.9: Betreuung von Drei- bis unter Sechsjährigen in Tageseinrichtungen für Kinder nach Sozialräumen



Anteile der (ganztätig) betreuten Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren in Tageseinrichtungen für Kinder (Stichtag 31.12.2006)
 Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

Abbildung 7.10: Betreuungsquoten der unter Dreijährigen in Tageseinrichtungen für Kinder und in Tagespflege



Anteile der betreuten Kinder unter drei Jahren in Tageseinrichtungen für Kinder und in Tagespflege (Stichtag 31.12.2006)
Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

In der bundesweit geführten Diskussion um eine bedarfsgerechtere außerhäusliche Kinderbetreuung wird besonders ein Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige gefordert. Wie in vielen anderen westdeutschen Städten sind in Gütersloh diesbezügliche Angebote (noch) sehr selten. In den Tageseinrichtungen für Kinder werden zum Stichtag 31.12.2006 insgesamt nur 128 Kinder unter drei Jahren betreut, weitere 60 unter Dreijährige in Tagespflege, was einer stadtweiten Betreuungsquote von 7,3 Prozent entspricht. Zwar finden sich – mit Ausnahme des Sozialraums Spexard – im gesamten Stadtgebiet Betreuungsmöglichkeiten für unter dreijährige Kinder, allerdings unterscheiden sich die Betreuungsquoten zwischen den Sozialräumen sehr deutlich (vgl. Abbildung 7.10). Überdurchschnittliche Quoten werden insbesondere in Sundern, Avenwedde-Bahnhof und Blankenhagen erreicht. Darüber hinaus findet in Sundern, Blankenhagen und Isselhorst zwar eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen, aber nicht in Tagespflege statt. In den Sozialräumen Friedrichsdorf, Pavenstädt und Miele ist es umgekehrt und in Spexard findet weder eine Betreuung in einer Tageseinrichtung noch in Tagespflege statt.

Diese Zahlen geben allerdings keinen Aufschluss darüber, für wie viele Kinder unter drei Jahren ein institutioneller Betreuungsplatz benötigt wird. Im Rahmen der Familienbefragung wurden daher Familien aus Gütersloh mit unter dreijährigen Kindern gefragt,

ob sie innerhalb der nächsten zwölf Monate einen Betreuungsplatz benötigen (vgl. Tabelle 7.3). Zwar wird für ein gutes Drittel der Kinder unter drei Jahren kein Bedarf an Betreuungsplätzen angemeldet, dennoch besteht auch in Gütersloh ein unbefriedigter Bedarf an zusätzlichen U3-Betreuungsplätzen. 17 Prozent der Kinder stehen bisher lediglich auf der Warteliste für einen Betreuungsplatz,²⁶ weitere 23 Prozent wurden von ihren Eltern bisher noch nicht in einer Tageseinrichtung angemeldet. Zusätzlich geben Eltern für 19 Prozent der unter dreijährigen Kinder an, dass sie den Bedarf noch nicht abschätzen können.

26 Hierbei ist zu berücksichtigen, dass zum Zeitpunkt der Befragung (September 2007) meist noch keine Zu- oder Absagen für Plätze in Kindertageseinrichtungen erteilt wurden.

Tabelle 7.3: Bedarf an institutioneller Betreuung unter dreijähriger Kinder

	jüngstes Kind im Alter von ... Jahr(en)			
	bis unter 1	1 bis unter 2	2 bis unter 3	Kind unter 3 Jahren
	Angaben in Prozent			
Nein, benötige ich nicht	32	34	43	36
Ja, ich habe bereits eine Zusage	3	3	6	4
Ja, ich stehe bereits auf der Warteliste	6	16	30	17
Ja, ich habe mich aber noch nicht angemeldet	32	24	13	23
Kann ich (noch) nicht abschätzen	28	23	7	19

Die Angaben in der Tabelle werden nicht auf den Anteil der Familien, sondern auf den Anteil der Kinder in der jeweiligen Altersgruppe bezogen.
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Kinderdatensatz)

Gründe für die Wahl einer Kindertageseinrichtung

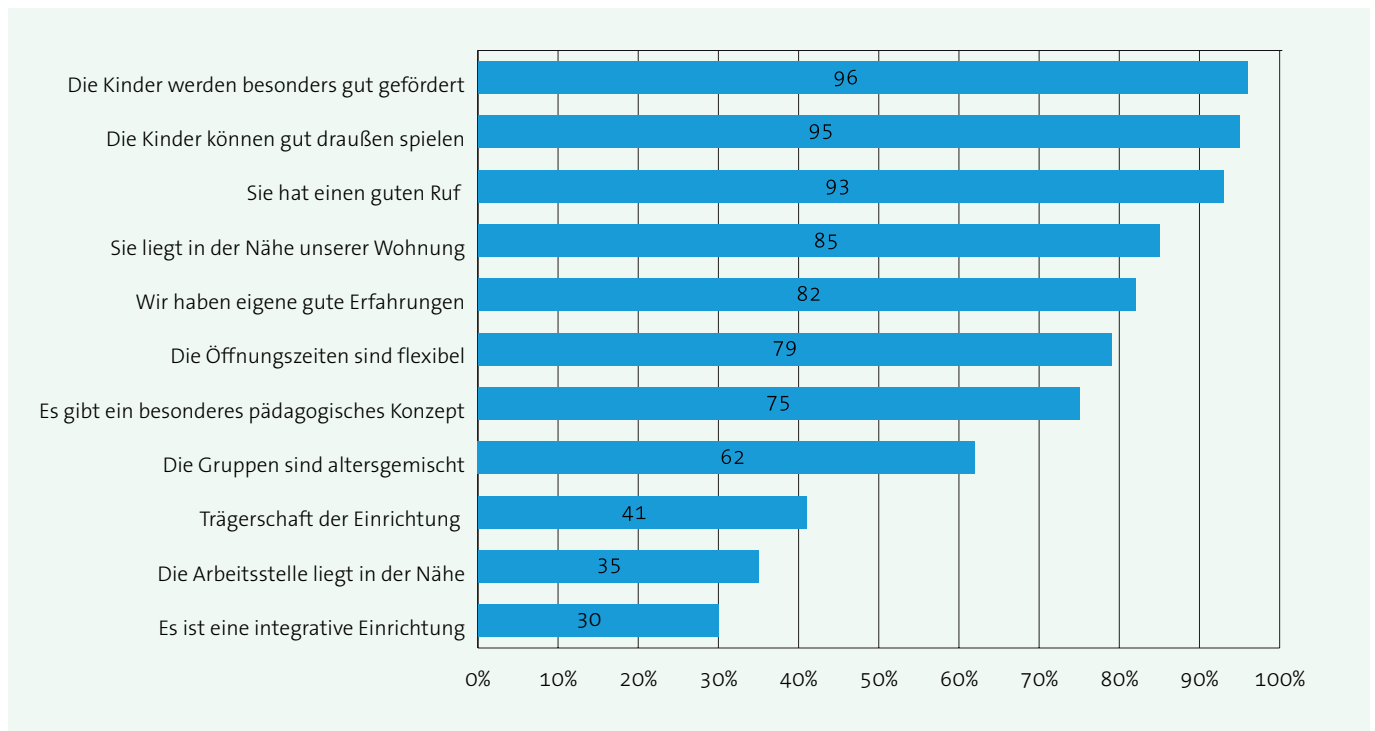
Gerade vor dem Hintergrund des Ausbaus der Ganztagsbetreuung und der Betreuung unter Dreijähriger spielt neben der quantitativen Ausgestaltung von Kindertageseinrichtungen in einer Stadt die Qualität der Einrichtungen eine wichtige Rolle. Doch was ist Eltern wichtig? Warum wählen Familien bestimmte Kindertagesstätten für ihre Kinder aus?

Eltern mit unter sechsjährigen Kindern ist in erster Linie wichtig, dass die Kinder gut draußen spielen können, besonders gut gefördert werden und die Einrichtung einen guten Ruf hat – Gründe also, die sich direkt auf das Kind und dessen Förderung beziehen (vgl. Abbildung 7.11). Etwas weniger häufig werden die Nähe der Wohnung (mit 85 Prozent auf dem vierten Rang) und die Flexibilität der Öffnungszeiten (mit 79 Prozent auf dem siebten Rang) angegeben – beides sind für die Vereinbarkeit relevante Motive. Auch eigene gute Erfahrungen, zum Beispiel hinsichtlich der Betreuung von älteren Geschwisterkindern in der gewählten Einrichtung sowie ein besonderes pädagogisches Konzept der Einrichtung spielen mit 82 bzw. 75 Prozent für einen Großteil der Eltern eine wichtige Rolle. Altersgemischte Gruppen sind den Eltern hingegen etwas weniger wichtig. Die Trägerschaft der Einrichtung, die Tatsache, dass es sich um eine integrative Einrichtung handelt und dass die Arbeitsstelle in der Nähe der Tagesstätte liegt, sind im Vergleich zu den übrigen Gründen deutlich weniger wichtig.

Bezieht man auch verschiedene Erwerbs- und Familienkonstellationen der Eltern mit in die Betrachtung ein, so zeigt sich, dass für Paarfamilien mit zwei erwerbstätigen Eltern und für Alleinerziehende (mit unter zehnjährigen Kindern) die Flexibilität der Öffnungszeiten eine größere Rolle spielt als bei Familien mit

unter sechsjährigen Kinder insgesamt. Für Alleinerziehende ist auch die Nähe zur Arbeitsstelle wichtiger als für andere Familientypen (vgl. Tabelle 22 im Kommentierten Tabellenband: 54).

Abbildung 7.11: Gründe für die Wahl einer Kindertageseinrichtung



Da Mehrfachnennungen zulässig waren, ergeben sich mehr als 100 Prozent; Nur Familien mit unter sechsjährigen Kindern
Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

7.3.2 Betreuung an Grundschulen

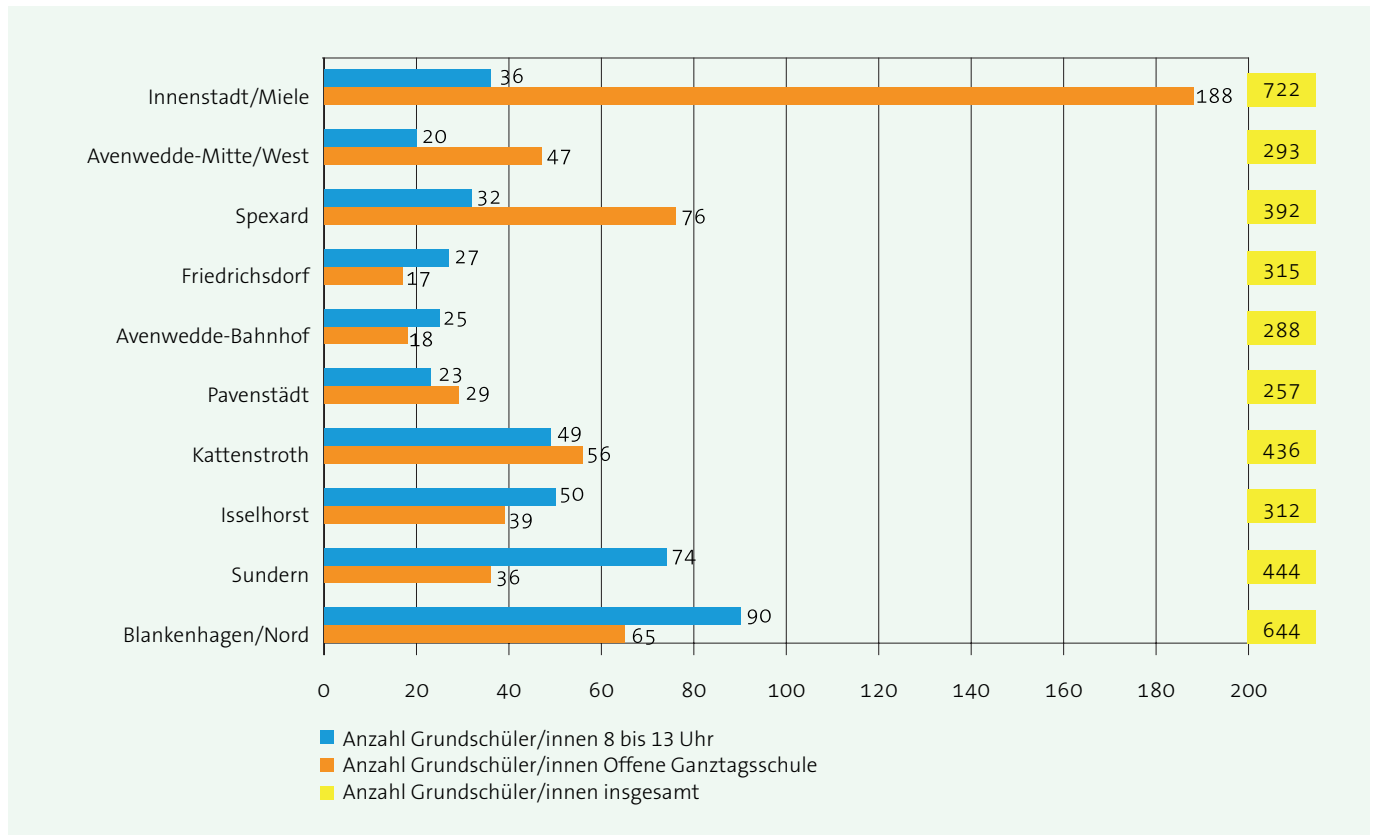
Mittlerweile hat die öffentliche Diskussion um Kinderbetreuung auch die Betreuung von Grundschulkindern in den Blick genommen, da die traditionelle Halbtagschule von acht bis etwa zwölf Uhr kaum die Aufnahme einer Teilzeitstelle am Vormittag ermöglicht. Neben Effekten für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Ausbau der Betreuung in Grundschulen mit der Hoffnung verbunden, durch Ganztagsangebote die Bildungsqualität und Chancengleichheit in den Schulen zu verbessern sowie besonders leistungsstarke ebenso wie benachteiligte Kinder besser zu fördern.

17 von 18 Grundschulen sind in Gütersloh im Schuljahr 2006/2007 als Offene Ganztagsgrundschulen eingerichtet. 13,9 Prozent der Grundschüler/innen (571 Schüler/innen) nehmen das Angebot der Offenen Ganztagsgrundschule in Anspruch, weitere 10,4 Prozent (426 Schüler/innen) nutzen das Angebot der verlässlichen Grundschule von acht bis eins. Die Betreuungsquoten unterscheiden sich deutlich zwischen den Sozialräumen. Fasst man die beiden Betreuungsformen zusammen, so werden in Friedrichsdorf und Avenwedde-Bahnhof anteilig die wenigsten Grundschüler/innen betreut. In Innenstadt/Miele hingegen wird jede/r dritte Grundschüler/in über die Unterrichtszeit hinaus betreut, der Großteil im Rahmen der Offenen Ganztagsgrund-

schule. In Sundern ist die Quote von Grundschüler/innen, die ganztags betreut werden, am niedrigsten, allerdings werden hier anteilig die meisten Schüler/innen in der verlässlichen Grundschule von acht bis eins betreut (vgl. Abbildung 7.12).

Auch im Rahmen der Familienbefragung haben wir die Gütersloher Familien danach gefragt, ob an der Grundschule ihres Kindes bzw. ihrer Kinder eine über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung angeboten wird und ob diese gegebenenfalls auch in Anspruch genommen wird. 96 Prozent der Gütersloher Familien mit Grundschulkindern gaben dabei an, dass in der Schule ihres Kindes eine solche Betreuung angeboten wird, 32 Prozent der Familien nahmen diese auch in Anspruch (vgl. Tabelle 24 im Kommentierten Tabellenband: 56). Überdurchschnittlich oft wurde diese Betreuung insbesondere von Alleinerziehenden und wohlhabenden Familien (jeweils 43 Prozent), aber auch von Familien mit zwei erwerbstätigen Eltern und Ein-Kind-Familien (40 bzw. 38 Prozent) in Anspruch genommen. Die Zufriedenheit mit diesem Betreuungsangebot ist in Gütersloh insgesamt sehr hoch. Familien, deren Kinder das Betreuungsangebot an einer Offenen Ganztagsgrundschule in Anspruch nehmen, sind durchschnittlich etwas weniger zufrieden als Familien, deren Kinder im Rahmen der verlässlichen Grundschule von acht bis eins betreut werden (vgl. Abbildung 11 im Kommentierten Tabellenband: 57).

Abbildung 7.12: Betreuung von Grundschüler/innen über die Unterrichtszeit hinaus



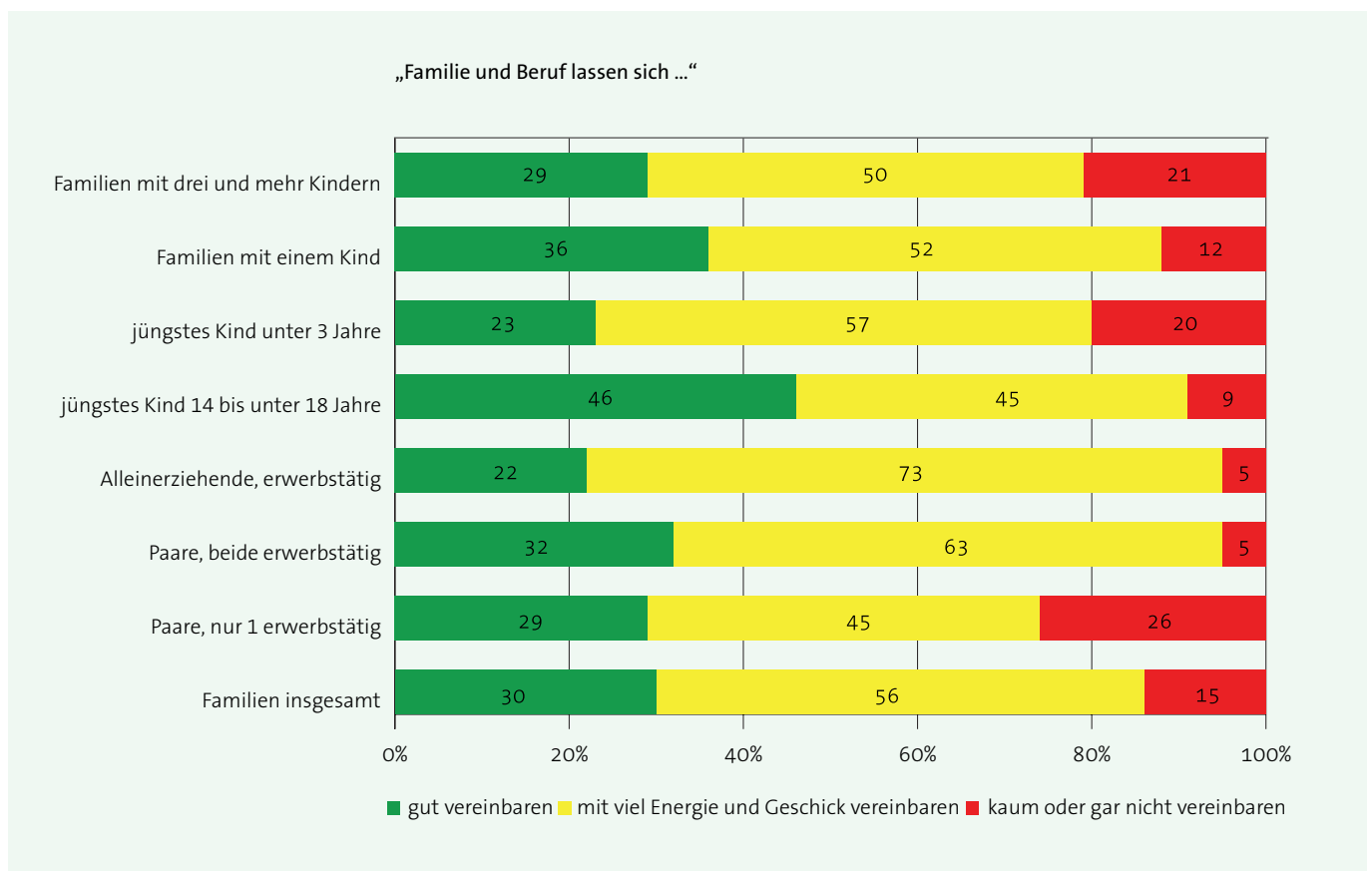
Anzahl der Grundschüler/innen in Betreuung 8 bis 13 Uhr bzw. in Offener Ganztagsgrundschule und Anzahl der Grundschüler/innen in Gütersloh insgesamt (Stichtag 31.12.2006)
 Datenbasis: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

7.4 Aus Sicht der Familien: Wie lassen sich Familie und Beruf vereinbaren?

Am Ende dieses Kapitels soll auf Basis subjektiver Einschätzungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Bilanz zu den angesprochenen Aspekten der Vereinbarkeit über alle Familienformen hinweg gezogen werden. Wie empfinden Gütersloher Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mit welchen Schwierigkeiten haben sie zu kämpfen? Welche Familien sehen besonders häufig Probleme und welche Gründe werden angeführt, wenn es Vereinbarkeitsprobleme gibt?

Für die Gütersloher Familien insgesamt zeigt sich trotz unterschiedlichster Einschränkungen die übergreifende Meinung, dass sich Familie und Beruf – wenn auch oftmals nur mit viel Energie und Geschick – vereinbaren lassen. Für fast jede dritte Familie in Gütersloh lassen sich Familie und Beruf sogar „gut vereinbaren“, knapp die Hälfte koordiniert mit „viel Energie und Geschick“ ihre Arbeit mit dem Familienleben. Allerdings sagen auch 15 Prozent der Gütersloher Familien, dass Familie und Erwerbstätigkeit kaum oder gar nicht zu vereinbaren seien (vgl. Abbildung 7.13).

Abbildung 7.13: Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Dass diese Einschätzungen durch die jeweiligen Lebenssituationen – also die Familienform, das Alter und die Anzahl der Kinder sowie den Umfang der Erwerbseinbindung der Eltern – bestimmt werden, überrascht nur wenig (vgl. auch Tabelle 26 im kommentierten Tabellenband: 60). Erwartungsgemäß haben kinderreiche Familien und Familien mit Kindern unter drei Jahren deutlich mehr Probleme, die Familienarbeit mit der Erwerbstätigkeit zu koordinieren. Für einen großen Teil dieser Familien ist die Vereinbarkeit kaum oder gar nicht möglich. Wie oben bereits dargestellt, ist die Müttererwerbstätigkeit in Familien mit drei oder mehr Kindern und mit Kindern unter drei Jahren deutlich geringer als beim Durchschnitt der Gütersloher Familien (vgl. Tabelle 7.1). Am häufigsten aber geben Paarfamilien mit nur einem erwerbstätigen Elternteil an, dass sie Beruf und Familien kaum oder gar nicht vereinbaren können. Es ist also davon auszugehen, dass der zweite Elternteil (in der Regel die Mutter) auch aus Vereinbarkeitsgründen nicht erwerbstätig ist. Sind beide Elternteile erwerbstätig, geben die Eltern besonders oft an, dass sie Familie und Beruf mit viel Energie und Geschick vereinbaren.

Ebenfalls stark von Vereinbarkeitsproblemen betroffen sind Alleinerziehende. Für erwerbstätige Alleinerziehende ist die Kategorie „mit viel Energie und Geschick vereinbaren“ besonders bedeutend, da sie einerseits die Familien- und Betreuungsarbeit alleine leisten müssen und andererseits eine ökonomische Notwendigkeit zur Erwerbstätigkeit besteht (weshalb alleinerziehende Mütter deutlich häufiger erwerbstätig sind als Mütter in Paarfamilien).

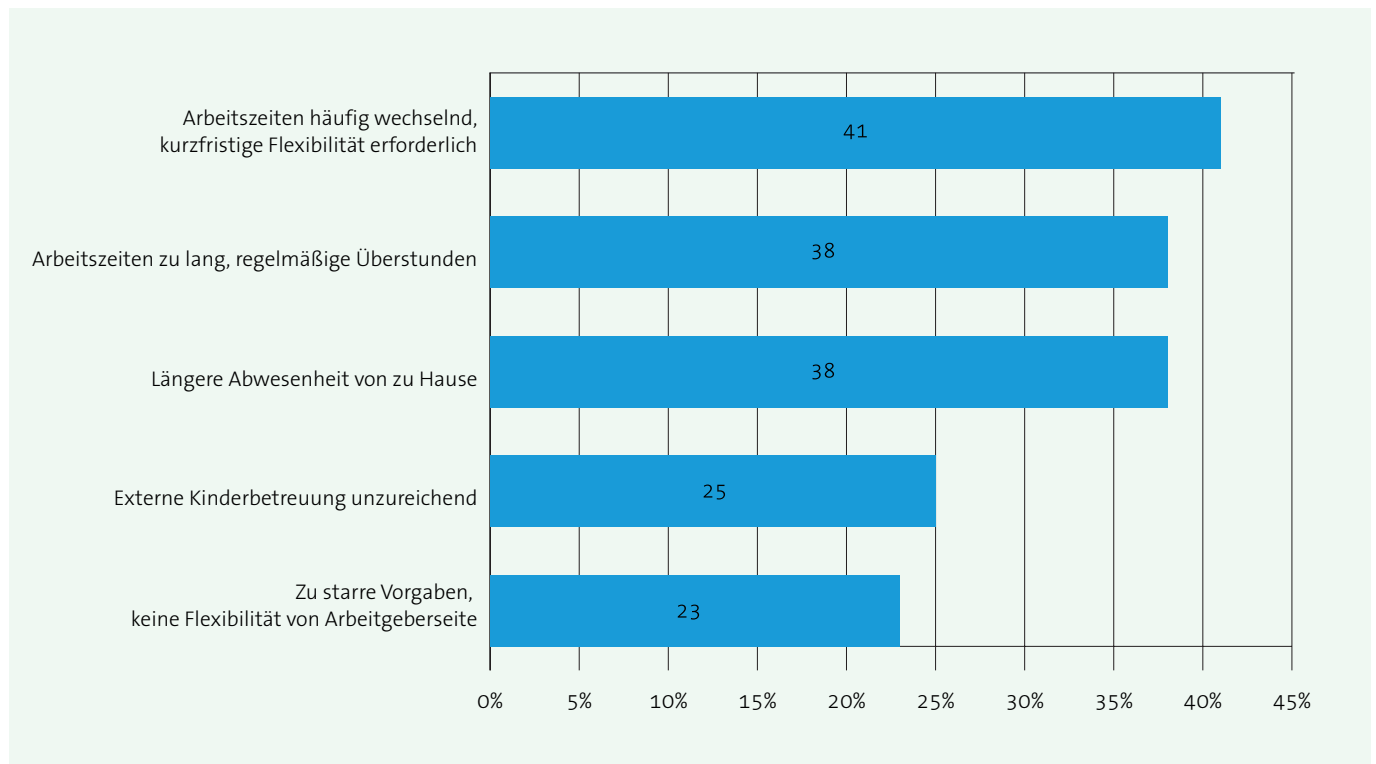
Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Betrachtet man nur Familien, die angeben, Beruf und Familie seien nur mit viel Energie und Geschick bzw. kaum oder gar nicht vereinbar, und fragt etwas genauer nach den Gründen für diese Einschätzung, werden von Gütersloher Familien am häufigsten die hohen Flexibilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes mit häufigen wechselnden Arbeitszeiten genannt (41 Prozent). Fast ebenso häufig nennen Familien zu lange Arbeitszeiten mit regelmäßigen Überstunden und längere Abwesenheit von zu Hause (jeweils 38 Prozent). Die längeren Abwesenheitszeiten von zu Hause werden von Alleinerziehenden als besonders schwierig angesehen. Zu starre Vorgaben der Arbeitgeberseite werden nur von weniger als jeder vierten Familie für ihre Vereinbarkeitsprobleme verantwortlich gemacht. Allerdings treffen Familien, für die Beruf und Familie kaum oder gar nicht vereinbar sind, diese Aussage deutlich häufiger (vgl. Abbildung 7.14).

Es zeigt sich aber auch, dass die bewerteten Vereinbarkeitsprobleme nicht nur durch die Erwerbseinbindung der Mütter hervorgerufen werden, sondern auch die Überstunden, zu lange Arbeitszeiten oder Flexibilitätsanforderungen, denen erwerbs-

tätige Väter nachkommen müssen, und die hierdurch eingeschränkten „Familienzeiten“ der Väter in die Bewertungen ein. Beiträge der Arbeitgeberseite zur Verbesserung von Familie und Beruf sollten sich demnach nicht ausschließlich an erwerbstätige Frauen und Mütter wenden. Wichtig für diesen Bereich ist auch, dass Väter mehr Zeit und Möglichkeiten haben, sich in die Familienarbeit einzubringen.

Im Verhältnis zu den genannten erwerbsbezogenen Problemen wird in Gütersloh die externe Kinderbetreuung von den Familien seltener beanstandet. Insgesamt 25 Prozent nennen sie als Grund für eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unter Familien mit unter sechsjährigen Kindern ist dieser Anteil mit 33 Prozent höher als bei Familien insgesamt, was zeigt, dass die externe Kinderbetreuung in erster Linie für Familien mit Kindern im Vorschulalter besonders bedeutsam für die Organisation des Familienalltags ist. Die Forderung an die kommunale Familienpolitik, das Angebot der Kinderbetreuung zu verbessern bzw. auszubauen, bleibt demnach bestehen.

Abbildung 7.14: Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf*



*Nur Familien, die angaben, Familie und Beruf seien gar nicht oder nur mit viel Energie und Geschick vereinbar.

Anmerkung: Da Mehrfachnennungen zulässig waren, ergeben sich mehr als 100 Prozent.

Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

8 Lebensraum Stadt

Wohnung und Wohnumfeld haben gerade für Familien eine herausragende Bedeutung, denn dort, wo Familien wohnen, spielt sich ihr Alltag ab. Neben einer ausreichend großen, bezahlbaren und gut ausgestatteten Wohnung bietet vor allem ein familienfreundliches Wohnumfeld mit kurzen Wegen zum Supermarkt, zur Kita oder zur Schule sowie sicheren und attraktiven Spielmöglichkeiten für Kinder gute Rahmenbedingungen für ein sorgenfreies Familienleben. Insbesondere Aspekte der Wohnumfeldqualität sind ausschlaggebend dafür, wo Familien hinziehen oder dauerhaft wohnen bleiben. Familienfreundlichkeit bedeutet daher für die Stadtentwicklung auch, Unzufriedenheitspotenziale in den Stadtteilen zu beobachten, um rechtzeitig vor Ort auf Mängel des Wohnumfeldes und des Wohnungsbestandes reagieren zu können. Nicht selten wird Familienfreundlichkeit von Kommunen ausschließlich an solchen Qualitätsmerkmalen von Wohnungen und Wohnumfeld festgemacht.

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit diesen Fragen rund um den Lebensraum Stadt und seine Attraktivität bzw. Mängel für Familien in Gütersloh. Wir beginnen mit Angaben zur Wohnsituation wie beispielsweise der Größe der Wohnung und der Höhe der durchschnittlichen Mietbelastung. Anschließend betrachten wir das Wohnumfeld in den Gütersloher Sozialräumen. Ist es kindgerecht gestaltet und welche Mängel werden von den Familien gesehen? Wie werden die Kinderfreundlichkeit der Stadt Gütersloh und die vorhandenen Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche von den Familien bewertet? Am Ende des Kapitels betrachten wir die Wohndauer der Gütersloher Familien, mögliche Umzugswünsche sowie die Gründe für einen eventuell geplanten Umzug und die Umzugsziele.

8.1 So wohnen Familien in Gütersloh

Eine gut ausgestattete und ausreichend große Wohnung, die gleichzeitig bezahlbar ist, gehört sicherlich zur Grundvoraussetzung für ein zufriedenes Familienleben. Wie es um die Wohnungen der Gütersloher Familien bestellt ist, sollen die nächsten Abschnitte zeigen. Dabei werden die Größe der Wohnung, die Miethöhe, der Eigentumsstatus und die subjektive Zufriedenheit in Augenschein genommen.

8.1.1 Größe der Wohnung und Eigentumsstatus

Familien in Gütersloh wohnen auf durchschnittlich 120 qm (in 4,6 Zimmern) sehr großzügig und deutlich oberhalb des nordrhein-westfälischen Durchschnitts von 106 qm²⁷ sowie des deutschen Durchschnitts von 109 qm Wohnfläche (vgl. Braun/Pfeiffer 2004). Pro Person stehen in Gütersloh durchschnittlich 31 qm zur Verfügung. Überdurchschnittlich große Wohnungen finden sich in den Sozialräumen Isselhorst (131 qm),

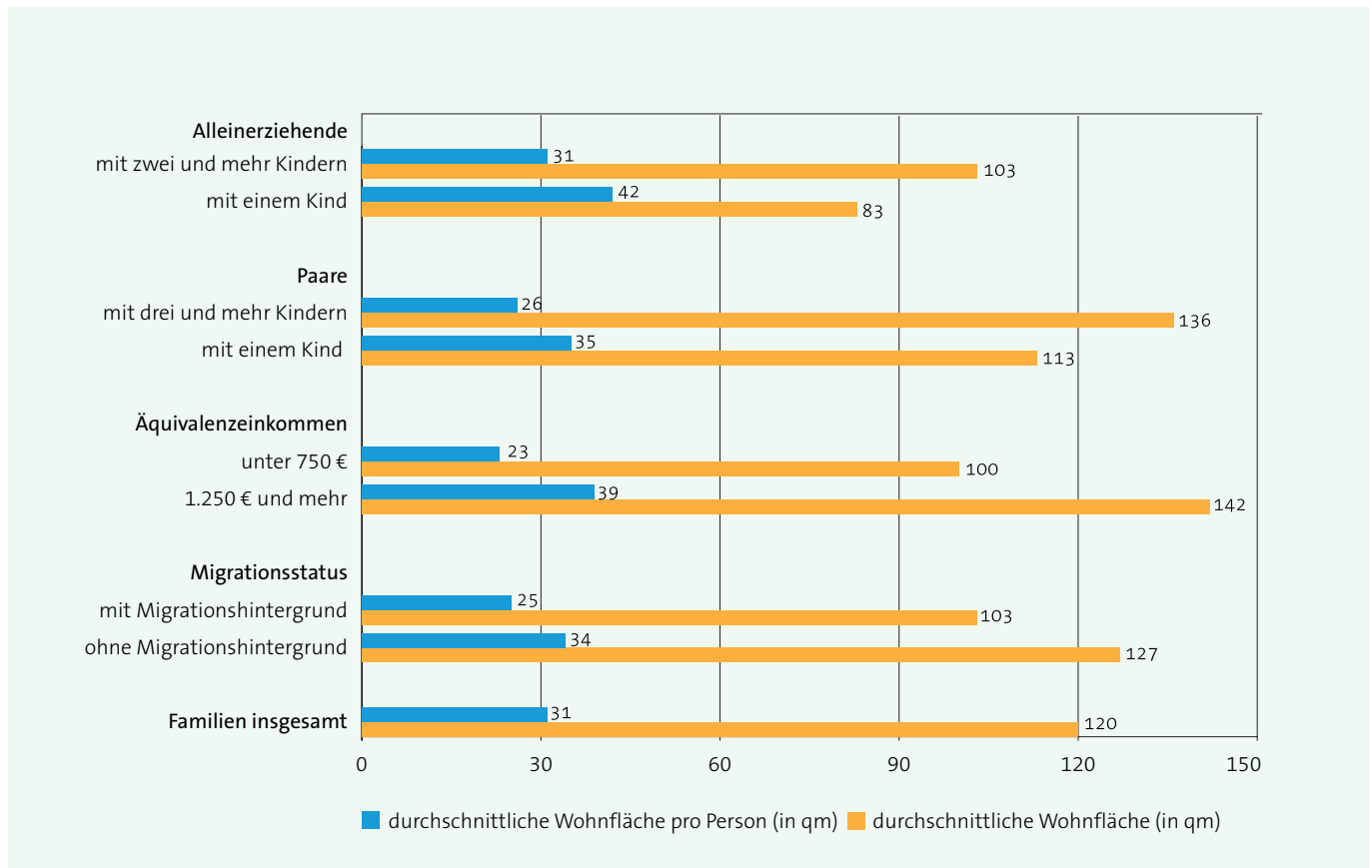
Avenwedde-Mitte/West (127 qm), Friedrichsdorf und Innenstadt/Miele (jeweils 126 qm). In sehr viel kleineren Wohnungen leben die Familien in Gütersloh insbesondere im Sozialraum Sundern, wo durchschnittlich nur 100 qm zur Verfügung stehen, sowie in Pavenstädt und Nord/Blankenhagen (111 bzw. 113 qm). In diesen Sozialräumen und im Sozialraum Spexard steht außerdem besonders vielen Familien durchschnittlich weniger als ein Raum pro Person zur Verfügung, was in der Armutsforschung als Indikator für beengte Wohnverhältnisse gilt (vgl. Tabelle 28 im Kommentierten Tabellenband: 65).

Nicht weiter verwunderlich ist, dass die Größe der Wohnung mit dem Einkommen des Haushaltes steigt. In Gütersloh stehen wohlhabenden Familien durchschnittlich 142 qm (39 qm pro Person) zur Verfügung, während Familien mit weniger als 750 Euro durchschnittlichem Äquivalenzeinkommen auf lediglich 100 qm (23 qm pro Person) leben (vgl. Abbildung 8.1 und Tabelle 29 im Kommentierten Tabellenband: 66). Auch Paare und Alleinerziehende mit drei und mehr bzw. zwei und mehr Kindern leben durchschnittlich in deutlich größeren Wohnungen als Paare und Alleinerziehende mit nur einem Kind. Allerdings nimmt die Wohnfläche pro Kopf mit steigender Kinderzahl ab. Während Paarfamilien mit einem Kind 35 qm pro Haushaltsmitglied zur Verfügung stehen, sind es bei Paaren mit drei und mehr Kindern nur 26 qm. Bei Alleinerziehenden sinkt die durchschnittliche pro Kopf Quadratmeterzahl von 42 qm (bei nur einem Kind) auf 31 qm (bei zwei und mehr Kindern). Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Quadratmeterbedarf nicht proportional mit der Anzahl der Haushaltsmitglieder steigt, da eine Familie beispielsweise unabhängig von ihrer Größe in der Regel nur eine Küche und ein Wohnzimmer benötigt.

Familien mit Migrationshintergrund leben im Vergleich zu anderen Familien in der Stadt auf einer durchschnittlich deutlich geringeren Wohnfläche von 103 qm. Da die Gütersloher Migrantenhaushalte zudem mit durchschnittlich 4,3 Personen deutlich größer als Familienhaushalte ohne Migrationshintergrund (3,8 Personen) sind, verstärken sich die Disparitäten noch zusätzlich. Die durchschnittliche pro Kopf Quadratmeterzahl ist mit nur 25 qm daher deutlich geringer als bei anderen Familien. Zudem liegt der Anteil der Gütersloher Migrantenfamilien, die mit weniger als einem Raum pro Person zurechtkommen müssen, mit 39 Prozent etwa doppelt so hoch wie im Gütersloher Durchschnitt.

27 Angaben nach eigenen Berechnungen anhand des Mikrozensus 2002.

Abbildung 8.1: Durchschnittliche Wohnungsgröße von Familien



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Die Wohneigentumsquote der Familien mit Kindern unter 18 Jahren liegt in der Stadt Gütersloh bei 60 Prozent. Drei von fünf Familien wohnen also „in ihren eigenen vier Wänden“. Damit liegt die Eigentümerquote deutlich über dem deutschlandweiten Durchschnitt von 51 Prozent (vgl. Braun/Pfeiffer 2004). Zwischen den einzelnen Gütersloher Sozialräumen gibt es aber zum Teil erhebliche Unterschiede. Während in Avenwedde-Mitte/West und Friedrichsdorf 73 bzw. 78 Prozent der Familien in Wohneigentum leben, gilt dies in Innenstadt/Miele für weniger als die Hälfte und in Sundern für nur 40 Prozent der Familien. Darüber hinaus steigt die Wohneigentumsquote mit Anzahl und Alter der Kinder und sie ist stark vom sozialen Status der Familien bestimmt: Familien aus unteren Bildungs- und Einkommensschichten oder mit niedriger beruflicher Stellung sowie Familien mit Migrationshintergrund verfügen sehr viel seltener über Wohneigentum als Familien aus hohen Bildungs- und Einkommensschichten, mit hoher beruflicher Stellung oder ohne Migrationshintergrund (vgl. Tabelle 28 und 29 im Kommentierten Tabellenband: 65f.).

8.1.2 Miethöhe und Mietbelastung

Zwei von fünf Gütersloher Familien wohnen zur Miete. Im Durchschnitt zahlen die Familien dabei 522 Euro Miete, was einer durchschnittlichen Mietbelastung von 27 Prozent des Haushaltseinkommens entspricht. Ein gutes Viertel der Familien muss allerdings 30 bis unter 50 Prozent ihres Einkommens aufwenden, um die Miete zu begleichen, fünf Prozent der Familien sogar mehr als die Hälfte des Haushaltseinkommens. Zwischen den unterschiedlichen Familientypen sind insbesondere in Bezug auf diese Mietbelastungsquoten größere Unterschiede zu erkennen (vgl. Tabelle 8.1 sowie Tabelle 30 im Kommentierten Tabellenband: 65). Obwohl Familien mit höchster beruflicher Stellung eine sehr viel höhere Miete als der Durchschnitt der Gütersloher Familien zahlen (623 Euro), muss nur gut jede zehnte von ihnen 30 bis unter 50 Prozent des Einkommens für Miete ausgeben. Mietbelastungsquoten von 50 Prozent und mehr kommen praktisch nicht vor. Wesentlich höher sind dagegen die Mietbelastungen für Familien mit niedriger beruflicher Stellung, Familien mit

Migrationshintergrund sowie kinderreiche Familien und Alleinerziehende. Zwischen sieben und zwölf Prozent dieser Familien müssen mindestens die Hälfte ihres Haushaltseinkommens für Miete aufwenden (durchschnittlich zwischen 31 und 34 Pro-

zent). Da die Mietbelastung besonders in den Familien hoch ist, die bereits auf kleinem Wohnraum leben, gibt es für diese Familien kaum Möglichkeiten, die Mietbelastung zu reduzieren.

Tabelle 8.1 : Miete und Mietbelastung von Familienhaushalten

	Durchschnittliche Miete	Anteil von Familienhaushalten mit einer durchschnittlichen Mietbelastung* von ...		durchschnittliche Mietbelastung
	in Euro	30 bis unter 50 Prozent	50 Prozent und mehr	in Prozent
Familienhaushalte mit				
einem Kind	497	21	6	27
zwei Kindern	514	19	5	26
drei und mehr Kindern	593	33	7	31
Migrationsstatus				
ohne Migrationshintergrund	542	19	2	24
mit Migrationshintergrund	492	27	10	31
Paarhaushalte	542	18	4	25
Alleinerziehende	443	38	12	33
Berufliche Stellung der Eltern				
niedrige berufliche Stellung	478	26	10	34
höchste berufliche Stellung	623	11	1	22
Familienhaushalte insgesamt	522	22	5	27

Anmerkung: Hier werden nur Familienhaushalte berücksichtigt, die zur Miete wohnen.

*Anteil der Miete (ohne Nebenkosten) am Haushaltseinkommen

Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

8.1.3 Zufriedenheit mit der Wohnung

Neben Angaben zur Wohnungsgröße, Miethöhe, Eigentumsstatus etc. wurden die Familien in Gütersloh außerdem ganz allgemein nach der Zufriedenheit mit ihrer Wohnung gefragt, um auch die subjektive Einschätzung der Wohnsituation durch die Familien selbst zu berücksichtigen. Insgesamt ist die Wohnungszufriedenheit in Gütersloh sehr hoch, 82 Prozent der Familien sind mit ihrer Wohnung zufrieden, fast die Hälfte ist sogar sehr zufrieden. Unzufrieden oder sehr unzufrieden mit ihrer Wohnung sind lediglich vier Prozent der Gütersloher Familien. Allerdings unterscheidet sich die Beurteilung der Wohnsituation zwischen den Sozialräumen (vgl. Abbildung 14 im kommentierten Tabel-

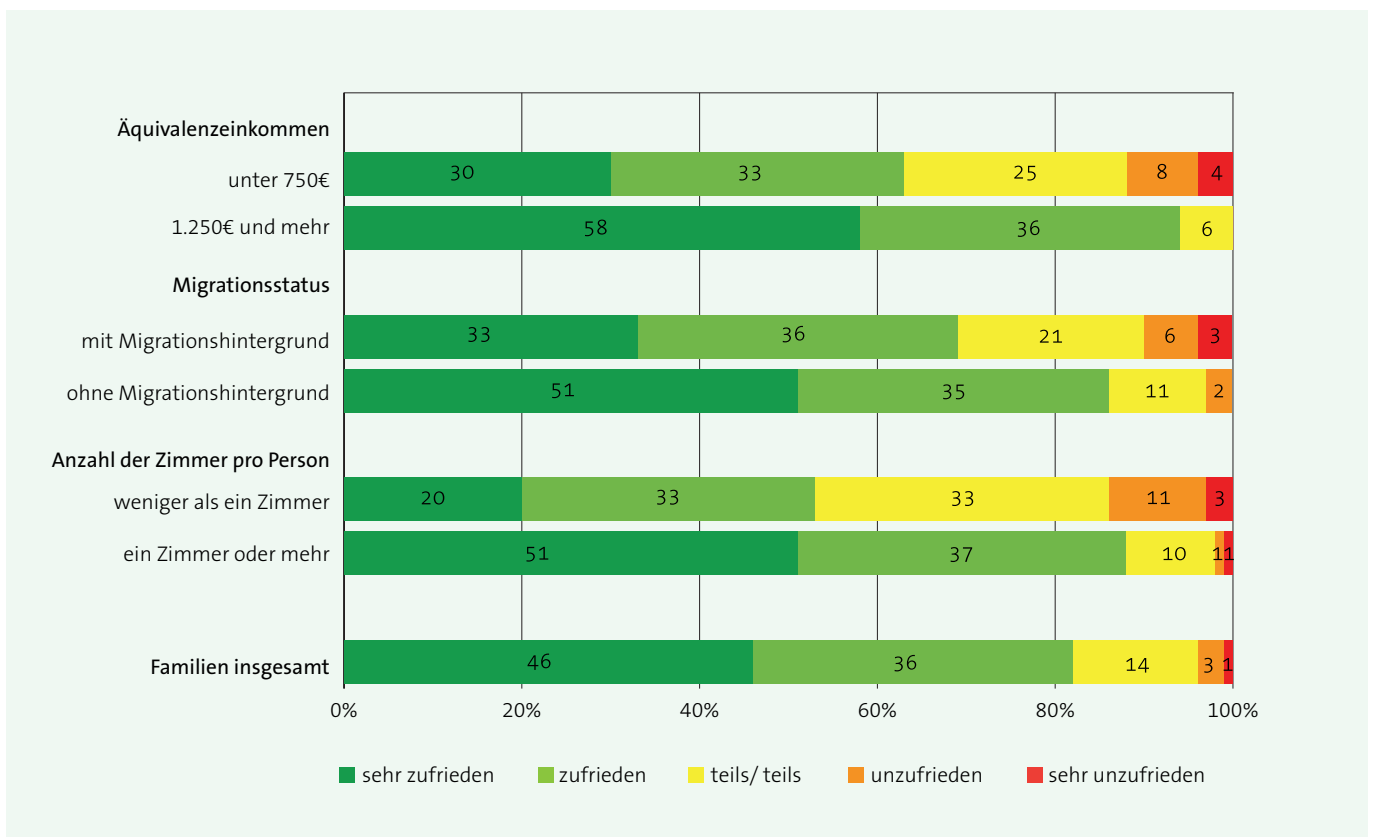
lenband: 64). Es fällt auf, dass in Nord/Blankenhagen, Pavenstädt und Innenstadt/Miele jeweils knapp ein Zehntel der Familien angibt, mit ihrer Wohnung unzufrieden oder sehr unzufrieden zu sein. In Avenwedde-Mitte/West und Friedrichsdorf sind hingegen besonders viele Familien zufrieden oder sogar sehr zufrieden, während unzufriedene Familien kaum (Friedrichsdorf) oder gar nicht (Avenwedde-Mitte/West) vorkommen.²⁸

28 In beiden Sozialräumen liegt die Eigentümerquote deutlich höher als in den übrigen Gütersloher Sozialräumen.

Deutlich beeinflusst wird die Wohnungszufriedenheit auch vom sozialen Status der Familien (vgl. Abbildung 8.2). So sind 94 Prozent der wohlhabenden Familien (1.250 Euro und mehr Äquivalenzeinkommen) aber „nur“ 63 Prozent der Familien mit einem Einkommen unter 750 Euro mit ihrer Wohnung zufrieden bzw. sehr zufrieden. Gleichzeitig geben zwölf Prozent der Familien mit geringem Einkommen an, dass sie mit der Wohnung unzufrieden oder sogar sehr unzufrieden sind. Gleiches gilt für Familien mit niedriger Qualifikation, niedriger beruflicher Stellung und Familien mit Migrationshintergrund: Auch sie sind durchschnittlich deutlich unzufriedener mit ihrer Wohnung als Familien mit höchster Qualifikation bzw. beruflicher Stellung und Familien ohne Migrationshintergrund.

Wenig überraschend ist, dass auch die Größe der Wohnung und die Tatsache, ob die Wohnung als Mieter oder Eigentümer bewohnt wird, einen deutlichen Einfluss auf die Beurteilung der Wohnsituation hat. Familien, denen mindestens ein Zimmer pro Person zur Verfügung steht, und Familien, die über Wohneigentum verfügen, sind deutlich häufiger sehr zufrieden mit ihrer Wohnung als Familien, die zur Miete oder in engen Wohnungen wohnen. Letztgenannte Gruppe ist insgesamt am unzufriedensten mit ihren Wohnungen, nur noch gut jede zweite Familie ist zufrieden oder sehr zufrieden, während jede siebte Familie unzufrieden oder sehr unzufrieden ist.

Abbildung 8.2: Zufriedenheit mit der Wohnung



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

8.2 Das Wohnumfeld von Familien

Neben der Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung, deren Größe und der Höhe der Mietbelastung, spielen auch das Wohnumfeld, seine Ausstattung und seine subjektive Einschätzung durch die Familien eine wichtige Rolle bei der Frage, ob sich Familien im „Lebensraum Gütersloh“ wohl fühlen. Wohnumfeldqualitäten wie Spiel- und Treffmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr oder der Ruf der Wohngegend sind entscheidend dafür, wo Familien hinziehen oder dauerhaft wohnen bleiben. Außerdem bieten sich hier zahlreiche Anknüpfungspunkte für kommunales Handeln, um Mängel zu verbessern und Stärken weiter auszubauen. Im Hinblick auf die Wohnumfeldqualität betrachten wir, welche Mängel durch die Familien in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld wahrgenommen werden, ob die Infrastruktur „stimmt“ und ob die Familien in Gütersloh mit ihrem Wohnumfeld insgesamt zufrieden sind.

8.2.1 Ist das Wohnumfeld kindgerecht und „alltagstauglich“?

Für Familien mit Kindern ist vor allem ein kindgerechtes Wohnumfeld wichtig. Dazu zählen beispielsweise Grünflächen und Spielplätze, ausreichende Freizeitangebote und Orte, an denen ältere Kinder und Jugendliche sich treffen können, aber auch wenig Verkehr, damit Kinder alleine die Wohnung oder das Haus verlassen können. Doch nicht nur das Vorhandensein von Freizeitangeboten oder Infrastruktureinrichtungen ist für Familien von Bedeutung, sondern auch ihre einfache Erreichbarkeit. Wir haben die Familien deshalb für verschiedene wichtige Infrastruktureinrichtungen gefragt, ob sie diese in weniger oder mehr als 15 Minuten zu Fuß erreichen können (eine kurze Beschreibung der einzelnen Sozialräume hinsichtlich der wahrgenommenen Mängel im Wohnumfeld und der fußläufigen Erreichbarkeit von Einrichtungen findet sich auf den Seiten 70 bis 73 im Kommentierten Tabellenband).

Danach befragt, welche Mängel sie in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen, nennen die Gütersloher Familien (über fast alle Sozialräume hinweg) fehlende Aufenthaltsmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche sowie mangelnde Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder am häufigsten. Abbildung 8.3²⁹ verdeutlicht, dass in Gütersloh insgesamt 50 bzw. 59 Prozent der Familien ein Fehlen entsprechender Angebote kritisieren.³⁰ In Friedrichsdorf wird mit 80 Prozent das Fehlen von Aufenthaltsmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche mit Abstand am häufigsten beanstandet. Außerdem werden fehlende Jugendräume und ähnliche Angebote für Jugendliche auch in einer offenen Frage der Familienbefragung, in der weitere Mängel der Wohngegend angegeben werden konnten, noch einmal von einigen

Friedrichsdorfer Familien genannt. In Avenwedde-Bahnhof werden die Aufenthaltsmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche hingegen stadtweit am seltensten bemängelt (46 Prozent). Allerdings werden dort Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder am häufigsten vermisst (64 Prozent). Sehr viel zufriedener als in anderen Sozialräumen sind die Familien in Isselhorst mit den dort vorhandenen Angeboten und Einrichtungen für Kinder, lediglich jede vierte Familie sieht hier einen Mangel.

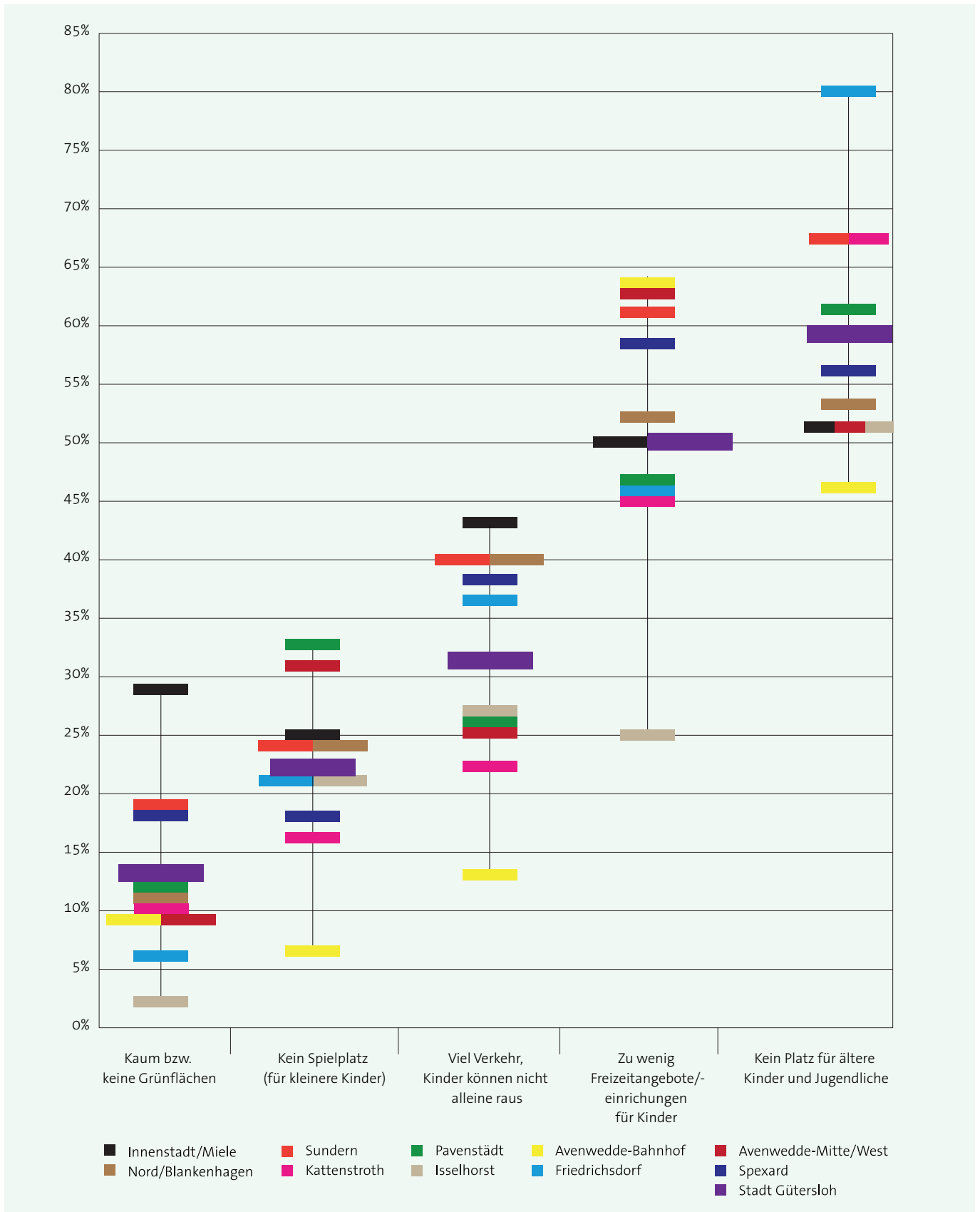
Auch in Bezug auf die Einschätzung der vorhandenen Spielplätze für kleine Kinder (stadtweit ist hier gut jede fünfte Familie unzufrieden) gehen die Meinungen der Familien in den einzelnen Sozialräumen auseinander. In Avenwedde-Bahnhof geben nur sechs Prozent der Familien (also etwa jede 17. Familie) an, dass nicht genügend Spielplätze vorhanden sind, während dies in Pavenstädt und Avenwedde-Mitte/West etwa jede dritte Familie beanstandet. Dementsprechend geben Familien aus Avenwedde-Bahnhof auch nur sehr selten an, mehr als 15 Minuten Fußweg zum nächsten Spielplatz in Kauf nehmen zu müssen, während Familien aus Avenwedde-Mitte/West und Pavenstädt häufiger als Familien aus anderen Sozialräumen sagen, Spielplätze nur in mehr als 15 Minuten zu Fuß erreichen zu können. Insgesamt sind die 118 öffentlichen Kinderspielplätze in Gütersloh³¹ für Familien aber gut erreichbar. Stadtweit gibt eine deutliche Mehrheit von 87 Prozent an, höchstens 15 Minuten zu Fuß zum nächsten Spielplatz zu benötigen. Dass das Vorhandensein von Spielplätzen nicht ohne weiteres bedeutet, dass die Familien mit diesen zufrieden sind, zeigt die Tatsache, dass es in fast allen Gütersloher Sozialräumen auch Familien gibt, die sich in der offenen Frage zu weiteren Wohnumfeldmängeln über den Zustand und die Sauberkeit der Spielplätze vor Ort beklagen.

29 Neben den entsprechenden Prozentanteilen kann in dieser Darstellungsform auch die Varianz, also die „Bandbreite“, zwischen den einzelnen Sozialräumen abgelesen werden: Je weiter die Markierungen für den höchsten und den niedrigsten Wert auseinander liegen, desto größer sind die Unterschiede zwischen den Sozialräumen.

30 In diesen kritischen Ansichten bezüglich der wohnungsnahen Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder/Jugendliche und Erwachsene (vgl. auch Abbildung 8.4) unterscheiden sich die Familien in Gütersloh jedoch nicht von den Familien in anderen Städten und Gemeinden der Projektfamilie.

31 Datenquelle Familienstatistisches Informationssystem Gütersloh, Stichtag 31.12.2006.

Abbildung 8.3: Mängel hinsichtlich eines kindgerechten Wohnumfeldes



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Der Weg zum nächsten Spielplatz sollte – gerade für jüngere Kinder – nicht nur möglichst kurz sein, sondern auch abseits von gefährlichen Straßen liegen. Wenig Straßenverkehr, der es auch zulässt, dass Kinder alleine nach draußen können, gehört deshalb zu einem familienfreundlichen Wohnumfeld dazu. Stadtweit kritisiert in Gütersloh fast jede dritte Familie ein zu hohes Verkehrsaufkommen, wobei die Spanne von 13 Prozent in Avenwedde-Bahnhof bis 43 Prozent in Innenstadt/Miele reicht. In der offenen Frage zu weiteren Mängeln der Wohngegend werden Unzufriedenheiten mit der Verkehrs- (und Straßen-)Situation vor Ort am häufigsten genannt. Neben „zu viel“ und „zu laut“ beschwerten sich die Familien vor allem über zu schnelles Fahren in verkehrsberuhigten Straßen.

Insgesamt recht zufrieden sind die Gütersloher Familien mit den vorhandenen Grünflächen. Stadtweit kritisieren nur 13 Prozent, dass es in ihrer näheren Umgebung kaum bzw. keine Grünflächen gibt. Überdurchschnittlich oft wird dies von Familien in Innenstadt/Miele (29 Prozent), Sundern und Spexard bemängelt, deutlich zufriedener sind Familien vor allem in Isselhorst und Friedrichsdorf. In Isselhorst geben darüber hinaus auch sehr viele Familien an, weniger als 15 Minuten zu Fuß zum nächsten Park bzw. zur nächsten Grünanlage zu brauchen.

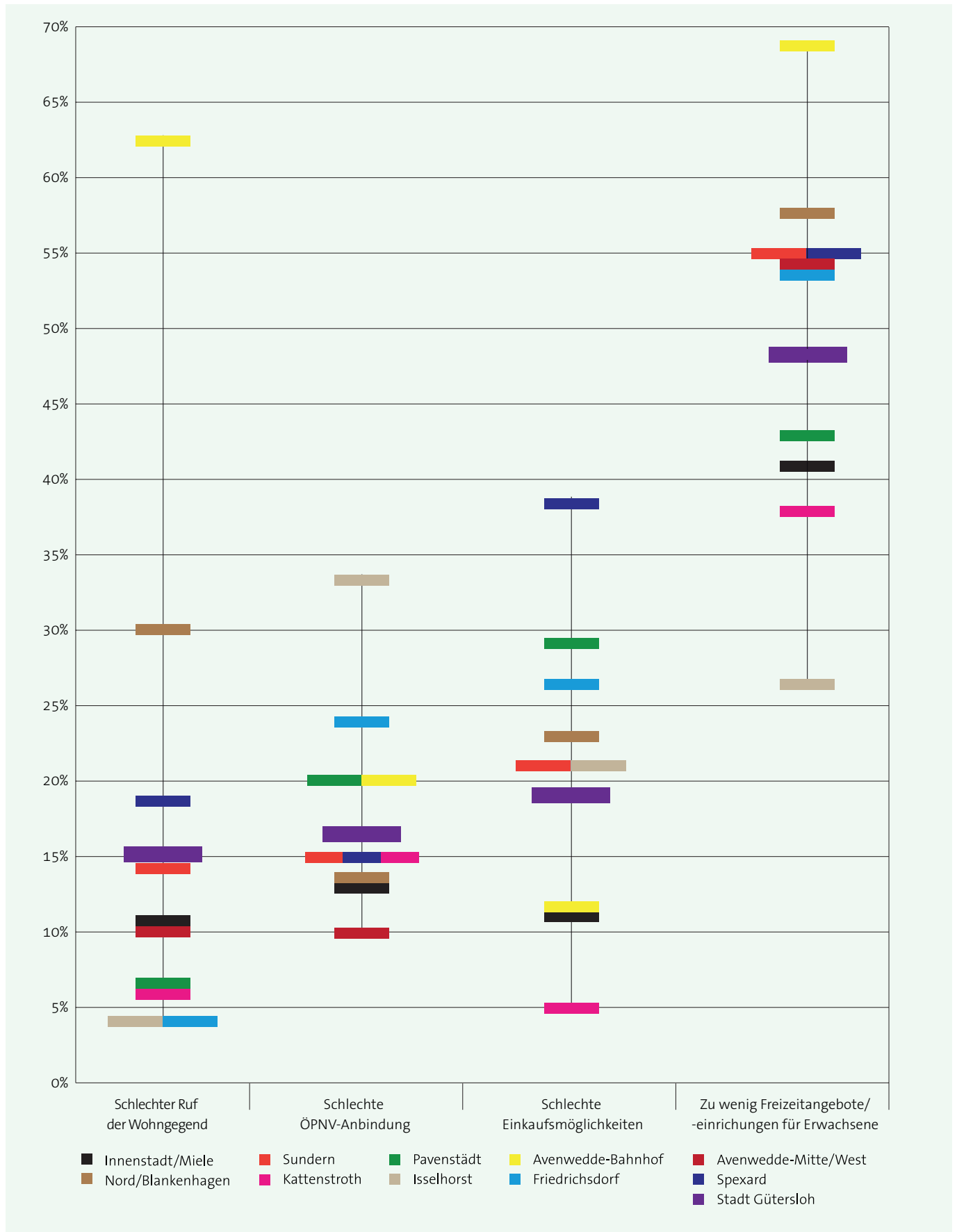
Neben der kindgerechten Ausgestaltung ihres Wohnumfeldes ist es für Familien aber auch wichtig, dass die Infrastruktur der Wohngegend ihren Alltagsbedürfnissen entspricht. Hierzu zählen neben einer guten Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr besonders die Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf sowie die Freizeitangebote für Erwachsene oder das Image der Wohngegend insgesamt. Wie Abbildung 8.4 zeigt, werden die Freizeitangebote für Erwachsene stadtweit sehr viel häufiger als die übrigen Punkte kritisiert. In Gütersloh sieht hier fast die Hälfte der Familien einen Mangel, allerdings sind auch hier zwischen den Sozialräumen sehr große Unterschiede feststellbar. Wie auch bei der Einschätzung der Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder beanstanden Familien im Sozialraum Avenwedde-Bahnhof das Angebot am häufigsten (69 Prozent), während Familien in Isselhorst stadtweit am zufriedensten sind (26 Prozent).

Auch die Einschätzung der vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten und ihre fußläufige Erreichbarkeit fallen zwischen den Gütersloher Sozialräumen sehr unterschiedlich aus. In Kattenstroth werden die Einkaufsmöglichkeiten von lediglich fünf Prozent der Familien als unzureichend kritisiert und nur zehn Prozent der Familien geben an, zu Fuß länger als 15 Minuten dorthin zu benötigen. Am häufigsten kritisiert werden die vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten im Sozialraum Spexard (38 Prozent), wo mit 32 Prozent aber nur knapp überdurchschnittlich viele Familien

einen längeren Fußweg auf sich nehmen müssen. In Pavenstädt und Avenwedde-Mitte/West können dagegen deutlich mehr Familien Supermärkte und andere Geschäfte nur in mehr als 15 Minuten zu Fuß erreichen als in den übrigen Sozialräumen. Überdurchschnittlich unzufrieden mit den vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten sind jedoch nur die Pavenstädter Familien, nicht aber die Familien aus Avenwedde-Mitte/West. Bei der Bewertung der Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die stadtweit von 17 Prozent der Familien bemängelt wird, sind es vor allem die Familien aus den Sozialräumen Isselhorst (34 Prozent) und Friedrichsdorf (24 Prozent), die kritischer als Familien aus anderen Sozialräumen sind.

Ein sehr differenziertes Bild zeigt sich in Bezug auf die Einschätzung des Rufes der jeweiligen Wohngegend, der stadtweit von knapp jeder siebten Familie (15 Prozent) kritisiert wird. In sieben der zehn Sozialräume wird ein schlechter Ruf der Wohngegend seltener als im stadtweiten Durchschnitt als Mangel angegeben (in Isselhorst und Friedrichsdorf sogar von nur jeweils vier Prozent der Familien). Etwas über dem stadtweiten Durchschnitt liegt mit 18 Prozent der Sozialraum Spexard, deutlich darüber der Sozialraum Nord/Blankenhagen (30 Prozent), der auch eine hohe Kumulation sozialer Problemlagen aufweist. Der Sozialraum mit der mit Abstand schlechtesten Imagebewertung ist aber Avenwedde-Bahnhof, wo mit 63 Prozent fast zwei Drittel der Familien den Ruf ihrer Wohngegend bemängeln. Dort waren auch die stadtweit wenigsten Familien mit ihrem Wohnumfeld zufrieden (vgl. auch Kapitel 8.2.2). Außerdem stimmten die Familien in Avenwedde-Bahnhof sehr viel seltener der Aussage zu, dass sie sich in ihrem Stadtteil sicher fühlen, als Familien aus den anderen Gütersloher Sozialräumen (vgl. auch Abbildung 17 im Kommentierten Tabellenband: 79). In Isselhorst und Friedrichsdorf – beides Sozialräume, deren Ruf von den Familien nur sehr selten als Mangel angegeben wurde – stimmten dagegen 92 bzw. 94 Prozent der Familien dieser Aussage voll und ganz bzw. eher zu.

Abbildung 8.4: Weitere Mängel des Wohnumfeldes



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

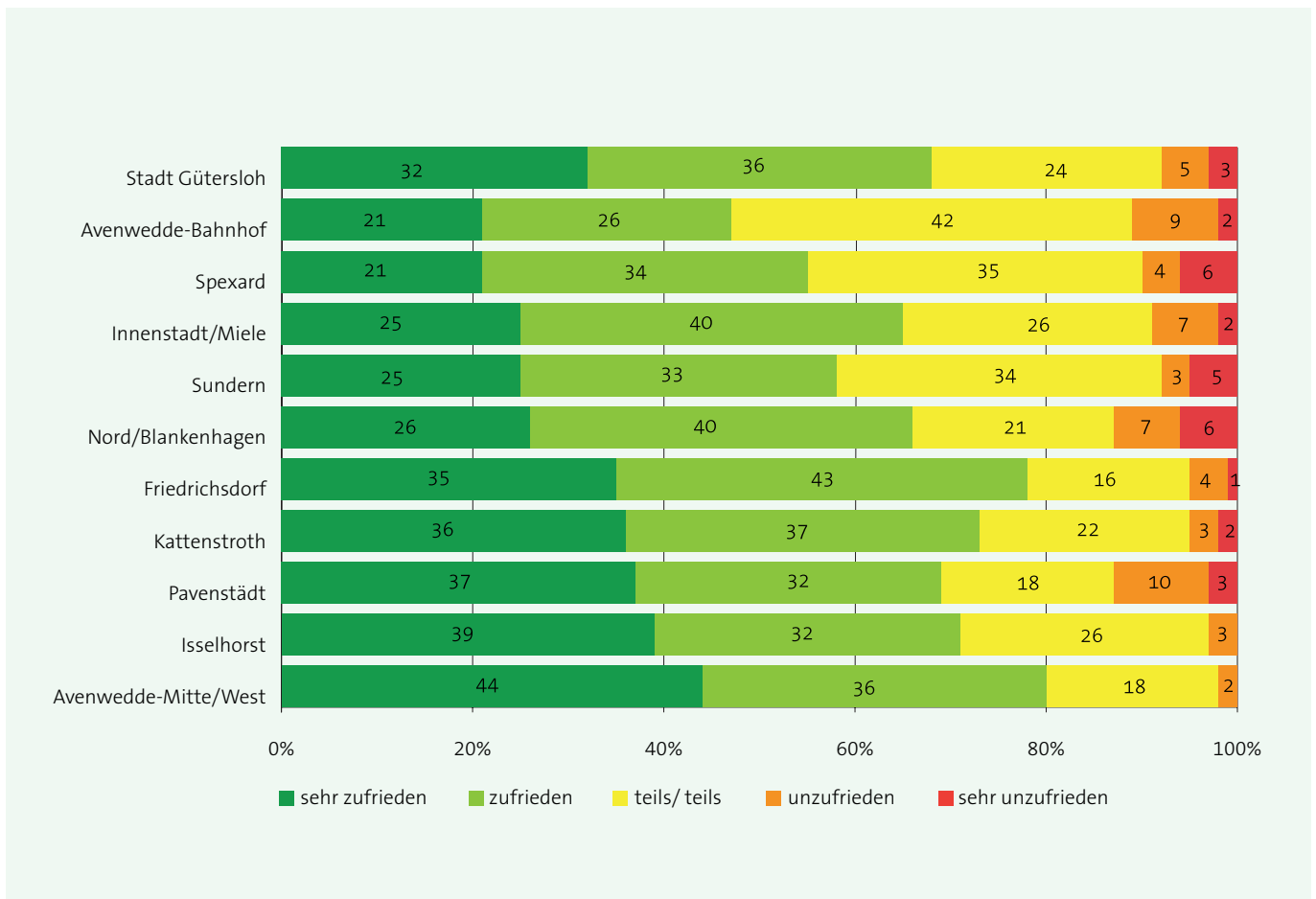
8.2.2 Einschätzung des Wohnumfelds und allgemeine Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld

Dieser (sehr) deutliche Zusammenhang zwischen der Bewertung des Rufs der eigenen Wohngegend und der Beurteilung anderer Punkte wie dem Sicherheitsgefühl im Stadtteil oder der Wohnumfeldzufriedenheit kann auch für die Stadt Gütersloh insgesamt festgestellt werden. 75 Prozent der Gütersloher Familien, die angeben, dass ihre Wohngegend keinen schlechten Ruf hat, sind mit ihrem Wohnumfeld insgesamt zufrieden bzw. sehr zufrieden, nur vier Prozent der Familien sind (sehr) unzufrieden. Bei Familien, die einen schlechten Ruf ihrer Wohngegend als Mangel angegeben, ist dagegen nur jede dritte Familie mit ihrem Wohnumfeld (sehr) zufrieden, während jede vierte unzufrieden bzw. sehr unzufrieden ist. Noch etwas deutlicher ist der Zusammenhang mit dem persönlichen Sicherheitsgefühl vor Ort. Gut vier von fünf Familien, die den Ruf ihrer Wohngegend als gut einschätzen, stimmen der Aussage, dass sie sich mit ihrer Familie in ihrem Stadtteil

sicher fühlen, voll und ganz bzw. eher zu und lediglich etwa jede vierzehnte Familie (sieben Prozent) lehnt diese Aussage (eher) ab. Bei Familien, die den Ruf ihrer Wohngegend bemängeln, können dagegen nur gut zwei von fünf Familien der Aussage zustimmen, während mehr als jede dritte Familie angibt, sich mit ihrer Familie in ihrem Stadtteil (eher) nicht sicher zu fühlen.

Allgemein ist die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld unter den Gütersloher Familien weniger stark ausgeprägt als die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung. Darin unterscheidet sich Gütersloh nicht von den anderen Städten und Gemeinden der Projektfamilie. 68 Prozent der Familien sind stadtweit mit ihrem Wohnumfeld zufrieden bzw. sehr zufrieden, 24 Prozent sind teilweise zufrieden und acht Prozent der Familien unzufrieden bzw. sehr unzufrieden. Im Vergleich zu ihrer Wohnung sind die Gütersloher Familien demnach mit ihrem Wohnumfeld vor allem deutlich seltener sehr zufrieden und häufiger nur teilweise zufrieden. Stärker noch als bei der Wohnungszufriedenheit ist die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld davon abhängig, in welchem Sozialraum eine Familie lebt (vgl. Abbildung 8.5).

Abbildung 8.5: Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Die meisten (sehr) zufriedenen Familien leben in den Sozialräumen Avenwedde-Mitte/West und Friedrichsdorf (80 bzw. 78 Prozent). Lediglich zwei bzw. fünf Prozent der Familien dort sind mit ihrem Wohnumfeld unzufrieden oder gar sehr unzufrieden. Auch in Kattenstroth und Isselhorst sind noch etwas mehr (sehr) zufriedene und weniger (sehr) unzufriedene Familien als im stadtweiten Durchschnitt zu finden. Familien in Pavenstädt sind zwar ebenfalls noch etwas häufiger mit ihrem Wohnumfeld (sehr) zufrieden als der Durchschnitt der Gütersloher Familien, mit 13 Prozent ist in diesem Sozialraum aber auch der Anteil der (sehr) unzufriedenen Familien am höchsten. Stadtweit am unzufriedensten mit ihrem Wohnumfeld sind Familien im Sozialraum Avenwedde-Bahnhof. Weniger als die Hälfte der Familien ist dort mit ihrem Wohnumfeld (sehr) zufrieden und auch der Anteil der lediglich teilweise zufriedenen Familien ist mit 42 Prozent sehr hoch. Gut jede zehnte Familie ist mit ihrem Wohnumfeld unzufrieden oder sogar sehr unzufrieden. Neben den Familien in Avenwedde-Bahnhof sind auch Familien in Spexard und Sundern unzufriedener mit ihrem Wohnumfeld, als dies der Durchschnitt der Gütersloher Familien ist.

8.3 Bewertung der Kinderfreundlichkeit der Stadt Gütersloh und der Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche

Neben der Bewertung der eigenen Wohnung und des Wohnumfeldes wurden die Familien in Gütersloh auch darum gebeten, einige Aspekte der Stadt insgesamt zu beurteilen. So wurde beispielsweise danach gefragt, wie die Familien die Kinderfreundlichkeit ihrer Stadt bewerten und ob sie die in Gütersloh vorhandenen Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche als ausreichend empfinden oder einen Verbesserungsbedarf sehen.³² Insgesamt bewerten die Gütersloher Familien die Kinderfreundlichkeit ihrer Stadt – auch im Vergleich der Projektkommunen – sehr positiv. Stadtweit stimmt ein Großteil der Familien (46 Prozent) der Aussage, dass Gütersloh eine kinderfreundliche Stadt ist, voll und ganz bzw. eher zu. 39 Prozent sind unentschieden, etwa jede sechste Familie kann der Aussage eher bzw. überhaupt nicht zustimmen (vgl. Abbildung 8.6).

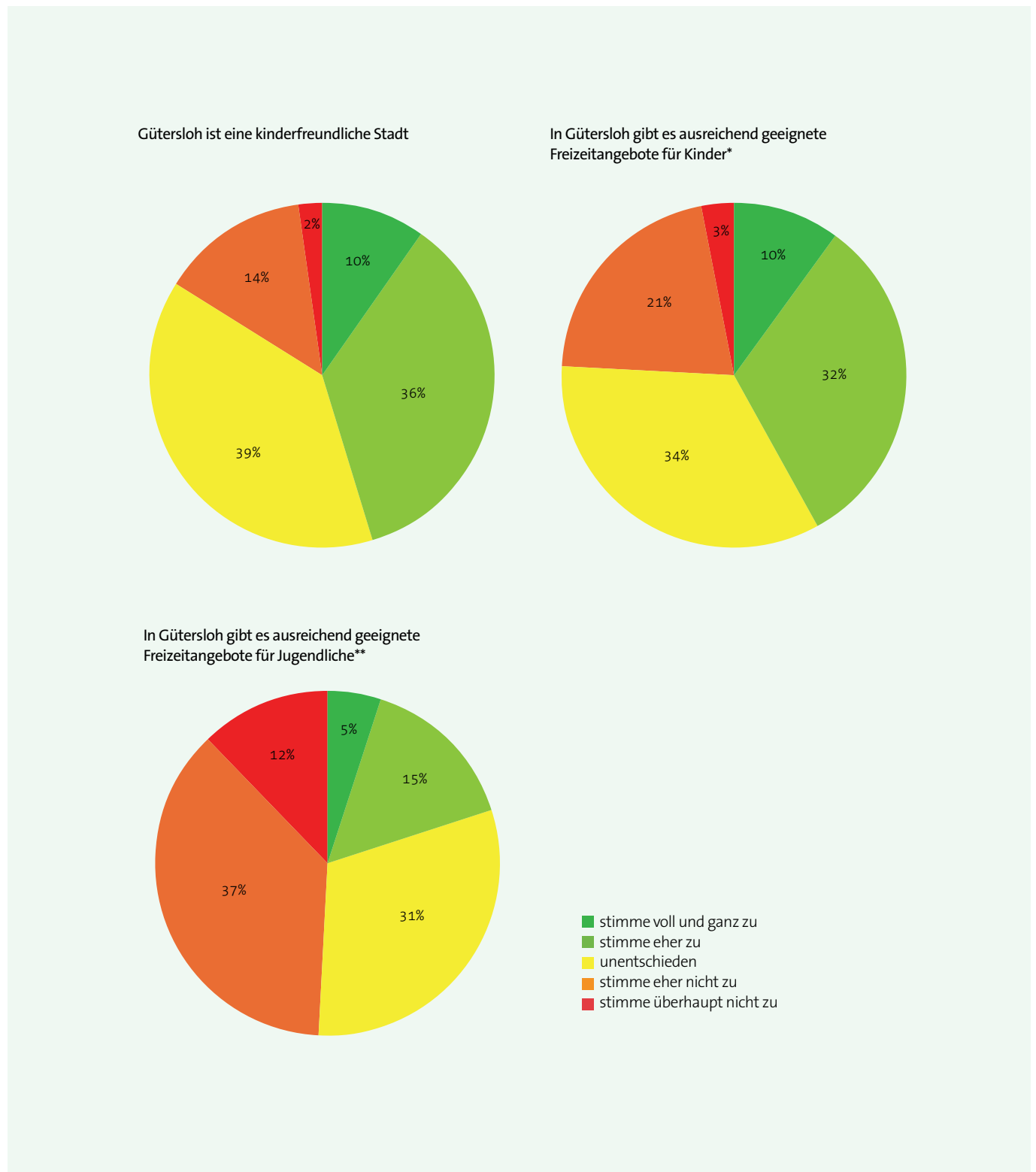
Die Freizeitmöglichkeiten für Kinder werden in Gütersloh – ebenso wie in sämtlichen anderen Städten und Gemeinden der Projektfamilie – deutlich besser bewertet als die Freizeitangebote für Jugendliche: Während zwei von fünf Familien (in deren Haushalt mindestens ein Kind im Alter von unter zwölf Jahren wohnt) der positiven Einschätzung zum Freizeitangebot für Kinder voll und ganz bzw. eher zustimmen und jede vierte diese Aussage ablehnt, wird das Angebot für Jugendliche nur von jeder fünften Familie (mit Kindern im Alter von 12 bis unter 18 Jahren) positiv bewertet und von fast der Hälfte der Familien als (eher) unzu-

reichend angesehen. Außerdem kann ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Einschätzung des kindgerechten Umfeldes in Wohnungsnähe und der Bewertung der Kinderfreundlichkeit der Stadt bzw. des stadtweiten Freizeitangebotes für Kinder festgestellt werden: Familien, die mit den vorhandenen Freizeitangeboten bzw. -einrichtungen für Kinder vor Ort (aber auch den Spielplätzen oder Treffpunkten für ältere Kinder und Jugendliche) zufrieden sind³³, bewerten sowohl die Kinderfreundlichkeit der Stadt als auch das stadtweite Freizeitangebot für Kinder sehr viel positiver als Familien, die das Angebot in ihrem direktem Wohnumfeld als unzureichend empfinden.

32 Die Familien sollten diese Aussagen mit Hilfe einer Fünferskala von 1 „stimme voll und ganz zu“ bis 5 „stimme überhaupt nicht zu“ bewerten.

33 Die diesbezüglichen Einschätzungen der Familien in den einzelnen Sozialräumen sind in Abbildung 8.3 dargestellt.

Abbildung 8.6: Bewertung der Kinderfreundlichkeit der Stadt und der Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche



*Nur Familien, in deren Haushalt mindestens ein Kind im Alter von unter 12 Jahren wohnt
 **Nur Familien, in deren Haushalt mindestens ein Kind im Alter von 12 bis unter 18 Jahren wohnt.
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

8.4 Wohndauer und Umzugsabsichten von Familien in Gütersloh

Am Ende dieses Kapitels betrachten wir, wie lange Familien schon in der Stadt Gütersloh, ihrem Sozialraum und in ihrer momentanen Wohnung leben, ob sie in den nächsten beiden Jahren umziehen möchten sowie die Gründe für einen eventuell geplanten Umzug und die Umzugsziele.

8.4.1 Wohndauer in Stadt, Sozialraum und Wohnung

Häufig kann eine lange Wohndauer in einer Stadt oder Gemeinde als Ausdruck von lokaler Integration der Bewohner und Identifikation mit dem Wohnort gesehen werden. Intakte soziale Netzwerke – beispielsweise über nachbarschaftliche Hilfe und Solidarität – finden sich häufiger in Wohngebieten, in denen viele der Bewohner seit langem wohnen. Im Gegensatz dazu kann eine hohe Fluktuation der Bewohner als Indiz für eher instabile soziale Verhältnisse gewertet werden, denn mit häufig wechselnden Nachbarn lassen sich nur schwer längerfristige Netzwerke aufbauen (vgl. Strohmeier/Bader 2004: 62ff.). Zugleich lässt sich aber auch feststellen, dass in schrumpfenden und stark segregierten Städten mit entspannten Wohnungsmärkten insbesondere ärmere und sozial benachteiligte Familien in weniger attraktiven Wohngebieten zurückbleiben (vgl. ILS/ZEFIR 2006). Eine lange Wohndauer in sozial eher benachteiligten Sozialräumen kann demnach auch Ausdruck für eine Zunahme innerstädtischer Disparitäten sein. Eine Verbesserung des Wohnumfeldes in diesen Sozialräumen wäre demnach für die Wohnqualität der dort lebenden Familien besonders wichtig.

Mit 34 Prozent lebt nur ein gutes Drittel der befragten Mütter und Väter bereits seit ihrer Geburt in der Stadt. Die mit Abstand meisten „gebürtigen Gütersloher“ (50 Prozent) sind im Sozialraum Avenwedde-Mitte/West zu finden, in dem stadtweit die meisten mit Wohnung und Wohnumfeld (sehr) zufriedenen Familien wohnen. Am seltensten leben Familien in Avenwedde-Bahnhof bereits seit ihrer Geburt in der Stadt (26 Prozent). Im Durchschnitt wohnen die Familien seit 24 Jahren in Gütersloh. Die meisten Familien bzw. Väter und Mütter sind aber schon ein- oder mehrmals innerhalb der Stadt umgezogen. In ihrem Sozialraum wohnen die Familien durchschnittlich 15 Jahre, in der aktuellen Wohnung „nur“ neun Jahre. Im Sozialraum Avenwedde-Mitte/West sticht die mit 29 Jahren deutlich überdurchschnittliche Wohndauer in der Stadt hervor, ansonsten unterscheiden sich die Wohndauern innerhalb Güterslohs nur geringfügig (vgl. Tabelle 34 im Kommentierten Tabellenband: 74).

Migranten sind – nicht zuletzt aufgrund ihrer Migrationsgeschichte – sehr viel seltener in Gütersloh geboren. Nur 13 Prozent der befragten Mütter und Väter mit Migrationshintergrund leben bereits seit ihrer Geburt in der Stadt (gegenüber 44 Prozent der Mütter und Väter ohne Migrationshintergrund). Entsprechend kürzer ist auch ihre durchschnittliche Wohndauer in Stadt, Sozialraum und der aktuellen Wohnung. Für die Stadt beträgt sie elf Jahre, für den Sozialraum neun und für die aktuelle Wohnung sechs Jahre.

8.4.2 Umzüge in Gütersloh: Absichten, Wünsche, Motive und Ziele

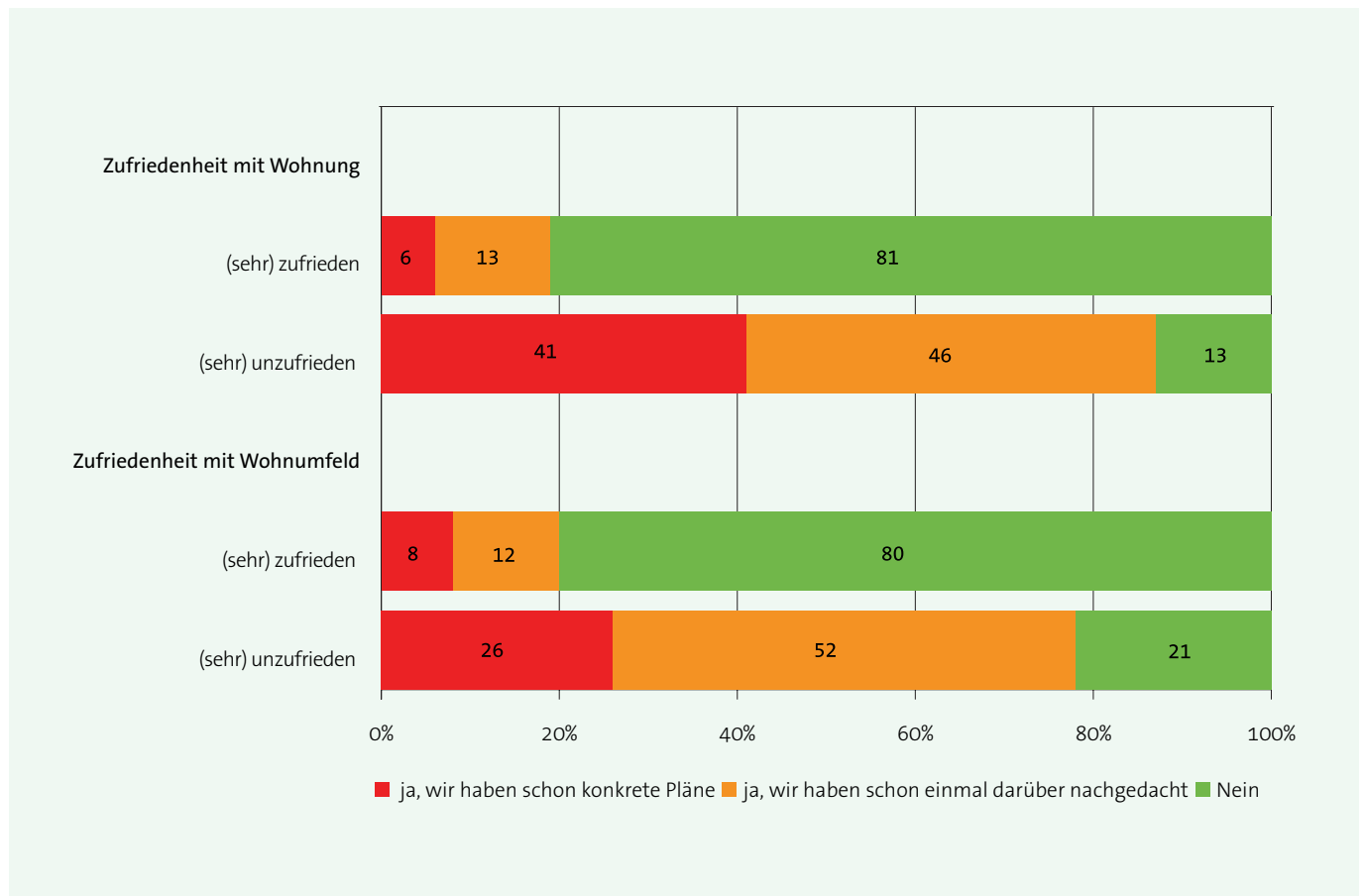
Nachdem wir die Wohndauer und die Stabilität der Bewohnerschaft betrachtet haben, soll im Folgenden etwas näher untersucht werden, welche Familien einen Umzug planen. Was sind die Gründe für Gütersloher Familien, einen Umzug in Erwägung zu ziehen? Welche Rolle spielen dabei die Wohnung und das Wohnumfeld? Und was sind die Umzugsziele dieser Familien?

Umzugspläne

Mit 71 Prozent denkt die große Mehrheit der Gütersloher Familien derzeit nicht über einen Umzug innerhalb der nächsten beiden Jahre nach. Von den übrigen Familien haben zehn Prozent bereits konkrete Umzugspläne und 19 Prozent haben „schon einmal darüber nachgedacht“ umzuziehen (vgl. Tabelle 35 im Kommentierten Tabellenband: 75). Die mit Abstand wenigsten umzugswilligen Familien finden sich in den Sozialräumen Avenwedde-Mitte/West und Friedrichsdorf. Hier denken 80 bzw. 85 Prozent der Familien derzeit nicht über einen Umzug nach. In Innenstadt/Miele geben demgegenüber nur 58 Prozent der Familien an, nicht über einen Umzug nachzudenken, 15 Prozent haben bereits konkrete Pläne. Darüber hinaus denken Familien, die in Wohneigentum leben, nur sehr selten über einen Umzug nach (acht Prozent) und haben kaum konkrete Pläne (zwei Prozent). Von den Familien, die zur Miete wohnen, hat dagegen bereits ein gutes Drittel schon einmal über einen Umzug nachgedacht und ein großer Anteil von 22 Prozent hat bereits konkrete Pläne.

Einen deutlichen Einfluss auf die Umzugsabsichten von Familien haben auch die Wohnungs- und Wohnumfeldzufriedenheit (vgl. Abbildung 8.7). Unter den Familien, die mit ihrem Wohnumfeld (sehr) zufrieden sind, zieht nur jede fünfte einen Umzug in Betracht oder hat bereits konkrete Pläne, während dies unter Familien, die mit ihrem Wohnumfeld (sehr) unzufrieden sind, fast vier von fünf Familien sind. Noch etwas deutlicher ist dies in Bezug auf die Wohnungszufriedenheit. Während 81 Prozent der mit ihrer Wohnung (sehr) zufriedenen Familien nicht über einen Umzug innerhalb der nächsten beiden Jahre nachdenken, sind dies unter den (sehr) unzufriedenen Familien gerade einmal 13 Prozent.

Abbildung 8.7: Umzugspläne in den nächsten beiden Jahren nach Wohnungs- und Wohnumfeldzufriedenheit



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007

Neben dieser konkreten Wohnsituation spiegelt sich auch die aktuelle Lebenslage der Familien in den Umzugswünschen wider. Betrachtet man die Familien, die in den nächsten zwei Jahren einen Umzug konkret oder unter Umständen planen, etwas genauer, sind es anteilig deutlich häufiger Alleinerziehende, arme bzw. armutsnahe Familien (mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 750 Euro im Monat) und Haushalte mit niedriger Qualifikation sowie Familien mit Migrationshintergrund, die umziehen möchten. Umzugspläne nennen zwischen 40 und 47 Prozent der betreffenden Familien. Weiter oben wurde bereits darauf hingewiesen, dass gerade diese Familien besonders häufig in kleineren und schlechter bewerteten Wohnungen leben.

Umzugsgründe und Umzugsziele

So wird „eine zu kleine Wohnung“ auch von 43 Prozent der Familien, die umziehen wollen, als Umzugsgrund genannt und steht damit an erster Stelle der Liste der angeführten Gründe für eine Umzugsplanung (vgl. Tabelle 37 im Kommentierten Tabellenband: 77). An zweiter Stelle steht mit 28 Prozent ein weiterer, direkt die Wohnung betreffender Umzugsgrund: eine zu hohe Miete. Eine schlechte bzw. nicht bedarfsgerechte Ausstattung der Wohnung steht mit 17 Prozent nur an neunter Stelle, eine zu große Wohnung spielt mit nur drei Prozent kaum eine Rolle. Der Erwerb von Wohneigentum steht in Gütersloh mit 26 Prozent an dritter Stelle der Umzugsgründe und wird somit (auch im Vergleich der Projektkommunen) sehr häufig genannt. Bei den Gründen, die das Wohnumfeld betreffen, werden vor allem eine zu hohe Lärmbelastigung von außen und ein nicht kindgerechtes Wohnumfeld (mit 21 bzw. 20 Prozent auf dem fünften und sechsten Platz) angeführt. Ein unattraktives Wohnumfeld wird von 18 Prozent der Familien als Umzugsgrund angegeben.

Mit 73 Prozent ist der Anteil der umzugswilligen Familien, die nach einem Umzug weiterhin in Gütersloh wohnen möchten, recht hoch. Knapp die Hälfte dieser Familien möchte sogar innerhalb ihres Sozialraumes umziehen (vgl. Tabelle 36 im Kommentierten Tabellenband: 76). Von den übrigen Familien möchten 19 Prozent in der näheren Umgebung von Gütersloh bleiben, lediglich acht Prozent wollen weiter entfernt ziehen. Familien mit nur einem Kind planen häufiger als andere Familien, in die nähere Umgebung von Gütersloh zu ziehen (25 Prozent). Kinderreiche Familien möchten hingegen sehr viel häufiger weiter entfernt (16 Prozent) und deutlich seltener weiterhin im selben Sozialraum (27 Prozent) wohnen. Wohneigentümer, die insgesamt deutlich seltener umziehen möchten, beabsichtigen seltener einen Wohnungswechsel im selben Sozialraum und planen stattdessen häufiger einen Umzug in die nähere Umgebung von Gütersloh oder auch an einen weiter entfernten Wohnsitz.

9 Lebenssituation von Kindern in Gütersloh

In einem Familienbericht sollten Fragen zur Kinderfreundlichkeit der Stadt und zur Lebenslage von Kindern nicht fehlen. Diese Themen werden daher im folgenden Kapitel noch einmal etwas genauer in den Blick genommen, d.h. es erfolgt eine Verknüpfung der bisher verfolgten familienzentrierten Perspektive mit der Kinderperspektive – nicht mehr Familien mit Kindern, sondern die Kinder in der Familie sind von Interesse. Dabei muss dieser Perspektivwechsel auf subjektive Einschätzungen der Eltern und Aspekte der Lebenslage von Kindern beschränkt bleiben, da nicht die Kinder selbst zu ihrer Lebenssituation befragt wurden.

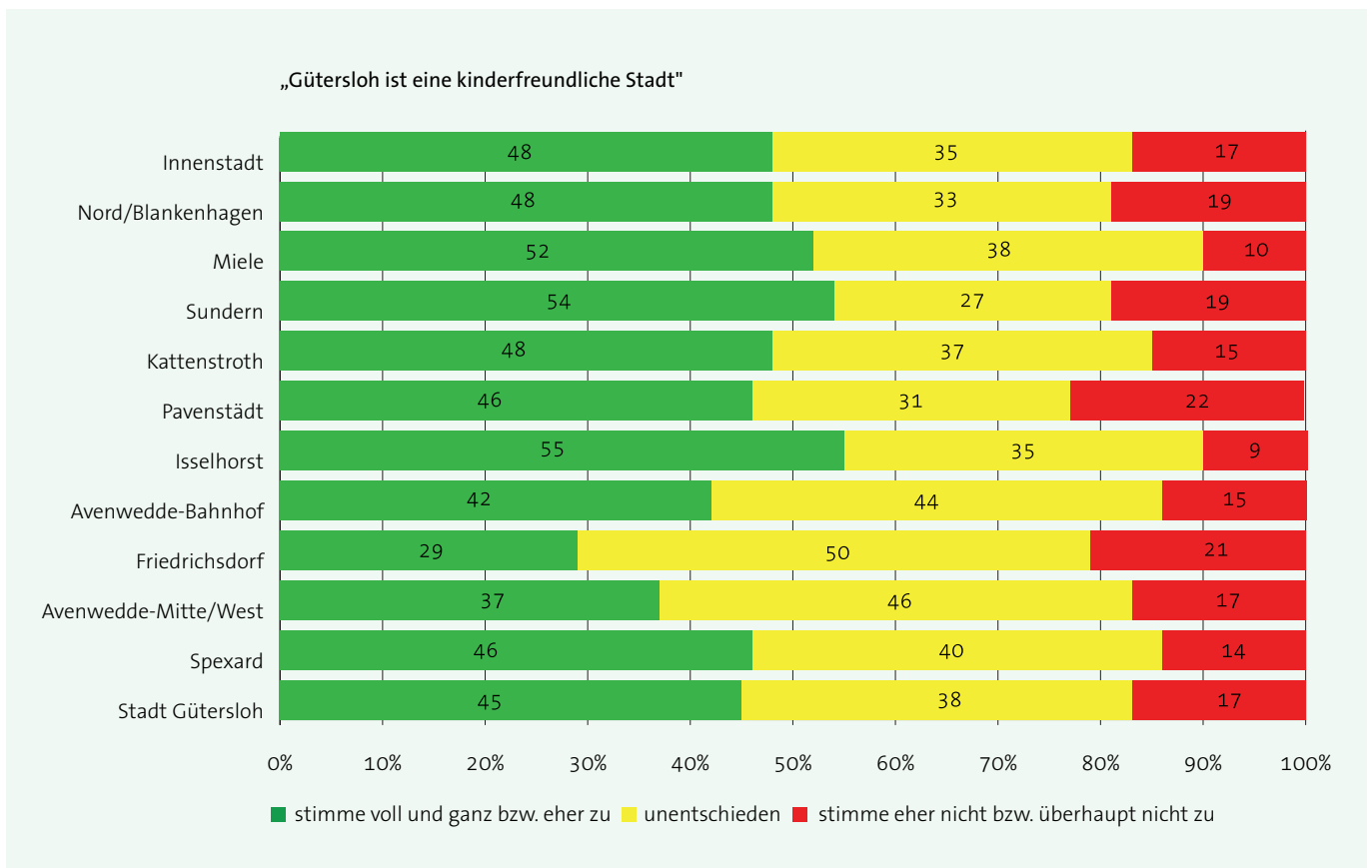
9.1 Bewertung der Kinderfreundlichkeit und der Freizeitangebote für Kinder in den Sozialräumen der Stadt Gütersloh

Zu Beginn des Kapitels soll anknüpfend an die Ergebnisse des vorangegangenen Kapitels 8.3 noch einmal auf die subjektive Einschätzung der Eltern zur Kinderfreundlichkeit der Stadt und zum Freizeitangebot für Kinder eingegangen werden. Im Fokus stehen aber kleinräumige Unterschiede zwischen den Gütersloher Sozialräumen: Gibt es zwischen den Sozialräumen Unterschiede

in den Einschätzungen zur Kinderfreundlichkeit? Werden die vorhandenen Freizeitangebote für Kinder in den einzelnen Sozialräumen unterschiedlich bewertet? In welchen Sozialräumen fällt das Urteil der Eltern besonders positiv und in welchen Sozialräumen besonders negativ aus?

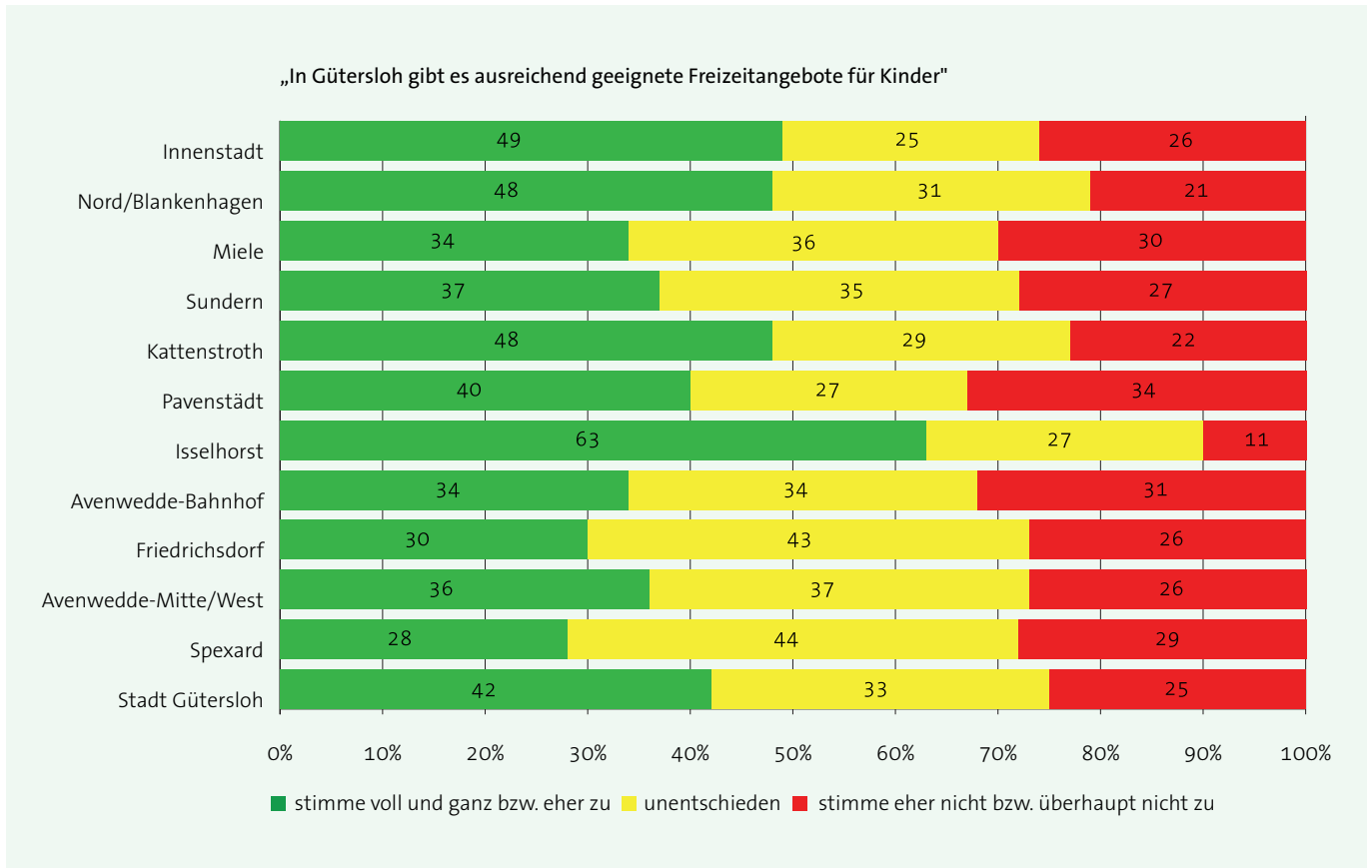
Trotz der im Stadtdurchschnitt recht positiven Bewertung der Kinderfreundlichkeit der Stadt Gütersloh zeigen sich zwischen den Sozialräumen deutliche Unterschiede (vgl. Abbildung 9.1). So fallen die Einschätzungen im Sozialraum Pavenstädt besonders kritisch aus. Hier sehen 22 Prozent der Familien die Stadt Gütersloh nicht als kinderfreundliche Stadt an. Aber auch im Sozialraum Friedrichsdorf gibt es ein Fünftel der Familien, die die Kinderfreundlichkeit der Stadt Gütersloh eher negativ bewerten. In Friedrichsdorf gibt es zudem mit 50 Prozent einen ausgesprochen hohen Anteil unter den Familien, der diesbezüglich unentschieden ist. Deutlich positiver bewerten die Familien in Isselhorst, Sundern und Miele die Kinderfreundlichkeit der Stadt. Hier stimmen jeweils mehr als die Hälfte der Aussage, dass Gütersloh eine kinderfreundliche Stadt ist, voll und ganz bzw. eher zu. In Isselhorst und Miele gibt auch nur etwa jede zehnte Familie eine negative Einschätzung zur Kinderfreundlichkeit.

Abbildung 9.1: Bewertung der Kinderfreundlichkeit der Stadt nach Sozialräumen



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Kinderdatensatz)

Abbildung 9.2: Bewertung der Freizeitangebote für Kinder nach Sozialräumen



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Kinderdatensatz)

Hinsichtlich der Bewertung des stadtweiten Freizeitangebots für Kinder fallen die Einschätzungen der Familien zwischen den Sozialräumen der Stadt noch differenzierter aus und die kritischen Bewertungen finden sich in anderen Sozialräumen (vgl. Abbildung 9.2). So sind die Bewertungen des Freizeitangebots für Kinder am positivsten in Isselhorst. Die wenigsten positiven Stimmen finden sich hingegen unter Familien in Spexard, hier sind die Familien in ihrer Einschätzung mehrheitlich eher unentschieden. Die anteilig meisten negativen Bewertungen des Freizeitangebots für Kinder lassen sich vor allem für die Sozialräume Pavenstädt (34 Prozent), Avenwedde-Bahnhof (31 Prozent) und Miele (30 Prozent) erkennen.

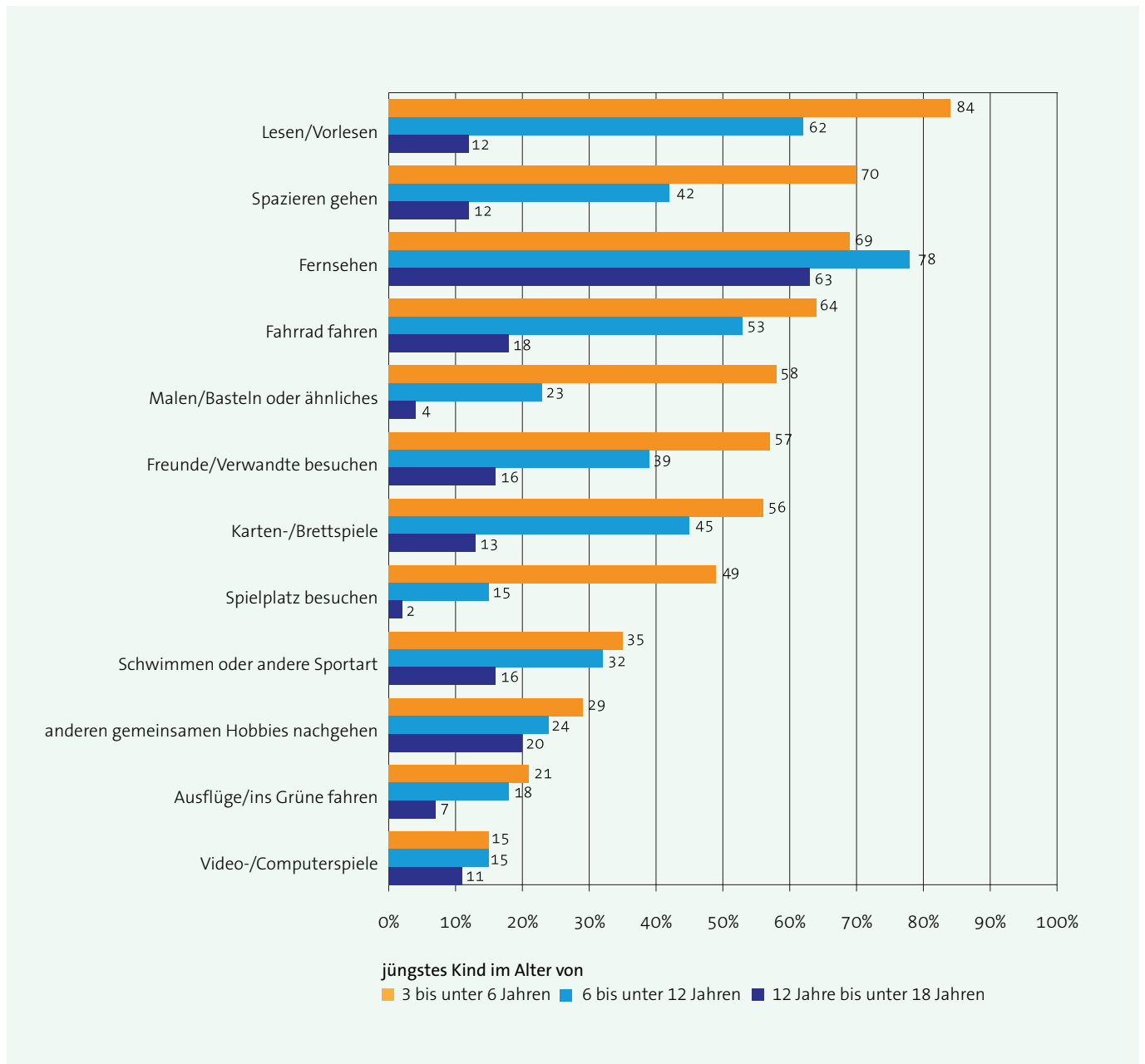
9.2 Gemeinsame Freizeitaktivitäten mit Kindern und Freizeit Ausgaben

Die Bewertung der Freizeitangebote ist aber auch davon abhängig, welche Freizeitaktivitäten Familien mit ihren Kindern überhaupt gemeinsam unternehmen. In diesem Abschnitt soll hierzu

ein Überblick gegeben werden. Gibt es gemeinsame Freizeitunternehmungen der Familien und welche Familien unternehmen welche Aktivitäten? Welchen Anteil des monatlichen Haushaltsbudgets können Familien in Gütersloh für Freizeitaktivitäten ausgeben?

Im Fragebogen wurde zu diesem Themenbereich u.a. erhoben, wie häufig die Eltern mit ihrem jüngsten Kind etwas unternehmen und welche Freizeitaktivitäten eine Rolle spielen. Da diese Aktivitäten in den Altersgruppen sehr verschieden sein können und darüber hinaus erst für Kinder ab dem Alter von drei Jahren von größerem Interesse sind, betrachten wir drei unterschiedliche Altersgruppen: die Drei- bis unter Sechsjährigen, die Sechs- bis unter Zwölfjährigen und die Zwölf- bis unter 18-Jährigen. Die Angaben beziehen sich dabei jeweils auf das jüngste Kind in den befragten Familien, da besonders bei jüngeren Kindern häufiger von gemeinsamen Freizeitaktivitäten mit den Eltern ausgegangen werden kann. Es werden also nicht alle Kinder in der Familie betrachtet.

Abbildung 9.3: Gemeinsame Freizeitaktivitäten mit dem jüngsten Kind



Anmerkung: Freizeitaktivität wird mehrmals oder mindestens einmal pro Woche gemeinsam mit dem jüngsten Kind unternommen (Mehrfachnennungen möglich)
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Kinderdatensatz)

In Abbildung 9.3 wurden die Aktivitäten nach der Häufigkeit ihrer Nennung für die Altersgruppe der Drei- bis unter Sechsjährigen geordnet.

Für diese Altersgruppe ganz oben in der Rangfolge der gemeinsamen Freizeitaktivitäten mit den Eltern steht das Lesen bzw. Vorlesen (84 Prozent der Kinder), dicht gefolgt vom gemeinsamen Spazieren gehen und Fernsehen. Jeweils etwa 70 Prozent unternehmen die beiden letzt genannten Aktivitäten mehrmals oder mindestens einmal pro Woche mit ihren Eltern. Auch das gemeinsame Fahrrad fahren, Malen oder Basteln, der Besuch von Freunden und Verwandten sowie Karten- oder Brettspiele gehören für jeweils (deutlich) mehr als die Hälfte der Kinder zwischen drei und unter sechs Jahren zum normalen Familienalltag, für knapp die Hälfte auch der gemeinsame Spielplatzbesuch.

Alle anderen Freizeitaktivitäten werden deutlich seltener genannt bzw. nicht regelmäßig durchgeführt. Mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes werden die gemeinsamen Freizeitaktivitäten meist seltener bzw. ihre Bedeutung ändert sich. In der Altersgruppe der Zwölf- bis unter 18-Jährigen werden gemeinsame Freizeitaktivitäten mit den Eltern nur noch selten regelmäßig unternommen. Eine Ausnahme stellt das gemeinsame Fernsehen dar: In den beiden älteren Altersgruppen nimmt die Häufigkeit des gemeinsamen Fernsehens gegenüber der jüngsten Altersgruppe noch zu und wird zum Spitzenreiter der gemeinsamen regelmäßigen Freizeitaktivitäten mit den Eltern.

Das Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert. In der Öffentlichkeit werden diese veränderten Freizeitaktivitäten von Kindern häufig sehr kontrovers diskutiert. Besonders kritisch wird die zunehmende Mediatisierung der Freizeit, z.B. durch Fernsehen, Computer oder andere interaktive Medien, betrachtet. Dabei wird argumentiert, dass die medialen Freizeitaktivitäten gemeinsame außerhäusliche Freizeitbeschäftigungen in vielen Familien verdrängt hätten. Freizeit fände nur noch vor dem Bildschirm statt und reale Erfahrungen außerhalb der Wohnung würden immer seltener, was zu einer kulturellen Verarmung und zu Bildungsdefiziten bei den Kindern führen würde. Diese These kann durch die bisherigen Ergebnisse nur zum Teil durch die Dominanz des gemeinsamen Fernsehens als Freizeitaktivität bestätigt werden. Andere mediale Freizeitaktivitäten sind insgesamt eher seltener.

Bezieht man die soziale Herkunft der Kinder in die Betrachtung mit ein, so lassen sich aber deutliche Unterschiede hinsichtlich der Freizeitaktivitäten zwischen den Familientypen beobachten (vgl. Tabelle 9.1). Hierzu betrachten wir nur die Altersgruppe

der Drei- bis unter Sechsjährigen, da in diesem Alter gemeinsame Aktivitäten mit den Eltern eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Kinder haben. Zudem werden lediglich vier ausgewählte Freizeitaktivitäten genauer untersucht. Zum einen betrachten wir das Lesen/Vorlesen sowie gemeinsame Ausflüge ins Grüne. Diese beiden Freizeitaktivitäten stehen exemplarisch für Aktivitäten von und mit Kindern, die in der Regel als förderlich für die kindliche Entwicklung und als pädagogisch wertvoll eingeordnet werden. Zum anderen wird das gemeinsame Fernsehen und das gemeinsame Video- bzw. Computerspiel als Ausdruck einer eher mediatisierten und oft kritisierten Freizeitbeschäftigung im oben beschriebenen Sinne betrachtet.

Wie zu erwarten, sind zwischen den betrachteten Bevölkerungsgruppen zum Teil sehr deutliche Unterschiede in der Freizeitnutzung erkennbar: So zeigt sich bei Familien mit niedriger Qualifikation und niedriger beruflicher Stellung ein deutlich niedrigeres Niveau der mit Lesen/Vorlesen aber auch mit Ausflügen verbrachten Freizeit mit dem jüngsten Kind. Gemeinsame Video- und Computerspiele gehören in diesen Familien dagegen sehr viel häufiger zum Alltag als dies in Familien mit höchster Qualifikation und höchster beruflicher Qualifikation der Fall ist. In Familien mit Migrationshintergrund wird ebenfalls anteilig seltener gemeinsam mit den Kindern gelesen und es werden weniger Ausflüge unternommen. Video- oder Computerspiele werden dagegen mehr als doppelt so häufig wie in Familien ohne Migrationshintergrund als gemeinsame Freizeitaktivität genannt.

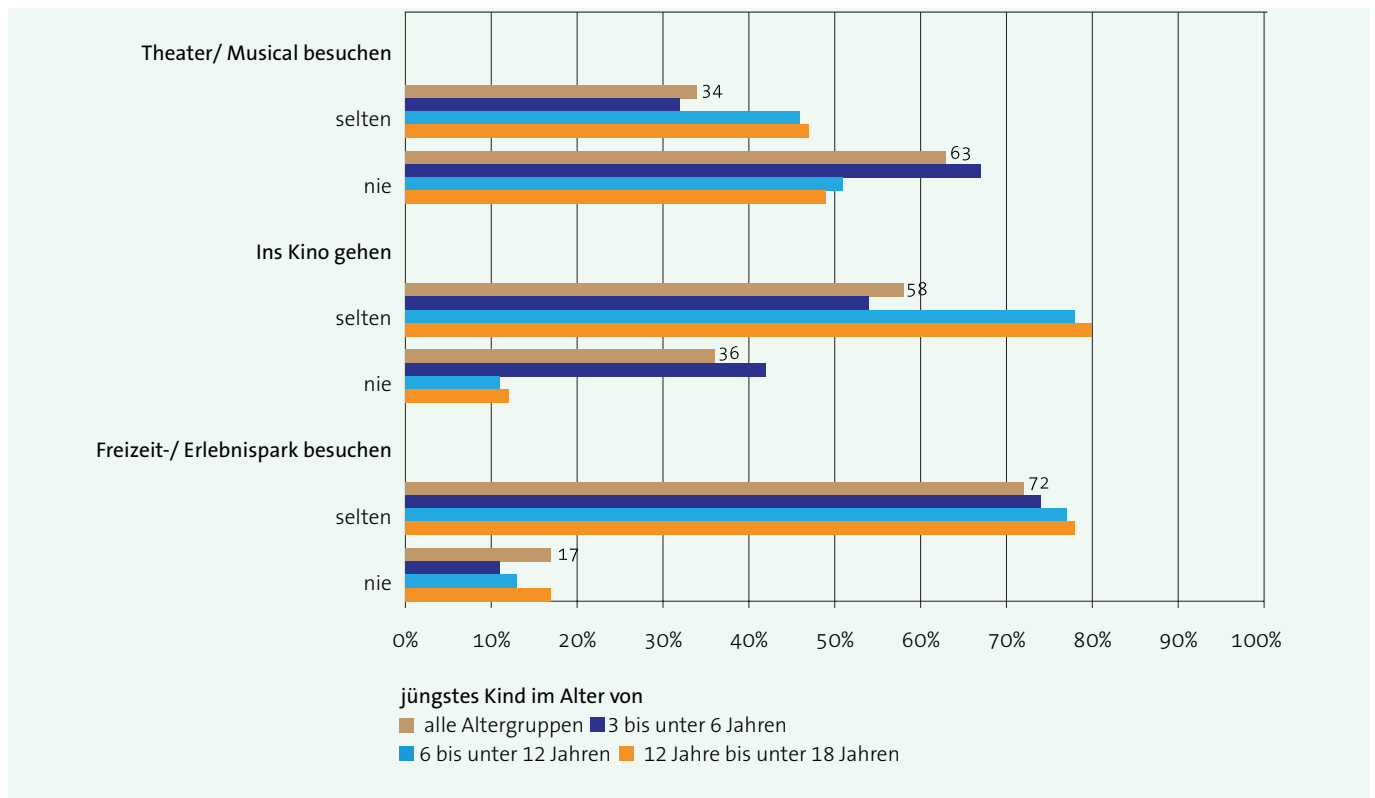
Betrachtet man den Einfluss des Erwerbsstatus der Eltern auf die Freizeitaktivitäten mit dem jüngsten Kind, so zeigen sich ebenfalls Unterschiede: Von Familien, in denen nur der Vater erwerbstätig ist (also die Mutter die Kinder zu Hause versorgt) werden das gemeinsame Lesen bzw. Vorlesen aber auch gemeinsame Ausflüge ins Grüne seltener genannt als von Familien, in denen beide Eltern erwerbstätig sind. Daraus lässt sich schließen, dass gemeinsame Freizeitaktivitäten offenbar stärker durch soziale Unterschiede als durch die vorhandenen oder nicht vorhandenen Zeitressourcen der Eltern geprägt werden. Unabhängig davon bleibt über alle Familientypen hinweg das Fernsehen eine der häufigsten gemeinsamen Freizeitaktivität und die Unterschiede zwischen den Familiengruppen folgen nicht dem sozialen Status der Familien.

Tabelle 9.1: Sozioökonomischer Status und Freizeitaktivitäten mit dem jüngsten Kind

	Lesen/Vorlesen	Ausflüge/ ins Grüne fahren	Fernsehen	Video-/Computerspiele
Angaben in Prozent				
Migrationsstatus				
mit Migrationshintergrund	72	7	67	23
ohne Migrationshintergrund	91	29	70	10
Erwerbsstatus				
Vater alleine erwerbstätig	80	19	67	11
Eltern beide erwerbstätig	97	31	72	14
Bildungsstatus				
niedrige Qualifikation	58	16	64	17
höchste Qualifikation	100	24	62	7
Stellung im Beruf				
niedrige berufliche Stellung	49	15	72	21
höchste berufliche Stellung	68	23	64	9

(Altersgruppe drei bis unter sechs Jahre; Freizeitaktivität wird mehrmals oder mindestens einmal pro Woche gemeinsam mit dem Kind unternommen)
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Kinderdatensatz)

Abbildung 9.4: Nie oder nur selten gemeinsam unternommene Freizeitaktivitäten



Anmerkung: Freizeitaktivität wird nie bzw. nur selten gemeinsam mit dem jüngsten Kind unternommen (Mehrfachnennungen möglich)
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Kinderdatensatz)

Es gibt aber auch Freizeitaktivitäten, die in den Gütersloher Familien ausgesprochen selten oder nie gemeinsam mit den Kindern unternommen werden. Hierzu zählen besonders gemeinsame Veranstaltungsbesuche (vgl. Abbildung 9.4). So wird für 63 Prozent der Kinder aller Altersgruppen angegeben, dass nie gemeinsam das Theater oder ein Musical besucht wird und für noch einmal 34 Prozent der Kinder geben die Eltern an, dass sie dies nur selten tun. Auch einen gemeinsamen Kinobesuch hat jedes dritte jüngste Kind in Gütersloh noch nie erlebt. Hier ist der Anteil unter den drei- bis sechsjährigen Kindern aber am größten, so dass ein Teil dieser Kinder diese Erfahrung noch später machen werden. Dennoch bleiben gemeinsame Kinobesuche eher eine seltene Freizeitaktivität. Der Besuch eines Freizeit- oder Erlebnisparks kommt von den drei betrachteten Unternehmungen noch am häufigsten vor.

Dass manche Freizeitaktivitäten nie oder nur selten von den Familien unternommen werden (können), liegt zum Teil auch an den dafür fehlenden finanziellen Mitteln. In Kapitel 5.1 wurde die zum Teil sehr unterschiedliche Einkommenssituation zwischen den verschiedenen Familientypen in Gütersloh bereits deutlich. Entsprechend differenziert sind auch die finanziellen Ressourcen, die in den Familien für Freizeit-, Bildungs- und kulturelle Aktivitäten ausgegeben werden (können). In allen Gütersloher Familienhaushalten werden monatlich durchschnittlich 100 Euro für Freizeit, Bildung und Kultur ausgegeben, was 3,5 Prozent des Haushaltseinkommens entspricht. Dieser relative Anteil unterscheidet sich zwischen den Familientypen nur unwesentlich. Absolut betrachtet können Familien mit einem Äquivalenzeinkommen unter 750 Euro aber lediglich 51 Euro für diesen Ausgabenbereich verwenden. In Familien mit einem Äquivalenzeinkommen von 1.500 Euro und mehr sind es dagegen 179 Euro monatlich (vgl. Tabelle 40 im Kommentierten Tabellenband: 86).

9.3 Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen in Gütersloh

Neben Familien sind Bildungseinrichtungen – insbesondere Schulen – wichtige Sozialisationsinstanzen im Leben von Kindern und Jugendlichen. Der Bildungsverlauf und -erfolg wird aber wesentlich durch die Familiensituation mitbestimmt. In Deutschland ist der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen weiterhin sehr stark durch ihre soziale Herkunft und ihre Staatsangehörigkeit bestimmt. Dies bestätigen nicht nur die Ergebnisse der PISA-Studien, sondern auch andere international vergleichend angelegte Studien zur Bildungssituation in Deutschland (vgl. OECD 2007; OECD 2008). Eine entscheidende Rolle für den späteren Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen spielt insbesondere der Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule, weil er die Bildungschancen und späteren Lebenschancen der Kinder

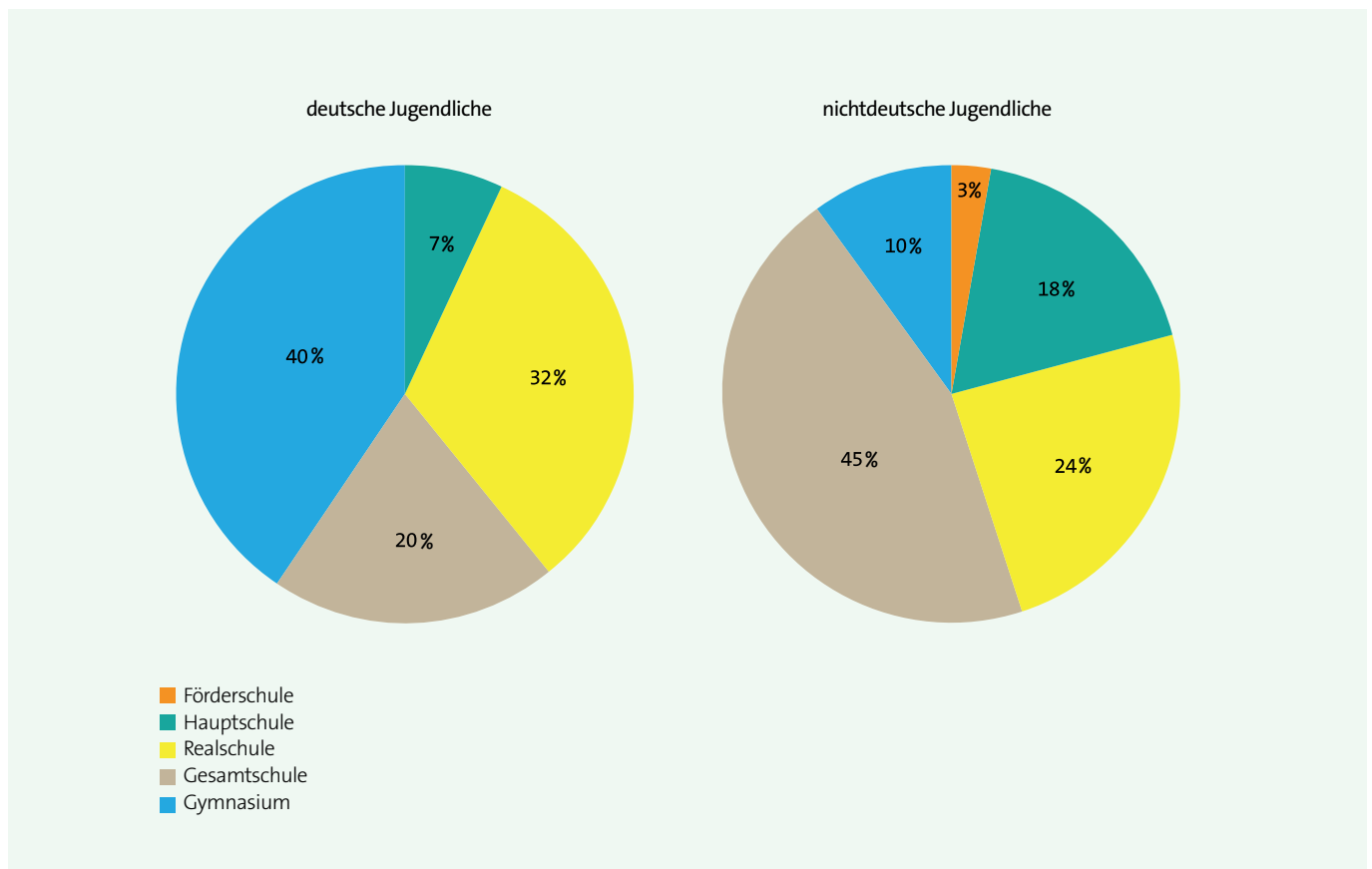
maßgeblich beeinflusst. Die Entscheidung darüber, welche weiterführende Schule angeraten bzw. gewählt wird, ist aber nicht nur von den Wünschen und Bestrebungen der Eltern abhängig, sondern richtet sich in erster Linie nach den schulischen Leistungen der Kinder und den darauf fußenden Empfehlungen der Grundschule. Soziale Selektivität im Zugang zu unterschiedlichen Schulformen ist also nicht nur das Ergebnis individueller und familiärer Bildungsentscheidungen und Bildungspräferenzen, sondern wird zugleich durch die jeweilige Grundschule und die Kriterien der Schulempfehlungen mitbestimmt.

9.3.1 Übergangsquoten zu den weiterführenden Schulen

In Abbildung 9.5 sind die Übergangsquoten der Gütersloher Schüler/innen zu den weiterführenden Schulen zu Beginn des Schuljahres 2006/07 (nach Staatsangehörigkeit der Schüler/innen für das gesamte Stadtgebiet) dargestellt.³⁴ Wie in vielen Städten Nordrhein-Westfalens sind auch in Gütersloh die Übergangsquoten der Kinder sehr stark von ihrer Staatsangehörigkeit beeinflusst. Übergreifend ist eine Benachteiligung von Kindern aus nichtdeutschen Familien beim Zugang zu höheren Schulabschlüssen nachzuweisen, was sich besonders deutlich beim Übergang zur Hauptschule und zum Gymnasium zeigt.

³⁴ Hier handelt es sich um Angaben der Schulstatistik, deshalb werden nicht Schüler/innen mit Migrationshintergrund, sondern deutsche und nicht-deutsche Schüler/innen betrachtet.

Abbildung 9.5: Übergangsquoten deutscher und nichtdeutscher Jugendlicher zu den weiterführenden Schulen in Gütersloh (Schuljahr 2006/07)



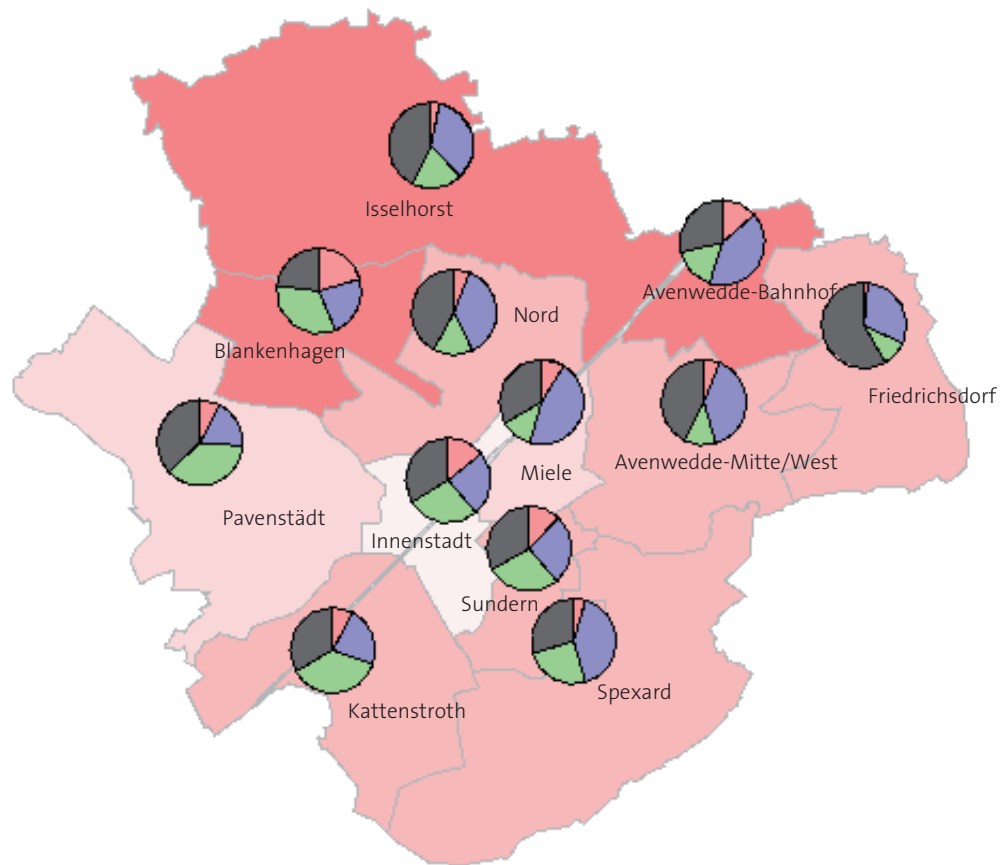
Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

So sind zum Beginn des Schuljahres 2006/07 18 Prozent der nichtdeutschen Schüler/innen, aber nur sieben Prozent der deutschen Schüler/innen nach der Grundschule auf eine Hauptschule gewechselt. Den Übergang zum Gymnasium schafften im selben Zeitraum dagegen 40 Prozent der deutschen, aber nur zehn Prozent der nichtdeutschen Schüler/innen. Nichtdeutsche Schüler/innen wechseln anteilig deutlich häufiger als deutsche Schüler/innen nach der Grundschule in eine Gesamtschule. So begannen zum Beginn des Schuljahres 2006/07 45 Prozent der nichtdeutschen, aber nur 20 Prozent der deutschen Schüler/innen das erste weiterführende Schuljahr auf einer Gesamtschule.

Insgesamt – über alle Schulformen hinweg – gesehen, bleibt die Schlechterstellung nichtdeutscher Schüler/innen beim Übergang zu Schulen mit höheren Bildungsabschlüssen aber dennoch deutlich, insbesondere im Hinblick auf die Chance der Erlangung eines höheren Bildungsabschlusses: 61 Prozent der deutschen Jugendlichen wechseln in eine Schulform mit der Möglichkeit zum Abschluss mit der allgemeinen Hochschulreife, unter den nichtdeutschen Jugendlichen sind dies 55 Prozent.

Auch kleinräumig zeigen sich bei den Übergangsquoten der Schüler/innen deutliche Unterschiede (vgl. Karte 9.1). Wir betrachten hier die Übergänge aller Gütersloher Schüler/innen zum Beginn des Schuljahres 2006/07 nach Grundschulstandort. Überdurchschnittliche Übergangsquoten zur Hauptschule finden sich in den Sozialräumen Blankenhagen (20 Prozent), Innenstadt (14 Prozent), Avenwedde-Bahnhof (14 Prozent) und Sundern (12 Prozent). Blankenhagen und Avenwedde-Bahnhof weisen zudem deutlich niedrigere Übergangsquoten zum Gymnasium als die übrigen Gütersloher Sozialräume auf. In Blankenhagen wechselten 23 Prozent der Schüler/innen in ein Gymnasium, in Avenwedde-Bahnhof 30 Prozent. Die stadtweit höchsten Übergangsquoten zum Gymnasium finden sich mit 58 Prozent im Sozialraum Friedrichsdorf, wo zudem lediglich ein Prozent der Schüler/innen in eine Hauptschule wechselte. Ebenfalls deutlich überdurchschnittliche Übergangsquoten zum Gymnasium sind für die Sozialräume Nord und Avenwedde-Mitte/West nachzuweisen. In den Sozialräumen Kattenstroth (36 Prozent) und Pavenstädt (37 Prozent) wechselten die Schüler/innen im Vergleich der Sozialräume anteilig besonders häufig in eine Gesamtschule.

Karte 9.1: Anteil der Kinder unter 14 Jahren und Übergangsquoten auf weiterführende Schulen (Schuljahr 2006/07)

**Karte**

Kinder unter 14 Jahre

10,29 < 12,00

12,00 < 13,72

13,72 < 15,44

15,44 und größer

Kreise

Übergangsquote zur Hauptschule

Übergangsquote zur Realschule

Übergangsquote zur Gesamtschule

Übergangsquote zum Gymnasium

Anteil der Kinder im Alter von unter 14 Jahren und Übergangsquoten auf weiterführende Schulen, 2006,
 Stadt Gütersloh, Sozialräume, (in % der Bevölkerung; 31.12.2006 und in % aller Übergänger/-innen; Schuljahresbeginn 2006)
 Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

9.3.2 Bildungsabschlüsse an weiterführenden Schulen

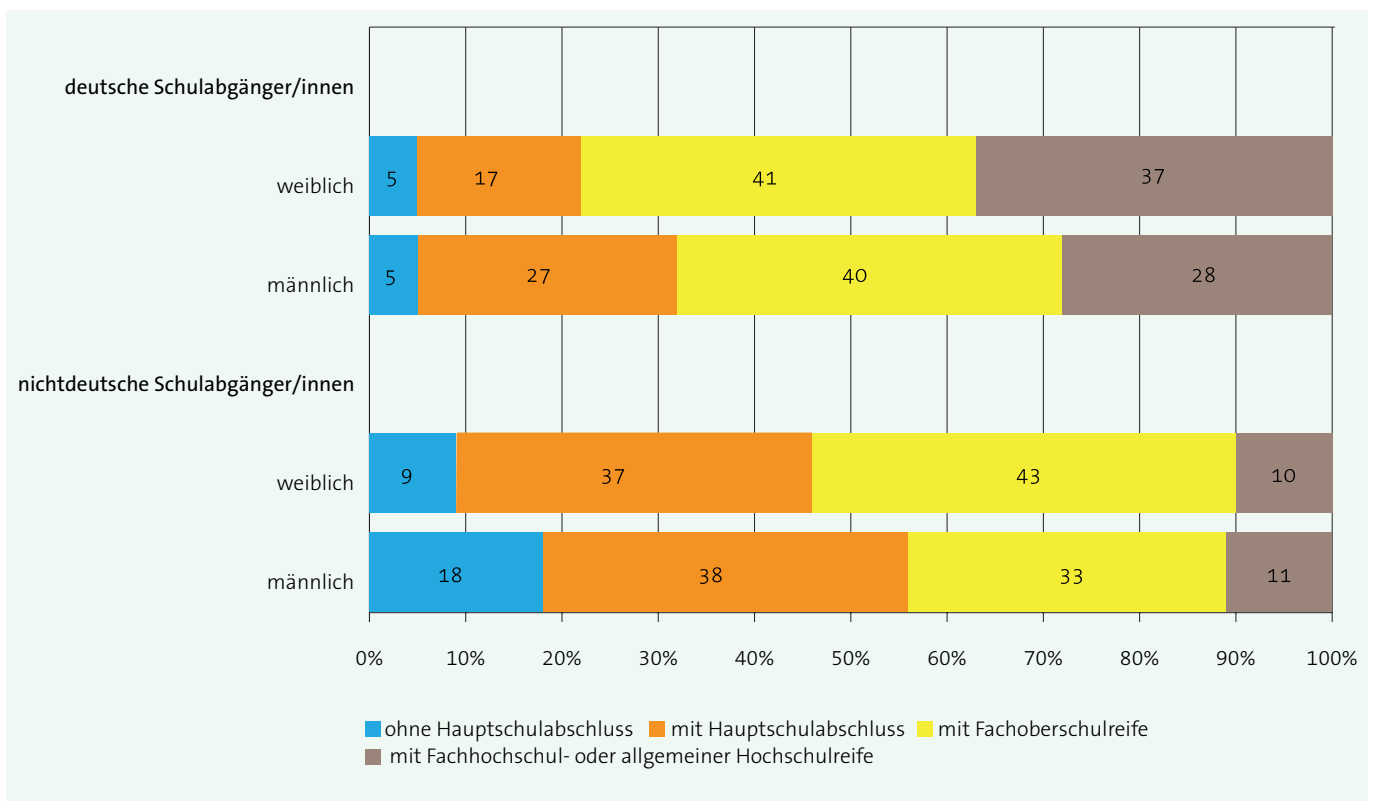
Die deutlichen Unterschiede in der Bildungsbeteiligung in Gütersloh wirken sich letztlich auf den Schulerfolg und die am Ende der Schulzeit realisierten Schulabschlüsse aus. Auch hier zeigen sich sehr deutliche Unterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen Schulabgänger/innen. Zugleich lassen sich aber geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich des Schulerfolgs erkennen und zwar sowohl unter den deutschen als auch unter den nichtdeutschen Schulabgängerinnen und Schulabgängern (vgl. Abbildung 9.6).

Misst man den Schulerfolg am erreichten Schulabschluss, so waren in Gütersloh im Schuljahr 2005/06 deutsche Schulabgängerinnen am erfolgreichsten: Von ihnen schlossen 37 Prozent die Schule mit einer Fachhochschul- oder allgemeinen Hochschulreife ab, 41 Prozent erreichten die Fachoberschulreife. Lediglich 17 Prozent der deutschen Schulabgängerinnen verließen die Schule mit einem Hauptschulabschluss und fünf Prozent ohne einen Abschluss zu erreichen. Sehr viel schlechter sieht die Bilanz der nichtdeutschen Schulabgänger dieses Jahrgangs aus: Nur elf Prozent der nichtdeutschen männlichen Abgänger erlangten die Fachhochschul- oder allgemeine Hochschulreife und ein

Drittel schloss die Schule mit der Fachoberschulreife ab. 38 Prozent der männlichen Nichtdeutschen des betrachteten Schulabgangsjahres erreichten lediglich einen Hauptschulabschluss und der Anteil der Jugendlichen ohne Abschluss war mit 18 Prozent ebenfalls ausgesprochen hoch. Nichtdeutsche junge Frauen erreichen anteilig insgesamt etwas höhere Abschlüsse als nichtdeutsche männliche Abgänger. Insbesondere der Anteil der nichtdeutschen Mädchen ohne Abschluss fiel mit neun Prozent deutlich niedriger aus und der Anteil der nichtdeutschen Mädchen mit Fachoberschulreife lag über den vergleichbaren Anteilen der deutschen Abgängerinnen. Insgesamt bleiben aber die deutlichen Unterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen auch hinsichtlich des Schulerfolgs für männliche und weibliche Jugendliche erhalten.

Übergreifend lässt sich sagen, dass die späteren Arbeitsmarkt- und Berufschancen von Schüler/innen mit Hauptschulabschluss wesentlich eingeschränkter sind als von Jugendlichen mit höheren Bildungsabschlüssen, da die „Wertbarkeit“ eines Hauptschulabschlusses am Arbeitsmarkt nicht nur in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken ist (vgl. u.a. Reißig u.a. 2006; MAGS 2007: 318ff.; Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: 108ff.). Das betrifft sowohl die

Abbildung 9.6: Bildungsabschlüsse an weiterführenden Schulen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Schuljahr 2005/2006)



Datenquelle: Familienstatistisches Informationssystem (FIS) Gütersloh

Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, eine dauerhafte Beschäftigung zu finden oder beruflich aufzusteigen, als auch die zu realisierenden Einkommenshöhen. Noch prekärer stellt sich die Situation für Jugendliche ohne schulischen Abschluss dar. Die damit verbundenen Probleme eines schwierigen Einstiegs in das Berufsleben betreffen in Gütersloh besonders häufig nicht-deutsche männliche Jugendliche sowie – in etwas abgeschwächter Form – weibliche Jugendliche ohne deutschen Pass.

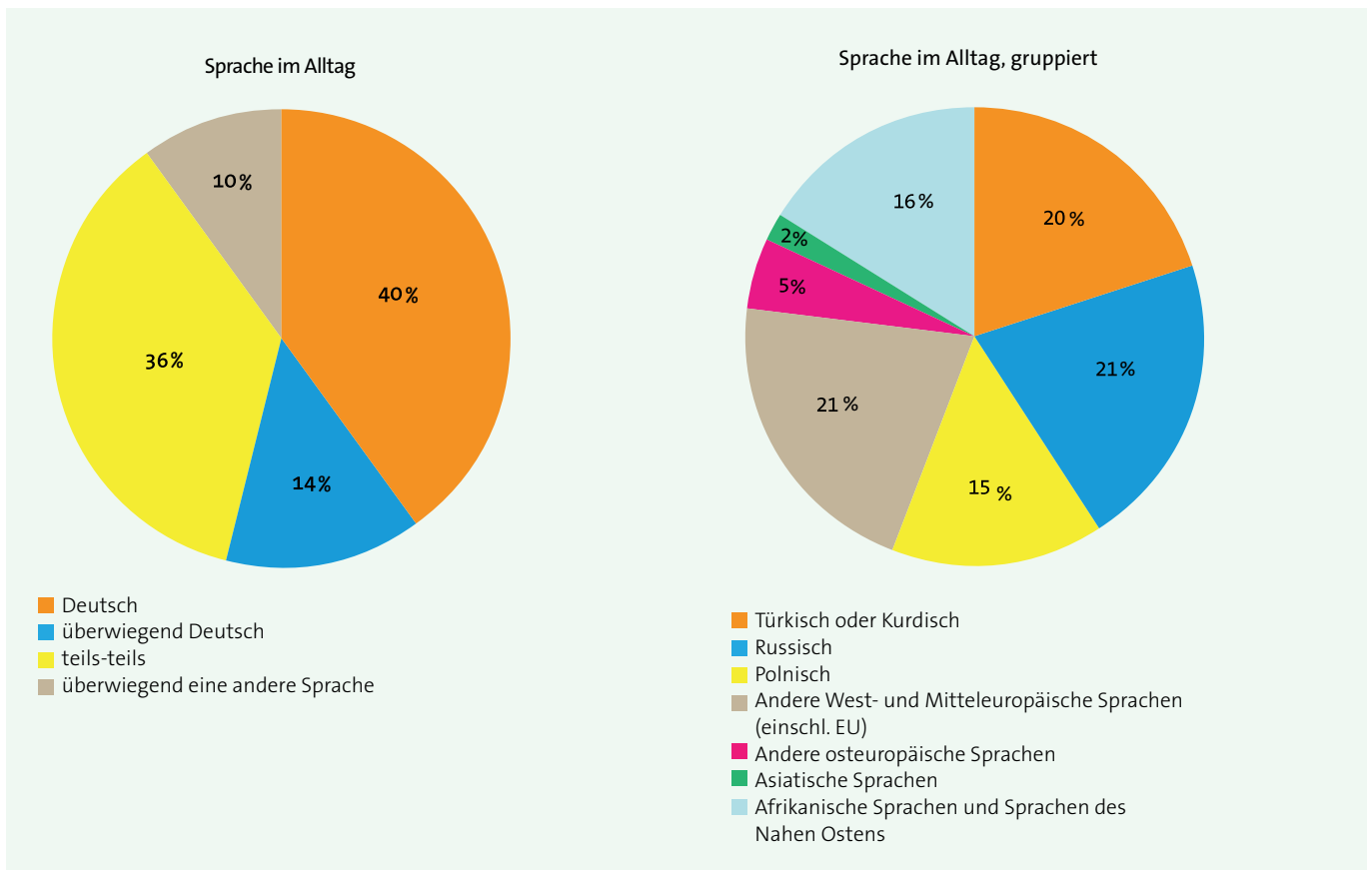
Viele sozialwissenschaftliche Studien der Vergangenheit haben gezeigt, dass es besonders für Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien schwer ist, im deutschen Bildungssystem einen anerkannten bzw. einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. Als eine der wesentlichen Voraussetzungen zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird dabei die Beherrschung der deutschen Sprache genannt. Die durchschnittlich niedrigere Bildungsbeteiligung der Migrantenkinder wird sehr häufig mit einer unzureichenden Kenntnis der deutschen Sprache in Verbindung gebracht und es wird darauf verwiesen, dass Eltern

mit Migrationshintergrund zuhause konsequenter die deutsche Sprache sprechen sollten, um die Bildungschancen ihrer Kinder zu verbessern. Hier möchten auch kommunale Angebote zur frühzeitigen Sprachförderung für Kinder und Jugendliche bzw. zur Sprachförderung für Eltern (besonders Mütter) mit Migrationshintergrund ansetzen. Deshalb wollen wir im Folgenden speziell auf die Alltagssprache von Familien mit Migrationshintergrund eingehen. Wir haben die Gütersloher Familien mit Migrationshintergrund gefragt, welche Sprache sie im Alltag mit ihren Kindern sprechen (vgl. Abbildung 9.7).

Betrachtet man die Familien mit Migrationshintergrund, so sprechen 54 Prozent der Kinder in diesen Familien im Familienalltag Deutsch oder überwiegend Deutsch. Für etwas mehr als ein Drittel der Kinder in Migrantenfamilien ist das Familienleben zweisprachig organisiert und jedes zehnte Kind in Gütersloher Familien mit Migrationshintergrund spricht mit seinen Eltern überwiegend eine andere Sprache. Selbstverständlich sagt dies nur wenig über den Umfang der Deutschkenntnisse und die tatsächliche Sprachkompetenz der Kinder und Jugendliche mit

Abbildung 9.7: Welche Sprache sprechen Migrantenkinder im Alltag?

Abbildung 9.8: Alltagssprachen von Gütersloher Kindern mit Migrationshintergrund



Anmerkung: Nur Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Kinderdatensatz)

Migrationshintergrund (und ihrer Eltern) aus. Dennoch ist es ein deutlicher Hinweis für die verbreitete Realität und Bereitschaft der Migrantenfamilien, auch im alltäglichen Umgang Deutsch zu sprechen.

Fragt man die Migrantenfamilien in Gütersloh danach, welche Sprache im Alltagsleben gesprochen wird, zeigt sich eine große Sprachvielfalt, wobei Russisch (21 Prozent), Türkisch oder Kurdisch (20 Prozent) und Polnisch (15 Prozent) am häufigsten genannt werden (vgl. Abbildung 9.8). Eine Besonderheit der Stadt Gütersloh ist der vergleichsweise hohe Anteil von zehn Prozent der Migrantenkinder, die im Familienalltag Aramäisch sprechen.

9.3.3 Bildungsbeteiligung und Familiensituation

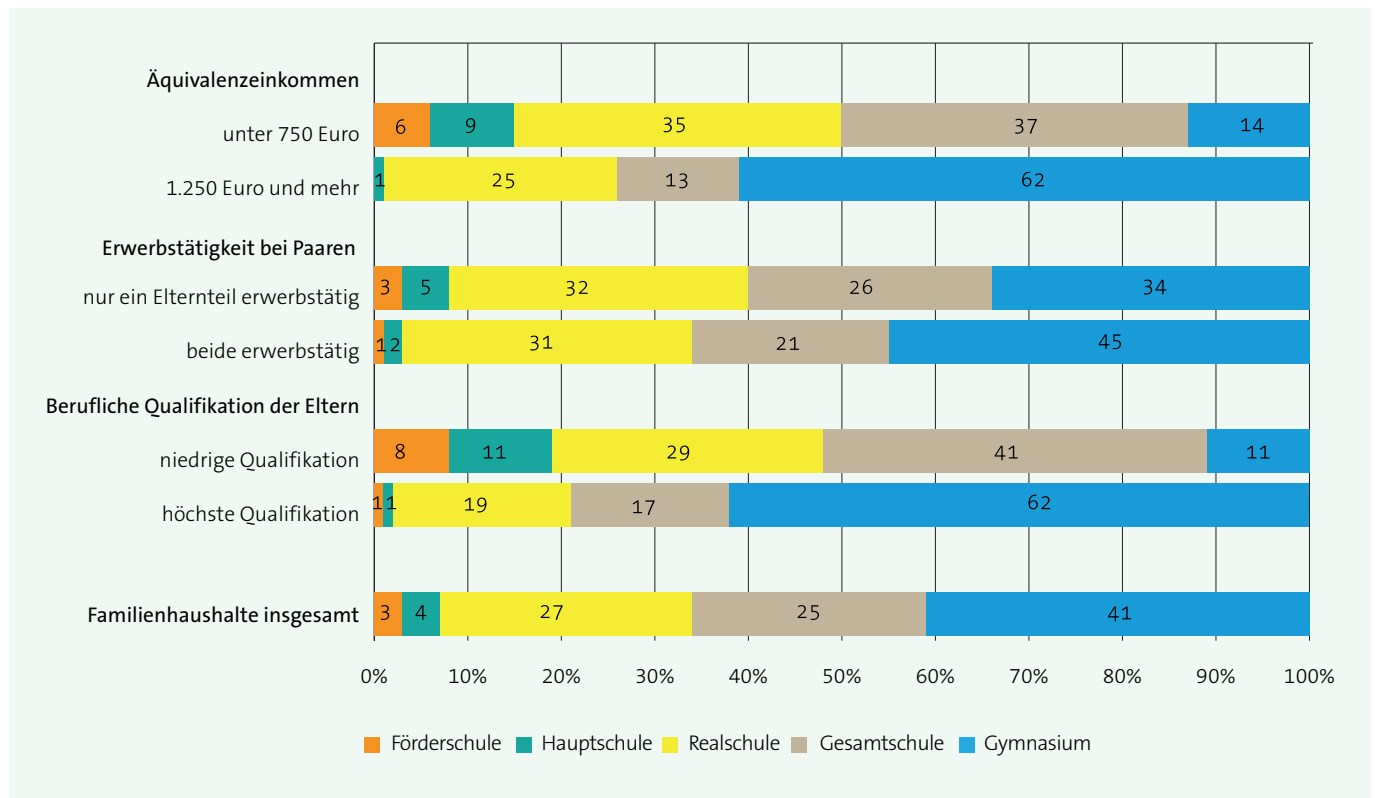
Auf die Bildungsbeteiligung von Schüler/innen wirken neben der Staatsangehörigkeit bzw. dem Migrationshintergrund noch weitere soziale Faktoren und Einflüsse der Familiensituation ein. Eine ganze Reihe sozialwissenschaftlicher Untersuchungen hat bereits gezeigt, dass sich Einkommensarmut, aber auch der längerfristige Bezug von sozialstaatlichen Transferleistungen oder längere Arbeitslosigkeitsphasen der Eltern negativ auf die Bil-

dungsbeteiligung und den Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen auswirken können (vgl. u.a. Mansel/Neubauer 1998; Holz/Skoluda 2003; Butterwegge 2006). Der Einfluss der Familiensituation auf die Bildungsbeteiligung der Kinder lässt sich mit Ergebnissen der Familienbefragung auch für Gütersloher Familien belegen (vgl. Abbildung 9.9).³⁵

So zeigen sich deutliche Zusammenhänge zwischen der Bildungsbeteiligung der Kinder und Jugendlichen und der beruflichen Qualifikation sowie der Erwerbsbeteiligung der Eltern. Kinder und Jugendliche von Eltern mit höchster beruflicher Qualifikation und aus Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, besuchen in Gütersloh überdurchschnittlich häufig ein Gymnasium und sind nur ausgesprochen selten in einer Hauptschule zu finden. Das Gegenteil gilt für Gütersloher Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedriger beruflicher Qualifikation und etwas abgeschwächt für Kinder und Jugendliche aus

³⁵ Zur Schulform der Kinder auf weiterführenden Schulen nach Äquivalenzeinkommen und Lebenslagen der Familien siehe auch Tabelle 41 und Abbildung 20 im Kommentierten Tabellenband: 87f.

Abbildung 9.9: Schulform der Kinder auf weiterführenden Schulen nach Lebenslagen der Familien



Anmerkung: Nur Kinder im Alter von 10 bis unter 16 Jahren, die eine weiterführende Schule besuchen.
Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Kinderdatensatz)

Familien, in denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Besonders deutlich fallen aber die Zusammenhänge zwischen der Bildungsbeteiligung der Kinder und Jugendlichen und der Einkommenssituation der Familien aus. Von den 10- bis 16-jährigen Kindern und Jugendlichen aus Familien mit einem Äquivalenzeinkommen unter 750 Euro besuchen lediglich 14 Prozent ein Gymnasium. Unter den Kindern und Jugendlichen aus Familien mit einem Äquivalenzeinkommen von 1.250 Euro und mehr sind dies mehr als drei Fünftel der betreffenden Altersgruppe. Umgekehrt besuchen 15 Prozent der betrachteten Kinder und Jugendlichen aus Familien mit niedrigem Einkommen eine Förder- oder Hauptschule. In der Gruppe der wohlhabenden Familien beträgt dieser Anteil lediglich ein Prozent der 10- bis 16-Jährigen.

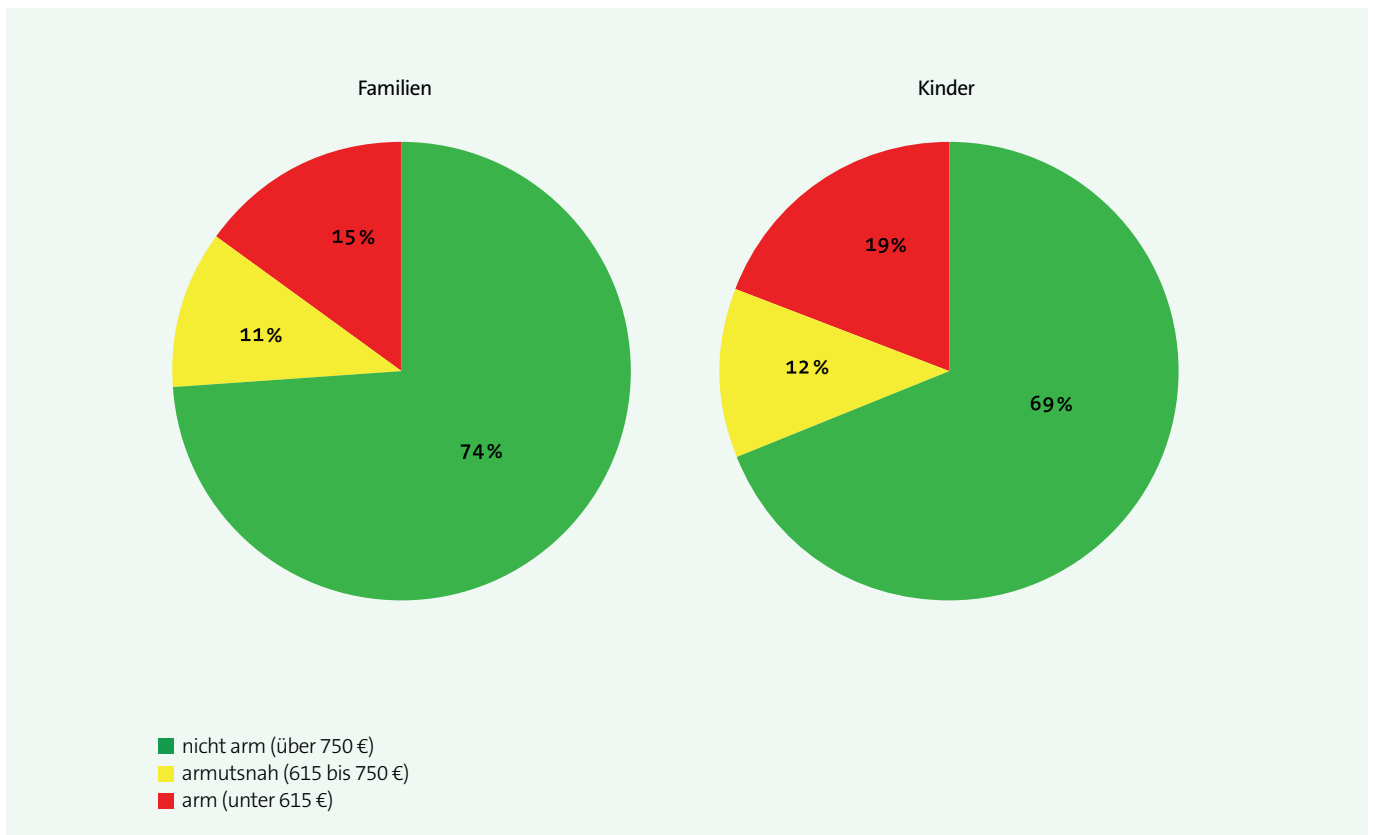
Auch in Gütersloh sind demnach sowohl für nichtdeutsche Kinder bzw. Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund als auch für Kinder aus Familienhaushalten mit niedrigem Einkommen

und niedriger beruflicher Qualifikation die Startbedingungen für das spätere Leben aufgrund einer niedrigeren Bildungsbeteiligung im Durchschnitt deutlich schlechter als für andere Kinder und Jugendliche.

9.4 Kinderarmut – auch in Gütersloh ein Problem?

„Arme Kinder leiden in Deutschland [...] in der Regel weder Hunger noch Durst, sie haben ein eigenes Bett und sie gehen zur Schule“ (Belwe 2006:2). Dennoch ist Kinderarmut in Deutschland existent. Sie äußert sich in einer eingeschränkten materiellen Grundversorgung, verminderten Bildungschancen, einer schlechteren Gesundheit und geringerer sozialer Teilhabe. Armut stellt somit das größte Risiko für kindliche Lebenschancen dar, was letztendlich zu einem immer stärkeren Auseinanderdriften unserer Gesellschaft führt. Kinder sind die am häufigsten von Armut betroffene Altersgruppe in Deutschland (vgl. ebd.).

Abbildung 9.10: Arme, armutsnahe und nicht arme Familien und Kinder in Gütersloh



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Haushalts- und Kinderdatensatz)

Einem besonders hohen Armutsrisiko sind Kinder aus Familien Alleinerziehender, aus kinderreichen Familien und Familien mit Migrationshintergrund ausgesetzt (vgl. Kapitel 6). Außerdem können Kinder auch dann in Armut (unterhalb von 615 Euro monatlichem Äquivalenzeinkommen) oder Armutsnähe (615 bis unter 750 Euro Äquivalenzeinkommen) leben, wenn ein oder sogar beide Elternteile in der Familie erwerbstätig sind (vgl. Kapitel 5). Im Folgenden soll anhand der Ergebnisse der Familienbefragung die Situation von Kindern aus armen, armutsnahen und nicht armen Familien etwas genauer betrachtet werden.

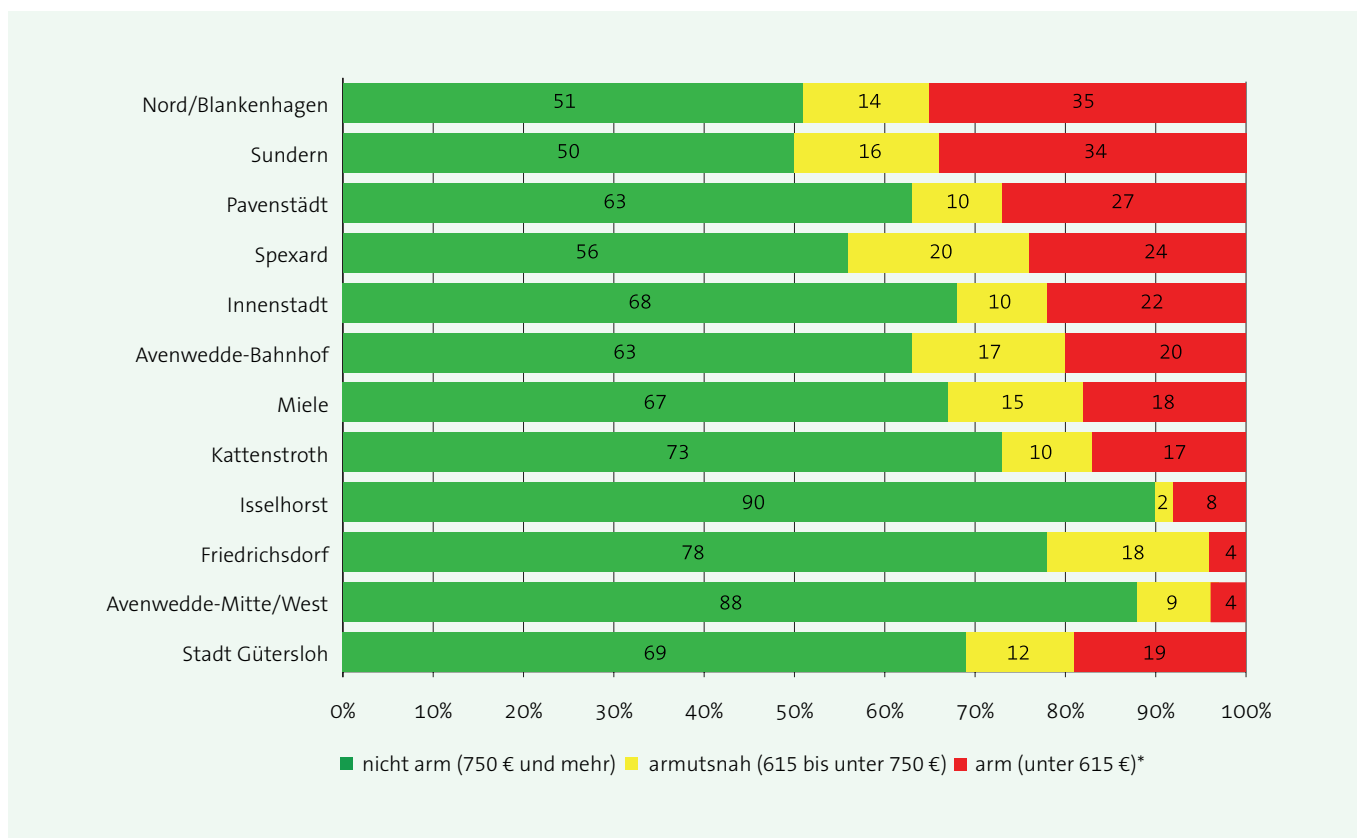
Die Unterteilung in arme, armutsnahe und nicht arme Familien und Kinder in Gütersloh (Abbildung 9.10) zeigt, dass 26 Prozent der Familien bzw. fast ein Drittel der Kinder in Gütersloh von Armut bedroht oder betroffen ist. Das sind im Vergleich der Kommunen der Projektfamilie zwar eher unterdurchschnittliche Anteile an armen bzw. armutsnahen Familien und Kindern, dennoch kann dies für die Familien und insbesondere für die

Kinder in diesen Familien eine erhebliche Einschränkung ihrer Lebenschancen bedeuten.

Kleinräumig betrachtet können zwischen den Sozialräumen in Gütersloh deutliche Unterschiede in Bezug auf die Armutsbetroffenheit von Kindern festgestellt werden (vgl. Abbildung 9.11).

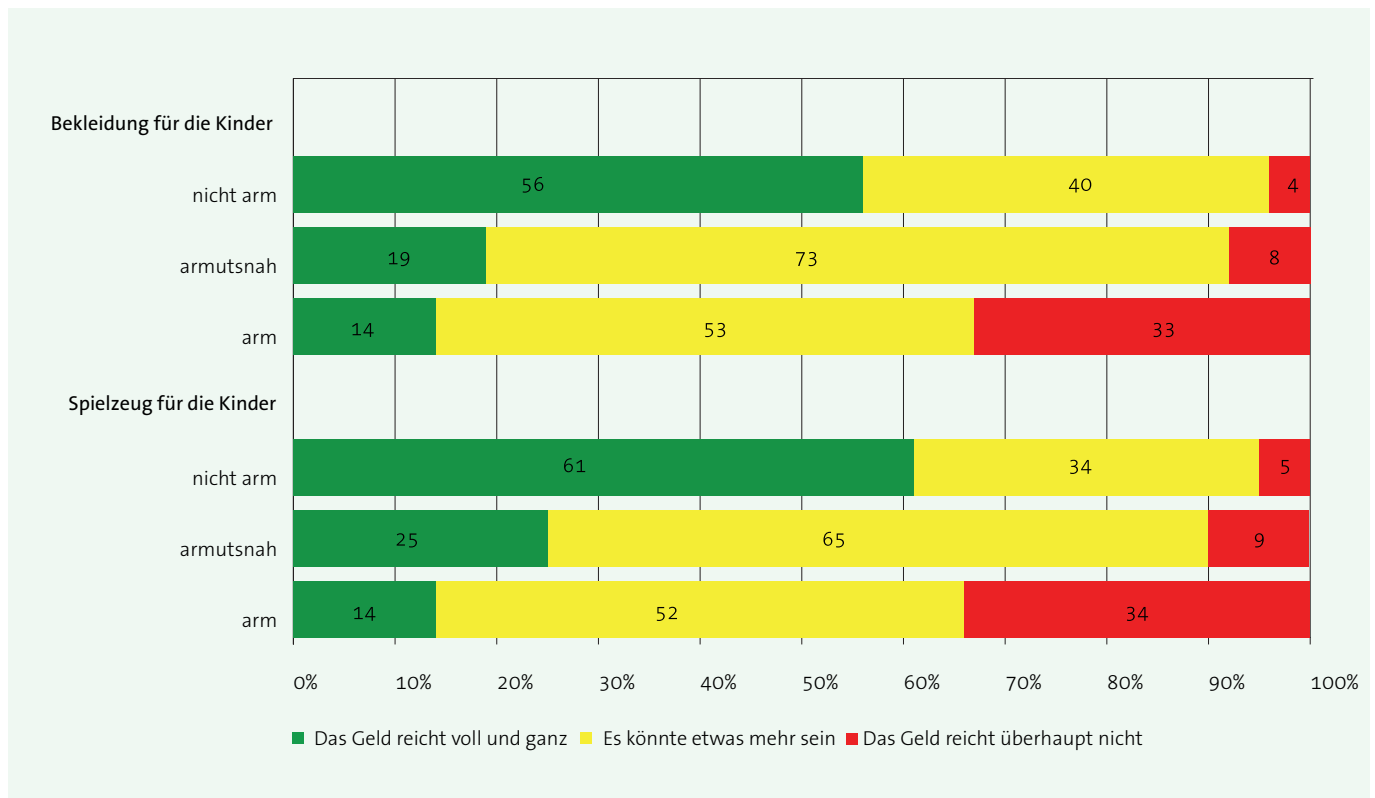
Die niedrigste Armutsbetroffenheit findet sich in den Sozialräumen Avenwedde-Mitte/West und Friedrichsdorf. Hier leben lediglich vier Prozent der Kinder in Familien mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen unter 650 Euro. Aber auch in Isselhorst erreicht dieser Anteil lediglich einen Wert von acht Prozent. In den drei genannten Sozialräumen sind auch die höchsten Anteile an Kindern aus nicht armen Familien zu finden. Oberhalb des stadtweiten Durchschnitts hinsichtlich des Anteils nichtarmer Kinder liegt außerdem der Sozialraum Kattenstroth. In den übrigen Sozialräumen ist Einkommensarmut bzw. Armutsnähe unter Familien und damit für Kinder häufiger zu finden als im Stadtdurchschnitt. Besonders prekär stellt sich die Situation im Sozi-

Abbildung 9.11: Arme, armutsnahe und nicht arme Kinder in Gütersloh nach Sozialräumen



*Nettoäquivalenzeinkommen
 Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Kinderdatensatz)

Abbildung 9.12: Beurteilung der finanziellen Situation des Haushaltes



Datenbasis: Familienbefragung Gütersloh 2007 (Kinderdatensatz)

alraum Nord/Blankenhagen und in Sundern dar, wo jeweils ein Drittel der Kinder von Einkommensarmut betroffen ist. Bezieht man die Anteile der Kinder in armutsnahen Einkommensverhältnissen in die Betrachtung ein, ist auch die Einkommenssituation der Familien in Spexard für viele Kinder mit erheblichen finanziellen Einschränkungen im Familienalltag verbunden.

Ein nicht ausreichendes Einkommen bedeutet beispielsweise, dass möglicherweise für Lebensbereiche, die speziell die Kinder in den Familien betreffen, kein oder nicht genügend Geld zur Verfügung steht, bzw. dies zumindest subjektiv so empfunden wird. Danach befragt, ob das Geld in der Familie für Spielzeug und Bekleidung der Kinder ausreicht, zeigen sich zwischen armen, armutsnahen und nicht armen Familien deutliche Unterschiede (vgl. Abbildung 9.12).

So geben die Eltern für mehr als die Hälfte der Kinder aus nicht einkommensarmen Familien an, dass das Geld für Spielzeug (61 Prozent) und Bekleidung der Kinder (56 Prozent) voll und ganz ausreicht. Die Einschätzung, dass das Geld überhaupt nicht ausreicht, wird von diesen Familien ausgesprochen selten gegeben. Armutsnahe und vor allem arme Familien empfinden ihr Einkommen demgegenüber deutlich häufiger als unzureichend. Unter den armutsnahen Familien gibt die übergroße Mehrheit (65 bzw. 73 Prozent) an, dass ihr Geld hierfür etwas mehr sein könnte. Das

gilt auch für etwa die Hälfte der armen Familien. Allerdings gibt ein Drittel der einkommensarmen Familien an, dass sie keine ausreichenden Geldmittel für Spielzeug und Bekleidung der Kinder zur Verfügung haben.

Doch nicht nur finanziell sind Kinder aus armen und armutsnahen Familien gegenüber anderen Kindern benachteiligt. „In der Armutsforschung hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass besonders Kinderarmut viel mehr heißt, als wenig Geld zu haben. [...] Sie manifestiert sich in verschiedenen Lebensbereichen und führt zu vielfältigen Benachteiligungen, Belastungen oder Beeinträchtigungen, etwa im Wohn-, Bildungs-, Ausbildungs-, Gesundheits- und Freizeitbereich“ (Butterwegge 2006: 33). Bereits in Kapitel 5.3 wurde verdeutlicht, welche weiteren Auswirkungen Armut und Armutsnähe auf das Leben von Familien haben. Dort zeigte der Vergleich, dass arme und armutsnahe Familien im Gegensatz zu nicht armen Familien unter anderem kleinere Wohnungen bewohnen und über einen geringeren Bildungsstatus verfügen. Darüber hinaus gehören beide Gruppen häufiger zu den Familien, die angaben, sich (fast) nichts leisten zu können. Aus der Perspektive der Kinder bedeuten diese Ergebnisse eine zusätzliche Verschärfung der Probleme, da in armen und armutsnahen Haushalten durchschnittlich mehr Kinder als in armutsfernen Haushalten leben.

10 Zusammenfassung

Aus unserer Sicht sollte Familienpolitik in erster Linie dazu beitragen, die Lebensbedingungen und die Lebensqualität der Familien, die heute in der Stadt leben, zu verbessern. Zu den wichtigsten Bereichen der Familienpolitik zählen hier sicherlich die Bekämpfung von Familienarmut, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (auch durch einen Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung), die Verbesserung der Bildungschancen für Kinder und Jugendliche und die Ausgestaltung des Wohnumfeldes. Familienpolitik sollte dabei Eigenarten der Familienform und Lebenslagen, z.B. bei Alleinerziehenden oder kinderreichen Familien, aber auch Besonderheiten der Lebensführung, z.B. bei Migranten, berücksichtigen.

10.1 Ausgewählte Ergebnisse des Familienberichts Gütersloh

Bei einer übergreifenden **Bewertung** von neun Dimensionen der **Lebensbedingungen in Gütersloh** geben die Familien ein für die Stadt ausgesprochen **positives Urteil** ab. Fast ein Drittel der Familien kommt zu einer überwiegend positiven Einschätzung, d.h. mindestens fünf der vorgelegten neun Statements werden positiv bewertet. Der Anteil der Familien mit überwiegend negativen Bewertungen (mindestens fünf negative Bewertungen) ist mit 16 Prozent recht klein. Auch die Bewertung der **Kinderfreundlichkeit der Stadt** Gütersloh erreicht mit einer Zustimmungsrate von 45 Prozent der Familien einen vergleichsweise hohen Wert. Die subjektiven Einschätzungen der Lebensbedingungen von Familien werden allerdings nicht ausschließlich durch die in der Stadt vorhandenen (bzw. nicht vorhandenen) familienrelevanten Angebote bestimmt. Die Bewertungen sind in hohem Maße auch davon abhängig, welche Familien in der Stadt leben und wie sich deren Lebenslage darstellt. Der vorliegende Familienbericht für die Stadt Gütersloh liefert daher systematische und umfassende **Information über demografische Entwicklungen** sowie über die Lebensformen und **Lebenslagen von Familien**, die heute in Gütersloh leben. Ihre Alltagsprobleme und Unterstützungsbedarfe werden angesprochen und mit der subjektiven Bewertungen der **Lebensbedingungen, unter denen die Familien in Gütersloh leben und Kinder aufwachsen**, in Zusammenhang gebracht.

Im Folgenden fassen wir wesentliche Ergebnisse der präsentierten Analysen zusammen, um Ansatzpunkte familienpolitischen Handelns aufzuzeigen. Dabei wird die Lebenssituation von Familien und Kindern in einer **umfassenden sozialräumlichen Perspektive** in den Blick genommen, da insbesondere das Wissen über kleinräumige Disparitäten innerhalb der Stadt eine Grundvoraussetzung für effektives politisches Handeln für Familien ist.

Bevölkerung, Bevölkerungsentwicklung und -prognose

Die **Stadt Gütersloh** hat – im Gegensatz zu vielen anderen Städten in Nordrhein-Westfalen – in den vergangenen drei Jahrzehnten **von 1975 bis 2006** einen sehr deutlichen **Bevölkerungszuwachs von fast 25 Prozent** zu verbuchen: Von etwa 77.100 Einwohnern im Jahr 1975 auf knapp 96.300 im Jahr 2006, wobei das Wachstum in den Jahren von 1984 bis Ende der 1990er am größten war. Damit liegt der Bevölkerungszuwachs der Stadt Gütersloh auch sehr deutlich über dem Wachstum in Nordrhein-Westfalen insgesamt (von ungefähr fünf Prozent). Auch der Anteil der **Gütersloher ohne deutschen Pass** ist in diesen drei Jahrzehnten gestiegen: Von 7,6 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahre 1975 auf 9,5 Prozent im Jahre 2006. Aber insgesamt ist der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung nicht so deutlich gestiegen wie in vielen anderen Städten in Nordrhein-Westfalen.

Doch nicht nur die Bevölkerungszahlen, sondern auch die **demografischen Strukturen** innerhalb der Stadt haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten in Gütersloh verändert. So hat sich von 1975 bis heute (2006) ein weit reichender **Wandel der Altersstrukturen** in Gütersloh vollzogen. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen (unter 18-Jährige) an der Gesamtbevölkerung ist von 1975 bis Mitte der 1980er Jahre von 27,5 Prozent auf etwa 20 Prozent gesunken und bewegt sich seitdem auf diesem Niveau. Im gleichen Zeitraum ist die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren von einem Anteil von 13,4 Prozent auf heute (2006) 19,0 Prozent angewachsen. Zusammengenommen machen die Anteile der unter 18-Jährigen und der über 64-Jährigen 2006 ebenso wie im Jahr 1975 etwa 40 Prozent der Bevölkerung Güterslohs aus. Waren es im Jahr 1975 aber noch mehr als doppelt so viele unter 18-Jährige als über 64-Jährige, so haben sich diese Anteile kontinuierlich angenähert und sind heute (2006) etwa gleich groß. Diese veränderten Größenverhältnisse der Altersgruppen verweisen auf Veränderungen in den Nachbarschaften und lokalen Milieus in der Stadt.

Folgt man der **Bevölkerungsprognose** der Interdisziplinären Forschungsgruppe für Bevölkerungswissenschaft/Demographie an der Universität Bielefeld, so kann für die Stadt Gütersloh **bis zum Jahr 2020** von einer **relativ konstanten Bevölkerungszahl** ausgegangen werden. Die Bevölkerung sinkt über den gesamten Prognosezeitraum hinweg nur leicht um etwa 500 Personen auf knapp 96.000 Einwohner. Dennoch werden auch mit einer konstanten Bevölkerungszahl im Prognosezeitraum **Herausforderungen** verbunden sein, da die **Gütersloher Bevölkerung im Jahr 2020** im Durchschnitt **älter** als die heutige Bevölkerung sein wird. Während für die Bevölkerungsgruppe der 18- bis unter 65-Jährigen von 2006 bis zum Jahr 2020 ein etwa gleich bleibendes Niveau prognostiziert wird, wird die Gruppe der unter 18-Jährigen bis zum Jahr 2020 deutlich kleiner, die der über 64-Jährigen

hingegen deutlich größer werden. Dieser Bevölkerungsanstieg der Altersgruppe begründet sich in erster Linie durch den **Anstieg der Hochbetagten** im Alter von 80 Jahren und älter. Im Jahr 2020 werden in Gütersloh 2.000 Personen mehr im Alter von 80 Jahren und älter leben als heute (2006)! Auch wenn nicht davon ausgegangen werden kann, dass der Pflegebedarf proportional mit dem Anteil der Hochbetagten steigt, ergeben sich aus diesen Entwicklungen dennoch wachsende Anforderungen an eine altersgerechte Infrastruktur.

Soziodemografische Unterschiede zwischen den Sozialräumen

Die Bevölkerungsstrukturen und sozialen Strukturen variieren zwischen den Gütersloher Sozialräumen deutlich. Es gibt „ältere“ und „jüngere“ Sozialräume, Räume, in denen mehr Nichtdeutsche leben als in anderen, und stärker durch arme Familien bzw. arme Kinder und Jugendliche geprägte Räume. Insgesamt kann man sagen, dass im Vergleich zu den anderen Projektkommunen die **kleinräumigen Disparitäten** in Gütersloh aber eher ein **mittleres Niveau** erreichen. So ist zwar der Anteil der Kinder und Jugendlichen in den Sozialräumen unterschiedlich hoch, die Streuung der entsprechenden Anteile variieren aber „nur“ um neun Prozentpunkte: Während in Blankenhagen und Avenwedde-Bahnhof jeweils etwa 23 Prozent der Bevölkerung unter 18 Jahre alt sind, beträgt dieser Anteil in Miele 17 Prozent und im Sozialraum Innenstadt nur 14 Prozent. Ähnlich ist die Varianz zwischen den Sozialräumen beim Anteil der über 64-Jährigen. Hier liegen die Werte zwischen etwa 15 Prozent in Avenwedde-Bahnhof und etwa 24 Prozent im Sozialraum Innenstadt. Deutlicher hingegen fallen die **Unterschiede** hinsichtlich der **Anteile der nichtdeutschen Bevölkerung** in den Sozialräumen aus: Deutlich überdurchschnittlich ist der Anteil der Nichtdeutschen in den Sozialräumen Innenstadt (15,1 Prozent) und Blankenhagen (15,3 Prozent). Demgegenüber ist der Anteil von Einwohnern ohne deutschen Pass in Friedrichsdorf und Isselhorst mit etwa drei Prozent sehr viel kleiner.

Sehr deutliche kleinräumige Unterschiede zeigen sich hinsichtlich des **sozioökonomischen Status der Sozialräume**. So ist in allen Sozialräumen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an nichtdeutschen Kindern unter 15 Jahren auch der Anteil der Sozialgeldbeziehenden überdurchschnittlich hoch. Das gilt insbesondere für Blankenhagen. Auch umgekehrt gilt, dass alle Sozialräume mit einem unterdurchschnittlichen Anteil an nichtdeutschen Kindern auch einen unterdurchschnittlichen Anteil an Sozialgeldbeziehenden aufweisen, beispielsweise Avenwedde-Mitte/West. Zudem gilt in allen Sozialräumen, dass die nichtdeutsche Bevölkerung eine höhere Arbeitslosenrate aufweist als die deutsche Bevölkerung, so dass in Sozialräumen mit höheren Anteilen an nichtdeutscher Bevölkerung auch höhere Anteile an Arbeitslosen zu finden sind: Während in Blankenhagen fast jede/r

Zehnte im Alter von 15 bis unter 65 Jahren arbeitslos ist, gilt dies in Avenwedde-Mitte/West und Friedrichsdorf nur für etwa jeden 40. Einwohner dieser Altersgruppe. Schon diese beiden Zusammenhänge verweisen auf die Sonderstellung des Sozialraums Blankenhagen, da hier besonders viele nichtdeutsche Erwachsene und Kinder leben.

Segregation in Gütersloh – Besonderheit des Sozialraums Blankenhagen

Unter Segregation versteht man die Ungleichverteilung von Bevölkerungsgruppen innerhalb der Stadt und damit eine Konzentration von bestimmten Bevölkerungsgruppen in Teilgebieten. Für die kommunale Sozial- und Familienpolitik von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die **Konzentration bestimmter (sozial) benachteiligter Bevölkerungsgruppen** in bestimmten Stadtteilen. Mit Blick auf die im Familienbericht betrachteten sozialen, ethnischen und demografischen Merkmale der Bevölkerung kann man in **Blankenhagen** von einem in dieser Hinsicht **hoch segregierten** Sozialraum sprechen. Blankenhagen weicht bei allen betrachteten Indikatoren vom Durchschnitt aller Sozialräume deutlich nach oben ab. Abgesehen vom Altenquotienten erreicht der Wert für Blankenhagen dabei in allen Fällen den stadtweiten Maximalwert, d.h. hinsichtlich des Jugendquotienten, des Unterstützungsquotienten, des Anteils der Nichtdeutschen insgesamt und der nichtdeutschen Kinder und Jugendlichen, insbesondere aber hinsichtlich des Anteils der Bezieher von Transferleistungen nach SGB II und III. In Blankenhagen stehen demnach der Altersgruppe der 18- bis unter 65-Jährigen viele (wirtschaftlich abhängige) Kinder und Jugendliche sowie Ältere und Hochbetagte gegenüber. Die Bevölkerung hat zudem besonders häufig keinen deutschen Pass und in Blankenhagen leben weit überdurchschnittlich viele Menschen, die ihr Einkommen nicht selbst bestreiten können und auf staatliche Hilfe angewiesen sind.

Die wirtschaftliche Lage der Familien und Familienarmut in Gütersloh

Das **durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen** der Gütersloher Familien beträgt – einschließlich aller Sozialtransfers – **2.780 Euro im Monat**. Das Durchschnittseinkommen der Gütersloher Familien liegt damit etwas über dem der meisten anderen Projektkommunen. Die allgemeine Einkommensverteilung lässt aber keine besondere Einkommensstruktur der Gütersloher Familien im Vergleich mit anderen Kommunen der Projektfamilie erkennen. Legt man ein **bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen** – also ein auf die Haushaltsgröße und -zusammensetzung bezogenes Einkommen – zu Grunde, sind insbesondere die **mittleren Einkommensgruppen stärker besetzt**. So wird etwa ein Drittel der Familien der Einkommensgruppe mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von 750 bis unter 1.000 Euro zugeordnet.

13 Prozent der Familien sind eher wohlhabende Familien mit einem Äquivalenzeinkommen über 1.500 Euro. Mit einem **sehr niedrigen Äquivalenzeinkommen** unter 500 Euro leben sieben Prozent der Familien in Gütersloh. Zwischen den Familien sind aber erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Einkommenssituation festzustellen und dies schlägt sich in der Ausgabenstruktur der Familien und in der subjektiven Bewertung der finanziellen Situation nieder.

Zudem zeigt sich für Gütersloh eine im Vergleich mit anderen Kommunen vergleichsweise **geringe Armutsbetroffenheit**. Der Sozialbericht des Landes NRW weist für 2005 die Armutsschwelle in Nordrhein-Westfalen mit 50 Prozent des bedarfsgewichteten Äquivalenzeinkommens bei 615 Euro aus (vgl. MAGS 2007: 19). Die 60-Prozent-Schwelle, die als „armutsnah“ bzw. „armutsgefährdet“ bezeichnet wird, liegt (gerundet) bei 750 Euro. In Gütersloh leben **drei Viertel der Familien** in Einkommensverhältnissen, die als **nicht arm** eingestuft werden können. Von den 26 Prozent armen und armutsgefährdeten Familien in Gütersloh ist aber der etwas größere Teil von **15 Prozent arm** nach dem strengeren Kriterium der 50-Prozent-Schwelle. Die meisten armen und armutsnahen Familien finden wir in Sundern und Nord/Blankenhagen. Hier müssen jeweils etwa zwei Fünftel der Familien mit einem Äquivalenzeinkommen von unter 750 Euro netto im Monat haushalten. Im Sozialraum Nord/Blankenhagen ist unter diesen Familien der Anteil der armen Familien mit 29 Prozent am höchsten, was noch einmal auf die besondere soziale Problemlage in diesem Sozialraum verweist. Besonders wenige arme bzw. armutsgefährdete Familien wohnen in Isselhorst und Avenwedde-Mitte/West. In diesen beiden Sozialräumen ist nur etwa jede zehnte Familie von Einkommensarmut betroffen.

Gemessen am Einkommensniveau der Haushalte und Familien in Nordrhein-Westfalen insgesamt leben in Gütersloh anteilig weniger Familien in armen Einkommensverhältnissen. Die **Armutsbetroffenheit der verschiedenen Familienformen** ist in Gütersloh aber ähnlich strukturiert wie unter Familien in Nordrhein-Westfalen insgesamt: Das **geringste Armutsrisiko** tragen **Familien mit nur einem Kind**, ein deutlich **höheres Armutsrisiko** ist für **Alleinerziehende** mit Kind(ern) unter 18 Jahren festzustellen. In Gütersloh sind aber alle Familienformen einem (zum Teil deutlich) niedrigerem Armutsrisiko ausgesetzt als im Landesdurchschnitt. Sogar für Familienformen mit vergleichsweise hohen Armutsrisiken, wie Alleinerziehende oder kinderreiche Familien, sind in Gütersloh im Vergleich zum Landesdurchschnitt niedrigere Armutsquoten zu beobachten. Neben der Familienform erhöhen insbesondere ein niedriger Bildungsstatus der Eltern sowie der Migrationshintergrund des Haushalts das Armutsrisiko der Familien: 57 Prozent der Familien mit niedriger Bildungsqualifi-

kation und 50 Prozent der Familien mit Migrationshintergrund müssen mit weniger als 750 Euro Äquivalenzeinkommen auskommen.

Betrachtet man die **Einkommenszusammensetzung** der Familien in Gütersloh in Abhängigkeit von der Armutsbetroffenheit der Familien, liegt in armen Familien der Anteil mit hauptberuflichen Arbeitseinkommen lediglich bei 54 Prozent der Familien, in nichtarmen Familien aber bei 96 Prozent. **Fehlende Erwerbseinkommen** sind demnach der **Hauptgrund der Armutsbetroffenheit**. Dennoch sind auch unter Familien mit mindestens einem erwerbstätigen Elternteil in Gütersloh etwa **18 Prozent** in einer solchen prekären Einkommenssituation („working poor“). Der Anteil der „arbeitenden Armen“ fällt in den Sozialräumen Nord/Blankenhagen (28 Prozent), Spexard (27 Prozent), Sundern (26 Prozent) und Avenwedde-Bahnhof (25 Prozent) am höchsten aus. Bei einer Betrachtung der „working poor“ nach Familientypen zeigt sich eine **besondere Gefährdung** von erwerbstätigen **Alleinerziehenden** und von **Paarfamilien mit nur einem Einkommen**, in der Regel dem des Vaters. Aber auch unter den Paarfamilien, in denen **beide Elternteile erwerbstätig** sind, finden sich noch **zehn Prozent** der „working poor“, was für besonders prekäre Erwerbseinkommen dieser Gruppe spricht. Die Armutsdiskussionen sollten insofern auch die besonderen Armutsrisiken von Familien berücksichtigen, in denen mindestens ein Erwachsener Arbeit hat.

Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

Im vorliegenden Familienbericht wurden Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund als Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf betrachtet. Für diese Familien wird davon ausgegangen, dass sie aufgrund ihrer Familien- und Lebenssituation **besondere Anforderungen und Belastungen im Familienalltag** zu bewältigen haben. Fast ein Drittel der Gütersloher Familien (30 Prozent) hat einen Migrationshintergrund, 21 Prozent sind kinderreiche Familien mit drei oder mehr Kindern. Deutlich niedriger ist dagegen der Anteil Alleinerziehender. In lediglich zwölf Prozent der Gütersloher Familien ist ein Elternteil allein für die Pflege und Erziehung des Kindes bzw. der Kinder verantwortlich. Verglichen mit den übrigen Projektkommunen sind damit der **Anteil der Migrantenfamilien** und der **Anteil der kinderreichen Familien** in Gütersloh **sehr hoch**, während der **Anteil der Alleinerziehenden** relativ **niedrig** ist.

Für Gütersloh besonders relevant ist die recht **weite Definition der Familien mit Migrationshintergrund** in der Familienbefragung: Als Familien mit Migrationshintergrund werden Familien mit mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund definiert; d.h. mindestens ein Elternteil hat eine nichtdeutsche

Staatsangehörigkeit, neben der deutschen eine zweite Staatsangehörigkeit oder aber mindestens ein Elternteil ist außerhalb Deutschlands geboren. Auch **deutsche Migrantenfamilien** werden also in die Betrachtung **einbezogen**. In Gütersloh besitzen in **gut der Hälfte der Familien mit Migrationshintergrund beide Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit** und nur in etwa jeder sechsten Familie haben beide Elternteile eine andere Staatsangehörigkeit. Im Vergleich mit den übrigen Städten und Gemeinden der Projektfamilie weist Gütersloh damit einen ausgesprochen hohen Anteil deutscher Familien und den niedrigsten Anteil nichtdeutscher Familien unter den Migrantenfamilien auf. Innerhalb der Stadt Gütersloh leben die mit Abstand höchsten Anteile an Migrantenfamilien in den Sozialräumen Nord/Blankenhagen (48 Prozent), Spexard (43 Prozent) und Sundern (42 Prozent).

Verglichen mit allen Gütersloher Familien verfügen **Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf** auch in Gütersloh überdurchschnittlich **häufig** nur über eine **niedrige berufliche Qualifikation**, was dazu führt, dass trotz einer **vergleichsweise breiteren Erwerbseinbindung** im Durchschnitt **nur niedrige Einkommen** erzielt werden. Daher haben Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund in Gütersloh, wie in anderen Städten und Gemeinden, ein **besonders hohes Armutsrisiko**:

- 47 Prozent der kinderreichen Familien und 50 Prozent der Kinder in diesen Familien leben in armen oder armutsnahen Verhältnissen.
- 50 Prozent der Familien mit Zuwanderungsgeschichte zählen zur untersten Einkommensgruppe mit weniger als 750 Euro Äquivalenzeinkommen. Unter den Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund sind sogar zwei von fünf Kindern und Jugendlichen von Armut bedroht oder betroffen.
- 39 Prozent der Alleinerziehenden müssen mit weniger als 750 Euro monatlichem Äquivalenzeinkommen haushalten und sind damit als arm oder armutsnah einzustufen. Jedes zweite Kind in einem Gütersloher Alleinerziehendenhaushalt muss als arm oder armutsnah betrachtet werden.

Nicht zuletzt die höheren Armutsrisiken führen für Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf auch in anderen Lebensbereichen zu größeren Belastungen und Problemsituationen. **Bei der Lösung der Probleme** greifen die Familien aber in der Mehrzahl auf **private Hilfe und Unterstützung** zurück. Das heißt, die Familie selbst ist auch heute noch die wichtigste Basis für Unterstützungsleistungen im Alltagsleben. Dennoch erreichen auch institutionelle Angebote in Gütersloh gerade Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf anteilig häufiger als Famili-

en insgesamt. Familien mit Migrationshintergrund nutzen allerdings allgemeine Beratungs- und Hilfeangebote außerhalb der (städtischen) Ämter etwas seltener als Familien insgesamt.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf und institutionelle Kinderbetreuung

Auch in Gütersloher Paarfamilien ist – wie in sämtlichen anderen Kommunen der Projektfamilie – das **klassische Ernährermodell** mit dem Vollzeit erwerbstätigen Vater und der Mutter, die die Familienarbeit leistet und nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätig ist, **die am weitesten verbreitete Erwerbskonstellation**. Wir finden diese Erwerbsaufteilung in 83 Prozent der Gütersloher Familien mit minderjährigen Kindern. Im Vergleich zu den anderen Kommunen der Projektfamilie finden sich in Gütersloh aber auch vergleichsweise häufig Paarfamilien, in denen beide Elternteile Vollzeit erwerbstätig sind (zehn Prozent). In lediglich vier Prozent der Familienhaushalte gehen beide Elternteile keiner Erwerbstätigkeit nach, überdurchschnittlich häufig in Familien mit einer niedrigen Bildungsqualifikation. Eine Umkehrung der traditionellen Erwerbsaufteilung, also eine hauptsächliche Erwerbstätigkeit der Mutter, findet sich nur in drei Prozent der Paarhaushalte. Mit 56 Prozent ist der **Anteil der erwerbstätigen Mütter** in Gütersloh im Vergleich der Projektkommunen **sehr hoch**. Allerdings haben insbesondere das Alter und die Anzahl der Kinder einen deutlichen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit der Mütter.

Die Ergebnisse der Familienbefragung zeigen zudem auch für Gütersloh eine noch **deutlich geschlechtsspezifisch und traditionell geprägte Arbeitsteilung im Haushalt zwischen Müttern und Vätern**. Zwar ist eine Verschiebung zugunsten einer stärker gleichberechtigten Aufteilung zu erkennen, je stärker die Mutter in eine Erwerbstätigkeit eingebunden ist, eine überwiegende Zuständigkeit des Vaters bleibt aber dennoch die Ausnahme. Dieser Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird in der öffentlichen Diskussion nur selten aufgegriffen, obwohl gerade die **Doppelbelastung durch Familienarbeit und Erwerbsarbeit für Mütter** Vereinbarkeitsprobleme im Alltag aufwerfen. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann in Zukunft nur gelingen, wenn auch Väter stärker in die Familienarbeit einbezogen und permanente Doppelbelastungen für erwerbstätige Mütter abgebaut werden können.

Um diese Belastungen abzubauen, ist auch die Verbesserung der **institutionellen Betreuung** von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen bedeutsam. Zum Stichtag 31.12.2006 werden in den Gütersloher Kindertageseinrichtungen 2.821 **Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren**, für die ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besteht, betreut. Dies entspricht einer **Betreuungsquote von 102 Prozent**. Zwischen

den Gütersloher Sozialräumen sind hinsichtlich dieser Betreuungsquote sehr deutliche Unterschiede zu erkennen. In Spexard, Avenwedde-Mitte/West, Pavenstädt und Isselhorst werden lediglich Betreuungsquoten zwischen 67 und 92 Prozent erreicht. Da jedoch alle übrigen Gütersloher Sozialräume Betreuungsquoten von (zum Teil deutlich) über 100 Prozent aufweisen, ist der Versorgungsbedarf für Kinder aus Spexard, Avenwedde-Mitte/West, Pavenstädt und Isselhorst durch für sie gut erreichbare Kindertageseinrichtungen in den jeweils angrenzenden Sozialräumen gedeckt. In sämtlichen Gütersloher Sozialräumen gibt es „Tageseinrichtungen für Kinder mit besonderer Grundrichtung“. Stadtweit besuchen aber nur 7,6 Prozent aller betreuten Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren eine solche Einrichtung. **Bereits jedes dritte betreute Kind** dieser Altersgruppe wird in Gütersloh **ganztägig** betreut, was auch im Vergleich zu den übrigen Projektkommunen ein hoher Anteil ist. Kleinräumig betrachtet fällt auf, dass es mit Blankenhagen, Sundern, Innenstadt, Nord und Avenwedde-Bahnhof die sozial stärker belasteten Gütersloher Sozialräume sind, in denen die mit Abstand höchsten Ganztagsbetreuungsquoten erreicht werden.

Betreuungsangebote für unter Dreijährige sind dagegen in Gütersloh **(noch) sehr selten**. In den Tageseinrichtungen für Kinder werden zum Stichtag 31.12.2006 insgesamt nur 113 Kinder unter drei Jahren betreut, weitere 60 unter Dreijährige in Tagespflege, was einer stadtweiten Betreuungsquote von 6,7 Prozent entspricht. Im Rahmen der Familienbefragung wurden Familien aus Gütersloh mit unter dreijährigen Kindern gefragt, ob sie innerhalb der nächsten zwölf Monate einen institutionellen Betreuungsplatz benötigen. Zwar wird für ein gutes Drittel der Kinder unter drei Jahren kein Bedarf an Betreuungsplätzen angemeldet, dennoch besteht auch in Gütersloh ein **Bedarf an zusätzlichen U3-Betreuungsplätzen**: 17 Prozent der Kinder stehen zum Befragungszeitpunkt auf der Warteliste für einen Betreuungsplatz, weitere 23 Prozent wurden von ihren Eltern bisher noch nicht in einer Tageseinrichtung angemeldet. Zusätzlich geben Eltern für 19 Prozent der unter dreijährigen Kinder an, dass sie den Bedarf noch nicht abschätzen können.

Verbesserung von Bildungschancen

Wie in vielen Städten Nordrhein-Westfalens sind auch in Gütersloh die **Übergangsquoten der Kinder sehr stark von ihrer Staatsangehörigkeit beeinflusst**. Übergreifend ist eine Benachteiligung von Kindern aus nichtdeutschen Familien beim Zugang zu höheren Schulabschlüssen nachzuweisen, was sich besonders deutlich beim Übergang zur Hauptschule und zum Gymnasium zeigt. Auch **kleinräumig** zeigen sich bei den Übergangsquoten der Schüler/innen **deutliche Unterschiede**: Überdurchschnittliche Übergangsquoten zur Hauptschule finden sich in den Sozialräumen Blankenhagen, Innenstadt, Avenwedde-Bahnhof und

Sundern. Blankenhagen und Avenwedde-Bahnhof weisen zudem deutlich niedrigere Übergangsquoten zum Gymnasium als die übrigen Gütersloher Sozialräume auf. Die stadtweit höchsten Übergangsquoten zum Gymnasium finden sich im Sozialraum Friedrichsdorf, wo zudem lediglich ein Prozent der Schüler/innen in eine Hauptschule wechselte. Ebenfalls deutlich überdurchschnittliche Übergangsquoten zum Gymnasium sind für die Sozialräume Nord und Avenwedde-Mitte/West nachzuweisen.

Die deutlichen Unterschiede in der Bildungsbeteiligung in Gütersloh wirken sich letztlich auf den Schulerfolg und die **am Ende der Schulzeit realisierten Schulabschlüsse** aus. Auch hier zeigen sich sehr deutliche Unterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen Schulabgänger/innen. Zugleich lassen sich aber **geschlechtsspezifische Unterschiede** hinsichtlich des Schulerfolgs erkennen und zwar sowohl unter den deutschen als auch unter den nichtdeutschen Schulabgängerinnen und Schulabgängern. Misst man den Schulerfolg am erreichten Schulabschluss, so waren in Gütersloh im Schuljahr 2005/2006 deutsche Schulabgängerinnen am erfolgreichsten, während die Abschlüsse der nichtdeutschen Schulabgänger dieses Jahrgangs sehr viel schlechter aussahen. Nichtdeutsche junge Frauen erreichten anteilig insgesamt etwas höhere Abschlüsse als nichtdeutsche männliche Abgänger.

Auf die **Bildungsbeteiligung von Schüler/innen** wirken neben der Staatsangehörigkeit bzw. dem Migrationshintergrund noch **weitere soziale Faktoren und Einflüsse der Familiensituation** ein, was sich mit Ergebnissen der Familienbefragung auch für Gütersloher Familien belegen lässt: Kinder von Eltern mit höchster beruflicher Qualifikation und aus Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, besuchen in Gütersloh überdurchschnittlich häufig ein Gymnasium und sind nur ausgesprochen selten an einer Hauptschule zu finden. Das Gegenteil gilt für Gütersloher Kinder aus Familien mit niedriger beruflicher Qualifikation und etwas abgeschwächt für Kinder aus Familien, in denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Besonders deutlich fallen aber die Zusammenhänge zwischen der Bildungsbeteiligung der Kinder und der Einkommenssituation der Familien aus. Von den 10- bis 16-jährigen Kindern aus Familien mit einem Äquivalenzeinkommen unter 750 Euro besuchen lediglich 14 Prozent ein Gymnasium. Unter den Kindern aus Familien mit einem Äquivalenzeinkommen von 1.250 Euro und mehr sind dies mehr als drei Fünftel der betreffenden Altersgruppe. Umgekehrt besuchen 15 Prozent der betrachteten Kinder aus Familien mit niedrigen Einkommen eine Förder- oder Hauptschule. In der Gruppe der wohlhabenden Familien beträgt dieser Anteil lediglich ein Prozent der 10- bis 16-Jährigen.

Um diesen **engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, Bildungsbeteiligung und Schulerfolg** aufzubrechen, muss der gleichberechtigte Zugang zu höheren Schulabschlüssen von nichtdeutschen Kindern und Kindern aus sozial benachteiligten Haushalten gezielter gefördert werden. Eine besondere Zielgruppe sollten hier nichtdeutsche männliche Jugendliche sein. Darüber hinaus sollte eine **stärkere Förderung von Kindern aus benachteiligten Familien im vorschulischen und schulischen Bereich** geschehen, die aber die Eltern und die spezifischen Lebenskontexte der Kinder mit einbeziehen muss.

Wohnsituation und Ausgestaltung des Wohnumfeldes

Insgesamt ist die **Wohnungszufriedenheit** in Gütersloh **sehr hoch**, 82 Prozent der Familien sind mit ihrer Wohnung zufrieden, fast die Hälfte ist sogar sehr zufrieden. Unzufrieden oder sehr unzufrieden mit ihrer Wohnung sind lediglich vier Prozent der Gütersloher Familien. Allerdings unterscheidet sich die Beurteilung der Wohnsituation zwischen den Sozialräumen. Die **Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld** ist unter den Gütersloher Familien weniger stark ausgeprägt als die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung. Darin unterscheidet sich Gütersloh nicht von den anderen Städten und Gemeinden der Projektfamilie. Dennoch sind 68 Prozent der Familien stadtweit mit ihrem Wohnumfeld zufrieden bzw. sehr zufrieden. Stärker noch als bei der Wohnungszufriedenheit ist die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld davon abhängig, in welchem Sozialraum eine Familie lebt. Mit ihrem Wohnumfeld überdurchschnittlich zufriedene Familien leben insbesondere in den Sozialräumen Avenwedde-Mitte/West und Friedrichsdorf, sowie Kattenstroth und Isselhorst. Familien in den Sozialräumen Avenwedde-Bahnhof, Spexard und Sundern sind dagegen (deutlich) unzufriedener mit ihrem Wohnumfeld als dies der Durchschnitt der Gütersloher Familien ist.

In Bezug auf das **Wohnumfeld** ist für Familien mit Kindern vor allem eine **kindgerechte Ausgestaltung** wichtig. Dazu zählen beispielsweise Grünflächen und Spielplätze, ausreichende Freizeitangebote und Möglichkeiten, wo ältere Kinder und Jugendliche sich treffen können, aber auch wenig Verkehr, damit Kinder auch alleine die Wohnung oder das Haus verlassen können. Betrachtet man die diesbezüglichen Einschätzungen der Gütersloher Familien, zeigt sich – wie in anderen Kommunen der Projektfamilie auch – insbesondere hinsichtlich der **Aufenthaltsmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche** und der **Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder** über fast alle Sozialräume hinweg ein **größeres Kritikpotenzial**.

Darüber hinaus ist es für Familien wichtig, dass die **Infrastruktur der Wohngegend** ihren Alltagsbedürfnissen entspricht. Hierzu zählen neben einer guten Anbindung an den Nahverkehr beson-

ders die Einkaufsmöglichkeiten, aber auch die Freizeitangebote für Erwachsene oder das Image der Wohngegend. Stadtweit werden in Gütersloh die Freizeitangebote für Erwachsene sehr viel häufiger als die anderen Punkte kritisiert. Ein **sehr differenziertes Bild** zeigt sich in Bezug auf die **Einschätzung des Rufes der jeweiligen Wohngegend**: In sieben der zehn Sozialräume wird ein schlechter Ruf der Wohngegend seltener als im stadtweiten Durchschnitt angegeben (in Isselhorst und Friedrichsdorf sogar von nur jeweils vier Prozent der Familien). Etwas über dem stadtweiten Durchschnitt liegt der Sozialraum Spexard, deutlich darüber der Sozialraum Nord/Blankenhagen, der auch eine hohe Kumulation sozialer Problemlagen aufweist. Der Sozialraum mit der mit Abstand schlechtesten Imagebewertung ist aber Avenwedde-Bahnhof, wo mit 63 Prozent fast zwei Drittel der Familien den Ruf ihrer Wohngegend bemängeln. Dort sind auch die stadtweit wenigsten Familien mit ihrem Wohnumfeld zufrieden. Außerdem stimmen die Familien in Avenwedde-Bahnhof sehr viel seltener der Aussage zu, dass sie sich in ihrem Stadtteil sicher fühlen, als Familien aus den anderen Gütersloher Sozialräumen. In Isselhorst und Friedrichsdorf – beides Sozialräume, deren Ruf von den Familien nur sehr selten als Mangel angegeben wird – stimmen dagegen 92 bzw. 94 Prozent der Familien dieser Aussage voll und ganz bzw. eher zu.

10.2 Familienförderung als örtliche Familienpolitik

Der Schwerpunkt des vorliegenden Familienberichts liegt auf der **Darstellung der „Ist-Situation“** und beschränkt sich auf die Skizzierung von ersten Handlungsanregungen als Ergebnis der Analysen. Die Aufgabe der Stadt wird es sein, die hoffentlich mit diesem Bericht angestoßenen Diskussionen zu moderieren, zu bündeln und in die familienpolitischen Strategien für mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit einzubinden, um die Lebensbedingungen für Familien zu verbessern.

Einen „Königsweg“ für die konkrete Ausgestaltung kommunaler Familienpolitik gibt es dabei nicht. Die bisher vorliegenden Familienberichte der Projektfamilie haben immer wieder gezeigt, dass sich die Lebensbedingungen von Familien in den Städten, aber besonders in den Stadtteilen und Sozialräumen innerhalb der Städte erheblich unterscheiden. Familienfreundlichkeit und Familienpolitik muss sich deshalb an den Familien orientieren, die sie vor Ort erreichen will. Die **konkrete Maßnahmenentwicklung und -planung** auf der Basis der vorliegenden Ergebnisse kann daher **nur vor Ort** erfolgen. Übergreifendes Ziel sollte sein, die Familien durch öffentliche Leistungen und Angebote zu unterstützen, damit sie auch in Zukunft „Leistungen“ für das örtliche Gemeinwohl erbringen können. Dabei ist wichtig, **dass** es Unterstützung für Familien vor Ort gibt. Zweitrangig dabei ist,

wer diese Leistungen anbietet. Familienförderung ist und kann auch nicht ausschließlich Sache der Kommune sein. Familienpolitik muss vielmehr als „örtliche“ oder „lokale“ Familienpolitik verstanden werden, bei der nicht nur die Kommunalverwaltung eine Rolle spielt, sondern alle freien Träger und familienpolitisch relevanten Akteure eingebunden werden. Ein wichtiges Element örtlicher Familienpolitik – und hier ist ganz klar die Kommune gefragt – ist die Vernetzung und Koordination aller familienpolitisch bedeutsamen Akteure.

Auch außerhalb der zuständigen Verwaltungseinheiten sowie der entsprechenden politischen Gremien gilt es Wege zu finden, die Ergebnisse der Familienberichterstattung allen relevanten Akteuren zugänglich zu machen. Hierzu zählen selbstverständlich in erster Linie (weitere) Akteure in der Kommunalverwaltung und der Familien-, Jugend- und Sozialpolitik. Darüber hinaus sollten auch **Akteure außerhalb von Politik und Verwaltung** einbezogen werden, um eine breite Öffentlichkeit für die familienpolitische Diskussion zu erreichen. Hier geht es um Akteure, die in ihrer alltäglichen Arbeit mit Familien zu tun haben, beispielsweise in den Kindertagesstätten, Schulen und bei freien Trägern.

Nicht zuletzt geht es aber auch darum, die Familien selbst in die Diskussion einzubeziehen. Denn **Familien** sind die „echten“ **Experten für Familienfragen!** Zum einen haben fast 1.000 Familien in Gütersloh an der Entstehung dieses Berichts mitgewirkt, indem sie an der Familienbefragung teilgenommen haben. Schon deshalb haben sie ein „Recht“, in Form von Ergebnissen auch etwas zurück zu bekommen. Zum anderen stellt dies sicher, dass die vorgelegten Analysen und Interpretationen von denjenigen, die sie betreffen, beurteilt werden. Diskussionen über ein familienfreundliches Gütersloh sollten sich nicht darauf beschränken, **über** Familien zu reden. **Mit** Familien zu reden, ist mindestens genau so wichtig.

Kommunale Familienpolitik ist also nichts anderes als Familienpolitik in der Kompetenz der Kommune. Um alle auf kommunaler Ebene vorhandenen Potenziale erschließen zu können, müssen sich die **Kommunen als Moderatoren kommunaler Familienförderung** verstehen.

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.) (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Herausgeber: Autorengruppe Bildungsberichterstattung im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2008.
- Belwe, Katharina (2006): Editorial. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Ausgabe 26. Juni 2006, S. 3.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2005): Demographie konkret – Handlungsansätze für die kommunale Praxis. Gütersloh.
- Braun, Rainer/Pfeiffer, Ulrich (2004): So wohnen Familien. In: Online-Familienhandbuch. http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag/a_Familienforschung/s_1493.html#top.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2007): Familienatlas 2007 – Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder. Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Prognos AG Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2005): Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Publikationen/genderreport/01-Redaktion/PDF-Anlagen/gesamtdokument,property=pdf,bereich=genderreport,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2001): Gerechtigkeit für Familien – Zur Begründung und Weiterentwicklung des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Butterwegge, Christoph (2006): Wege aus der Kinderarmut. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Ausgabe 26. Juni 2006, S. 32-38.
- Faktor Familie/Stadt Rheine (2008): Familienbericht Rheine 2008. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien.
- Feith, Norbert (ohne Angabe): Wege zu einer kinder- und familienfreundlichen Gemeinde. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Materialien für die Arbeit vor Ort, Nr. 14, download: www.kas.de am 15.03.03.
- Forsa (2005): Erziehung, Bildung und Betreuung – Ergebnisse einer repräsentativen Befragung junger Eltern. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/PdfAnlagen/050316-forsa-umfrage,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf>.
- Holz, Gerda/Skoluda, Susanne (2003): Armut im frühen Grundschulalter. Frankfurt/M.
- ILS/ZEFIR (2006): Sozialraumanalyse - Soziale, ethnische und demografische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten. ILS-NRW Schriften Bd. 201. Dortmund.
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover (IES) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1996): Handbuch der örtlichen und regionalen Familienpolitik, Stuttgart/Berlin/Köln.
- LDS (2006): Angaben des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen. Landesdatenbank-nrw.de.
- Mansel, Jürgen/Neubauer, Georg (Hg.) (1998): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Opladen.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) (2007): Sozialbericht NRW 2007. Düsseldorf.
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) (Hg.) (2007): Frauen zwischen Beruf und Familie. Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen 1997-2005. Düsseldorf.
- OECD (2007): Bildung auf einen Blick 2007: OECD-Indikatoren.
- OECD (2008): Bildung auf einen Blick 2008. OECD-Indikatoren.
- Reißig, Birgit/Gaupp, Nora/Hofmann-Lun, Irene/Lex, Tilly (2006): Schule – und dann? Schwierige Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung. DJI.
- Robert Koch-Institut (RKI) (2007): Erste Ergebnisse der KIGGS-Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.
- Scheuer, Angelika/Dittmann, Jörg (2007): Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers. Einstellungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland und Europa. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren. Ausgabe 38. Juli 2007, S. 1-5.
- Schulz, Florian/Blossfeld, Hans-Peter (2006): Wie verändert sich die häusliche Arbeitsteilung im Eheverlauf? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1/58, S. 23-49.
- Stadt Gütersloh (Hg.) (2008): Demografiebericht 2008.

Strohmeier, Klaus Peter (1994): Demographischer Strukturwandel und kommunale Sozialpolitik. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Kommunen vor neuen sozialen Herausforderungen. Interne Studien. Nr. 100/1994.

Strohmeier, Klaus Peter/Bader, Silvia (2004): Bevölkerungsrückgang, Segregation und soziale Stadterneuerung im altindustriellen Ballungsraum. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. 43. Jahrgang. 2004/ I, Berlin, S. 51 – 68.

Strohmeier, Klaus Peter/Schultz, Annett (2005): Familienforschung für die Familienpolitik. Wandel der Familie und sozialer Wandel als politische Herausforderung. Expertise im Auftrag des MGSFF NRW.

Wingen, Max (1997): Familienpolitik: Grundlagen und aktuelle Probleme, Stuttgart.

ZEFIR (2008): Stellungnahme zum Familienatlas 2007. <http://www.familie-in-nrw.de/index.php?id=1628>.

ZEFIR (2003): Modellprojekt „Kommunale Familienberichterstattung: familienpolitische Informationssysteme für Kreise und kreisfreie Städte“. Abschlussbericht Projektphase 1.

ZEFIR/Stadt Gelsenkirchen (2006): Familienbericht Gelsenkirchen 2006. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien. Gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

ZEFIR/Stadt Herne (2008): Familienbericht Herne 2007. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien.

ZEFIR/Stadt Mülheim an der Ruhr (2007): Familienbericht Mülheim an der Ruhr 2007. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien.

ZEFIR/Stadt Oberhausen (2006): Familienbericht Oberhausen 2006. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien. Gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

